



JAHRBUCH

2002

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

JAHRBUCH
2002

Redaktion: Christine Schindler

© 2002 by Dokumentationsarchiv des österreichischen
Widerstandes (DÖW), Wien
Printed in Austria
Umschlaggestaltung: Atelier Fuhrherr, Wien
Layout: Christa Mehany-Mitternutzner
Hersteller: Plöchl-Druck Ges. m. b. H.,
4240 Freistadt

ISBN 3-901142-48-7

INHALT

FRITZ VERZETNITSCH Festvortrag anlässlich der Jahresversammlung des DÖW, Wien, 13. März 2001	5
PETER STEINBACH / JOHANNES TUCHEL Der Einzeltäter Georg Elser Interpretationen und Missdeutungen des Attentats auf Hitler vom 8. November 1939	9
SIEGWALD GANGLMAIR Feldwebel Anton Schmid	25
KARL GLAUBAUF Oberst i. G. Heinrich Kodré Ein Linzer Ritterkreuzträger im militärischen Widerstand	41
MICHAEL GEHLER Anpassung, Mittun, Resistenz und Widerstand Charakteristika, Probleme und Ambivalenzen von Oppositionsverhalten am Beispiel des Karl Gruber 1934-1945	69
DANIEL HEINZ Der Widerstand der Reformadventisten im „Dritten Reich“	88

ANTOON HULLEN	
Erinnerungen an Karl Hilferding, Opfer von Nazi-Judenhass	99
PETER HILFERDING-MILFORD	
Karl Hilferding und Sir Karl R. Popper Eine Anmerkung zum Gedenkartikel von Frater Antoon Hullen	118
HARTMUT MEHRINGER / ALBERT A. FEIBER	
„Eine gelungene Ausstellung über eine schreckliche Zeit“ Die <i>Dokumentation Obersalzberg</i> bei Berchtesgaden	119
BARRY McLOUGHLIN	
Österreicher als Sonderfall? Neue Fakten und Erkenntnisse über die Opfer des „Großen Terrors“ in der Sowjetunion	135
DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES	
Tätigkeitsbericht 2001	164
DIE AUTOREN	184

FRITZ VERZETNITSCH

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER
JAHRESVERSAMMLUNG DES DÖW,
WIEN, 13. MÄRZ 2001

„Die Verkennung und Missachtung der Menschenrechte hat zu Akten der Barbarei geführt, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben“, heißt es in der Präambel zur 1948 erfolgten Allgemeinen Erklärung ebendieser Menschenrechte. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes beschäftigt sich genau mit diesen „Wunden im Gewissen der Menschheit“.

Eine Beschäftigung auch im Sinne eines Arztes, der die Krankheit und ihre Ursachen erforscht, um der Gesellschaft zu ermöglichen, sie zu bekämpfen und Heilung und Gesundheit zu ermöglichen.

Die Gründung des DÖW erfolgte spät, erst 18 Jahre nach Kriegsende. Zu den Gründern gehörte ein Kreis von ehemaligen Widerstandskämpfern und engagierten Wissenschaftlern, die den unterschiedlichsten politischen Richtungen angehörten. Sie hatten von Anfang an die Vorstellung, dass die Dokumentation des österreichischen Widerstandes nicht Angelegenheit einer Partei sein dürfe, sondern Aufgabe aller demokratischen Kräfte unseres Landes.

Das DÖW war und ist eine pluralistische Institution. Sein Kuratorium, sein Vorstand und der Kreis seiner MitarbeiterInnen setzt sich aus jenen politischen und weltanschaulichen Gruppen zusammen, die am Widerstand beteiligt und Opfer von Verfolgung waren.

Vergessen wir nicht: Bei der Okkupation Österreichs im März 1938 wurden genau in diesen Tagen vor 63 Jahren mit einem Schlag insgesamt 76.000 Menschen verhaftet. Darunter waren Monarchisten und Kommunisten, Ständestaatler und Sozialdemokraten, Männer der Kirche und Gewerkschafter. Menschen, die sich gemeinsam in den Konzentrationslagern der Nazis wiedergefunden haben.

Von dort stammt der legendäre „Geist der Lagerstraße“, der nach der Befreiung einen antifaschistischen Grundkonsens ermöglichte und eine über alle ideologische Grenzen hinweg gehende gemeinsame Aufbauarbeit.

In diesem Geist erfolgte am 30. April 1945 auch die Gründung des überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Der antifaschistische Grundkonsens ist auch im Statut des ÖGB festgeschrieben.

Von Anfang an haben sich auch Gewerkschafter aktiv am DÖW und seiner Arbeit beteiligt: Zum Beispiel mein lieber Freund und Kollege, den ich hier sehe, der langjährige Leitende Sekretär des ÖGB, Professor „Fredl“ Ströer, der Gesta-

po und Zuchthaus der Nazis aus eigenem Erleiden kennt und den Krieg im „Strafbataillon 999“ überlebte, ist trotz seiner jugendlichen 80 Jahre hier sehr aktiv als „Vizepräsident“ und als „Schriftführer“ der 1983 gegründeten Stiftung DÖW; oder Hugo Pepper, oder viele andere, die hier im Raum sitzen.

In der ersten Phase des Dokumentationsarchivs stand die Aufgabe des Unter-Beweis-Stellens des Widerstandes gegenüber gehässigen Anfechtungen und es ging darum, seriöse archivalische und wissenschaftliche Grundlagen zu schaffen. Es ging um das internationale Ansehen Österreichs und um die Dokumentation des „eigenen Beitrags zu seiner Befreiung“, wie er in der Moskauer Deklaration von 1943 eingefordert wurde. „Diesen Beitrag haben“, wie das Anton Pelinka formulierte, „Männer und Frauen geleistet, die, sei es als rassisch Verfolgte, sei es als politisch Andersdenkende, sei es als von ihrer religiösen Motivation Bewegte, sei es als Humanisten ohne besondere Einbindung in Organisationen, Gegner des Nationalsozialismus waren. Ihr Beitrag, den so viele mit dem Leben bezahlt haben, war der österreichische Grundstein dafür, dass wir heute in Freiheit und Demokratie zusammenkommen können ...“

Das DÖW sorgt für zeitgeschichtliche Aufklärung und für wissenschaftliche Forschung:

Die Dokumentenedition „Widerstand und Verfolgung in den Bundesländern“ wurde später durch ein Oral-history-Projekt ergänzt (es wurden zum Beispiel Verfolgung und Widerstand aus dem Bereich der Arbeiterbewegung, des katholisch-konservativen und legitimistischen Lagers dargestellt wie auch jüdische Schicksale oder solche der Kärntner Slowenen).

Generationen von Lehrlingen, SchülerInnen und Jugendlichen, von Grundwehr- und Zivildienern haben hier durch Ausstellungen, Vorträge und Führungen Aufklärung erhalten, aber auch im Bereich der Erwachsenenbildung wurde durch die Erstellung von Lehrmaterialien, durch ZeitzeugInnengespräche und Veranstaltungen Wissenslücken gefüllt. Ich selbst weiß, von welchen Lücken ich rede, gehöre ich doch auch jener Generation an, wo der Geschichtsunterricht maximal bis zum Ersten Weltkrieg ging ...

Generationen von StudentInnen und WissenschaftlerInnen haben die Bibliothek und die Archive des DÖW benützt und wurden bei wissenschaftlichen Arbeiten betreut. Auch recherchierende JournalistInnen wissen dieses Archiv zu schätzen, habe ich mir sagen lassen.

Bei einer Führung durch das Dokumentationsarchiv erklärte Literaturnobelpreisträger Elias Canetti beeindruckt: „Ich wüsste nichts, was wichtiger wäre als die Kenntnis dieses Archivs. Viel mehr Menschen müssten davon wissen!“

Wenn mehr Menschen davon wüssten! Wenn es gelingen könnte, möglichst vielen Menschen klarzumachen, wohin die Verkennung und Missachtung der Menschenrechte führt! Was würde sich in unserem Lande ändern? Diese kritische Frage sollten wir uns auch bei dieser Jahresversammlung stellen.

In der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre begann sich das DÖW auch mit dem aktuellen Rechtsextremismus auseinander zu setzen, nicht zuletzt deswegen, weil Organisationen und Publikationen den Widerstand diffamierten, die Verbrechen des NS-Regimes verharmlosten oder leugneten, die Kriegsschuld Hitlerdeutschlands verneinten und somit ein völlig einseitig zugunsten des Nationalsozialismus verzerrtes Geschichtsbild produzierten.

1979 wurde, gemeinsam mit Mitarbeitern österreichischer Universitätsinstitute, erstmals das umfangreiche Werk „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“ publiziert, das bis 1981 fünf Auflagen erlebte und zu einem Standardwerk wurde.

Die Auseinandersetzung mit dem „Revisionismus“, also der auf die Rehabilitation des Nationalsozialismus abzielenden, im internationalen Neonazismus verankerten Geschichtsschreibung, war ein weiterer Schritt des DÖW. Er wurde notwendig, weil ein Ignorieren dieser pseudowissenschaftlichen Propaganda und Agitation des Rechtsextremismus im Hinblick auf bereits merkbare Verunsicherungen in LehrerInnen- und SchülerInnenkreisen nicht mehr länger möglich war.

Die Erforschung des Exils, des Schicksals der mehr als 130.000 1938 aus Österreich Vertriebenen ist ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des DÖW — ebenso wie auch das Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“, bei dem aus einer Datenbank bis jetzt 61.000 Opfernamen zumindest teilweise auch im Internet abrufbar sind.

Aufgrund seiner vielfältigen Aktivitäten — meine Aufzählung ist keineswegs vollständig —, war das DÖW zahlreichen Angriffen ausgesetzt: Angriffen durch rechtsextreme Organisationen und Personen, aber auch seitens der FPÖ.

Alle diese Angriffe wurden in Form von gerichtlichen Schritten oder durch Öffentlichkeitsarbeit zurückgewiesen.

Am 3. Februar 2000 haben Dr. Wolfgang Schüssel und Dr. Jörg Haider ein Regierungsübereinkommen unterzeichnet, in dem es unter dem Titel „Verantwortung für Österreich“ heißt:

„Die Bundesregierung arbeitet für ein Österreich, in dem Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keinen Platz finden. Sie wird jeder Form von menschenverachtendem Gedankengut und seiner Verbreitung konsequent entgegenzutreten und sich für die volle Beachtung der Rechte und Grundfreiheiten von Menschen jeglicher Nationalität einsetzen — gleichgültig aus welchem Grund sich diese in Österreich aufhalten.“

Sie bekennt sich zu ihrer besonderen Verantwortung für einen respektvollen Umgang mit ethnischen und religiösen Minderheiten.“

Und weiter:

„Die Bundesregierung tritt für Respekt, Toleranz und Verständnis für alle Menschen ein, ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Sie verurteilt und bekämpft mit Nachdruck jegliche Form von Diskriminierung, Intoleranz und Verhetzung in allen Bereichen ...“

Ich zitiere jetzt von einer Tonbandmitschrift vom 21. Februar bei einer Wahlkampfveranstaltung der FPÖ in Wien-Oberlaa. Sprecher ist der Unterzeichner des Regierungsübereinkommens, Jörg Haider:

„Der Häupl hat einen Wahlkampfstrategen, der heißt Greenberg ... (lautes Lachen im Saal) ... den hat er sich von der Ostküste einfliegen lassen! Liebe Freunde, ihr habt die Wahl, zwischen Spindocteur Greenberg von der Ostküste oder dem Wienerherz zu entscheiden ... (tosender Applaus) ... wir brauchen keine Zurufe von der Ostküste. Jetzt ist einmal genug ... (starker Applaus)“.

Ich zitiere weiter vom Aschermittwochtreffen der FPÖ am 28. Februar in Ried im Innkreis:

„Der Herr Ariel Muzicant: I versteh überhaupt net, wie ana, der Ariel haßt, soviel Dreck am Stecken haben kann ... (Gelächter und Applaus) ... des versteh i überhaupt net, aber i man ... (drei unverständliche Worte, Pause) ... das wird er schon morgen kommentieren, nicht ... (Gelächter) ... aber i bin da nit sehr schreckhaft, in diesen Fragen ... (abermals Gelächter)“.

Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen hier bekennen: Ich finde diese Aussagen infam. Und ich bin froh, dass Wolfgang Schüssel sich nach einer Woche, am 8. März — spät, aber doch — gegen diese Aussagen ausgesprochen hat: „Wir wollen keine Scherze mit Namen, nicht einmal das angedeutete Spiel mit Emotionen, was Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betrifft ...“

Ich für meinen Teil möchte hier ausdrücklich anmerken, dass ich mich mit unseren jüdischen MitbürgerInnen solidarisch fühle und dass ich es höchst an der Zeit finde, dass alle Menschen guten Willens gemeinsam dieses beredete öffentliche Schweigen durchbrechen.

In Verantwortung für Österreich. Erinnern wir uns: Es gilt, den Anfängen zu wehren.

PETER STEINBACH / JOHANNES TUCHEL

DER EINZELTÄTER GEORG ELSER

Interpretationen und Missdeutungen des
Attentats auf Hitler vom 8. November 1939

Am 8. November 1939 gegen 21.20 Uhr erschüttert eine gewaltige Explosion den Münchener Bürgerbräukeller. Doch Adolf Hitler, dem der Anschlag gilt, hat den Saal bereits dreizehn Minuten zuvor, um 21.07 Uhr, verlassen. Acht Tote und zahlreiche Verletzte sind unter den „Alten Kämpfern“ der NSDAP, die hier ihren misslungenen Putschversuch von 1923 feiern. Schnell ranken sich Gerüchte um die Tat: Während die NS-Propaganda dem britischen Geheimdienst die Schuld zuschiebt, vermuten oppositionelle Kreise die Täter bei den Nationalsozialisten selbst. Tatsächlich handelt es sich um die Tat eines einzelnen Mannes, des schwäbischen Tischlers Georg Elser, der entschlossen, beharrlich und konsequent den Anschlag geplant hat. Es ist sein Versuch, den von Hitler begonnenen Krieg zu stoppen.

Neben Claus von Stauffenbergs Anschlag vom 20. Juli 1944 ist es die einzige Tat, die dem Leben des deutschen Diktators direkt gefährlich wird. Während seit den fünfziger Jahren Stauffenberg und seine Mitverschworenen langsam nicht mehr primär als „Verräter“, sondern als Widerstandskämpfer gewürdigt werden, bleibt diese Ehrung Elser noch lange Zeit versagt. Er wird diffamiert, als verschrobener Sonderling oder gar als Handlanger der Gestapo abgestempelt. Obwohl alle Quellen seit Ende der sechziger Jahre seine Alleintäterschaft bezeugen, setzt sich erst langsam seine öffentliche Anerkennung durch.

Berlin, 5. April 1945: Während sich sowjetische Truppen der Reichshauptstadt nähern, beschließt die NS-Führung den Mord an prominenten Regimegegnern. Hitlers und Himmlers Entscheidungen sollen von Gestapo-Chef Heinrich Müller in die Tat umgesetzt werden. Seit einem Luftangriff auf den Gestapo-Sitz in der Prinz-Albrecht-Straße 8 residiert Müller in einem Ausweichquartier wenige Ecken weiter in der Kurfürstenstraße 116. An diesem Ort hat Adolf Eichmann die Deportation und Ermordung mehrerer Millionen europäischer Juden geplant und organisiert.

Jetzt geht es um den Mord an Häftlingen, die das Ende des NS-Staates nicht überleben sollen. Den Auftrag dazu erhält an jenem Tag SS-Standartenführer Walter Huppenkothen. Am 7. April ist Huppenkothen im KZ Sachsenhausen „Ankläger“ eines Standgerichts, das dem Mord an dem Widerstandskämpfer Hans von Dohnanyi einen justizförmigen Anschein verleihen soll. In derselben Funktion ist Huppenkothen im KZ Flossenbürg am 9. April 1945 an den Morden am Theologen Dietrich Bonhoeffer, dem ehemaligen Abwehrchef Wilhelm Ca-

naris, dem Abwehroffizier Ludwig Gehre und dem Chef der Heeresjustiz Karl Sack maßgeblich beteiligt.

Nach Flossenbürg ist Huppenkothen mit einem Häftlingstransport gekommen, der von Wilhelm Gogalla, Chef des „Hausgefängnisses“ des RSHA in der Prinz-Albrecht-Straße 8, geleitet wird. Gogalla, der sich am 9. April von Flossenbürg in Richtung Dachau auf den Weg macht, hat einen weiteren Mordbefehl in der Tasche. Er stammt ebenfalls von Heinrich Müller und ist an den Kommandanten des KZ Dachau, SS-Sturmbannführer Eduard Weiter, gerichtet. Der Brief enthält detaillierte Weisungen zu einigen prominenten „Sonderhäftlingen“, etwa zum früheren Generalstabschef Franz Halder oder zum ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg.

Müller schreibt an Weiter: „Auch wegen unseres besonderen Schutzhäftlings ‚Eller‘ wurde erneut an höchster Stelle Vortrag gehalten. Folgende Weisung ist ergangen: Bei einem der nächsten Terrorangriffe auf München bzw. auf die Umgebung von Dachau ist angeblich ‚Eller‘ tödlich verunglückt. Ich bitte, zu diesem Zweck ‚Eller‘ in absolut unauffälliger Weise nach Eintritt einer solchen Situation zu liquidieren. Ich bitte besorgt zu sein, dass darüber nur ganz wenige Personen, die ganz besonders zu verpflichten sind, Kenntnis erhalten. Die Vollzugsmeldung hierüber würde dann etwa an mich lauten: ‚Am ... anlässlich des Terrorangriffs auf ... wurde u. a. der Schutzhäftling ‚Eller‘ tödlich verletzt.‘“ Damit hat der Kurier aus Berlin ganz konkrete Mord- und Tarnanweisungen des Schreibtischtäters Heinrich Müller in der Tasche, als er am Abend des 9. April 1945 mit seinem Transport im KZ Dachau eintrifft. Einen Mord als Luftangriff zu tarnen, hat sich bereits bei der Erschießung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann am 23. August 1944 im KZ Buchenwald „bewährt“.

Doch die Lagerführung des völlig mit verhungerten Häftlingen überfüllten KZ Dachau hat andere Sorgen als die sorgfältige Vertuschung eines einzelnen Mordes. Wieder einmal klaffen Befehl und Realität im NS-Staat auseinander. Da die Zellen des Lagergefängnisses, des „Kommandanturarrests“ überfüllt und für die neuen prominenten Häftlinge kein Platz vorhanden ist, warten Weiter und seine SS-Führer nicht erst einen Luftangriff ab. Noch am selben Abend wird der Häftling „Eller“ aus seiner Doppelzelle geholt und in der Nähe des alten Krematoriums von einem SS-Oberscharführer erschossen. Die Zelle ist frei, die Leiche des Ermordeten wird am nächsten Tag verbrannt.

Elser wird noch in letzter Stunde erschossen, weil er als erster Deutscher dem Ziel, Hitler zu töten, denkbar nahe gekommen ist. Er hat bis April 1945 nur überlebt, weil ihm nach einem von den Deutschen gewonnenen Krieg ein großer Schauprozess gemacht werden sollte. Denn seit Ende 1939 gilt die NS-Propagandaversion, dass der britische Geheimdienst Urheber des Attentats und Elser nur ein Werkzeug sei. Erst als der Münchener Historiker Lothar Gruchmann in den sechziger Jahren ein ausführliches Vernehmungprotokoll Elsers in den Ak-

ten des Reichsjustizministeriums findet, werden Motive und Überzeugungen, Planungen und Beweggründe dieses Attentäters deutlich.

Der 1903 im württembergischen Hermaringen geborene Georg Elser wächst in Königsbronn unter schwierigen Familienverhältnissen auf. Der Vater trinkt, die Familie verarmt. Schon früh gilt Elser als handwerklich und zeichnerisch besonders begabter Schüler. Nach siebenjähriger Schulzeit und einer aus gesundheitlichen Gründen abgebrochenen Lehre im Hüttenwerk Königsbronn wird er Schreiner. Elser arbeitet exakt, überprüft immer wieder das Geschaffene. Er empfindet Stolz auf seinen Beruf, verlangt aber auch angemessenen Lohn. Auffällig ist sein ausgeprägter Gerechtigkeitsinn. Sowohl im Berufs- als auch im Privatleben legt er größten Wert auf seine Unabhängigkeit. Er fällt seine eigenen, von der Umwelt nicht immer akzeptierten Entscheidungen. Mehrfach muss er in den wirtschaftlichen Wirren der späten zwanziger Jahre seinen Arbeitsplatz wechseln. Obwohl ihm dies später fälschlich als Unrast ausgelegt wird, ist die schlechte Auftragslage die Ursache, denn er ist überall wegen seiner exakten Arbeit geschätzt.

Georg Elser gilt als ein zwar schweigsamer, aber dennoch geselliger Mensch. Seit seiner Schulzeit musiziert er. In Konstanz gehört er einem Trachtenverein an, später dem Zitherverein in Königsbronn. Im Gesangverein seines Heimatortes spielt er den Kontrabass und musiziert oft auf Tanzabenden. Elser wandert gerne zusammen mit Freunden. Die Frauen mögen ihn und seine freundliche Art. Seine Freundin Mathilde Niedermann bringt 1930 den einzigen Sohn Elsers, Manfred, zur Welt.

Politische Anregungen und Anstöße scheint Elser erst während seiner Lehrzeit erhalten zu haben. Er wird Mitglied im Holzarbeiterverband und tritt 1928/29 dem kommunistischen Roten Frontkämpferbund bei, ohne sich in beiden Organisationen stark zu engagieren. Bis 1933 wählt er nach eigener Aussage die KPD, weil er sie für die beste Vertretung der Arbeiterinteressen hält.

Den aufkommenden Nationalsozialismus lehnt Elser von Anfang an entschieden ab. Nationalsozialistischen Aufzügen geht er aus dem Weg; er verweigert konsequent den „Hitlergruß“ und nimmt auch nicht am gemeinschaftlichen Empfang von Hitlerreden im Rundfunk teil. Schon hier kann er als ein Beispiel dafür gelten, wie sich ein Einzelner den Zumutungen der NS-Herrschaft auch im überschaubaren dörflichen Milieu entziehen kann. Elsers Verständnis von Politik ist stark durch sein persönliches Freiheits- und Unabhängigkeitsstreben geprägt. Daher ist auch ein erstes und wichtiges Motiv für seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus die Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Jahren nach 1933. Vor der Gestapo sagt er dazu später: „Nach meiner Ansicht haben sich die Verhältnisse in der Arbeiterschaft nach der nationalen Revolution in verschiedener Hinsicht verschlechtert. So z. B. habe ich festgestellt, dass die Löhne niedriger und die Abzüge höher wurden. [...] Der Stundenlohn eines Schreiners

hat im Jahr 1929 eine Reichsmark betragen, heute wird nur noch ein Stundenlohn von 68 Pfennigen bezahlt.“ Ganz konkrete Missstände sind es, die Elser sieht: „Der Arbeiter kann z. B. seinen Arbeitsplatz nicht mehr wechseln, wie er will; er ist heute durch die HJ nicht mehr Herr seiner Kinder.“

1937/38 tritt ein anderes Motiv in den Vordergrund: Elser beobachtet die umfangreichen militärischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen. Er sieht, dass die Westmächte den territorialen Forderungen Deutschlands im September 1938 auf der Münchener Konferenz nachgeben. Deutsche Truppen marschieren in der Tschechoslowakei ein und besetzen das „Sudetenland“. Doch dies ist für die aggressiven militärischen Pläne der NS-Führung nur ein Aufschub. Für Elser ist „ein Krieg unvermeidlich“. Selbst die geschraubte Sprache des Gestapo-Protokolls vom November 1939 zeigt dieses Motiv deutlich: „Die von mir angestellten Betrachtungen zeitigten das Ergebnis, dass die Verhältnisse in Deutschland nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung geändert werden könnten. Unter der Führung verstand ich die ‚Obersten‘, ich meine damit Hitler, Göring und Goebbels. Durch meine Überlegungen kam ich zu der Überzeugung, dass durch die Beseitigung dieser 3 Männer andere Männer an die Regierung kommen, die an das Ausland keine untragbaren Forderungen stellen, ‚die kein fremdes Land einbeziehen wollen‘ und die für eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft Sorge tragen werden.“ Der konsequente Kriegsgegner Elser ist zum Tyrannenmord entschlossen. In den oppositionellen Eliten von Wehrmacht und Verwaltung ist man zu dieser Zeit noch weit von einem derart radikalen Schritt entfernt. Hier wird nachgedacht, diskutiert, abgewogen — aber nicht gehandelt.

Um einen geeigneten Ort für den Anschlag zu finden, fährt Elser am 8. November 1938 nach München zum Jahrestag des Hitlerputsches von 1923. Nach Hitlers Rede kann er am selben Abend den unbewachten Bürgerbräukeller besichtigen. Am 9. November beobachtet Elser den Erinnerungsmarsch der NS-Spitze durch München und fährt nach Königsbrunn zurück. Sein Entschluss steht fest, den Bürgerbräukeller als Ort für ein Sprengstoffattentat auf die NS-Führung zu nutzen.

Elser bereitet die Tat zielstrebig vor. An seinem Arbeitsplatz in der Heidenheimer Armaturenfabrik kann er sich mindestens 250 Presspulverstücke und einige Zünder beschaffen. Er versteckt sie zu Hause im Kleiderschrank, später in einem Holzkoffer mit doppeltem Boden. Gleichzeitig zeichnet er Pläne für seinen Sprengkörper und entwickelt einen Zündmechanismus. Später entschließt Elser sich für einen Zeitzünder mit zwei Uhrwerken. Im Herbst 1938 prüft er auch Fluchtmöglichkeiten in die Schweiz; im April 1939 besucht er erneut München, um die Bewachung des Saales und seine Zugänge zu überprüfen. Zudem misst er die Säule aus, in die er den Sprengkörper einbauen will. Sein Versuch, eine Anstellung im Bürgerbräukeller zu erhalten, scheitert.

Seit April 1939 arbeitet Elser in einem Königsbrunner Steinbruch, wo er mehr als 100 Sprengpatronen und über 125 Sprengkapseln entwenden kann. Nach einem Arbeitsunfall im Mai 1939, den er vermutlich bewusst herbeiführt, kann er sich ganz auf seine Vorbereitungen konzentrieren. Er unternimmt im Juli 1939 Zündversuche im Obstgarten seiner Eltern. Einen Monat später zieht Georg Elser nach München, um hier den Anschlag durchzuführen. Er lebt seit September in der Türkenstraße bei Karl und Rosa Lehmann. Tagsüber arbeitet er gelegentlich für einige Handwerker, die auch ohne ihr Wissen einzelne Teile für den Sprengkörper fertigen. Abend für Abend versteckt sich Elser auf der Galerie des Saales im Bürgerbräukeller und lässt sich nach Lokalschluss unbemerkt dort einschließen. Mit einfachen Werkzeugen gelingt es ihm, in mehr als 30 Nächten zwischen August und November 1939 die Säule über Hitlers Rednerpult zu präparieren. Die Arbeit ist mühsam. Elser muss sich verbergen und wird einige Male sogar im Saal überrascht. Er fängt den Schutt in einem selbst gefertigten Sack auf und beseitigt ihn tagsüber unter den Augen der Kellnerinnen im Bürgerbräu: „Immer erst, wenn er voll war, bin ich um die Mittagszeit mit einem Handkoffer von der Kellerstrasse aus durch den rückwärtigen Eingang in den Saal gegangen, begab mich in mein Versteck und schüttete den Inhalt des Kartons in den Koffer. Dann verließ ich mit dem Koffer den Saal auf dem gleichen Weg und begab mich damit zu Fuß in die Anlagen hinter dem Volksbad, wo ich im Hochwasserbett der Isar bei dem dort befindlichen Schutthaufen den Koffer entleerte. Dann ging ich wieder nach Hause. Ich konnte ungehindert in den Saal gelangen. Auf diese Weise habe ich ungefähr 2–3-mal den durch meine Arbeit anfallenden Schutt aus dem Bürgerbräu gebracht [...]“

Die Arbeit ist ein Wettlauf mit der Zeit, denn bis zur Kundgebung im November 1939 müssen die Vorbereitungen abgeschlossen sein. Den Krieg, den Deutschland am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen beginnt, kann Elser nicht mehr verhindern. Aber dies bestärkt ihn in seinem Vorhaben. Mit seiner Tat will er „noch größeres Blutvergießen“ durch die Ausweitung des Krieges im Westen vermeiden.

Die meisten Bestandteile seines Sprengkörpers fertigt Elser selbst. Lediglich einzelne Metallstücke lässt er in verschiedenen Werkstätten bearbeiten. In der Nacht vom 2. auf den 3. November fixiert er die Sprengkörper in der Säule und verfüllt den restlichen Hohlraum zusätzlich mit Sprengstoff und Pulver. Seinen komplizierten Zündapparat, der sechs Tage im Voraus eingestellt werden kann, installiert er nach einem am Abend zuvor gescheiterten Versuch in der Nacht vom 5. auf den 6. November. Am Morgen des 6. November stellt er beide Uhrwerke auf den Abend des 8. November ein. Er lässt, wie er später bekennt, „damit der Sache ihren freien Lauf“. Nach einer letzten Überprüfung der Zeitzünder in der Nacht zum 8. November verlässt Georg Elser München.

Doch eine unerwartete Wendung kann den gesamten Plan schon im Vorfeld durchkreuzen: Hitler ist zunächst fest entschlossen, wegen des Krieges und des aus seiner Sicht unmittelbar bevorstehenden Angriffs deutscher Truppen im Westen erstmals bei den Feiern zum Jahrestag des Hitlerputsches nicht selbst zu reden. Statt seiner soll nur sein Stellvertreter Rudolf Heß sprechen. Kurzfristig entschließt sich Hitler dann doch zu einer grundsätzlichen Rede, gewürzt mit Attacken gegen Großbritannien. Er spricht erheblich kürzer als bei früheren Feiern, weil er unmittelbar darauf nach Berlin zurückkehren will. Wegen der Wetterverhältnisse kann Hitler für die Rückreise nicht das Flugzeug nutzen, sondern ist auf einen Sonderzug der Reichsbahn angewiesen. Nach dem Ende seiner Rede gegen 21.07 Uhr verlassen Hitler und andere hohe NS-Führer wesentlich früher als sonst den Saal.

Gegen 21.20 Uhr explodiert der Sprengkörper. An der Stelle von Hitlers Rednerpult befindet sich ein meterhoher Schutthaufen. Die Explosion zerstört nicht nur die Säule hinter dem Rednerpult, sondern auch die gesamte Saaldecke. Unmittelbar nach der Detonation beginnt die Suche nach den Attentätern. Die Polizei löst Großalarm aus. Unverzüglich werden die Grenzkontrollen verstärkt. Alle Angestellten des Bürgerbräukellers werden verhört. Die sorgfältige Untersuchung des Tatortes beginnt. Bereits wenige Stunden nach der Tat steht fest, dass es sich um die „Explosion eines hochbrisanten Stoffes in Verbindung mit einem Zeitzünder“ gehandelt hat. Die Sprengstoffspezialisten der Münchener Polizei und der rasch gebildeten Sonderkommission des Reichssicherheitshauptamtes gehen davon aus, dass „fachmännisch hervorragende Arbeit geleistet worden ist“. Sie finden nach der Durchsuchung des Trümmerschutts zwar Teile des Zeitzünders und des Sprengapparates, aber noch keine konkreten Hinweise auf den Täter. Auch die Ermittlung der Uhrfabrikate mit Hilfe des Reichspatentamtes führt nicht weiter. Für die Ergreifung der Täter wird eine hohe Belohnung ausgesetzt, was Hunderte von Denunziationen zur Folge hat. Erst nach Tagen gehen Hinweise auf einen noch unbekanntenen „Handwerker“ ein, der in den Wochen vor dem Anschlag oft im Bürgerbräukeller gesehen worden ist.

Elser ist am 8. November nach Konstanz gefahren, um dort illegal die Grenze zur Schweiz zu passieren. Es ist unklar, wie Elser in der Schweiz behandelt worden wäre. Auch wer die sorgfältigen Ermittlungsergebnisse liest, die die schweizerische Polizei nach einem umfangreichen Fragenkatalog des Reichssicherheitshauptamtes Anfang 1940 zusammenstellt und die Ulrich Renz gefunden und publiziert, jüngst auch Helmut G. Haasis in seiner spannend geschriebenen Elser-Biographie ausgewertet hat, wird hierin keine Hinweise finden, dafür detaillierteste Informationen bis hin zu Elsers Stundenlohn (1,20 Franken) und seiner Beliebtheit in Konstanz 1929/30: „Elser galt als flotter Bursche und war beliebt.“

Aber Georg Elser erreicht die Schweiz nicht. Um 20.45 Uhr wird er von einer deutschen Zollstreife festgenommen und der örtlichen Grenzpolizei übergeben. Bei seiner Festnahme trägt er eine Ansichtskarte des Bürgerbräukellers, ein Abzeichen des Roten Frontkämpferbundes, Aufzeichnungen über Rüstungsfertigungen sowie einige Teile des Zeitzünders bei sich. Damit will Elser versuchen, in der Schweiz seine politische Opposition gegen den Nationalsozialismus, möglicherweise auch seine Urheberschaft am Münchner Attentat zu beweisen. Dies soll ihn vor einer Auslieferung nach Deutschland schützen. Jetzt, bei seiner Festnahme, kann der Besitz dieser Dinge allerdings tödliche Folgen haben. Der Zollassistent Xaver Rieger, der ihn festnimmt, wird zum Zollinspektor, der ihn begleitende Hilfsgrenzangestellte Waldemar Zipperer zum Zollassistenten befördert. Zipperer ist nach 1945 als Unternehmer tätig und erhält 1978 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Bald darauf wird Elser nach München überführt, hier in der Staatspolizeileitstelle im Wittelsbacher Palais verhört und gefoltert. In der Nacht vom 13. auf den 14. November 1939 gesteht er seine Alleintäterschaft. Während er die ermittelnden Kriminalisten wegen der Fülle seines Detailwissens überzeugen kann, schenkt die NS-Führung aber Elsers Behauptung, alleine gehandelt zu haben, zunächst keinen Glauben. Hitler persönlich vermutet hinter dem Anschlag den britischen Geheimdienst. Diese Deutung stellt die NS-Propaganda dann in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung. Damit beginnt eine Diffamierung Elsers, die die NS-Zeit noch um Jahrzehnte überdauern sollte. Für Georg Elser beginnt aber ein Weg durch die Gefängnisse in München und Berlin, in das KZ Sachsenhausen und schließlich in das KZ Dachau, wo er am 9. April 1945 erschossen wird.

Doch mit Georg Elsers Tod ist die Debatte um seine Tat nicht beendet, sondern erst begonnen. „Einer der nicht mehr am Leben ist, kann sich nicht mehr verteidigen.“ Diesen bitteren Satz schreibt die Mutter des Münchener Bürgerbräu-Attentäters Georg Elser 1946 an den Theologen Martin Niemöller. Dieser hatte behauptet, Elser habe das Attentat am 8. November 1939 als SS-Mitglied verübt. Die NS-Urheberschaft ist neben der These, Elser habe im britischen Auftrag gehandelt, eine der häufigsten Deutungen des Anschlags. Doch dahinter verbirgt sich weitaus mehr. Die deutsche Zusammenbruchsgesellschaft ist nicht um Entschuldigungen und Ausflüchte verlegen. „Nazis“ hatte es nur wenige gegeben, „Mitläufer“ oder „Entlastete“ sind die häufigste Kategorien der von den Alliierten verurteilten und oft nur widerwillig durchgeführten Entnazifizierungsverfahren. Nachdenken über Alternativen zum Mitmachen oder zur Täterschaft ist selten. Den wenigen, die Widerstand gegen die NS-Diktatur geleistet hatten, wird lange Jahre das Odium des „Verrats“ anhaften. Dies gilt selbst für die Tat des 20. Juli 1944. Zu akzeptieren, dass das Attentat vom 8. November 1939 von einem schwäbischen Handwerker geplant und begangen worden war, brächte das deutsche Selbstbild vom alternativlosen Gehorsam gehörig ins Wanken. Solche

Gedanken passen nicht in das Deutschland der fünfziger Jahre. Georg Elser verkörpert eine unangenehme Alternative. So können die Gerüchte wuchern.

Seit 1939 wissen die meisten Deutschen nicht, wer für das Attentat verantwortlich ist. Manche übernehmen die Deutung der NS-Führung von einer Aktion des britischen Geheimdienstes. Andere gehen davon aus, dass die Nationalsozialisten das Attentat selbst inszeniert hatten, um auf diese Weise den Mythos von Hitlers Unverletzbarkeit und seiner angeblichen Begünstigung durch die „Vorsehung“ zu stärken. Auch viele Angehörige der deutschen Opposition sind sicher, dass es sich beim Münchener Anschlag um eine Provokation der Geheimen Staatspolizei handeln muss. Dass Elser alleine gehandelt hat, glaubt kaum jemand.

Die Variante, Elser sei ein Werkzeug des britischen Geheimdienstes, geht auf NS-Propagandaminister Joseph Goebbels zurück, der bereits in der Nacht nach dem Attentat davon ausgeht, dass das Attentat „zweifellos in London erdacht“ worden sei. Die Organisation des Anschlags soll in englischem Auftrag nach dieser Lesart Otto Straßer, der Führer der „Schwarzen Front“, einer Oppositionsbewegung früherer Nationalsozialisten, übernommen haben. Otto Straßer geht im November 1939 sofort in die Offensive: Er wittert im Attentat einen „außenpolitischen Reichstags-Brand“, eine nationalsozialistische Provokation. Nach 1945 wird er in seinem „Mein Kampf“ die eidesstattliche Erklärung eines SS-Mannes veröffentlichen, wonach Georg Elser SS-Unterscharführer gewesen sei. Damit spricht auch dieser prominente NS-Gegner Elser eigenständiges und eigenverantwortliches Handeln ab. Seine unmittelbar nach dem Attentat geäußerte Vermutung, die NS-Führung sei selbst die Urheberin des Attentats, wird allerdings von vielen ausländischen Zeitungen übernommen und geteilt.

Um ihre Verschwörungsthese zu stützen, lenkt die NS-Propaganda die Aufmerksamkeit auf die britischen Geheimdienstagenten Best und Stevens, die am 9. November 1939 in Venlo in eine langfristig vorbereitete Falle des deutschen SD-Auslandsgeheimdienstes gelaufen sind. Die beiden Entführten werden zu „Hintermännern“ des Münchener Anschlags stilisiert, obwohl sie in Wirklichkeit nichts damit zu tun haben. Die NS-Führung plant gegen Elser und die beiden britischen Offiziere nach einem siegreichen Krieg einen Schauprozess vor dem Volksgerichtshof. Daher wird Elser ab 1940 ebenso wie die beiden Briten als „Sonderhäftling“ im Zellenbau des KZ Sachsenhausen gefangen gehalten. Dort bekommt er eine geräumige Zelle und darf sogar Tischlerarbeiten ausführen. Der prominente Gefangene wird Tag und Nacht von mindestens zwei SS-Männern bewacht. Er fertigt kleinere Möbelstücke für seine Bewacher und baut sich auch eine Zither, auf der er manchmal spielt. Von Kontakten zu anderen Gefangenen bleibt er völlig abgeschnitten. Mehr als fünf Jahre verbringt er so in totaler Isolation. Die lange Kontaktsperre begünstigt Gerüchte unter den Häftlingen und den

Bewachern, die nach 1945 das Bild von Elser als Handlanger der NS-Führung prägen.

An diesen Gerüchten beteiligt sich auch ein integrierter Mann wie der langjährige KZ-Häftling und spätere Kirchenpräsident Martin Niemöller. In einer Rede vor Göttinger Studenten erklärt er am 17. Januar 1946: „In Sachsenhausen und Dachau habe ich in demselben Zellenbau zusammengesessen mit dem Mann, der 1939 das Attentat im Bürgerbräukeller auf Hitlers persönlichen Befehl durchzuführen hatte: Dem SS-Unterscharführer Georg Elser. Mit diesem Mann sollte ein zweiter Reichstagsbrandprozess durchgeführt werden.“ Am 23. Februar 1946 antwortet Elsers Mutter Marie ihm: „Mein Sohn war bis zu seiner Festnahme Nov. 39 nicht bei der SS, noch viel weniger SS-Scharführer. Davon weiß ich nichts. Eine Mutter muss es doch besser wissen als ein Außenstehender. Das ganze Dorf war empört über diesen Bericht. [...] Das einzige, was mich interessiert, wird nie berichtet, ob er noch lebt oder nicht.“ In seiner Antwort vom 23. März 1946 legt Niemöller nach: „Dass Ihr Sohn zur SS gehört habe, ist mir schon in Oranienburg wie auch später in Dachau von SS-Angehörigen mitgeteilt worden. Er verkehrte mit ihnen auch durchaus kameradschaftlich und stand auf Du und Du mit ihnen. [...] Ich persönlich hatte ebenso wenig wie irgendein anderer Gefangener Erlaubnis, mit ihm zu sprechen, traf ihn aber einmal in einem unbewachten Augenblick in der Wachstube des Zellenbaus in Dachau, wo wir aber nicht von dem Attentat oder den Begleitumständen miteinander gesprochen haben.“ Mit anderen Worten: Niemöller gibt nur Lagerklatzsch wieder. Elsers Mutter antwortet ihm am 20. April 1946: „Wir alle bedauern sehr, dass mein Sohn und unser Bruder nicht mehr am Leben sein soll, aber der Zeit nach hätte er ja schon kommen sollen, wenn er noch leben täte. Wissen Sie, Herr Pfarrer Niemöller, es ist sehr belastend für uns, dass alle Zeitungen und der Rundfunk in alle Welt hinaus posaunen, dass mein Sohn bis 1939 bei der SS [war]. Eine Zeitung brachte SS-Scharführer, die ändern SA. Das alles ist nicht wahr, er war bis zu seiner Festnahme 1939 in keiner Formation im Hitler-Regime. Das ganze Dorf kann es bezeugen [...] Einer, der nicht mehr am Leben ist, kann sich nicht mehr verteidigen. Da kann man ruhig noch mehr auf ihn abladen.“

1951, in einer Zeugenvernehmung über Elsers Tod, ist Niemöller etwas vorsichtiger. Kein Wort mehr über Elsers SS-Zugehörigkeit: „Ich habe einmal im Wachzimmer einige Minuten neben ihm gestanden und er hat mir von seiner Frau erzählt, dass sie mich aus meinem Buch kenne. Erst hinterher habe ich erfahren, dass es Elser gewesen war, der mit mir sprach.“ Selbst nachdem in den sechziger Jahren Anton Hoch und Lothar Gruchmann die grundlegenden Quellen zu Elser veröffentlicht hatten, wiederholt Martin Niemöller seine alten Positionen. Noch im Mai 1971 konzediert er zwar, Elser „kaum“ gesprochen zu haben, „aber ich habe von der Behandlung, die man ihm von der SS danach zuteil werden ließ, geschlossen, dass man ihn als ‚guten‘ Kameraden betrachtete. An die

Echtheit des ‚Attentats‘ habe ich nie geglaubt, und glaube auch heute nicht daran, weil ich beide ‚Mitangeklagte‘, die Engländer Best und Stevens gut gekannt habe und beide wussten von Elser, ihrem angeblichen Komplizen, nichts. [...] Meine Theorie: Das ‚Attentat‘ war eine Dichtung, mit der man den Kampfeswillen des deutschen Volkes nach dem Ende des ‚Polenfeldzuges‘ neu anheizen wollte; die Engländer kidnappte man an der holländischen Grenze, um ihnen später einen Schau-Prozess zu arrangieren.“

Die Reaktionen von Straßer und Niemöller zeigen die Wirksamkeit der NS-Propaganda über das Jahr 1945 hinaus. Sie offenbaren zugleich die Unfähigkeit oder den Unwillen anderer prominenter Regimegegner, die Tat Elzers als einen eigenständigen Akt des Widerstandes zu akzeptieren. Gegen das Wort eines Kirchenpräsidenten kann sich eine einfache Handwerkerfamilie nur schwer wehren.

Die gesamte Familie ist nach dem Attentat festgenommen und in Berlin verhört worden. Während Georg Elser inhaftiert ist, stirbt am 11. August 1942 sein Vater. Die NS-Bürokratie wird in Gang gesetzt. Nachdem das Reichssicherheitshauptamt feststellt, „dass die Bestrebungen des Johann Georg Elser volks- und staatsfeindlich gewesen sind“, wird der Oberfinanzpräsident München im April 1943 „mit der Verwaltung und Verwertung des zu Gunsten des Reichs eingezogenen Vermögens des Volksfeindes Georg Elser beauftragt“. Sein gesamtes Erbe in Höhe von 200 RM und 47 Pfennigen wird damit beschlagnahmt.

Der Antrag von Elzers Schwester Maria Hirth auf Haftentschädigung wird 1951 brüsk abgelehnt: „Ihre Unterstützung Elzers bestand darin, dass Sie ihm die Möglichkeit der Übernachtung in Ihrer Wohnung gaben und dass Sie über die Dauer der angeblichen Reise nach der Schweiz verschiedene harmlose Gegenstände für ihn aufbewahrten. Außerdem gaben Sie Ihrem Bruder noch RM 30.– Reisegeld mit. Aus politischen Gründen haben Sie aber nicht gehandelt. Es ist vielmehr kaum anzunehmen, dass Sie Elser gegenüber eine gleiche Haltung eingenommen hätten, wenn Sie von dem geplanten Attentat gewusst hätten.“ Mit dieser Spekulation erteilt die Landesbezirksstelle für die Wiedergutmachung in Stuttgart der Schwester Elzers zugleich eine moralische Ohrfeige.

Von den Lagergerüchten, die Niemöller kolportiert, ist es nicht weit zu ihrem Niederschlag in Memoiren oder in der wissenschaftlichen Literatur. Besonders fatal sind die 1950 erscheinenden Erinnerungen von Elzers Mithäftling in Sachsenhausen und Dachau, Captain Best „The Venlo Incident“. Er habe zwar mit Elser nie sprechen können, mit diesem aber zwei Jahre lang Kassiber austauschen können. Elser sei vor 1939 Häftling im KZ Dachau gewesen und habe das Attentat im Auftrag „Alter Kämpfer“ der NSDAP ausgeführt. Bests Darstellung wimmelt von Fehlern, Abstrusitäten und Lagerklatsch. Dennoch wird seine Version in den kommenden Jahren für Historiker wie Gerhard Ritter, Hans Rothfels, Allan Bullock, Gerhard Reitlinger und andere maßgeblich sein. Elser als Werkzeug der Nazis, das Attentat eine NS-Provokation wie der Reichstagsbrand oder

der Überfall auf den Sender Gleiwitz zu Beginn des Zweiten Weltkrieges — diese Variante passt gut in die gängigen Erklärungsmuster für den Nationalsozialismus. Doch die Ursache für die zahlreichen Gerüchte liegen nicht nur im mangelnden Wissen über Elzers Leben vor dem Attentat, über die sorgfältige Planung und über seine Isolationshaft begründet. Den Hintergrund beleuchtet Reichskriminalpolizeichef Arthur Nebe, 1941 am zehntausendfachen Massenmord in der Sowjetunion beteiligt, gegenüber Hans-Bernd Gisevius: „Und du wirst sehen, den Mann machen sie noch hinterher fertig: den schweigen sie tot [...] der Mann wollte einfach nicht den Krieg [...] Gerade deswegen werden deine feinen Leute nichts von ihm wissen wollen, auch nicht hinterher [...] Sie haben übrigens ganz recht damit; sie handeln völlig instinktsicher. Der passt nicht zu ihnen.“

Helmut G. Haasis hat in seiner neuen Elser-Biografie darauf hingewiesen, dass die Ermittlungen der Münchener Staatsanwaltschaft zwischen 1950 und 1954 in der Öffentlichkeit fast völlig unbeachtet bleiben. Es gelingt Landgerichtsrat Dr. Nikolaus Haaf mit seinen beharrlichen Ermittlungen, nicht nur den mutmaßlichen Mörder Elzers (dieser ist nur einen Monat nach seinem Opfer gestorben, ob durch Selbstmord oder Krankheit, bleibt unklar) zu ermitteln, sondern auch eine Vielzahl von Aussagen zur Alleintäterschaft Elzers zusammenzutragen. In einer Zeit zaghafter Ansätze zur Würdigung des elitär-konservativen Widerstandes, in der der Widerstand aus der Arbeiterbewegung ignoriert und die Verbrechen des Nationalsozialismus beharrlich verdrängt werden, passt der Einzeltäter und überzeugte Kriegsgegner nicht ins Bild. Elser kann für keinen Traditionszusammenhang beansprucht werden: Er wählte kommunistisch, folgte aber nicht der Parteilinie. Er war Christ, engagierte sich aber nicht in der Amtskirche. Er passt weder in ein konservativ-nationales noch in ein bürgerlich-liberales Schema des Kampfes gegen die Diktatur.

In den sechziger Jahren kommen weitere Spekulationen auf. Ein ehemaliger Wächter Elzers phantasiert über gemeinsame Fluchtpläne aus Sachsenhausen, während ein SS-Mann aus Dachau meint, endlich die „Wahrheit“ über Elzers Tod zu enthüllen. Doch alle Spekulationen und Diffamierungen verlieren Mitte der sechziger Jahre an Wirkung, als der Münchener Historiker Lothar Gruchmann Elzers Verhörprotokolle in den Akten des Reichsjustizministeriums findet. Sie gelten bis heute als der wichtigste Zugang zu seinem Denken und Handeln. Auch wenn sich in ihnen über weite Strecken die Sprache der Gestapo spiegelt, werden die Motive und Details der Tat deutlich. 1969 veröffentlicht Anton Hoch zudem eine Auswertung aller damals bekannten Quellen zum Anschlag, die ebenfalls eindeutig Elzers Alleintäterschaft belegen.

Dennoch lässt die öffentliche Ehrung bis in die achtziger Jahre auf sich warten. Heute gilt Elser als „der wahre Antagonist Hitlers“ (Joseph P. Stern), der „einsame Attentäter“ (Peter Steinbach) oder der „einsame Zeuge“ (Klemens von Klemperer) und als einer der konsequentesten Gegner der NS-Diktatur. Die

neuesten Arbeiten der Hamburger Politikwissenschaftlerin Doris Eberhardt und der Berliner Politologin Thekla Dannenberg zeigen, wie mühselig der Weg dorthin war. Vier Beispiele zeigen, wie Georg Elser heute, 60 Jahre nach dem Attentat, gewürdigt wird:

- Bundeskanzler Helmut Kohl hebt in seiner Rede zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1944 Elser ausdrücklich hervor: „Wir gedenken der Tat eines Einzelnen wie des Tischlergesellen Johann Georg Elser.“
- Seit 1997 gibt es eine Ausstellung der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die in Zusammenarbeit mit dem Georg-Elser-Arbeitskreis umfassend Leben und Tat Elsers würdigt. Sie war inzwischen in mehr als zwanzig Städten im In- und Ausland zu sehen. Doch findet sich neben breiter Zustimmung auch heute noch starke Ablehnung: „Ich finde es bedrückend, wie in dieser Ausstellung ein Terrorist bedenkenlos verherrlicht wird. Das Attentat hat vielen Menschen (Schuldigen / Unschuldigen?!) das Leben gekostet. Außer dem Drang zum terroristischen Handeln besaß Elser kein politisches Konzept (Hitler ist tot — was dann?). Folgt als nächstes eine Ausstellung über Andreas Baader oder die ETA?“ Eine andere Position: „Nach meiner Ansicht hat Herr Elser diese Ehrung überhaupt nicht verdient. Wie kann man einen Mann ehren, der 8 unschuldige Menschen in die Luft gesprengt hat, der viele zu Krüppeln gesprengt hat! Nach meiner Ansicht ist Ihre Einstellung zur Ehrung dieses Mörders mehr als geschmacklos. Sie sind in Ihrer Einstellung zu dem damaligen Kommunisten weit über das Ziel hinausgeschossen.“
- Elsers Heimatort Königsbronn hat lange Zeit ein zwiespältiges Verhältnis zu ihm. Die Erinnerungen an die Gestapo-Verhöre 1939, die damals entstandene Verhöhnung „Attentatshausen“ und wirre Verschwörungstheorien verhindern eine echte Annäherung an Elser. Seit 1989 gelingt es dem „Georg Elser-Arbeitskreis“ um Manfred Meier aus Heidenheim langsam, in vielen Veranstaltungen diesen Teufelskreis zu durchbrechen. 1995 kann der neue Königsbronner Bürgermeister Michael Stütz davon überzeugt werden, sich intensiver als bisher dieser Vergangenheit zu stellen. Vor allem Hauptamtsleiter Joachim Ziller engagiert sich seither gemeinsam mit dem Georg-Elser-Arbeitskreis und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand für eine Georg-Elser-Gedenkstätte, die gegenüber dem Rathaus im Februar 1998 eröffnet wird. Atemlos hören über vierhundert Menschen in der überfüllten Turnhalle des Dorfes die Worte des Stuttgarter Staatssekretärs Christoph Palmer: „Das Land Baden-Württemberg ist stolz auf einen seiner größten Söhne.“ Jetzt sind auch die Königsbronner stolz auf jenen Mann, für den noch wenige

Jahre zuvor die Worte seines Bruders Leonhard galten: „Man gönnt ihm seine Tat nicht, dem kleinen Bauernbuben.“

- Anders ist der Umgang mit der Erinnerung an Georg Elser in München. Seit 1994 fordert die Aktion Maxvorstadt um die unermüdliche Hella Schlumberger, einen namenlosen Platz in der Türkenstraße nach Elser zu benennen. Erst 1997 wird dies möglich. An der Stelle des abgerissenen Bürgerbräukellers steht heute das Beton gewordene Kulturzentrum Gasteig. Die Gedenktafel für Georg Elser ist fast unsichtbar in den Boden eingelassen. Eine Ausstellung über Elser kommt nur unter Schwierigkeiten zustande. Auf einen Vorschlag, der Tat Elsers jährlich zu gedenken, reagiert die Stadtverwaltung im Oktober 1998 ablehnend: „Ihre Anregung, alljährlich des Hitler-Attentäters Johann Georg Elser an seinem Todestag, dem 9. April, durch Niederlegung eines Blumengebindes an der ihm gewidmeten Bodenplatte im Gasteig-Bereich an der Stelle des ehem. Bürgerbräukellers zu gedenken, wurde Herrn Oberbürgermeister Ude vorgetragen. Herr Oberbürgermeister Ude möchte von diesem jährlichen Gedenken absehen. Es ist jedoch beabsichtigt, zum 60. Todestag Elsers am 9. April 2005 an der Bodenplatte ein Blumengebilde niederzulegen.“ In München ist Georg Elser offenbar noch nicht angekommen.

Insgesamt aber gibt es heute ein gesichertes Bild der Tat, der Motive des Täters und seiner Handlungen. Lothar Gruchmann konstatierte 1981: „Elser war weder ein von krankhafter Ruhmsucht noch von niedrigen Tötungsinstinkten getriebener Krimineller, der von anderen als Werkzeug benutzt wurde. Seine — eigenen Überlegungen entsprungenen — Motive für die Tat berechtigen vielmehr, ihn unter die Männer des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime einzureihen.“ Doris Ehrhardt hielt 1996 als Fazit ihrer Studie fest: „Dass Elser sich in keine politische Gruppierung einordnen lässt, ist [...] ein Grund, warum er für das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland keine Bedeutung hat und im Bewusstsein der Deutschen kaum Platz fand. Andererseits würde ihn gerade seine politische Unabhängigkeit dafür prädestinieren, ihn als Widerstandskämpfer aller Deutschen zu sehen. Elsers politische Haltung ist gekennzeichnet von radikaler Ablehnung des Nationalsozialismus, von Pazifismus, vom Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit und individuellen Freiheitsrechten. Es fällt schwer zu glauben, dass sich ‚die Deutschen‘ damit nicht identifizieren können.“

Seit 1999 gibt es eine neue Deutung und eine neue Diskussion. Lothar Fritze kam in seiner Chemnitzer Antrittsvorlesung (Frankfurter Rundschau vom 8. November 1999) zu dem Schluss, „dass es sich bei dem Anschlag von Elser um eine Tat gehandelt hat, deren Ausführungsweise moralisch nicht zu rechtfertigen ist.“ Elser wird „moralisches Versagen“ vorgeworfen. Doch die Basis, auf die sich

dieses Urteil gründet, ist schwach. Wir sehen eine scholastische Konstruktion, jenseits von Zeit und Raum, weit weg von den historischen Fakten und schon gar nicht die Realität des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus berücksichtigend. Zwei Hauptvorwürfe werden erhoben:

1. Elser habe mit der Tat seine „politische Beurteilungskompetenz“ überschritten: „Konnte aber ein Durchschnittsbürger nach dem Münchener Abkommen im Herbst 1938 [...] begründet mutmaßen, dass ein Krieg, für den Hitler verantwortlich sein wird, ‚unvermeidlich‘ sein wird?“ Bis zum Herbst 1938 hatte der „Durchschnittsbürger“ die Morde des 30. Juni 1934, die ständige Aufrüstung der Reichswehr, später der Wehrmacht, die Remilitarisierung des Rheinlandes, die Annexion Österreichs und die militärische Besetzung von Teilen der Tschechoslowakei sowie die Militarisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens erlebt — und hingenommen. Der verbrecherische Charakter des Systems lag offen zutage. Folgt man der These Fritzes, wird zudem der „Durchschnittsbürger“ im Nationalsozialismus seiner politischen Verantwortlichkeit enthoben, denn die Erkenntnis der Unvermeidlichkeit des Krieges sei im Herbst 1938 „durchaus fraglich“ gewesen. Der Durchschnittsbürger, der nichts erkennen konnte, musste auch nicht handeln, denn es wäre ja auch eine friedliche Zukunft möglich gewesen. Eine Konstruktion, die der „Mitläuferdebatte“ der unmittelbaren Nachkriegszeit würdig wäre!

Mit der These, Elser habe seine „politische Beurteilungskompetenz überschritten“, wird aber nicht nur die Legitimität der Tat Elsers, sondern die Legitimität des gesamten Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in Frage gestellt. Wenn die „politische Beurteilungskompetenz“ an der „Ahnung von der nationalsozialistischen Ideologie“, an der Beschäftigung „mit einschlägigen Büchern oder Zeitschriften“ und an der eingehenden Befassung mit „politischen Fragen“ gemessen wird, dann ist dies eine theoretische Setzung, die die gesamte Debatte um das Widerstandsrecht des Einzelnen gegen die Diktatur einfach ignoriert. Dieses Widerstandsrecht ist so alt wie die Beschäftigung mit der „gerechten Herrschaft“ und es weist gerade dem Individuum jene politische Beurteilungskompetenz zu, die Elser in der neuen Deutung abgesprochen wird.

Doch nicht nur in der theoretischen Setzung ist die Prämisse falsch, sondern auch im konkreten Fall Elser. Georg Elser sah während seiner Arbeit in der Heidenheimer Armaturenfabrik ganz konkret den Ausbau der Rüstungsanstrengungen. An Zeitungen las er in Gasthäusern, „was gerade da war“ und hörte zudem ausländische Rundfunksendungen in deutscher Sprache — verständlich, wenn der Propagandacharakter des deutschen Rundfunks in dieser Zeit in Betracht gezogen wird.

Es fällt Fritze „schwer, Elsers Entscheidung als Resultat einer kenntnisreichen, sachorientierten und nüchternen politisch-moralischen Kalkulation zu be-

greifen.“ Doch ein Blick in Elsers Vernehmungen von 1939 (siehe oben) genügt, um zu genau dem gegenteiligen Fazit zu kommen: „Die seit Herbst 1933 in der Arbeiterschaft von mir beobachtete Unzufriedenheit und der von mir seit Herbst 1938 vermutete unvermeidliche Krieg beschäftigten stets meine Gedankengänge [...] Ich stellte allein Betrachtungen an, wie man die Verhältnisse der Arbeiterschaft bessern und einen Krieg vermeiden könnte. Hierzu wurde ich von niemandem angeregt, auch wurde ich von niemandem in diesem Sinne beeinflusst. Derartige oder ähnliche Unterhaltungen habe ich nie gehört. Auch vom Moskauer Sender habe ich nie gehört, dass die deutsche Regierung und das Regime gestürzt werden müssen. [...]“

2. Elser wird vorgeworfen, er habe sich nicht mehr in der Nähe des Explosionsortes aufgehalten, so dass er die Explosionsvorbereitungen nicht mehr stoppen konnte, als Hitler den Saal verlassen habe. Damit habe Elser den Tod „Unschuldiger“ verursacht. Er habe „in einer mitleid- und gedankenlosen Weise zu einer Methode“ gegriffen, „bei der der Tod unbeteiligter Dritter von vornherein einkalkuliert war“. Hat Elser wirklich „leichtfertig eine opferträchtige Attentats-technik gewählt“?

Auch diese Deutung lässt sich an den Fakten nicht halten. Elser hat genau geprüft und geplant. Im Herbst 1938 hielt er den Saal im Bürgerbräukeller für einen Anschlag „auf die Führung“ als geeignet: „In den folgenden Wochen hatte ich mir dann langsam im Kopf zurechtgelegt, dass es am besten sei, Sprengstoff in jene bestimmte Säule hinter dem Rednerpodium zu packen und diesen Sprengstoff durch irgendeine Vorrichtung zur richtigen Zeit zur Entzündung zu bringen. [...] Die Säule habe ich mir deshalb gewählt, weil die bei einer Explosion umherfliegenden Stücke die Leute am und um das Rednerpult treffen mussten. Außerdem dachte ich auch schon daran, dass vielleicht die Decke einstürzen könnte. Welche Personen allerdings um das Rednerpult bei der Veranstaltung sitzen, wusste ich nicht. Ich wusste aber, dass Hitler spricht, und nahm an, dass in seiner nächsten Nähe die Führung sitzt.“ Damit wird das Gesamtkalkül des Anschlags deutlich: Er richtete sich gegen die gesamte NS-Führungsspitze, die an diesem Abend in München zusammenkam — das Jahrestreffen der größten kriminellen Vereinigung Deutschlands. Hinzu kommt, dass Elser wusste, dass während Hitlers Rede nicht serviert wurde, so dass zu dem von ihm berechneten Zeitpunkt tatsächlich nur hohe Nationalsozialisten im Saal sein würden.

Wie steht es nun mit der Überlegung, Elser hätte sich in der Nähe aufhalten und sofort Bombenalarm geben sollen, als Hitler den Saal verließ. Diese Überlegung ist unter Berücksichtigung der historischen Fakten derart abstrus, dass sie eigentlich keiner weiteren Erörterung bedarf: Wie hätte sich Elser wohl am Abend des 8. November in der gesicherten Zone des Bürgerbräukellers aufhalten sollen, ohne sofort den Sicherheitskräften aufzufallen und damit das gesamte

Attentat zu gefährden, auch wenn Hitler geblieben wäre? Nur nebenbei sei erwähnt, dass sich diese Argumentation auch gegen den Anschlag vom 20. Juli 1944 richten würde: Auch Claus Schenk Graf von Stauffenberg musste den Ort des Anschlags verlassen und konnte nicht sicher sein, dass sich Hitler auch wirklich bis zum Zeitpunkt der Explosion im Raum aufhalten würde. Hätte auch er im Raum bleiben und Alarm geben müssen, falls Hitler vorzeitig den geplanten Explosionsort verlassen hätte?

Fritze geht jedoch noch weiter: „Da es dem Täter bei Erfüllung seiner Pflicht zum gehörigen Nachdenken möglich gewesen wäre, die Untragbarkeit seines geplanten Vorgehens zu erkennen, sein Fehlverhalten also vermeidbar war, ist ihm moralisches Versagen vorzuwerfen.“ Spätestens hier ist die Grenze von der Spekulation zur Diffamierung überschritten. Dies gilt ebenso, wenn Fritze konstatiert, dass „sowohl die Wahrhaftigkeit der Angaben Elasers über seine Motivation als auch die Dignität seiner Auffassungen über das nationalsozialistische Regime gewissen Zweifeln unterliegen“.

Diese Zweifel können nur aufgeworfen werden, wenn Elasers Biographie und sein persönliches und politisches Handeln grob verkannt werden: Der Hitlergegner, der im dörflichen Milieu den Hitlergruß verweigert, sich NS-Demonstrationen entzieht, der — wie aus den Vernehmungspapieren von 1939 deutlich hervorgeht (siehe oben) — ganz konkrete Missstände benennt: Wo bleiben hier noch Zweifel an der „Dignität seiner Auffassungen“ möglich?

Fassen wir zusammen: Die These, die „Ausführungsweise“ von Elasers Tat „sei moralisch nicht zu rechtfertigen“, verkennt sowohl die Realität des verbrecherischen NS-Staates als auch die Möglichkeiten des Widerstandes gegen diese Diktatur. Die Konstruktion des „Durchschnittsbürgers“, der 1938 noch nicht den bevorstehenden Krieg habe berechtigt mutmaßen können, entlastet nicht nur eben jene „Durchschnittsbürger“, die sich nicht zum Widerstand gegen den NS-Staat entschließen konnten, sondern delegitimiert zugleich jene, die den Widerstand wagten. Wenn dem „Durchschnittsbürger“ die „politische Beurteilungskompetenz“ abgesprochen wird, wer besitzt diese — und damit das ganz individuelle Recht auf Widerstand in einer Diktatur — denn dann überhaupt?

Dies wendet sich auch gegen jene rationalen Konzepte politischer Bildungsarbeit, die eben nicht nur ein Modell der Interpretation anbietet, sondern dem mündigen Bürger hilft, Kriterien für eigene Entscheidungen zu entwickeln. Denn wer, wenn nicht der einzelne Bürger, besitzt im Rechtsstaat — und auch in der Diktatur — das Recht auf politisches Handeln?

Steven Spielbergs Kinofilm „Schindlers Liste“ (1993) nach Thomas Keneallys Buch „Schindler's Ark“ (1982) rückte ein bisheriges Randthema der Geschichte des Dritten Reiches näher ins Zentrum des öffentlichen Bewusstseins: die „Gerechten“ oder, in anderen Worten, jene deutschen und österreichischen Angehörigen des Großdeutschen Reiches, die unter Einsatz ihres Lebens Jüdinnen und Juden, das deklarierte Feindbild der Nationalsozialisten, gerettet haben. Yad Vashem, die israelische Gedenk- und Forschungsstätte für die Märtyrer und Helden des Holocaust in Jerusalem, verlieh schon lange vor der Spielbergschen Bewusstseinsbildung diesen „Gerechten“ als Dank für ihren Mut eine der exklusivsten Auszeichnungen der Welt.

Einer dieser „Gerechten“ ist Feldwebel Anton Schmid, der Gegenstand unseres speziellen Interesses, dem diese Ehrung 1967 posthum — und im Kreise anderer „Schindler“ — zuteil wurde.¹ In der Tat befand sich unter diesen sieben Ausgezeichneten ein der Schindlerschen Vorlage ähnlicher Fall.² Die Tatsache, dass die Besatzungsmacht auf lokale Arbeitskräfte zurückgriff bzw. sie ausbeuten wollte, bedeutete für diese eine Schwachstelle in ihrem System, zugleich aber für die Opfer, insbesondere für die jüdischen, eine Möglichkeit, mit dem Leben davonzukommen. Bezeichnend ist freilich, dass die österreichischen „Gerechten“ bzw. Judenretter — diesbezüglich macht auch Feldwebel Anton Schmid keine Ausnahme — kaum eine wesentliche Resonanz in der österreichischen Nachkriegsgeschichte hinterlassen, geschweige denn Anerkennung gefunden haben. Wer kennt sie? Was geschah für sie?

Dabei ist — wie polnische Studien belegen³ — die Zahl der Österreicher vor allem in der Deutschen Wehrmacht, die den Schritt von der inneren Ablehnung

¹ DÖW 2986, 5134 sowie DÖW-Zeitungsausschnittesammlung, Stichwort *Judenretter — Anton Schmid*, dort auch weitere „Gerechte“.

² Der Fabriksbesitzer Julius Madritsch und sein Betriebsleiter Raimund Titsch aus Wien, die in Polen mit Hilfe jüdischer Arbeitskräfte Hemden für die Wehrmacht produzierten und durch diese Beschäftigung viele Juden retteten. Mit der Annäherung der russischen Front vorlegte Titsch eine Gruppe von tausend Juden nach Sachsen zur Panzerfaustproduktion und sicherte diesen dadurch das Überleben.

³ Stanislaw Okceki, Zur Teilnahme der Österreicher an der polnischen Widerstandsbewegung (1939—1945), Warschau 1965 (DÖW 8500) bzw. Okceki ausführlichere Version „Österreicher in der polnischen Widerstandsbewegung“ als Typoskript in DÖW 8298; ders., Die Teilnahme der österreichischen Antifaschisten an der polnischen Widerstandsbewegung (Typoskript, DÖW 2614); ders., Österreicher in der polnischen Widerstandsbewegung (Typoskript, DÖW 8298).

des NS-Regimes zu konkreter oppositioneller Tat im fremden Land, sei es in Polen, im Baltikum oder anderswo, gemacht haben und zum Teil übergelaufen sind, keineswegs vernachlässigbar. Sie kamen außerdem noch aus Arbeitskommandos, der Organisation Todt, der deutschen Polizei und Gendarmerie, sie waren Angestellte der Besatzungsbehörden, Eisenbahner, Kaufleute, Industrielle, die aus diversen Gründen auf ihren Posten und Dienststellen verharren und ihre Position nützten, um von außen her Hilfe zu leisten, ohne organisatorisch der anderen Seite zuzugehören. Motiviert wurden sie durch humanitäre, politische, religiöse Beweggründe, oder aus einem Berufsethos heraus, beispielsweise die Ärzte, sowie durch proösterreichische und antideutsche Grundhaltungen. Und betont werden soll, dass unter diesen österreichischen Helfershelfern kein Fall bekannt ist, in dem sich einer in einer Art Rückversicherung ein Alibi für den Fall der Niederlage schaffen und sich den Weg für die Rückkehr ins zivile Leben daheim freihalten wollte.

Anton Schmid wurde am 9. Jänner 1900 in Wien geboren, war von Beruf Radiohändler⁴ und betrieb im 20. Wiener Gemeindebezirk ein mittelgroßes Radiogeschäft, das seine Frau und seine Tochter noch lange Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg weiterführten. Über seine Biographie bis zu seinem Eintritt in die Deutsche Wehrmacht ist nicht viel in Erfahrung zu bringen, auch nicht aus dem Kreis seiner eigenen Familie. Es kursieren im Wesentlichen nur zwei Fotos von ihm — ein Passfoto, und das andere zeigt ihn in voller Größe in Wehrmontur. Bei der Erfassung seiner Persönlichkeit ist man somit auf Äußerungen von Menschen angewiesen, die ihn zur Zeit seiner Rettungsaktionen kannten — und überlebten, allen voran Hermann Adler, von dem noch die Rede sein wird. Anton Schmid war, so charakterisiert ihn dieser Intellektuelle, ein „schlichter, treuherziger, im Denken und Reden einförmiger und gesellschaftlich ungeschickter Mann“⁵, „nicht religiös, er war kein Philosoph, er las keine Zeitung, Bücher schon gar nicht, er war kein geistiger Mensch, seine alles überragende Eigenschaft war die der Menschlichkeit“.⁶ Diese Menschlichkeit dürfte der Schlüssel zu Schmidts Verhalten und die Motivation für die Rettung von Jüdinnen und Juden im litauischen Wilna gewesen sein. Schmid war kein Judenretter aus politischen Gründen, noch gehörte er einem organisierten Verband an. Laut Her-

⁴ Fälschlicherweise häufig als Textilhändler zitiert.

⁵ Brief von Hermann Adler an Herrn Karmon, o. D. Entgegnung auf „Das Epos vom Feldwebel Anton Schmidt“ [sic!], in: Léon Poliakov / Josef Wulf, Das Dritte Reich und seine Diener, Berlin 1956, S. 523–529, im Folgenden: Adler, Brief (DÖW Zeitungsausschnittsammlung, Stichwort *Judenretter — Anton Schmid*).

⁶ Hermann Adler in *Hörbilder*, Ö1/ORF, 27. Oktober 1990: „Feldwebel Schmid — Die Geschichte einer Rettung“ (im Folgenden: *Hörbilder*).

mann Adler war das Ehepaar Schmid „politisch völlig uninteressiert“⁷, Schmid — so seine Ehefrau später — hat sich vor der Einberufung zum Militär „nie politisch betätigt“ und war auch „bei keiner Partei Mitglied“.⁸ Dessen ungeachtet bezeichnete ihn Adler als Sozialisten und Monarchisten zugleich⁹, Stanislaw Okecki, der über die Österreicher in der polnischen Widerstandsbewegung schrieb, rechnet Schmid den Kommunisten zu (siehe unten)¹⁰, und für Simon Wiesenthal ist er ein „frommer Katholik“¹¹. Anton Schmid war auch weder Philosemit noch „ein Freund des Zionismus“, als der er gelegentlich hingestellt wurde, und er war auch, wie kolportiert wurde, vor dem Krieg nie in Palästina, und keine frühere Verlobte von ihm lebte dort. In der Tat, bis zu seiner Bekanntschaft mit Hermann Adler hatte Schmid „vom Zionismus keine blasse Ahnung“, auch nicht von Begriffen wie „Chaluzim“, „Ha-Shomer ha-Zair“, „He-Halutz ha-Zair“ etc. Dennoch freute er sich, als er in der Neujahrsnacht 1941/42 bei einer Party in seiner Wohnung von seinen zionistischen Freunden wie Adler, Tenenbaum u. a. zum „Ehrenmitglied der zionistischen Organisation“ im Wilnaer Ghetto ernannt wurde.¹² Mordechai Tenenbaum charakterisierte Anton Schmid, als er in einem Treffen der zionistischen Widerstandskomitees von ersten Kontakten mit diesem sprach, als „Deutschen österreichischer Herkunft, Anti-Nazi ohne sonderliche politische Ausrichtung“, als „natürlich heiter, freundlich, warmherzig, gekennzeichnet durch eine Art von charmanter Kindlichkeit, sehr erfreut über die den Juden gewährte Hilfe sowie über die Schmuggeloperationen“.¹³

Dass Schmidts Tat nichts anderes als eine Hilfeleistung eines Einzelnen war, geht auch aus seinem vorletzten Brief an seine Ehefrau hervor, den er ihr vier Tage vor seinem Tod geschrieben hat und in dem er ihr erstaunlicherweise erstmals von seinem Todesurteil berichtet, wiewohl er davon seit 25. Februar gewusst hat. Hierin eröffnet er ihr auch die Gründe, die ihn zur Hilfeleistung angetrieben hatten. Zugleich erfahren wir *expressis verbis* — was man voraussetzen

⁷ Adler, Brief, S. 10.

⁸ Stefanie Schmid vor der MA 12, 1956 (DÖW 20.000/S 229).

⁹ *Hörbilder*.

¹⁰ Okecki, Österreicher in der polnischen Widerstandsbewegung (Typoskript), S. 19 (DÖW 8298).

¹¹ Simon Wiesenthal, *Doch die Mörder leben*, hrsg. u. eingeleitet v. Joseph Wechsberg, München–Zürich 1967, S. 328–331, insbes. 328.

¹² Adler, Brief, S. 2, 10; Yitzhak Arad, *Ghetto in Flames. The Struggle and Destruction of the Jews in Vilna in the Holocaust*, New York 1982, S. 232 f. Bezüglich Anton Schmidts weist diese beeindruckende und materialreiche Studie so manche Ungenauigkeit auf, was sich vermutlich durch die Übernahme verschiedener (teilweise widersprüchlicher) Zeitzeugenberichte und Interviews ergab.

¹³ Marc Dvorjetski, Anton Schmidt [sic!] — Anti-Nazi Sergeant in the Vilna Ghetto, in: *Yad Vashem Bulletin*, H. 3, Juli 1958, S. 18 f. und 29, hier: S. 19.

und annehmen konnte —, dass er von den Gräueln an Wilnas Jüdinnen und Juden wusste — und das wahrscheinlich relativ bald:

„Will Dir noch mitteilen, wie das ganze [zustande] kam: hier waren sehr viele Juden, die vom litauischen Militär zusammengetrieben [und] auf einer Wiese außerhalb der Stadt erschossen wurden — immer so 2–3000 Menschen. Die Kinder haben sie auf dem Weg gleich an die Bäume angeschlagen usw. kannst Dir ja denken. Ich musste, was ich nicht wollte, die Versprengtenstelle übernehmen, wo 140 Juden arbeiteten, die baten mich, ich soll sie von hier wegbringen oder einem Fahrer mit Wagen sagen. Da ließ ich mich überreden — Du weißt ja, wie mir ist mit meinem weichen Herz — ich konnte nicht denken und half ihnen — was schlecht war von Gerichts wegen. [...] Ich habe nur als Mensch gehandelt und wollte ja niemandem weh tun.“

Oder wie er in seinem letzten Brief vom Tag seiner Erschießung schrieb:

„Ich habe ja nur Menschen, obwohl Juden, gerettet von dem, was mich ereilte, und das war mein Tod. So wie ich im Leben immer alles für andere tat, so habe ich auch mein Alles für andere geopfert.“¹⁴

Wir wissen nicht, wann Anton Schmid zur Wehrmacht eingezogen wurde, am 12. Februar 1940 liegt auf jeden Fall sein Truppenteil, das 1. Landesschützenbataillon XX/XVII, in Stalowa Wola in Südostpolen. Am 16. Juli 1941 ist er dem Stab des Landesschützenbataillons 898 zugeteilt, und im weiteren Verlauf gibt es bei ihm keine neue Truppeneinteilung, was uns annehmen lässt, dass Anton Schmid mit dem Hauptpulk der deutschen Soldaten vorrückte und spätestens Mitte Juli 1941 in Wilna stationiert und so Augenzeuge vieler Verbrechen an den Juden und aller Auskämaktionen war.¹⁵

Für Juden war Wilna das litauische *Jerusalem*. Mitte des 16. Jahrhunderts entstand dort die erste jüdische Gemeinde, und sie war bald ein frühes Zentrum rabbinischer Gelehrsamkeit, später der jüdischen Aufklärung und im 19. Jahrhundert ein bedeutender Ort hebräischer und jiddischer Literatur sowie des jüdischen Buchdrucks. Seit 1920 unter polnischer Herrschaft, kam es in der Zwischenkriegszeit vor dem jähen Absturz jüdischen Lebens zu einem erneuten und

¹⁴ Brief von Anton Schmid an seine Frau Stefanie, Wilna, 9. April 1942, freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Simon Wiesenthal.

¹⁵ Schreiben einer nichtgenannten Dienststelle, sign. Kirchhoff, an die Österreichische Akademie der Wissenschaften, 1010 Wien, betr. Anton Schmid, 18. Juli 1991 (Kopie im Besitz des Verfassers).

letzten Aufblühen des geschriebenen und gedruckten Wortes, am sichtbarsten in der Form des 1925 in Wilna etablierten *Jüdischen Wissenschaftlichen Instituts* (YIVO), dessen Hauptaugenmerk sich auf die in jiddischer Sprache geschaffene Kultur des osteuropäischen Judentums richtete.¹⁶

Als Deutschland am 22. Juni 1941 den Krieg gegen die UdSSR begann, besetzten bereits zwei Tage später deutsche Truppen die Stadt Wilna, die zu diesem Zeitpunkt zirka 60.000 jüdische EinwohnerInnen zählte, was nicht ganz einem Drittel der Stadtbevölkerung entsprach.¹⁷ Ermuntert durch Vorauskommandos der Einsatzgruppe A kam es alsbald zu Ausschreitungen gegen Juden durch Litauer, die in regelrechte Massaker ausarteten, seitens der zuständigen Einsatzgruppe jedoch „als innere Auseinandersetzungen zwischen Litauern und Juden“ interpretiert wurden. Die in Wilna installierte Militärverwaltung sowie das Anfang Juli einrückende SS-Einsatzkommando 9 kooperierten mit ortsansässigen Kräften; Ersteres erließ eine Reihe antijüdischer Befehle (Einführung des Gelben Sterns, nächtliches Ausgehverbot), das Einsatzkommando mit nunmehr eingegliederten litauischen „Hilfswilligen“ ermordete im Juli ungefähr fünftausend jüdische Männer der Stadt in Ponary.¹⁸ Zu diesem Zeitpunkt wussten die Jüdinnen und Juden in Wilna noch nichts von den wahren Vorgängen an diesem Exekutionsplatz und Massengrab, einem Wäldchen, zirka 12 km südlich der Stadt Richtung Grodno. Hier hatten die Sowjets 1940/41 mehrere große Gruben für künftige Treibstofflager ausgehoben, in denen nun die SS, die deutsche Polizei und die litauischen Kollaborateure ihre Mordaktionen ausführten. Ponary war gleichbedeutend mit Tod. In mehreren „Aktionen“ wurden im Herbst 1941 Juden aus den mittlerweile (6. September 1941) errichteten zwei nebeneinander liegenden Ghettos (seit Ende Oktober nur mehr eins) der Stadt selektiert und nach Ponary verschickt: Kranke, alte Menschen und vor allem solche, die keinen Arbeitsschein, also keine Beschäftigung bei den deutschen Stellen, vorweisen konnten. Bei Abbruch der „Aktionen“ Anfang November 1941 bzw. in der zweiten Dezemberhälfte 1941 waren von den 60.000 Jüdinnen und Juden der Stadt 33.500 ermordet. Im Ghetto waren neben den 8000 Jüdinnen und Juden, die sich versteckt hielten, zirka 12.000 „legale“ zurückgeblieben. „Aktionen“ größeren

¹⁶ Siehe Florian Freund, Franz Ruttner, Hans Safrian (Hrsg.), *Ess firt kein weg zurik ... Geschichte und Lieder des Ghettos von Wilna 1941–1943*. Mit einem Vorwort von Simon Wiesenthal, Wien 1992; Arad, *Ghetto in Flames*, Chapter 1; *Encyclopedia of the Holocaust*, New York 1990, Bd. 4, S. 1571–1575; Joshua Sobol, *Ghetto*, Schauspiel in drei Akten. Mit Dokumenten und Beiträgen zur zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung sowie Zeichnungen von Johannes Grützke, hrsg. v. Harro Schweizer, Berlin 1984; BA-MA, M5g 2/2822, Oskar Schönbrunner, *Kurzer Bericht und Schilderung persönlicher Erlebnisse über Hilfeleistung und Rettung von Juden vor Erschießung oder Lagerweisung (in Wilna)*, 9. August 1982.

¹⁷ Arad, *Ghetto in Flames*, S. 27 f.

¹⁸ Auch Ponar und Paneriai. Vgl. *Encyclopedia of the Holocaust*, Bd. 3, S. 1180 f.

Stils bedrohten diese vorläufig nicht mehr, die Deutsche Wehrmacht zog sie zu wehrwirtschaftlichen Arbeiten heran, ihr Führer im Judenrat, Jakob Gens, gab sich der Illusion hin — und handelte danach —, dass Produktivität und Fleiß der Juden das Überleben des Ghettos und seiner Insassen gewährleisten würden, und die Zeit vom Jahresanfang 1942 bis ins Frühjahr 1943 bezeichnet man als „eine Periode relativer Ruhe“ im Ghetto.

In dieser Zeit arbeiteten die verbliebenen Jüdinnen und Juden entweder außerhalb des Ghettos oder in Werkstätten im Ghetto selbst für die Besatzungsmacht. Ein reiches Kulturleben entstand, auch die Widerstandskräfte organisierten sich (Vereinigte Partisanenorganisation FPO), schmuggelten Waffen ins Ghetto und gerieten dabei in Konflikt mit Jakob Gens und dessen Vorstellung von einer Art möglicher Koexistenz mit den Deutschen. Am 21. Juni 1943 befahl Reichsführer SS Heinrich Himmler die Liquidierung aller Ghettos im Reichskommissariat Ostland und die Überführung der Ghettoinsassen in Konzentrationslager. In erneuten „Aktionen“ im August und September 1943, bei denen es zu Zusammenstößen und zum Feuerwechsel mit der FPO kam, wurde die Wilnaer Ghettobevölkerung in Konzentrationslager nach Estland oder Sobibor verschickt, wieder andere nach Ponary. Einige hundert FPO-Mitglieder entkamen und gingen zu den Partisanen. Achtzig Juden wurden im September 1943 ausgewählt, die Massengräber in Ponary wieder zu öffnen, die verwesenen Körper der Opfer zu verbrennen und alle Spuren der Verbrechen zu verwischen. Am 13. Juli 1944 befreite die Rote Armee Wilna. Von den 60.000 Jüdinnen und Juden hatten 2000 bis 3000 überlebt, ein Drittel davon bei den Partisanen, der Rest in diversen Konzentrationslagern, in Verstecken oder aufgrund ihrer Dokumente, die sie als „Arier“ auswiesen. Die wenigsten von ihnen ließen sich wieder in Wilna nieder.¹⁹

Anton Schmid war — wider seinen Willen — Leiter der Versprengtensammelstelle der Wehrmacht in Wilna, und seine Aufgabe war es demnach, versprengte deutsche Soldaten zu sammeln und wieder den Einheiten zuzuführen. Schmid's Dienststelle in der Kolejova 15 waren Werkstätten für Tischler, Schuster, Schneider und Polsterer angeschlossen, sie waren in verschiedenen, früher zum Bahnhof gehörenden Lagerräumen und Schuppen untergebracht und nicht, wie so häufig behauptet wird, im Keller der Dienststelle. Zum Betreiben dieser Werkstätten hatte Anton Schmid einen Anspruch auf jüdische Zwangsarbeiter. Bei rigorosen Aussiedlungsaktionen im Ghetto bekamen die Arbeitssklaven sämtlicher Dienststellen, also auch der Versprengtensammelstelle, den Befehl, ihre durch den „Gelben Schein“ (Arbeitsschein) mitgeschützten Angehörigen zum Arbeitsplatz mitzubringen, um die Hausdurchsuchungen und Auskäm-

¹⁹ Siehe Anm. 15.

aktionen im Ghetto zu erleichtern. Schmid's Zwangsarbeiter und ihre Frauen und Kinder wurden in solchen Fällen in den Lagerräumen und Schuppen untergebracht. Er selbst konnte bzw. durfte das Ghetto nicht betreten, dazu hatte er keine Befugnis. „Sonderbewilligungen“ zum Betreten des Ghettos gab es nur „gegen“, aber niemals „für“ Juden. Anton Schmid konnte seine Arbeiter beim Ghetto abholen bzw. nach getaner Arbeit bis dorthin begleiten.²⁰

Am Ghettotor traf er während einer Kontrolle seiner Arbeiter erstmals Hermann Adler, ein Mitglied des örtlichen jüdischen Widerstandes. Wer von Feldwebel Anton Schmid spricht, kommt nicht umhin, Hermann Adler in diese Geschichte einzubinden, fairerweise auch seine Frau Anita, die mit ihrem Ehemann Hermann Adler ein Zimmer in Anton Schmid's Wohnung teilte und somit in jede Aktivität im Zusammenhang mit Schmid eingeweiht war.²¹ Adler nimmt hier die Rolle eines Kronzeugen ein, der in der kritischen Zeit in Wilna an der Seite des Feldwebels war und sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Wort, Ton und Bild als Dichter, Schriftsteller und Vortragender einsetzte, die Leistung Anton Schmid's nicht der Vergessenheit anheim fallen zu lassen. Er setzt Anton Schmid gleich nach Kriegsende in „Ostra Brama. Legende aus der Zeit des großen Unterganges“ (1945) ein Denkmal²², ist die treibende Kraft für die Yad Vashem-Auszeichnung Schmid's, ist Mitautor des Films „Feldwebel Schmid“²³ und erzählt unter anderem in einer Ö1-Hörbilder-Sendung des ORF²⁴, wie für einige wenige Monate sein Leben und das des Anton Schmid schicksalhaft zusammenliefen. Ohne Hermann Adler, einen 1911 bei Bratislava geborenen und in Nürnberg aufgewachsenen deutschen Juden, den es über mehrere Stationen nach Wilna verschlägt und von dort später nach Warschau und Budapest und ins KZ Bergen-Belsen, bis er dann im Zuge der „Kasztner-Aktion“²⁵, der Rettung und Ausreise von Juden ab Juli 1944 aufgrund von Freikauf- bzw. Freitauschverhandlungen

²⁰ Adler, Brief, S. 3 f.

²¹ Siehe Hermann Adlers diesbezüglichen Kommentar in: Adler, Brief, S. 4, 7 („Selbstverständlich hat an meiner Seite auch meine Frau das Ihrige geleistet, als Mitglied der Widerstandsbewegung in Wilna, in Warschau und in Budapest.“)

²² Hermann Adler, Ostra Brama. Legende aus der Zeit des großen Unterganges, Zürich 1945, insbes.: Der Legende achter Teil. Die sichere Hand des Freundes, S. 110–116.

²³ Produziert als Dokumentarspiel bzw. dokumentarischer Fernseh-Spielfilm von Hermann Adler und Hans Wiemuth durch die Sator-Film-GmbH Hamburg, 1968.

²⁴ Siehe Anm. 5.

²⁵ Siehe Alexandra-Eileen Wenck, Zwischen Menschenhandel und „Endlösung“: Das Konzentrationslager Bergen-Belsen, Paderborn 2000, insbes. S. 330; Yehuda Bauer, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt am Main 1996; Konzentrationslager Bergen-Belsen. Berichte und Dokumente, Bergen-Belsen Schriften, hrsg. v. der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung unter Mitwirkung des Wissenschaftlichen Beirates für Gedenkstättenarbeit, Göttingen 1995, insbes. S. 60.

der SS mit jüdischen Persönlichkeiten wie Kasztner, die rettende Grenze in die Schweiz erreicht²⁶, ohne diesen Hermann Adler wäre unser Wissen über Anton Schmid sehr gering und nebulos. Genau genommen war es er, der den Feldwebel, nachdem dieser den ersten Schritt schon getan, nämlich der litauischen Jüdin Luisa Emaitisaite zu „arischen“ Papieren verholfen und sie damit gerettet hatte, zu systematischer Rettung von Wilnaer Juden überredete.²⁷ Auch Hermann Adler gehörte anfänglich zu jenen nicht wenigen in Wilna, die nicht glauben konnten, dass die ortsansässigen Jüdinnen und Juden erschossen würden — Männer eventuell, aber doch nicht Frauen und Kinder —, bis eine den Liquidierungen entkommene und ins Ghetto zurückgekehrte Jüdin ihn und andere über die Wahrheit von Ponary eines Besseren belehrte.²⁸ Mag diesbezüglich nach einiger Zeit Gewissheit über die Verbrechen eingekehrt sein, so waren sich die Ghettoteute und jüdischen Untergrundkämpfer lange nicht einig, ob Wilna bzw. die Liquidierung der Wilnaer Jüdinnen und Juden ein singuläres Ereignis oder Teil eines Gesamtplans war, der früher oder später auch auf die anderen, einstweilen noch „ruhigen“ Ghettos im Osten ausgedehnt würde.

Hermann Adler hatte zwei Schlüsselbegegnungen, die sich nur schwer mit der Ratio erklären lassen: Er stand bereits in eine Kolonne von hundert zur Erschießung bestimmten Juden eingereiht, als ein deutscher Offizier — ein Kriegspfarrer, wie sich dann herausstellte — diesen Trupp mit begleitenden litauischen Milizsoldaten stoppte und zehn Leute, darunter Hermann Adler, herausholte, um die durch die deutschen Bombardements verursachten Bauschäden an der evangelischen (später: Soldaten-)Kirche zu beheben. Seine zweite Begegnung erfolgte mit dem Priester Andreas Gdowski des Wilnaer Klosters Ostra Brama, der Adler quasi die Rutsche zu Feldwebel Schmid legte: Schmid erschien eines Tages mit einer jungen Jüdin namens Luisa Emaitisaite²⁹ und bat den Priester um „arische“ Papiere für seine Begleiterin. Gdowski solle auf „kirchliches“ Papier schreiben, er kenne Luisa als eine Katholikin, die mit ihren Eltern von den Russen deportiert worden sei, sie sei in einem Wald entkommen, nach Wilna zurückgekehrt — er solle das so schreiben, er rette einer Jüdin solcherart das Leben. Der Priester tat, worum ihn Feldwebel Schmid bat, und Luisa arbeitete danach als „Zivilangestellte“ in Schmid's Versprengtensammelstelle. An Anton Schmid erinnerte sich nun der Priester wieder, als Hermann Adler bei ihm auftauchte. Der Feldwebel werde ihm helfen, meinte er, er solle zu ihm gehen. — Ausgestattet mit gefälschten Papieren der Widerstandsbewegung des Ghettos, mit abge-

²⁶ Adler, Brief, S. 6; vgl. diverse Artikel über Hermann Adler in: Jüdische Rundschau (Basel), u. a. vom 4. Oktober 1991, 23. Februar 1995 (DÖW Zeitungsausschnittsammlung, Stichwort *Judenverfolgung — Hermann Adler*).

²⁷ Der Verfasser folgt hier: *Hörbilder*; Adler, Brief, S. 6; vgl. den Film „Feldwebel Schmid“.

²⁸ *Hörbilder*.

²⁹ Auch Louisa.

trenntem Davidstern kam es zur Begegnung zwischen Hermann sowie Anita Adler, seiner im Ghetto frisch angetrauten Frau, und Anton Schmid in dessen Privatwohnung im Oktober 1941, im Monat der drei großen „Aktionen“. Dieses Datum ist uns insofern eine Orientierungshilfe, als wir nicht genau wissen, wann Anton Schmid im Verband der Deutschen Wehrmacht in Wilna ankam. Im Zuge des Gesprächs und des gegenseitigen Abtastens erklärte Schmid, er wisse, dass im Ghetto täglich Juden erschossen würden, das sei aber nur in Wilna so, schränkte er ein. Als die Adlers auf Luisa Emaitisaite anspielten, fühlte sich Anton Schmid von ihnen, nur weil er — so Schmid — einmal eine Jüdin gerettet habe, erpresst. Er könne, meinten die Adlers, Juden von Wilna nach Białystok transportieren, im dortigen, noch ruhigen Ghetto gebe es Textilbetriebe der Wehrmacht, die jüdische Arbeiter brauchen könnten, und die dorthin gebrachten Wilnaer Juden seien dann allenfalls gerettet. Schmid könne das mit seinen zwei Armeefahrzeugen bewerkstelligen, an den erforderlichen Durchlassscheinen werde es nicht fehlen. Nach diesem ersten Gespräch zeigte ihnen Anton Schmid ein Zimmer seiner Wohnung, das alle, auch Schmid selbst, in Hinkunft nur mehr auf ein verabredetes Klopfzeichen hin betreten konnten und das bis zur Verhaftung des Feldwebels die Bleibe von Hermann und Anita Adler war.

Durch Hermann Adler wurde Anton Schmid mit den Nöten und Problemen des jüdischen Widerstandes bzw. des Wilnaer Untergrunds bekannt. Adler betrat nun aus Sicherheitsgründen nicht mehr das Ghetto³⁰, die Verbindung dorthin hielten zionistische Jugendführer wie Mordechai Tenenbaum-Tamaroff, der später im Ghettokampf von Białystok in leitender Funktion fiel, Lonia Kozibrodzka oder Tamara Schneiderman³¹ aufrecht, die alle Zutritt zu Schmid's Privatwohnung hatten und dort mit Adler, und nur gelegentlich auch mit Schmid selbst, verhandelten.³² Diese und andere Jugendliche kamen aus den zionistischen Jugendbewegungen — He-Halutz, Ha-Shomer ha-Zair etc. — und versuchten, parallel zum Judenrat, der von den Deutschen eingesetzten offiziellen Repräsentanz der Wilnaer Gemeinde, andere Formen einer potentiellen Führung zu bilden. Sie hatten sich in der zweiten Septemberhälfte 1941 getroffen, also nach den zwei ersten „Aktionen“ und der abgeschlossenen Ghettoisierung, und beschlossen, vorrangig die Sicherheit der eigenen Mitglieder zu gewährleisten, diesen gefälschte ID-Karten, Arbeitspapiere für ihre Untergrundaktivitäten sowie Verstecke zu beschaffen.³³ Wichtig war diesen Jugendlichen, die Ghettoisierung aller Juden im deutsch besetzten Gebiet zu durchbrechen, die zugleich eine Unter-

³⁰ Adler, Brief, S. 4.

³¹ Auch Mordechai Tenenbaum, Lonka Kotzebrozka, Tamara Schneidermann. Btr. Tenenbaum siehe: *Encyclopedia of the Holocaust*, Bd. 4, S. 1455–1458.

³² Adler, Brief, S. 10.

³³ Arad, *Ghetto in Flames*, S. 184 f.

bindung der Mobilität und somit eine Isolierung der jüdischen Gemeinden voneinander darstellte. Die Plötzlichkeit, mit der der Regimewechsel von den Sowjets zu den Deutschen erfolgte, die Massaker der einheimischen Mitbürger und die ungeahnte Brutalität der „Aktionen“ wirkten paralyisierend auf die Wilnaer Jüdinnen und Juden. In Städten Weißrusslands wie Voronovo und Lida³⁴, von Wilna nicht allzu weit entfernt, gab es vorläufig keine derartigen „Aktionen“ und Judenmorde, auch nicht in Białystok, das Ghetto von Warschau galt zu diesem Zeitpunkt „als besonders sicher“. Kuriere der diversen Jugendgruppen sorgten nun — unter großem Risiko aufzufliegen und verhaftet zu werden — für den Kommunikationsfluss zwischen den einzelnen Ghettos. Ihre Berichte über die Vorgänge in Wilna lösten dort „Schockwellen“ aus oder riefen Skepsis hervor und wurden nicht geglaubt; wenn doch geglaubt, hielt man sie nicht auf die spezielle Lage anwendbar.³⁵

Das war die Stunde des Anton Schmid, als er jüdische Kuriere und andere gefährdete Wilnaer Juden mit seinen zwei Militärkraftwagen in besagte sichere Ghettos transportierte. Es gibt naheliegenderweise keine Listen und Aufzeichnungen über die solcherart von Schmid Geretteten. Weder Anton Schmid noch Hermann Adler bestimmten, wer gerettet und aus Wilna hinausgebracht werden sollte. Die Auswahl dieser Leute wurde einzig und allein von den Vertretern der verschiedenen Parteien im Ghetto selbst nach einem bestimmten Schlüssel vorgenommen.³⁶ Hauptsächlich handelte es sich um jugendliche Mitglieder zionistischer Bewegungen, aber auch um *Bund*-Anhänger (sozialistisch, nicht-zionistisch), die alle für ihre Kurierdienste aus diversen Gründen (mangelnden polnischen Sprachkenntnissen, „betont jüdischen“ Gesichtszügen) nicht die Eisenbahn benutzen konnten. Schmid und Adler organisierten Rettungsaktionen nach Grodno, Lida und nach Białystok, der wichtigsten Anlaufstelle. Manche der Geretteten blieben wegen des bereits projektierten Ghettoaufstands gleich in Białystok, die meisten fuhren weiter nach Warschau.³⁷ Eine Zeitlang, aber noch bevor Anton Schmid Hilfe zur Diskussion stand, wurde der Menschenschmuggel über die Hafenstadt Libau nach Schweden in Erwägung gezogen; als die Deutschen diesen auch von Polen benutzten Fluchtweg aufdeckten, ließ man diese Idee wieder fallen.³⁸ Anfänglich bestand ein Transport aus fünf bis sechs Leuten, im Laufe der Zeit wuchs die Zahl der „Passagiere“ pro Wehrmachtswagen auf 20 bis 30 an. Nach offiziellen Berichten — bestätigt von Yad Vashem — rettete Anton Schmid 250 bis 300 Menschen. „Wie groß die Zahl der von ihm Gerette-

³⁴ Siehe dazu: Encyclopedia of the Holocaust, Bd. 3, S. 868 f.

³⁵ Arad, Ghetto in Flames, S. 221–226.

³⁶ Adler, Brief, S. 5, 8; Hörbilder.

³⁷ Adler, Brief, S. 8.

³⁸ Adler, Brief, S. 7 f.; vgl. Dvorjetski, Anton Schmidt, S. 19.

ten wirklich ist“, schreibt Hermann Adler, „weiß niemand, da [Schmid] vielen jüdischen Menschen mit ‚arischem Aussehen‘ Durchlassschein gab. Eine Bahnfahrt mit ‚ordentlichem‘ Durchlassschein [...] war unter Umständen sicherer als eine Rettungsfahrt im LKW.“³⁹

Anton Schmid wurde in der zweiten Jännerhälfte 1942 verhaftet, am 25. Februar d. J. vom Feldgericht der Feldkommandantur 814 laut einer Nachkriegsangabe der Bundespolizeidirektion Wien (Strafregisteramt und Fahndungsamt) nach §§ 140, 90 MStGB, 32 RStGB zum Tode verurteilt.⁴⁰ Das Urteil ist soweit nicht auffindbar, auch der Blick ins Militärstrafgesetzbuch lässt einen im Unklaren, denn der § 90 war im MStGB 1940 „fortgefallen“ und bereits in den Fassungen von 1933ff nicht mehr enthalten; der § 140 („Bestechung“) fordert bis zu 5 Jahren Zuchthaus, in minder schweren Fällen Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren.⁴¹ Es muss und kann aufgrund von Zeugenaussagen angenommen werden, dass Schmid wegen seiner Hilfestellung für Juden, insbesondere wegen Bestechung von deutschen Dienststellen im Zusammenhang mit seinen Judentransporten in zitierte Ghettos, verurteilt wurde; wie dieser Tatbestand vom Feldgericht rechtlich begründet worden ist, bleibt offen.⁴² Schmid selbst hat mit diesem Strafausmaß übrigens nicht gerechnet. Sein militärischer Rechtsbeistand machte geltend, Schmid sei ordnungsgemäß mit Papieren ausgestattet und der Meinung gewesen, dass die transportierten Juden in Białystok im Interesse der Wehrmacht gebraucht würden und er also im strikten Interesse der Wehrmacht gehandelt habe. Laut Hermann Adler wäre Schmid gemäß dieser Argumentation eventuell die Todesstrafe erspart geblieben, doch Anton Schmid habe sich — „vielleicht aus übertriebener Wahrheitsliebe“ — selbst geschadet, indem er beteuerte, er habe Juden befördert, um sie zu retten, an den Wehrmachtbetrieb habe er dabei gar nicht gedacht. Nach negativ beschiedenem Gnadengesuch wurde

³⁹ Adler, Brief, S. 11.

⁴⁰ Hinweis auf das soweit nicht vorhandene Urteil des Feldgerichts der Feldkommandantur 814/51, L 20/42 vom 25. Februar 1942 in: Bundes-Polizeidirektion Wien, Fahndungsamt, 1. Dezember 1954, und Bundes-Polizeidirektion Wien, Strafregisteramt, vom 22. Dezember 1960 (OF Wien, Kopie im DÖW 20.000/S229); Brief Anton Schmid an Stefanie Schmid, Wilna, 9. April 1942. Im letzten Brief an seine Frau erwähnt Anton Schmid noch Schreiben 1–4, die laut Auskunft der Familie nicht mehr vorhanden sind.

⁴¹ Militärstrafrecht, Textausgabe, hrsg. v. Hanns Dombrowski, Vahlen's Textausgabe, I. Teil, Berlin 1937, insbes. S. 46 und 58 f.; Das Wehrmachtstrafrecht im 2. Weltkrieg. Sammlung der grundlegenden Gesetze, Verordnungen und Erlässe, bearbeitet v. Rudolf Absolon, Bundesarchiv, Abt. Zentralnachweisstelle, Kornelimünster 1958, A. Militärstrafgesetzbuch vom 10. Oktober 1940, insbes. S. 24 und 39.

⁴² Manfred Wieninger / Christiane M. Pabst, Feldwebel Anton Schmid: Retter in Wilna, in: Wolfgang Benz / Mona Körte (Hrsg.), Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit, Bd. 4: Rettung im Holocaust. Bedingungen und Erfahrungen des Überlebens, Berlin 2001, S. 187–205; Hermann Adler, Der Feldwebel Anton Schmid. Eine Begegnung im Wilnaer Ghetto, Südwestfunk, 9. März 1967.

das Urteil am 13. April 1942 um 15 Uhr durch ein Erschießungskommando in Wilna vollstreckt.⁴³

Über das Faktum, dass Feldwebel Anton Schmid Juden gerettet und dafür mit seinem Leben gebüßt hat, gibt es ebensowenig eine Diskussion wie über seine lauterer Motive für diesen seinen Einsatz. Es gibt über Anton Schmid's Tätigkeit kein einziges offizielles Papier, sondern nur Aussagen und Zeitzeugenberichte, die immer nur einen Aspekt und den oft nicht aus erster Hand wiedergeben. Kurioserweise gilt auch hier, dass die Fantasie dort am stärksten wuchert, wo ihr durch Fakten keine Grenzen gesetzt sind — und je weiter, so scheint's, der Schreiber vom Ort des Geschehens entfernt ist. So wird Anton Schmid in einer englischsprachigen Zeitung zum „Märtyrer des Todeszuges“, der im Alleingang aus den Viehwaggons jüdische Männer, Frauen und Kinder holt, welche für die Gaskammern bestimmt waren. Als „Aufseher“ war es Schmid nach dieser Zeitungslegende möglich, bei der Flucht von Juden mitzuhelfen, sie in den dichten Wäldern um Wilna zu verbergen, um sie dort noch laufend mit Nahrungsmitteln zu versorgen.⁴⁴ Mit der Wahrheit nimmt es der anonyme Schreiber des Berichts „Das Epos von Feldwebel Anton Schmid“ [sic!] von allen am wenigsten genau, und um so verhängnisvoller war es daher, dass Léon Poliakov / Josef Wulf dieses „Epos“ in eine ihrer verdienstvollen Dokumentationen („Das Dritte Reich und seine Diener“, 1956) aufgenommen haben.⁴⁵ Dieser Bericht ist insofern für uns von Bedeutung, als er aufgrund der gehäuften Fehlinformation Hermann Adler, Schmid's Intimus und wohl fundiertesten Kenner unserer Materie, zu einer langen Gegendarstellung provozierte, die insbesondere in vielen Details weit über sein Filmskript oder den Hörfunkbeitrag hinausgeht und uns bei der Erstellung des Gesamtbildes höchst hilfreich ist.⁴⁶

Hermann Adler lehrt uns vor allem, dass zu ein und derselben Zeit Ghetto nicht gleich Ghetto war, dass Strukturen nicht ohne weiteres, wie es genanntes „Epos“ tat, von einem Ghetto auf ein anderes übertragbar waren und schon gar nicht jene von Wilna, das damals „völlig dem Tod und dem Entsetzen preisgegeben war“⁴⁷, auf benachbarte Ghettos. Dass Anton Schmid im Wilnaer Ghetto ein- und ausgehen konnte, wann immer es ihm beliebte, und sich außerdem seine Arbeitssklaven und die zu Rettenden persönlich aussuchen und sie — womöglich mit dem Lastkraftwagen, wie es einige Berichte wissen wollen — mitneh-

⁴³ *Hörbilder*; Adler, Brief, S. 11; Encyclopedia of the Holocaust, Bd. 4, S. 1333; DÖW 20.000/S229, Sterbeurkunde (Abschrift) und Bundespolizeidirektion Wien/Strafregisteramt.

⁴⁴ „Martyr of the death train“, Zeitungsausschnitt ohne Blatt- und Zeitangabe aus dem Besitz Simon Wiesenthals, Mappé Anton Schmid.

⁴⁵ Siehe Anm. 4.

⁴⁶ D. i. Adler, Brief.

⁴⁷ Adler, Brief, S. 1.

men konnte oder dass er sich ins Ghetto schlich, den versteckten Juden Lebensmittel mitbrachte und Waffen, „damit sie sich, wenn die Stunde ihrer Entdeckung kommen sollte, verteidigen können“⁴⁸, sind einige der am häufigsten wiederkehrenden Topoi, nur haben sie mit der Wahrheit nichts zu tun. Das Ghetto Wilna konnten, wie erwähnt, nur Deutsche mit einer „Sonderbewilligung“ betreten, und diese wurde nicht unbedingt Personen ausgestellt, die beabsichtigten, Juden zu retten. Schmid warnte auch nicht die Ghettoinsassen vor „Aktionen“, das hieße die Bedeutung und Stellung des Feldwebels weit zu überschätzen, es war eher das Gegenteil der Fall, meist erfuhr Schmid davon erst durch seine jüdischen Zwangsarbeiter.⁴⁹ Anton Schmid hat des Weiteren auch keine jüdischen Jugendlichen bis Warschau transportiert und im dortigen Ghetto abgeliefert, Schmid's Radius reichte gerade bis Białystok oder Riga. Und allem Anschein nach hat Schmid auch für seine Rettungsaktionen kein Geld genommen, was in der damaligen Lage keineswegs üblich war.⁵⁰ „Ich bin kein Händler und will keine Geschäfte machen. Ich bin ein Mensch und will Menschen in ihrem Unglück helfen“, legt ihm ein Historiker in den Mund⁵¹, oder angesprochen auf die Risiken, die er mit seinen Rettungsaktionen eingehe, lässt Hermann Adler in dichterischer Verbrämung seinen Helden sagen: „Krepieren [...] muss jeder. Wenn ich aber wählen kann, ob ich als Mörder oder als Helfender krepieren soll, dann wähle ich den Tod als Helfer.“⁵²

Wie alle bisher zitierten Fehlinformationen entstammt auch die Behauptung, Schmid habe für eine Rettung 200 bis 400 Dollar und einige tausend Rubel verlangt, besagter Edition von Poliakov / Wulf und wurde von anderen übernommen.⁵³ Nur war der Rubel nach dem deutschen Einmarsch in Wilna wertlos, und die große Zeit des Dollar war noch nicht gekommen. Wie Schmid allerdings die Rettungsaktionen, die Verpflegung der dazu Ausgewählten etc., finanzierte, ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

Anton Schmid's Vereinnahmung reicht noch weiter: Stanislaw Okecki, Experte über Österreicher in der polnischen Widerstandsbewegung, sieht Mitte der sechziger Jahre Anton Schmid nicht als einen Einzelakteur, sondern als „Angehörigen einer Gruppe von Deutschen und Österreichern, die im Rahmen der von ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen

⁴⁸ Der Ausweg. Jüdische Zeitschrift für Aufklärung und Abwehr, 3. Jg., Nr. 5, Wien, November 1965; Wiesenthal, Doch die Mörder leben, S. 328.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Adler, Brief, S. 8 f.; vgl. Poliakov / Wulf, Das Dritte Reich und seine Diener, S. 526, 528.

⁵¹ Okecki, Österreicher in der polnischen Widerstandsbewegung (Typoskript), S. 17 f.

⁵² Adler, Ostra Brama, S. 111.

⁵³ Poliakov / Wulf, Das Dritte Reich und seine Diener, S. 528; vgl. Erika Weinzierl, Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945, Graz–Wien–Köln 1969, S. 131; Dvorjetski, Anton Schmid, S. 19.

Jugendverbandes [Polens] gegründeten ‚Antifaschistischen Organisation‘ in Białystok wirkte“.⁵⁴ Schmid soll dort einen Ansprechpartner, einen Österreicher namens Walter, gekannt haben, der Material über NS-Verbrechen sammelte. Und als Schmid einmal sein „Lokal“ (Wohnung?), so Okecki, für eine Sitzung der Wilnaer Widerstandsorganisation zur Verfügung stellte, „stellte sich heraus, dass er Kommunist war und eine Gruppe von Anhängern unter den Soldaten [hatte]“. Im Verlauf dieser Versammlung ergriff auch Schmid das Wort, „sagte die unvermeidliche Niederlage Hitlers voraus und schloss seine Ansprache, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, dass wir nach dem Krieg mit gemeinsamen Kräften eine neue Welt aufbauen würden, in der es keinen Rassenhass gibt und alle Menschen, ökonomisch gleichgestellt, eine sozialistische Gesellschaft aufbauen“.⁵⁵

Auf der Suche nach Beweismaterial gegen den SS-Standartenführer Franz Murer aus der Steiermark, gleichsam Anton Schmid's Antipode, der als stellvertretender Gebietskommissar in Wilna ein Schreckensregiment führte, so dass er in dieser Funktion sogar ins Ghetto einging⁵⁶, waren Simon Wiesenthal, dem Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes in Wien, immer wieder Überlebende des Wilnaer Ghettos begegnet, die in diesem Zusammenhang häufig den Namen des aus Wien gebürtigen Anton Schmid nannten, so dass sich Simon Wiesenthal für die Geschichte Anton Schmid's zu interessieren begann. Er lernte dessen Frau kennen, und es gelang ihm im Oktober 1965, für Frau Stefanie Schmid, ihre Tochter sowie deren Ehemann ein Visum nach Wilna zu besorgen, um die Grabstelle des Feldwebels zu besuchen. Der Friedhof in Antokol bei Wilna, auf dem Anton Schmid in einem Einzelgrab beigesetzt worden war, existierte jedoch nicht mehr, er war nach dem Krieg von den Sowjets dem Erdboden gleichgemacht worden.⁵⁷ Simon Wiesenthal nahm 1967 die Geschichte des Anton Schmid in sein Buch „Doch die Mörder leben“⁵⁸ auf, Erika Weinzierl reihte Anton Schmid zwei Jahre später unter die (zu wenigen) „Gerechten“ ein⁵⁹, was — trotz aller übernommenen Fehlinformation — eine erste Publizität dieses Falles bewirkte. 1967 erfolgte, wie einleitend erwähnt, die posthume Auszeichnung durch Yad Vashem. Am Tag der Verleihung der Medaille, dem 19. Jahrestag der Gründung des Staates Israel,

⁵⁴ Okecki, Österreicher in der polnischen Widerstandsbewegung, S. 16.

⁵⁵ Ebenda, S. 19.

⁵⁶ Vgl. die Beiträge von Doron Rabinovici und Franz Ruttner in: Freund / Ruttner / Safrian (Hrsg.), *Ess firt kejn weg zurik ...: „Jidn, sogt, wer schtejt bajm tojer ... mir ducht sich, as ess schtejt do Murer, undser besster guter frajnt.“*

⁵⁷ Mündliche Mitteilung von Simon Wiesenthal; Wiesenthal, *Doch die Mörder leben*, S. 330 f.; *Der Ausweg*, November 1965; *Bildzeitung*, 30. Oktober 1965. Auch: *Weltkriegsfriedhof Wilna-Antakalis*.

⁵⁸ Wiesenthal, *Doch die Mörder leben*, S. 328–331.

⁵⁹ Weinzierl, *Zu wenig Gerechte*, S. 129–132.

überreichte der israelische Botschafter in Wien, Dr. Michael Simon, im Beisein des damaligen österreichischen Bundeskanzlers Dr. Josef Klaus, des Wiener Bürgermeisters Bruno Marek und des Wiener Erzbischofs Franz Kardinal König und anderer Vertreter der Politik und Kirchen an sieben Österreicher — sechs davon waren persönlich anwesend — die Medaille. Für ihren Mann nahm Frau Stefanie Schmid diese Auszeichnung entgegen.⁶⁰ Das war für sie ein weiter Weg von den Anfeindungen seitens der Nachbarn, als damals die Gründe für die Erschießung Anton Schmid's bis nach Wien-Brigittenau durchsickerten. „Einige Nachbarn“, weiß Simon Wiesenthal, „bedrohten die Witwe des ‚Verräters‘ und legten ihr nahe fortzuziehen. Andere warfen ihr die Fensterscheiben ein.“⁶¹

Ein Jahr nach der Yad-Vashem-Auszeichnung produzierte die Sator-Film-GmbH Hamburg das Dokumentarspiel „Feldwebel Schmid“ nach einem Drehbuch Hermann Adlers und mit Karl Michael Vogler als Protagonisten, das im selben Jahr — 1968 — das ZDF ausstrahlte. Ende April 1972 folgte die österreichische Erstaufführung in der Volkshochschule Brigittenau, und anlässlich des Nationalfeiertags 1972 setzte der ORF den Film ins Hauptabendprogramm — eine kurzlebige Initiative, die 1971 mit Axel Cortis „Der Fall Jägerstätter“ begonnen hatte.⁶² Ende 1990 leistete schlussendlich die Gemeinde Wien ihren Tribut und benannte eine Städtische Wohnhausanlage in Schmid's Heimatbezirk Brigittenau nach ihm.⁶³

Diese Zeugnisse und Ehrungen haben jedoch nicht viel im generellen Bewusstsein des Landes gegenüber seinen NS-Opfern bewirkt, was im großen Kontext hiesiger Vergangenheitsaufarbeitung auch nicht überrascht. Anton Schmid's Bekanntheitsgrad hält sich — trotz gelegentlicher Wiederaufnahme des zitierten Films gerade in der Volkshochschule Brigittenau⁶⁴ — in Grenzen, oder anders ausgedrückt, sein Bekanntheitsgrad reichte bislang kaum über den 20. Wiener Gemeindebezirk hinaus. Niemand in Österreich kam bis jetzt auf die Idee, eine Kaserne oder militärische Einrichtung nach Feldwebel Anton Schmid zu benennen. Dieser Schritt blieb der Bundeswehr vorbehalten, die am 8. Mai

⁶⁰ DÖW 5134 (H. Butterweck, „Sieben Gerechte“), *Arbeiter-Zeitung*, 17. Mai 1967, *Kurier*, *Magazin*, 25. Februar 1967.

⁶¹ Wiesenthal, *Doch die Mörder leben*, S. 331.

⁶² Vgl. die Beiträge und Kommentare in den österreichischen Tageszeitungen zum 26. Oktober 1972 (Nationalfeiertag) sowie DÖW 289.

⁶³ Anton-Schmid-Hof, Pappenheimgasse 31, 1200 Wien. Der Beschluss wurde in der Gemeinderatssitzung vom 14. September 1989 gefasst, der feierliche Akt fand am 11. Dezember 1990 statt. Vgl. Ursula Schwarz, *Die Benennung der Gemeindebauten in Wien von 1945–1993*, phil. Diss., Wien 1995, S. 155 f.

⁶⁴ Beispielsweise am 28. September 1988, bei welchem Anlass so bekannte Persönlichkeiten wie Rosa Jochmann, Prälat Unger oder Carl Szokoll als Zeitzeugen auftraten.

2000 eine nach dem Generaloberst und VGH-Richter Rüdell benannte Kaserne in Rendsburg, Schleswig-Holstein, in Feldwebel-Schmid-Kaserne umbenannte.⁶⁵

⁶⁵ Vgl. die anlässlich dieses Ereignisses zahlreichen Berichte in der deutschen und österreichischen Presse, u. a. Arno Lustiger in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 3. Juni 2000 („Feldwebel Anton Schmid“), Fritz Stern im *Aufbau* (New York) vom 18. Mai 2000 („Feldwebel Schmid rettete Wilnaer Juden. Kaserne erhält den Namen eines wahren Helden“), *Kurier* (Wien) vom 8. Mai 2000 („Späte Ehrung für Helden der Menschlichkeit“) sowie Wolfram Wetze in der *Frankfurter Rundschau* vom 8. Mai 2001 („Ich habe nur als Mensch gehandelt“).

Ein Linzer Ritterkreuzträger im
militärischen Widerstand¹

Gemeinsam mit den Linzer Generalstabsoffizieren Oberstleutnant Robert Bernardis und Generalmajor Erwin Lahousen-Vivremont gehört der aus Grazer Familie stammende und in der Folge ebenfalls in Linz heimatberechtigte ehemalige Ritterkreuzträger und Oberst im Generalstab der Deutschen Wehrmacht Heinrich Kodré zu den österreichischen Protagonisten des militärischen Widerstandes gegen Hitler und das NS-Regime.

Oberstleutnant i. G. Robert Bernardis² spielte am 20. Juli 1944 und durchaus auch schon längere Zeit davor als einziger österreichischer Offizier in Berlin eine wichtige Schlüsselrolle, indem er als Absolvent der „Kriegstechnischen Kurse“, also der damaligen österreichischen Generalstabsausbildung für Pionieroffiziere, maßgeblich an der Planung und Vorbereitung des Sprengstoffattentats auf Hitler beteiligt war. Gleichzeitig organisierte er den militärischen Widerstand im ehemaligen Österreich, wo er die Vorbereitung der „Walküre“-Maßnahmen veranlasste. Dazu ließ er unter anderem Hauptmann Carl Szokoll nach Berlin kommen, um ihn Oberst i. G. Graf Stauffenberg vorzustellen.

Bernardis fungierte auch als „Führungsoffizier“ des langjährigen Leiters der Abwehrstelle im Wiener Wehrkreis XVII, Oberst Graf Marogna-Redwitz, der ebenfalls zu den Verschwörern zählte und nach der Enttarnung der Widerstandsaktivitäten des Amtes „Ausland/Abwehr“ 1944 in das Allgemeine Heeresamt nach Berlin versetzt wurde, wo er auch dienstlich dem „Gruppenleiter Personal“,

¹ Der Autor dankt: dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Wien, insbesondere dessen Leiter, Herrn Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, für die Unterstützung und die völlig unbürokratische Vorgangsweise bei der Quellenbenützung; Herrn Divisionär Hubertus Trauttenberg, langjähriger Adjutant des Bundespräsidenten, für die permanente Unterstützung und Förderung der Erforschung des Anteils der Österreicher am militärischen Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, insbesondere aber auch für die laufende (militär-)wissenschaftliche Beratung und Hilfe bei der Quellenbeschaffung, ohne die die vorliegende Studie nicht zustande gekommen wäre; Herrn Dr. Marek Hgott, Landesarchiv Oberösterreich, für die umfassende und kompetente Beratung in der Frage des „Opferfürsorgeverfahrens Kodré“.

² Zu Bernardis vgl. Karl Glaubauf, Robert Bernardis. Österreichs Stauffenberg, gedr. Manuskript, Wien 1994.

also dem Linzer Oberstleutnant i. G. Bernardis und damit auch Oberst Graf Stauffenberg, solange dieser als Stabschef dieses Amtes unter General Olbricht (bis Juni 1944) diente, unterstellt war.

Somit ist nicht nur der thematische Zusammenhang infolge der völlig unbestrittenen Widerstandstätigkeit der Abwehr, sondern auch der lokale Bezug der Verschwörer im Allgemeinen Heeresamt in Berlin evident.

Bernardis entsandte kurz vor dem 20. Juli Oberst Graf Marogna-Redwitz nach Wien, wo dieser — wie im dritten „Walküre“-Fernschreiben befohlen — nach gelungenem Umsturz als Verbindungsoffizier zum Oberkommando des Heeres fungieren sollte. Engen Kontakt hielt er auch zu seinem Jahrgangskameraden und persönlichen Freund Oberst i. G. Heinrich Kodré, der seit April 1943 im Wiener Wehrkreis XVII als Chef des Stabes Dienst versah und bei der Auslösung der „Walküre“-Maßnahmen eine entscheidende Rolle spielen sollte, weil eine derartige Alarmierung ausschließlich in die Kompetenz des Wehrkreiskommandos fiel und auch nur von diesem durchgeführt werden konnte. Seit Februar 1944 fuhr Bernardis regelmäßig von Berlin nach Wien, um sich über den Fortschritt der Umsturzvorbereitungen zu informieren und diese in Berlin mit den Planungen der übrigen Wehrkreise zu koordinieren.

Am 20. Juli 1944 löste er dann telefonisch „Walküre“ in der Reichshauptstadt, dem Wehrkreis III, Berlin aus, obwohl er als Gruppenleiter „Personal“ im „Allgemeinen Heeresamt“ keineswegs berechtigt war, Befugnisse eines Wehrkreiskommandos auszuüben.

Seine entschlossene und äußerst mutige Vorgangsweise, durch die er sich allerdings auch eindeutig und unwiderruflich als Mitglied der Verschwörung zu erkennen gab, war die einzige Möglichkeit, die „Walküre“-Operation drei Stunden nach Stauffenbergs Attentatsversuch gegen 16 Uhr überhaupt noch in Gang zu bringen, da der Kommandeur des Berliner Wehrkreises, General der Infanterie Joachim von Kortzfleisch, sich standhaft weigerte, den „Walküre-Befehl“ zu geben und festgenommen werden musste.

Wie das Berliner Beispiel eindeutig beweist, war es also nicht möglich, gegen den Willen des Wehrkreiskommandeurs „Walküre“ auszulösen, selbst wenn der Chef des Stabes, in diesem Fall Generalmajor von Rost und später GM Herfurth, bedingungslos auf Seiten der Verschwörer stand und die Umsturzvorbereitungen persönlich mit besonderer Sorgfalt organisierte, wobei er aber seine Tätigkeit für die Opposition raffiniert tarnte.

Berlin zeigt weiters, dass die Vorbereitung von „Walküre“ „Chefsache“ war, also in jenen Wehrkreisen, in denen die Stabschefs selbst Mitglieder der Verschwörung waren, von diesen persönlich äußerst sorgfältig überwacht wurde. Dies war allerdings nahe liegend und zwingend logisch, da es ja bei einem Scheitern des Umsturzversuches nicht nur auch, sondern gerade infolge der ganz besonderen dienstlichen Verantwortlichkeiten der Stabschefs für jeden einzelnen

von ihnen eine durchaus sehr persönliche Frage „auf Leben oder Tod“ war, wie sich später im Falle Kodré nur allzu deutlich zeigen sollte.

„Im Wehrkreis XVII wurden vom Chef des Generalstabes [also durch Kodré selbst, Anm. des Verf.] oder in dessen Vertretung durch Stabsoffiziere des WkrKdos oder der Ersatzdivisionen — zumeist in der Nacht, jedenfalls aber außerhalb der Dienststunden — lokal der Walküre-Aufruf ausgelöst und der Vollzug der Alarmanweisungen überprüft. Diese häufigen [sic!] Kontrollen führten letztlich dazu, dass der Walküreaufruf am 20. Juli 1944 klaglos funktionierte“, betonte Kodré in einer selbst getippten maschinschriftlichen Niederschrift 1975 *expressis verbis* und auf den 20. Juli bezogen unübersehbar positiv wertend seinen eigenen massiven Anteil an der Organisation des „Walküre“-Alarmsystems im Wehrkreis Wien. Daher fehlt auch in dieser Quelle jegliches selbstkritische Bedauern, dass man am 20. Juli 1944 irreführt worden und einer Fiktion erlegen sei und wieder — so wie in Kodrés Opferfürsorgeantrag von 1946, auf den noch eingegangen wird — wird Hauptmann Szokoll dabei nicht erwähnt.

Für das Verständnis der Vorgänge in den Wehrkreisen XVII (Wien) und XVIII (Salzburg), insbesondere auch für die Analyse und Interpretation des Verhaltens von Oberst i. G. Kodré am 20. Juli 1944 in Wien ist gerade das Berliner Beispiel besonders relevant, zeigt es doch die grundsätzliche Problematik der Vorbereitung und des Auslösevorganges der „Walküre-Operation“ in der tragischen Realität des 20. Juli 1944 am deutlichsten.

Generalmajor Erwin Lahousen-Vivremont³ war entscheidend in die Vorbereitung des Schlabrendorff-Attentats auf Hitler am 13. März 1943 involviert, indem er dafür den Sprengstoff beschaffte und ihn gemeinsam mit Canaris nach Sinolensk brachte, wo ihn Oberleutnant Dr. Fabian von Schlabrendorff, ein Reserveoffizier, der im Zivilberuf Rechtsanwalt war, beim Abflug Hitlers in die Führer-Maschine schmuggelte. Da die Sprengladung nicht detonierte, scheiterte das Attentat zwar, wurde glücklicherweise aber auch von Hitler und seiner Umgebung nicht wahrgenommen.⁴

Dies ermöglichte Oberleutnant Dr. Schlabrendorff, den als Cointreau-Flaschen getarnten Sprengstoff nach der Landung von Hitlers „Condor“ in äußerst kaltblütiger Weise wieder an sich zu nehmen, indem er Oberst i. G. Brandt anrief, von einer Verwechslung der Pakete sprach, die getarnte Sprengladung wieder abholte und gegen zwei echte Cognac-Flaschen austauschte. Dadurch blieb die Verschwörung unentdeckt, wodurch das Überleben der militärischen Widerstands-

³ Zu Lahousen vgl. Karl Glaubauf, Generalmajor Erwin Lahousen-Vivremont. Ein Linzer Abwehroffizier im militärischen Widerstand, in: DÖW (Hrsg.), Jahrbuch 2000, Wien 2000, S. 7–35.

⁴ Vgl. dazu Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946.

bewegung — im Gegensatz zum Schicksal des Abwehramtes — zunächst gesichert werden konnte.

Mit seinen Aussagen über Geheimaktionen der Wehrmachtsführung zu Beginn und während des Zweiten Weltkrieges im Verlauf des Nürnberger Prozesses sowie über die äußerst grausame und unmenschliche Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, von der er als hoher Offizier des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht Kenntnis hatte, da er durch seine zahlreichen Reisen, häufig auch gemeinsam mit Canaris, vielfacher persönlicher Augen- und Ohrenzeuge war, zählt Generalmajor Lahousen zu den wichtigsten Quellen österreichischer Provenienz über die wahren Hintergründe der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und seines weiteren Verlaufs.

Oberst i. G. Heinrich Kodré hingegen fungierte als Chef des Stabes im Wehrkreis XVII, Wien, als Verbindungsmann zwischen der deutschen Offiziersopposition und den österreichischen Angehörigen des militärischen Widerstandes. Am 20. Juli 1944 leitete er dann äußerst erfolgreich die „Walküre-Operation“ in Wien.

Allerdings wurde dies von der beamteten Militärgeschichtsschreibung bisher weder erkannt noch zur Kenntnis genommen, obwohl Kodré in seinem Opferfürsorgeantrag vom 1. April 1946 selbst schreibt, dass er von der Gestapo verhaftet wurde, weil er „als Chef des Generalstabes des Wehrkreiskommandos XVII den Putsch vom 20. Juli 1944 [...] leitete“⁵. Einen Nachweis dafür sei er allerdings nicht imstande zu erbringen, da „meine Kameraden Oberst i. G. Graf Stauffenberg, Oberstlt. i. G. Bernardis u. Oberst Graf Marogna-Redwitz wegen ihrer Täterschaft am 20. 7. hingerichtet wurden“⁶.

Äußerst bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Kodré Hauptmann Carl Szokoll, mit dem er vor dem und am 20. Juli 1944 im Rahmen der „Walküre-Operation“ eng zusammenarbeitete, in seinem Opferfürsorgeantrag nicht als Zeugen nennt — ein erstes, aber durchaus wichtiges und zuverlässiges Indiz dafür, dass Hauptmann Szokoll damals von der Widerstandstätigkeit Kodrés nicht informiert war und somit diese nach dem Krieg auch nicht bezeugen konnte.

Auch das schon 1946 im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien erschienene offizielle „Rot-Weiß-Rot-Buch: Gerechtigkeit für Österreich“ würdigt Kodrés Leistung am 20. Juli 1944, wenn es ausdrücklich festhält:

„[...] in Wien war es dank dem Einsatz zweier Offiziere [Kodré und Szokoll], wie sonst nur an wenigen Plätzen zur tatsächlichen

⁵ Opferfürsorgeantrag Kodré, 1. 4. 1946, S. 1 f., DÖW.

⁶ Opferfürsorgeantrag Kodré, 1. 4. 1946, S. 1 f., DÖW.

Verhaftung von etwa zwanzig prominenten Nazis und zur Machtübernahme durch das Heer [sic!] gekommen.“⁷

Schon Mitte der fünfziger Jahre skizzierte Otto Molden, wie sein Bruder Fritz selbst Widerstandskämpfer und somit Zeitzeuge, die Rolle Kodrés in der Wiener militärischen Widerstandsbewegung völlig zutreffend, wenn er darauf hinweist, dass zwischen der reichsdeutschen Offiziersopposition in Wien, geführt von Oberst Graf Marogna, und dem österreichischen militärischen Widerstand unter Hauptmann Carl Szokoll „als wichtiger Verbindungsmann der Chef des Stabes des Stellvertretenden Generalkommandos des XVII. A. K., Oberst i. G. Heinrich Kodré“⁸, stand.

„Der gebürtige Grazer“⁹ habe dabei „als ehemaliger aktiver Offizier des österreichischen Bundesheeres und Ritterkreuzträger alleits höchstes Ansehen genossen“¹⁰ und sei ein „unbedingter und überzeugter Österreicher und Gegner des Nationalsozialismus“¹¹ gewesen.

Obwohl fast zehn Jahre älter, war Kodré ab 1936 Jahrgangskamerad von Bernardis in den „Höheren Offizierskursen“ in Wien und ab 1. Juli 1938 auch an der Kriegsakademie in Berlin. Wehrkreiskommandeur der Reichshauptstadt war zu dieser Zeit General Witzleben, der am 20. Juli 1944 eine entscheidende Rolle spielte, indem er den ersten Befehl für die „Walküre-Operation“ unterschrieb und somit die Auslösung des Umsturzversuches ermöglichte, obwohl er dafür als Pensionist keinerlei Kompetenzen hatte.

Selbstverständlich war Witzleben schon als Wehrkreiskommandeur allen Frequentanten des Generalstabskurses an der Kriegsakademie, darunter übrigens auch die späteren Bundesheergenerale Vogl und Fussenegger, und damit auch dem damaligen Hauptmann Heinrich Kodré und Oberleutnant Robert Bernardis bestens bekannt, weshalb Kodré am 20. Juli 1944 bei dem Eintreffen des ersten von Witzleben gezeichneten „Walküre-Befehls“ auch wusste, dass dieser längst in Pension war. Ebenso war dies General Eisebeck bekannt, dem Kodré die Fernschreiben vorlegte.

Auch der Grazer Offizier Oberst Ritter von Gadolla war mit Witzleben bestens bekannt, weshalb auch seine Hauswirtin in Gotha, Hildegard Kleinschuster,

⁷ Rot-Weiß-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich! Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen), Wien 1946, S. 153.

⁸ Otto Molden, Der Ruf des Gewissens: der österreichische Freiheitskampf 1938–1945 / Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung, Wien–München 1958, S. 158 f.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda.

nach dem 20. Juli 1944 von der Gestapo verhört und dabei intensiv über seinen Freundeskreis befragt wurde. Gegenüber dem Feldwebel Gustav Rochser vom Wehrbezirksamt in Gotha bewertete Gadolla, der übrigens niemals den „Hitler-Gruß“ verwendete und daher von den Nationalsozialisten massiv angefeindet wurde, am 21. Juli 1944 das Attentat und den Umsturzversuch ganz eindeutig positiv:

„Wissen Sie, das sind keine Verbrecher, die den Anschlag gemacht haben. Diese Leute wollten Deutschland retten!“¹²

Es kann also keineswegs davon ausgegangen werden, dass sowohl Kodré wie auch Esebeck, also beide gleichzeitig, durch das erste, von dem Pensionisten Witzleben unbefugterweise gezeichnete Fernschreiben, das gegen 18 Uhr in Wien eintraf, getäuscht wurden. Noch dazu, wo schon im dritten Befehl der beiden bestens bekannte Oberst Marogna als Verbindungsoffizier zum Oberkommando des Heeres (OKH) bestimmt wird und Marogna noch keine fünf Stunden nach seinem mittäglichen Besuch bei Kodré, von dem noch zu handeln sein wird, das Wehrkreiskommando am Wiener Stubenring verlassen hatte und sich in seiner Wiener Wohnung bereit hielt.

Schon ein kurzes Telefonat mit Marogna hätte alles aufgedeckt, weshalb es ganz offensichtlich unterlassen wurde, was allerdings erfreulicherweise der Gestapo entgangen ist. Ebenso hätte ein kurzer Anruf bei Bernardis in Berlin Klarheit schaffen können. Dieser wäre auch zwingend logisch gewesen, berichtet doch Kodré selbst:

„Als ich die Fernschreiben am 20. Juli las, dachte ich an Bernardis und fragte mich, ob es nicht eine der Tatsachen sein könnte, die er mir in seiner temperamentvollen Art geschildert hatte.“¹³

Dessen ungeachtet ruft Kodré bei Oberst Graf Stauffenberg in Berlin an und fragt lediglich, ob die Befehle tatsächlich abgesendet wurden. Bei dieser seltsamen Frage handelt es sich um nichts anderes als um eine gut getarnte Rückmeldung des Eintreffens der Fernschreiben an Stauffenberg. Dass die „Walküre-Befehle“ als GeKdoS-Chefsache¹⁴ aus dem OKH „Enigma“ verschlüsselt über

¹² Zit. nach Egon Ehrlich / Helga Raschke, Erinnerungen an Josef Ritter von Gadolla. Sonderdruck aus: Gothaisches Museums-Jahrbuch 2000, hrsg. v. der Stadt Gotha, Gotha 2000, S. 146; zu Gadollas Bekanntschaft mit Witzleben vgl. ebenda, Anm. 47. Zu Gadolla ferner: Renate Schönfeld, Josef Ritter von Gadolla, ein Kind erinnert sich. In: Gothaer Museumshft, Beiträge zur Regionalgeschichte, Gotha 1998.

¹³ Ludwig Jedlicka, Der 20. Juli 1944 in Österreich, Wien 1965, Bericht Kodrés, Anhang, S. 119.

¹⁴ GeKdoS = Geheime Kommando-Sache.

einen der lediglich vier (!) dort vorhandenen „Geheimsschreiber“ übermittelt wurden, war nämlich schon aufgrund der Leitungsverhältnisse, also rein fernmelde-technisch, völlig evident.

Die nicht nur nahe liegende, sondern sich angesichts der Bedeutung der „Walküre“-Befehle geradezu aufdrängende Frage, weshalb diese nicht von General Fromm, dem Befehlshaber des Ersatzheeres und somit dem einzig dazu Berechtigten, sondern von dem Pensionisten Witzleben unterzeichnet sind, wurde sowohl von Kodré wie auch von General Esebeck unterlassen. Völlig verständlicherweise übrigens, weil sie eben eingeweiht waren.

Neben der Schaffung des so genannten „eidfreien Zustandes“ durch ein Attentat auf Hitler bestand das zweite Kardinalproblem für die Verschwörer um Oberst Graf Stauffenberg und General Henning von Tresckow also darin, dass das Stichwort „Walküre“, eben der Befehl zur Alarmierung des gesamten Ersatzheeres, nur auf Weisung des Befehlshabers des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, und in der Folge nur und ausschließlich durch die einzelnen Wehrkreiskommanden ausgelöst werden konnte. In keinem Wehrkreis hätte etwa ein Hauptmann oder ein anderer Offizier als der „Kommandierende General und Befehlshaber im Wehrkreis“ das Stichwort „Walküre“ selbstständig und ohne Auftrag ausgeben können.

Da sich am 20. Juli 1944 Generaloberst Fromm aber weigerte, den Walküre-Befehl zu unterzeichnen, weil er den wahren Zweck der Alarmierung, nämlich mit Hilfe des Ersatzheeres das NS-Regime zu stürzen, längst durchschaut hatte und auch wusste, dass das Attentat gescheitert war, hing das Gelingen der Verschwörung somit ausschließlich von der Bereitschaft der einzelnen Wehrkreiskommanden ab, auch einen nicht rechtmäßig und unbefugt von Witzleben gezeichneten Befehl durchzuführen und „Walküre“ auszulösen.

In Berlin, dem zentralen und alles entscheidenden Wehrkreis III, weigerte sich aber dessen Kommandeur General Kortzfleisch — wie bereits erwähnt — nachhaltigst und standhaft eben diesen „Walküre-Befehl“ zu geben. Nach seiner Verhaftung durch die Verschwörer musste Oberstleutnant i. G. Bernardis in die Bresche springen und die einzelnen Befehle telefonisch durchgeben, sollte nicht gerade in der Reichshauptstadt die Verschwörung von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Auch hier war wieder die Bereitschaft der alarmierten Verbände für das Gelingen der Aktion ausschlaggebend, den unzuständigerweise und nicht rechtmäßig von Bernardis telefonisch gegebenen „Walküre“-Befehl zu befolgen. Daraus folgt aber auch, dass die Dunkelziffer der an der Verschwörung Beteiligten groß gewesen sein muss, da gerade im Wehrkreis III, Berlin, praktisch alle alarmierten Verbände die Befehle zunächst befolgten.

Der ostdeutsche Historiker Kurt Finker hat diese für das gesamte Unternehmen schlechthin entscheidende Leistung von Bernardis schon im Jahre 1967 als

Erster erkannt und mit in der Fachliteratur bis heute unübertroffener Präzision dargestellt, wenn er schreibt:

„Nach 16 Uhr begann Oberstleutnant Bernardis die Truppenteile außerhalb Berlins zu alarmieren: Die Panzertruppenschulen Krampnitz und Würnsdorf, die Panzerlehrgänge Groß-Glienicke, die Infanterieschule Döberitz, die Fahnenjunkerschule und die Unteroffiziersschule Potsdam.

Die auswärtigen Truppen sollten teils die Berliner Truppen unterstützen, teils die Rundfunksender besetzen, die Ausfallstraßen sperren und gegen SS-Verbände vorgehen.“¹⁵

Bernardis war sich der Tragweite seiner Vorgangsweise und der möglichen Konsequenzen voll bewusst:

„Am 20. Juli um 16 Uhr kam der Major von Oertzen, von dem ich wusste, dass er die Besetzung Berlins, möchte ich sagen, im Rahmen der Walkürevorbereitungen für den Wehrkreis III überprüft und bearbeitet hatte, zu mir, [...] legte mir fünf Befehle, jeden handgeschrieben, vor und sagte, ich möchte auf Weisung von Mertz diese Befehle durchgeben. An sich war es seine Sache, diese Befehle vom Wehrkreis III aus, wo er sich hinbegeben wollte, selbst herauszugeben, denn das Wehrkreiskommando war ja zuständig für die Auslösung der ‚Walküre‘-Maßnahmen. Um aber den Weg und die Zeit zu sparen, sollte ich die Durchgabe der Befehle besorgen. Es war der letzte Kampf, den ich kämpfte [...]“¹⁶, betonte Bernardis vor dem Volksgerichtshof ausdrücklich den schweren Wissenskonflikt, dem er damals ausgesetzt war.

Auch im Wehrkreis XVII, Wien, hatte die Frage der Auslösung von ‚Walküre‘ so wie in den übrigen Wehrkreisen höchste Priorität. Hier gab es natürlich kein Allgemeines Heeresamt und es gab auch keinen Oberstleutnant Bernardis, der sich opfern und helfend eingreifen konnte. Aber dafür gab es seinen Kameraden und Freund, Oberst i. G. Heinrich Kodré, der hier als Chef des Stabes seit April 1943 Dienst versah und in dieser Funktion eine Schlüsselrolle bei der Auslösung des Umsturzversuches spielen konnte. Dazu kam noch, dass sich der Kommandeur des Wehrkreises, General der Infanterie Schubert, zur Kur in der Slowakei befand und sich dadurch für die Verschwörer die Möglichkeit eröffnete, einen Vertrauensmann als Interims-Kommandeur und somit Befehlshaber im Wehrkreis einzusetzen.

¹⁵ Kurt Finker, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, 7. überarb. Aufl., Berlin (Ost) 1988, S. 233.

¹⁶ Aussage Bernardis vor dem Volksgerichtshof, 8. 8. 1944, Stenographische Protokolle der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof am 7. und 8. August 1944, Bundesarchiv, Abteilung Potsdam, S. 122.

Als Vertreter war daher durch das Allgemeine Heeresamt in Berlin der General der Panzertruppen Hans-Karl Freiherr von Eisebeck, ein Freund Stauffenbergs, nach Wien entsendet worden, wo er etwa zwei Wochen vor dem 20. Juli 1944 eintraf. Stauffenberg und Eisebeck kannten sich von der I. Leichten Division in Wuppertal, zu der Stauffenberg nach Absolvierung der Generalstabsausbildung im August 1938 versetzt worden war. Divisionskommandeur war damals übrigens Generalmajor Hoepner, der sich im Juli 1944 ebenfalls unter den Verschwörern befand.

Insgesamt gesehen zeigt sich also, dass die späteren Verschwörer — dies gilt selbstverständlich auch für Feldmarschall Erwin Rommel — fast durchwegs durch vielfache dienstliche Kontakte und gemeinsame Kampflebnisse meist schon lange miteinander bekannt waren.

Mit der 6. Panzerdivision etwa kämpften Eisebeck und Stauffenberg gemeinsam in Polen; im Afrikakorps war Eisebeck dann einer der besten Divisionskommandeure Rommels, während Oberst Graf Stauffenberg als Erster Generalstabs-offizier (Ia) der 10. Panzerdivision bis zu seiner schweren Verwundung am 7. April 1943 dort Dienst versah.

Die Vorgangsweise bei der Regelung der Vertretung des Befehlshabers im Wehrkreis XVII, Wien, General Schubert, der im Juli 1944 in der Slowakei kurte, war allerdings gleich in mehrfacher Weise ungewöhnlich und ist für Militärgeschichtler auch heute noch nicht nur auffallend, sondern bezeichnend für die Methoden der Verschwörer, die versuchten, ihre Anhänger durch das Allgemeine Heeresamt in absolute Schlüsselpositionen zu bringen, um dadurch handlungsfähig im Sinne der geplanten ‚Walküre-Operation‘ zu werden.

Da General Schubert lediglich einen kürzeren Kuraufenthalt absolvierte, hätte er sich ohne weiteres durch seinen Chef des Stabes, Oberst i. G. Kodré vertreten lassen können, der als Ritterkreuzträger dazu durchaus über die nötige Kompetenz und Autorität verfügte. Dazu kommt noch, dass es üblich war, die beiden ‚ostmärkischen‘ Wehrkreise, also Wien und Salzburg, durch Österreicher führen zu lassen und nicht durch reichsdeutsche Generale. Am Abend des 20. Juli zeigte sich beispielsweise der General der ‚Waffen-SS‘ und Kommandeur des SS-Oberabschnittes ‚Donau‘, Rudolf Querner, über das Abweichen von diesen Usancen mehr als erstaunt, als er erfuhr, dass der reichsdeutsche General von Eisebeck den Wehrkreis XVII, Wien, interimistisch befehligte:

„General Querner erkundigte sich, wer denn General von Eisebeck sei, fragte sehr betont, ob dies neu sei, [sic!] dass der Befehlshaber durch einen vom OKH entsandten General vertreten werde und ob General von Eisebeck eigens zu diesem Zweck hierher kam“,¹⁷ berichtet Hauptmann Fritz Bollhammer, der am

¹⁷ Bericht des Hauptmannes Fritz Bollhammer, verfasst vom 24. bis 29. Juli 1944, gedruckt bei Jedlicka, Der 20. Juli 1944, S. 108.

20. Juli als Ordonnanzoffizier beim Kommandierenden General die „Walküre“-Fernschreiben an den Chef des Stabes Kodré überbrachte.

General Querner bemerkte also im Gegensatz zu den Parteibonzen die völlig unübliche Vorgangsweise bei der Vertretungsregelung für General Schubert, unterstellte sich aber merkwürdigerweise dennoch mit der gesamten Waffen-SS des Oberabschnittes „Donau“ dem Wehrkreiskommando und damit den Verschwörern. Darin liegt auch der eigentliche Erfolg der „Walküre-Operation“ in Wien, weil damit der Bürgerkrieg, also der Kampf der Wehrmacht gegen die Waffen-SS und die übrigen SS-Verbände vermieden wurde und die Aktion mit der Verhaftung der Parteiführer fortgesetzt werden konnte.

Das Verhalten Querners, das den Erfolg der Verschwörung im Wehrkreis XVII erst ermöglichte, lässt vorsichtige Rückschlüsse auf die Einstellung der gesamten „Waffen-SS“ im Wehrkreis XVII zu, kann aber noch kaum definitiv interpretiert werden, da eine Studie über die „Waffen-SS“ in den Wehrkreisen XVII und XVIII, also im ehemaligen Österreich, nach wie vor ein dringendes militärhistorisches Desiderat ist.

Selbstverständlich war das alles kein Zufall, sondern hatte seinen guten Grund in den Vorbereitungsmaßnahmen der Verschwörer, denn:

„In Wien (XVII) war ebenfalls der Chef des Generalstabes, Oberst i. G. Heinrich Kodré, eingeweiht und hatte überdies intensive Verbindungen mit der österreichischen Widerstands- und Unabhängigkeitsbewegung, ferner gehörte der stellvertretende Befehlshaber, General der Panzertruppe Hans-Karl Freiherr von Esebeck, zur Verschwörung und bis zu seiner Versetzung in das AHA [Allgemeine Heeresamt in Berlin, die Dienststelle von Bernardis, Anm. des Verf.] der Ic, Oberst Rudolf Graf Marogna-Redwitz. In Salzburg (XVIII) konnte man sich gleichfalls auf den Chef des Generalstabes, Oberst i. G. Wilhelm Freiherr von Salza und Lichtenau verlassen, aber der Befehlshaber, General der Gebirgstruppen Julius Ringel, war ein äußerst loyaler Gefolgsmann des Regimes“¹⁸, lässt Peter Hoffmann, der zu den führenden deutschen Widerstandshistorikern zählt, keinen Zweifel an der Involvierung Kodrés und Esebecks in den geplanten Staatsstreich.¹⁹

Obwohl also — wie einleitend eingehend erörtert — die Fachliteratur die Widerstandsleistung von Bernardis, Lahousen, Kodré und auch von Esebeck schon Mitte der sechziger Jahre erkannt und durchaus gewürdigt hat, werden die einschlägigen Aktivitäten Kodrés in Österreich bis heute in Frage gestellt und von der offiziellen Militärgeschichtsschreibung durchwegs ignoriert. Ebenso

¹⁸ Peter Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat, Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, 4., erg. u. neu überarb. Aufl., München 1985, S. 382.

¹⁹ Ebenda.

sind die Vorbereitungsmaßnahmen für die „Walküre-Operation“ im Wehrkreis XVIII (Salzburg), wenn überhaupt, dann keineswegs ausreichend untersucht.

In diesem Zusammenhang ist es auch äußerst interessant, dass der Vizepräsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Botschafter i. R. Dr. Ludwig Steiner berichtet, er habe am 20. Juli 1944 in Innsbruck den Befehl erhalten, die „Walküre“-Alarmpläne zu öffnen.²⁰

Insgesamt gesehen wird also von weiten Teilen der inländischen Fachliteratur bedauerlicherweise offensichtlich nicht einmal den oben zitierten Ausführungen Peter Hoffmanns Relevanz zugebilligt, ungeachtet auch der Tatsache, dass sein umfangreiches Standardwerk schon 1969 erschienen ist.

Die vorliegende Studie analysiert die Rolle von Oberst i. G. Heinrich Kodré am 20. Juli 1944 als Chef des Stabes in Wien mit dem Ziel, seinen entscheidenden Anteil bei der Auslösung und Durchführung des Umsturzversuches in Wien nachzuweisen. Da erst vor kurzem eine ausgezeichnete Gesamtdarstellung des Ablaufs dieses Tages in Wien erschienen ist, werden unter anderem auf dieser Grundlage jene Fakten und Indizien dargestellt, die Beweischarakter für die entscheidende Rolle Kodrés bei der Durchführung des Umsturzversuchs am 20. Juli 1944 in Wien aufweisen.

I) Oberst i. G. Kodré und der 20. Juli 1944 in Wien

Schlüsselfigur für das Verständnis der Rolle des ehemaligen Ritterkreuzträgers und Chef des Stabes im Wehrkreis XVII, Wien, Oberst i. G. Heinrich Kodré am 20. Juli 1944 ist Oberst Graf Marogna-Redwitz, der langjährige Leiter der Abwehrstelle (AST) im Wiener Wehrkreis.

Wie Kodré selbst berichtet, war Oberst Graf Marogna, übrigens ein Onkel Stauffenbergs, etwa einen Monat vor dem 20. Juli nach Berlin versetzt und mit der Aufgabe betraut worden, die so genannten „Urlauberdivisionen“ auf ihre Einsatzfähigkeit zu überprüfen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass Oberst Graf Stauffenberg offensichtlich sofort, nachdem er selbst zum Stabschef des Ersatzheeres ernannt worden war (20. Juni 1944), seinen Onkel Marogna an sich zog und ihn mit einer Aufgabe betraute, die diesem den denkbar größtmöglichen Bewegungsspielraum gab.

Der Zweck dieser Maßnahme liegt auf der Hand: Oberst Graf Stauffenberg verschaffte sich vor dem Attentat personelle Reserven mit hoher Beweglichkeit, um für „Walküre“ genügend Kapazitäten zur Verfügung zu haben.

Bei den im Rahmen der so genannten „Urlauberaktion“ zusammengestellten Divisionen handelte es sich um Verbände, die aus Urlaubern aller Waffengattun-

²⁰ Vgl. dazu: DÖW (Hrsg.), *Jahrbuch 1997*, Wien 1997, Bericht Dr. Steiner, S. 5–21.

gen neu formiert wurden und als Ersatz an die Ostfront abgehen sollten. Ursache und unmittelbarer Anlass dieser „Panikaktion“ (Kodré) war der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte, übrigens eine wesentlich größere Katastrophe als Stalingrad. Dazu Kodré: „Eine verheerende Aktion, die auch entsprechende Auswirkungen gehabt hat.“²¹

Kurz vor dem 20. Juli wurde Marogna — wie Bernardis vor dem Volksgerichtshof zugegeben hat — von ihm nach Wien entsandt, um nach gelungenem Umsturz als Verbindungsmann zum Oberkommando des Heeres zu fungieren, was im Klartext bedeutet, dass Marogna als profunder Wien-Kenner die Verschwörer verstärken sollte.

Getarnt wurde das Ganze als Dienstreise durch die Slowakei und Oberungarn, um die oben erwähnten so genannten „Urlauber-Divisionen“ zu inspizieren. Eine geschickte und intelligente Maßnahme der Verschwörer, die schließlich Kodré das Leben rettete.

In Wien eingetroffen, feierte Oberst Marogna am 20. Juli die Frühmesse mit, empfing die Sakramente und begab sich anschließend zu Oberst Kodré in das Wehrkreiskommando am Stubenring, wo er sich etwa eineinhalb Stunden mit ihm besprach. Dem Gegenstand dieser Unterredung galt natürlich das Hauptinteresse der Gestapo-Beamten, die nach dem 20. Juli sowohl Marogna wie auch Kodré wiederholt intensivst verhörten.

In diesem Zusammenhang fällt deutlich auf, dass Kodré die Dauer des Gesprächs gegenüber der Gestapo lange Zeit herunterzuspielen versuchte und erst in der direkten Konfrontation mit Marogna zugab, dass es doch eineinhalb Stunden gedauert haben könnte. Es muss einen Grund dafür gegeben haben, dass er versuchte, das Gespräch zu bagatellisieren und seine Dauer auf das gerade noch glaubwürdige Ausmaß zu minimieren. Offensichtlich war er sich der Tatsache bewusst, dass der sowohl von ihm wie auch von Oberst Marogna im Verhör vorgegebene und permanent von beiden durchgehaltene angebliche Gesprächsgegenstand, nämlich die oben erwähnten „Urlauber-Divisionen“, keinesfalls eine ausreichende Erklärung für den Besuch Marognas bei Kodré überhaupt und die lange Gesprächsdauer im Besonderen bot.

Diese Divisionen unterstanden nämlich nicht den Wehrkreisen, sondern dem Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, sodass keine dienstliche Kompetenz Kodrés vorlag. Damit war aber auch der Besuch Marognas beim Chef des Stabes im Wehrkreis XVII keineswegs dienstlich zwingend, zumal Oberst Marogna nicht mehr Abwehroffizier des Wehrkreises war.

Jeder wusste damals, dass die Kampfkraft dieser Verbände praktisch Null war und es sich lediglich um eine Verzweiflungsmaßnahme des um seine Le-

²¹ Interview mit Mag. Toch, 11. 2. 1965, DÖW, Nachlass Toch.

bensverlängerung kämpfenden NS-Regimes handelte, da die im Bereich der Heeresgruppe Mitte entstandene Lücke von mehreren hundert Kilometern keinesfalls mehr durch reguläre, kampfkraftige Verbände geschlossen werden konnte. Damit war übrigens schon eindeutig vor dem 20. Juli klar, dass nun auch der Krieg im Osten — ebenso wie im Westen, wo die Invasion unaufhaltsame Fortschritte machte — endgültig verloren war und die Rache der Sieger nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. Für Kodré und Marogna, beide hochgradige militärische Experten, also keineswegs ein Grund, darüber stundenlang zu diskutieren. Infolge der vorbildlichen Haltung der beiden gelang es der Gestapo aber nicht, die Tarnung des wahren Gesprächsgegenstandes durch das Thema „Urlauberaktionen“ zu durchbrechen. Für die HistorikerInnen gibt es aber deutliche Indizien für den wahren Gesprächsinhalt:

Als Oberst Marogna nämlich am 20. Juli 1944 nach seinem Besuch bei Kodré das Wehrkreiskommando am Stubenring verließ, traf er Hauptmann Arenberg, dessen Bericht über die Unterredung mit Marogna vorliegt.²²

Am frühen Nachmittag — so berichtet Arenberg leider ohne exaktere Zeitangabe — habe ihm Marogna unmittelbar nach seinem Besuch bei Kodré am Stubenring mitgeteilt, dass er sich bereithalten solle, weil endlich lange vorbereitete Maßnahmen zum Tragen kämen. Genaueres sei allerdings noch nicht bekannt, Arenberg möge in seinem Hotel auch nach Dienst erreichbar sein.

Warum sollte nun Oberst Graf Marogna den in untergeordneter Dienststellung eingeteilten Hauptmann Arenberg ersuchen, sich bereit zu halten und noch dazu unmittelbar nach seinem Besuch bei Kodré, den Chef des Stabes selbst aber, der für die Auslösung von „Walküre“ im Gegensatz zu Arenberg unentbehrlich war, im Unklaren lassen?

Hätte die Gestapo gewusst, dass Marogna unmittelbar nach dem Gespräch mit Kodré Hauptmann Arenberg getroffen hatte und diesem die erwähnten unmissverständlichen Andeutungen machte, wäre jeder Zweifel am Zweck des Besuches Marognas bei Kodré ausgeräumt gewesen. Dieser Besuch hatte noch dazu genau zum Tatzeitpunkt stattgefunden, als Oberst Graf Stauffenberg gegen 12.45 Uhr die Sprengladung in der Wolfsschanze zündete.

Es kann heute nicht mehr der geringste Zweifel daran bestehen, dass Oberst Graf Marogna den Chef des Stabes Kodré aufsuchte, um im Wehrkreiskommando am Stubenring die Nachricht über das erfolgte Attentat und die Auslösung des „Walküre-Alarmplanes“ abzuwarten, um anschließend seine Funktion als Verbindungsoffizier zum Oberkommando des Heeres (OKH) auszuüben. Der enge zeitliche und lokale Zusammenhang, der durch das Gespräch mit Arenberg nachgewiesen ist, lässt keine andere Interpretation zu. Weshalb sollte Oberst Marogna als Mitglied der Verschwörung gerade die sensible Tatzeit gegen Mittag bei

²² Vgl. dazu: Bericht Arenbergs, gedruckt bei Jedlicka, Der 20. Juli 1944, Anhang, S. 121.

Kodré verbringen, wenn dieser nichts damit zu tun hatte? Wäre es da nicht viel zweckmäßiger und logischer gewesen, wenn Marogna in seiner Wiener Wohnung auf telefonische Benachrichtigung durch die Verschwörer gewartet hätte?

Ein Übergehen Kodrés bei der Auslösung des Staatsstreiches wäre übrigens schon vom militärischen Procedere der Wehrmacht her gesehen völlig unmöglich gewesen. Wer aber hätte das Stichwort „Walküre“ am frühen Nachmittag auslösen sollen, wenn nicht Kodré oder Esebeck? Niemand anderer war dazu berechtigt.

Ein eventuell abwesender Stabschef Kodré hätte bei Eintreffen von GeKdoS-Chefsache-Fernschreiben sofort verständigt werden müssen und zwar durch den diensthabenden Nachrichtenoffizier, den so genannten Leiter der Nachrichten (LdN). Derartige Fernschreiben durften nur dem Chef des Stabes oder dem Kommandierenden General und Befehlshaber im Wehrkreis ausgefolgt und zur Kenntnis gebracht werden. Gegenüber allen anderen Personen bestand strengste Geheimhaltungspflicht für die Nachrichtenoffiziere.

Hätte der Staatsstreich wie geplant gegen 13 Uhr begonnen, wäre Marogna schon mit dem dritten Fernschreiben, das ihn als Verbindungsoffizier zu den Verschwörern nennt, also sehr rasch, gegenüber einem nicht eingeweihten Kodré enttarnt gewesen. Damit hätte er sowohl Esebeck wie auch Kodré gegenüber, mit dem er in diesem Fall gerade eineinhalb Stunden über belanglose Dinge gesprochen hätte, massiven Erklärungsbedarf gehabt. Dass seine Anwesenheit im Wehrkreiskommando Zufall sei, wäre ihm von niemandem geglaubt worden.

Durch seinen Besuch bei Kodré gerade während der Attentatszeit hätte er weiters seine Verhaftung und somit seinen Ausfall für die Verschwörung riskiert. Schließlich wäre nicht zu beurteilen gewesen, wie ein nichteingeweihter Kodré oder Esebeck reagieren würden.

Der Schlüssel zur Lösung des angeblichen „Rätsels Kodré“ liegt also darin, dass man den gedachten und geplanten Verlauf der „Walküre-Operation“ am 20. Juli 1944 in Wien analysiert und nicht den durch viele Friktionen beeinträchtigten realen Ablauf.

II) „Traumberuf“ Offizier

„Mein Bedauern bezog sich sehr deutlich auf den Verlust des Berufes und die Unsicherheit der Zukunft; wenn ich auch aufgrund meiner einseitigen Erziehung die Republik nicht mit Begeisterung begrüßte, so war ich doch weit davon entfernt, den Verlust der Dynastie zu bedauern, wie das bei vielen meiner Kameraden der Fall war.“²³

²³ Oberst i. G. a. D. Heinrich Kodré, „Dokumentarbericht“ 14. 5. 1971, Typoskript mit eigenhändiger Unterschrift, fünf Seiten, S. 1, DÖW-Akt Kodré, in der Folge zitiert als DB.

So kommentierte der Linzer Heinrich Kodré, ehemaliger Ritterkreuzträger und Generalstabsobers der Deutschen Wehrmacht, 1971 in seinem Dokumentarbericht für das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes seine politische Einstellung als „Vernunftrepublikaner“, aber keineswegs „Herzemonarchist“, um mit dem deutschen Historiker Friedrich Meinecke zu sprechen, und die beruflichen Konsequenzen, die der Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie für ihn mit sich brachte.

Ganz eindeutig geht daraus hervor, dass Kodré, der 1918 den zweiten Jahrgang der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt frequentierte, nun keine Möglichkeit mehr sah, seinen Traumberuf Offizier zu ergreifen, „da in Österreich zu diesem Zeitpunkt keine Ansätze für die Bildung einer neuen Armee festzustellen waren“.²⁴

Weder überzeugter Republikaner noch Monarchist war er in der Folge permanent bestrebt, trotz gegenteiliger Meinung seines Vaters, seinen ganz persönlichen Berufswunsch, aktiver Offizier zu werden, unter allen Umständen zu realisieren.

Für den am 8. August 1899 in Wien als Sohn des Abteilungsvorstandes der damals privaten „Ferdinands-Nordbahn“, Dr. jur. Richard Kodré, und der Französin Henriette Crochet geborenen Sohn Heinrich²⁵ stand nämlich seine Absicht, auf jeden Fall Offizier zu werden, schon in der Unterstufe des Gymnasiums fest: „Dazu ist zu sagen, dass ich damals schon lange den Wunsch hatte, Offizier zu werden“, erläutert Kodré, allerdings ohne nähere Angabe von Gründen, sein seinerzeitiges Berufsziel in dem zitierten Bericht.

Die Gymnasialstudien begann Kodré nach der Volksschule zunächst ebenfalls in Wien am „Akademischen Gymnasium“ und setzte sie nach der Versetzung seines Vaters nach Olmütz kurz vor Kriegsbeginn am dortigen Gymnasium fort. Hier erlebte er auch zum erstenmal die nationalen Gegensätze in einer Provinzstadt der Monarchie, ohne sie aber wirklich ernst zu nehmen: „Ich kann mich daran erinnern, dass mir das Gehaben meiner Schulkameraden unverständlich war, und ich darüber lachte, dass sie sich mit ‚Heil‘ grüßten“,²⁶ kommentierte Kodré noch 1971 amüsiert das deutschnationale Gehaben seiner Mitschüler.

²⁴ Ebenda. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Kodré sowohl 1918 wie auch bei der Abfassung des „Dokumentarberichts“ 1971 die Existenz der „Volkswehr“, also des über 50.000 Mann starken ersten provisorischen Heeres der Republik offenbar völlig entgangen ist. Zur „Volkswehr“ vgl.: Karl Glaubauf, Die Volkswehr 1918–20 und die Gründung der Republik, Wien 1993.

²⁵ Vgl. dazu: Geburts- und Taufschein: Kodré, Heinrich Richard, der Pfarre St. Johann von Nepomuk, Wien II, 19. Februar 1920, beglaubigte Abschrift für die Kriegsakademie in Berlin, 3. Februar 1939, DÖW-Akt Kodré.

²⁶ Ebenda.

Da er seinem Direktor mit einem Stein das Fenster eingeschossen hatte, musste er die sechste Klasse im benachbarten Mährisch-Schönberg beenden. Allerdings war er dadurch auch seinem Berufsziel, Offizier zu werden, wieder ein gutes Stück näher gekommen.

Sein Vater, der aus Triest stammte und nach dem Zusammenbruch der Monarchie für Österreich optierte und sich zunächst in Graz und anschließend in Linz niederließ, fand nämlich, dass nun eine strengere Erziehung angebracht sei, weshalb der Sohn an die berühmte Militäroberrealschule in Mährisch-Weißkirchen wechselte, von der er ein Jahr später, im Herbst 1917, an die Infanterieabteilung der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt versetzt wurde.

Auf ausdrücklichen Wunsch des Vaters setzte Kodré auch während des Besuches der TherMilAk die Gymnasialstudien außerdienstlich fort und legte während des Sommerurlaubes 1918 die Matura ab. Da er später auch ein Jus-Studium in Graz bis zum Absolutorium absolvierte, sollte er anschließend im Bundesheer und in der Deutschen Wehrmacht zu den Offizieren mit dem höchsten Bildungsgrad sowohl in humanistischer wie auch in juristischer Hinsicht gehören.

Dies war sicher eines der wesentlichsten Motive für seinen Entschluss, den soldatischen Widerstand²⁷ zu unterstützen, weil seine Kriegserlebnisse beim berüchtigten LI. (51.) Armeekorps im klaren Gegensatz zu seiner humanistischen Ausbildung und zu seinem Rechtsempfinden als Jurist und Offizier standen.

Bei den Freikorps

Da Kodré auch nach dem Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie unbeirrbar an seinem Berufsziel, Offizier zu werden, festhielt, ließ er sich im Frühjahr 1919 in Wien für eine aus Freikorps bestehende Armee in Ostpreußen und im Baltikum anwerben, um anschließend — wie von den Werbem versprochen — in Deutschland Berufsoffizier werden zu können. Die politischen Hintergründe interessierten ihn dabei nicht, denn: „Die Zielsetzung dieses Unternehmens war mir völlig unklar (und auch sehr gleichgültig)“,²⁸ betonte Kodré 1971 neuerlich seine damalige Absicht, auf jeden Fall den Offiziersberuf zu ergreifen, sei es in Österreich oder in Deutschland.

Nachdem der Feldzug im Baltikum mit der Niederlage der Freikorps geendet hatte, wurde er allerdings nicht in die Reichswehr übernommen, sondern im

²⁷ Zum Begriff „soldatischer Widerstand“, der einen wesentlich isolierenderen Terminus als der Begriff „militärischer Widerstand“ darstellt, indem er ganz präzise darauf hinweist, dass es sich um Widerstandsleistungen von Angehörigen der Deutschen Wehrmacht handelt, vgl.: Peter Steinbach, Soldatischer Widerstand. Seine historische Bedeutung und heutige Bewertung, in: DÖW (Hrsg.), Jahrbuch 1997, Wien 1997, S. 45–69.

²⁸ Ebenda.

Sommer 1920 mit dem Dienstgrad „Fahnenjunker-Vicefeldwebel“ wegen seiner österreichischen Staatsbürgerschaft entlassen. Wohl oder übel musste er sich nun dem Wunsch des Vaters beugen und begann ein Jus-Studium in Graz, das er mit dem Absolutorium abschloss, um anschließend im April 1924 in das Österreichische Bundesheer einzutreten und neuerlich den Versuch zu unternehmen, seinen Traumberuf als aktiver Offizier zu ergreifen:

„Die Möglichkeit den Beruf wieder aufnehmen zu können, hatte alle Bedenken meines Vaters und alle sachlichen Aspekte in den Hintergrund geschoben. Nach Absolvierung des 2. und 3. Jahrganges der Offiziersschule in Enns wurde ich im August 1927 zum Fähnrich ernannt und zum Jägerbataillon 1 (in Eisenstadt) eingeteilt. Ich war also 28 Jahre alt, als ich Fähnrich wurde“,²⁹ kommentierte Kodré 1971 seinen damaligen Entschluss, nicht als Jurist zu arbeiten.

Offizier in Republik und Ständestaat

Dem mit Wirkung vom 1. April 1928 zum Leutnant beförderten³⁰ jungen Offizier Heinrich Kodré stand im Heer der Republik und des Ständestaates allerdings eine äußerst beschwerliche Berufslaufbahn bevor, die man eher als „Kreuzweg“ denn als Karriere bezeichnen könnte. Denn die durch den christlich-sozialen Verteidigungsminister Vaugoin mit dienstlichen Druckmitteln geförderte Umpolitisierung des zu einem guten Teil aus der sozialdemokratischen Volkswehr hervorgegangenen Bundesheeres bekam Kodré rasch zu spüren, zumal er den klassischen Prototyp des „unpolitischen Offiziers“ darstellte. Kodré selbst schildert seine damalige Situation wie folgt:

„Ich habe in meiner, von keinem politischen System wesentlich beeinflussten Vorstellung von meinem Beruf als Offizier diese politischen Aktionen abgelehnt und mich geweigert, irgendeiner politischen Gewerkschaft beizutreten. Die Folge waren Verfolgungen, Strafversetzungen und schließlich disziplinarische Maßregelungen.“³¹

Unter diesem Druck trat Kodré 1935 der NSDAP³² bei und wurde prompt 1936 in den „Operativen Kurs“ der „Höheren Offizierskurse“ aufgenommen. Damit hatte er praktisch viele Nachteile seiner bisherigen Laufbahn egalieren können: Wenn er auch etwa zehn Jahre älter war als die übrigen Kursfrequentanten, wie etwa die damaligen Oberleutnante Bernardis, Vogl oder Fussenegger, die

²⁹ Ebenda.

³⁰ Personalakt Kodré, Österreichisches Staatsarchiv, in der Folge zit. als PAK.

³¹ DB, S. 2.

³² Gau-Akt Kodré, Österreichisches Staatsarchiv.

beiden letzteren spätere Bundesheergenerale, so stand Kodré nun doch die Generalstabslaufbahn offen. Dieser „Karriere-Sprung“ wiegte umso schwerer, als er seinerzeit lediglich den zweiten und dritten Jahrgang der „Offiziersschule“ in Enns, nicht aber die „Offiziersakademie“ absolvieren durfte.

Diese Offiziersschule in Enns war im Wesentlichen für die 107 in das Bundesheer übernommenen so genannten „Volkswehrlieutnanten“³³ und sonstige Offiziersanwärter — überwiegend kriegsgediente Unteroffiziere — ohne Matura als Ausbildungsziel für die Offizierslaufbahn im Sinne eines zweiten Bildungsweges vorgesehen.

Dass Kodré als Vollmaturant eines humanistischen Gymnasiums und als Absolvent eines Jus-Studiums in Graz nicht der Offiziersakademie, sondern lediglich der Offiziersschule zugewiesen wurde, stellte eine schwere Benachteiligung dar: Im Regelfall konnten die Absolventen dieses Ausbildungszweiges nämlich lediglich den Dienstgrad „Hauptmann“ erreichen, woraus auch eine äußerst karge Pension resultierte.³⁴

In der Deutschen Wehrmacht

Nach dem deutschen Einmarsch wurde Kodré nach der für österreichische Offiziere obligatorischen „Umschulung“, die er beim bayrischen Infanterieregiment 16 in Landshut absolvierte, in die Deutsche Wehrmacht übernommen und am 1. Juni 1938 zum Hauptmann befördert. Mit den übrigen Frequentanten der „Höheren Offizierskurse“ am 1. Juli an die Kriegsakademie überstellt, beendete er seine Generalstabsausbildung in Berlin, wo Witzleben, der 1944 den ersten „Walküre“-Befehl unterzeichnete, Kommandeur des Wehrkreises war.

Bei Kriegsausbruch diente Hauptmann Kodré beim „Kommando der Grenztruppen Eifel“ als „Quartiermeister“, also als Verantwortlicher für Versorgung und Nachschub. In dieser Funktion wurde er im April 1940 in den Generalstab übernommen und nach dem Waffenstillstand mit Frankreich mit der Organisation einer Nachschubbasis für das Unternehmen „SEELÖWE“ (Deckname für die Invasion Englands) betraut.

³³ Bei den so genannten „Volkswehrlieutnanten“ handelte es sich um einen 1918 durch den sozialdemokratischen Staatssekretär für Heerwesen Dr. Julius Deutsch eingeführten neuen Offizierstyp, der vorwiegend kriegsgedienten Unteroffizieren ohne Matura die Offizierslaufbahn öffnen sollte. Einer der bekanntesten Volkswehrlieutnanten war der Langenloiser Hauptmann Josef Leopold, seit 1927 NSDAP-Gauleiter von Niederösterreich. Von den 107 in das Bundesheer übernommenen Volkswehrlieutnanten waren allerdings 1933 nur mehr 34 im Dienst. Vgl. dazu Glaubauf, *Volkswehr*, S. 31 ff.

³⁴ Zu dieser Frage, insbesondere zur Problematik der „Volkswehrlieutnanten“, die sukzessive aus dem Bundesheer ausgeschieden wurden, vgl.: Karl Glaubauf, *Von der Volkswehr zum Heer des Ständestaates, Personalstrukturveränderungen im Bundesheer der Ersten Republik*, ungedr. Manuskript, Wien 1997.

Da Kodré aber einer Dauertätigkeit im Versorgungsbereich ausweichen wollte, ersuchte er um Versetzung in eine Führungsposition und wurde zur „Erprobung im Truppendienst“ dem Infanterieregiment 123 der 50. Division als Bataillons-Kommandeur zugeteilt. Die aus Österreich stammenden Generalstabsoffiziere mussten bei einer derartigen „Erprobung“ nachweisen, dass sie in der Lage waren, deutsche Bataillone im Einsatz zu führen.

Kodré löste im Griechenland-Feldzug durch die Eroberung des Forts „Hellas“ der „Metaxas-Linie“ diese Aufgabe derart bravourös, dass er am 14. Mai 1941 mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet wurde. Er selbst spricht 1971 in dem von ihm verfassten Dokumentarbericht allerdings lediglich davon, dass er „beim Durchbruch der Metaxas-Linie erfolgreich führte“³⁵ und erwähnt die Verleihung des Ritterkreuzes nicht.

Quellenkritisch gesehen fällt also auf, dass die „Quelle Kodré“ zwar richtige Angaben macht, aber nicht immer vollständig ist. Da man die Verleihung des Ritterkreuzes kaum vergessen kann, muss Kodré also Gründe dafür haben, diese nicht zu erwähnen, so wie er sich auch 1971 in seinem Dokumentarbericht für das DÖW nicht mehr wie 1946 in seinem Opferfürsorgeantrag zum soldatischen Widerstand bekennt, sondern sehr sachlich darauf hinweist, dass er am 20. Juli 1944 als Chef des Stabes im Wehrkreis XVII „die von den Führern der Revolte erlassenen Befehle befolgt“³⁶ hat und „wegen dieser Haltung nach dem Zusammenbruch dieses Befreiungsversuches [sic!] von der Gestapo festgenommen“³⁷ wurde.

Dass Kodré 1971 im Zusammenhang mit seiner Rolle am 20. Juli 1944 von „Haltung“ spricht und das Attentat auf Hitler sowie „Walküre“ als „Befreiungsversuch“ interpretiert, ist allerdings mehr als bezeichnend. Er hätte nämlich auch darauf hinweisen können, dass er am 20. Juli 1944 lediglich Befehle befolgte, deren Hintergründe er nicht durchschaute, was aber keineswegs der Fall war, weshalb er ganz offensichtlich sehr vorsichtig von seiner Haltung an diesem Tag im Sinne von persönlicher Einstellung und von einem Befreiungsversuch spricht.

„Geistig über dem Durchschnitt veranlagt, [...] als Bataillonskommandeur hat er sein Bataillon stets fest in der Hand gehabt und hat in den schwierigen Kämpfen in Bessarabien gleich Gutes geleistet [...]“³⁸ lautet die ausgezeichnete Beurteilung des neuen Ritterkreuzträgers Kodré vom 2. September 1941 durch das Infanterieregiment 123, das ihn auch für eine Verwendung im Generalstab vorschlägt.

³⁵ DB, S. 3.

³⁶ DB, S. 4.

³⁷ Ebenda.

³⁸ PAK Kodré, ÖSTA, Dienstbeschreibung durch IR 123, 2. September 1941.

Allerdings war Kodré am 12. Juli 1941 bei den Kämpfen in Bessarabien im Schulterbereich schwer verwundet worden, sodass er erst nach seiner Genesung ab 15. März 1942 in seiner neuen Funktion als Erster Generalstabsoffizier (Ia) der 305. Infanterie-Division im Rahmen des LI. Armeekorps, dessen dritter Generalstabsoffizier (Ic) sein Freund Bernardis war, am Vormarsch von Charkow bis Stalingrad teilnehmen musste.

Infolge einer Erkrankung des Divisionskommandeurs hatte Kodré dort die Hauptlast der Führungsarbeit im Kampf um die Stalingrader Geschützfabrik zu tragen, wobei er neuerlich schwerstens und noch dazu dreifach verwundet wurde.

Das Ritterkreuz bewahrte ihn davor, gemeinsam mit der Sechsten Armee in Stalingrad unterzugehen. Da Ritterkreuzträger nicht in Feindeshand fallen sollten, wurde er nämlich am 21. November 1942 aus Stalingrad ausgeflogen und nach seiner Genesung mit Wirkung vom 17. Jänner 1943 dem Stellvertretenden Generalkommando des XVII. Armeekorps in Wien zugeteilt, zu dessen Stabschef er am 26. Februar 1943 ernannt wurde.

Am 20. April 1943 bevorzugt zum Oberst im Generalstab befördert hatte er nun jene Position erreicht, in der er am 20. Juli 1944 in Wien die entscheidende Schlüsselrolle bei der Auslösung und Durchführung des geplanten Staatsstreiches spielen konnte. Diese bevorzugte Beförderung steht übrigens im krassen Gegensatz zu der von General Seydlitz, dem Kommandeur des LI. Armeekorps, am 15. Dezember 1942 erstellten negativen Dienstbeschreibung Kodrés:

„In dem schwierigen Kampf um die Stalingrader Geschützfabrik hat er es tagelang nicht vermocht, Klarheit in die verworrene Lage seiner Division zu bringen und straffe Führung sicherzustellen“,³⁹ heißt es dort und auch Feldmarschall Paulus ist mit Kodré unzufrieden und unterstreicht das negative Urteil von Seydlitz noch, wenn er Kodré sogar die Generalstabsfähigkeit abspricht: „Kodré wird als Truppenkommandeur nach seiner Veranlagung [sic!] sicher Vorzügliches leisten“,⁴⁰ schreibt Paulus am 23. Dezember 1942, wobei er die angeblichen Führungsschwächen Kodrés auf dessen angegriffenen nervlichen und auch körperlichen Gesundheitszustand, der allerdings bei den zahlreichen schweren Verletzungen kaum verwundert, zurückführt.

Bei einer Interpretation dieser Beurteilungen wird man aber keineswegs übersehen dürfen, dass zum Zeitpunkt ihrer Abfassung die Katastrophe von Stalingrad längst unabwendbar war, sodass nun sowohl Seydlitz wie auch Paulus Schuldige suchten, um sich selbst zu entlasten.

³⁹ PAK Kodré, ÖStA, Dienstbeschreibungen durch Seydlitz, 15. 12. 1942, und Paulus, 23. 12. 1942.

⁴⁰ Ebenda.

III) Ritterkreuz gegen Hakenkreuz: Der Ablauf der „Walküre-Operation“ in Wien

Am 20. Juli 1944 unternahm der Ritterkreuzträger Kodré dann alles, um die „Walküre-Operation“ im Wehrkreis XVII in Gang zu bringen. Als gegen 18.20 Uhr das erste Fernschreiben eintraf, fiel ihm sofort auf, dass es unbefugterweise von dem Pensionisten Witzleben gezeichnet war:

„In Wehrmachtskreisen war bekannt, dass Witzleben außer Dienst gestellt war. Ich habe mir aber keine weiteren Gedanken gemacht“,⁴¹ stellte Kodré 1962 in einer Niederschrift für das Institut für Zeitgeschichte fest, berichtete aber nicht, wie der von ihm verständigte, sich im „Haus des Heeres“ am Donaukanal bereithaltende Interims-Wehrkreis-Kommandeur General von Esebeck auf die Unterschrift Witzlebens reagierte.

Am 20. Juli 1944 interessierte das Kodré offenbar auch nicht besonders, denn: „Seinen [Esebecks] Anordnungen vorgreifend [sic!] hatte ich inzwischen ‚Walküre‘ ausrufen lassen [...] Das Stichwort wurde von mir selbst [sic!] an Hauptmann Szokoll, den Bearbeiter ‚Ib Org‘, ausgegeben, der die Durchgabe an die einzelnen Standorte nach einem schon festgelegten Plan veranlasste. [...] Außerdem hatte ich anordnen lassen, dass die wichtigsten Sachbearbeiter und Abteilungsleiter in das Wehrkreiskommando zurückkehrten [...]“,⁴² gab Kodré 1962 dann auch massive Kompetenzüberschreitungen zu, denn selbstverständlich hätte er ohne den Befehl des Kommandierenden Generals von Esebeck niemals selbstständig „Walküre“ auslösen dürfen. Esebeck billigte zwar nachträglich die getroffenen Maßnahmen, allerdings nur, weil er eben selbst zu den Verschwörern zählte. Andernfalls hätte General Esebeck nämlich sicher auf die Tatsache verwiesen, dass das Fernschreiben nicht rechtmäßig von Witzleben gezeichnet war, und Kodré eine Klärung dieses Sachverhalts befohlen, zumal Esebeck den Wehrkreis nur stellvertretend für General Schubert kommandierte, sodass vom Dienstbetrieb her gesehen zwischen Kodré und Esebeck keineswegs ein so starkes persönliches Vertrauensverhältnis existierte, das ein Übergehen des Befehlshabers im Wehrkreis durch Kodré ermöglicht hätte.

Auch für Kodré selbst gab es am Abend des 20. Juli 1944, knappe eineinhalb Stunden nach Dienstschluss, keinen sachlich zwingenden Grund, „Walküre“ in voreilemdem Gehorsam ohne ausdrücklichen Befehl des Kommandierenden Generals auszulösen, wenn er selbst nicht zu den Verschwörern gehörte, da Kodré dazu über keinerlei Berechtigung verfügte und noch dazu ausdrücklich

⁴¹ Erinnerungsniederschrift von Oberst im Generalstab a. D. Heinrich Kodré, verfasst nach einer Tonbandaufnahme (Original im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Wien, 1962), gedruckt bei Jedlicka, 1964, S. 113.

⁴² Ebenda.

angibt, auch schon die Rundfunknachricht über das Attentat auf Hitler gehört zu haben.⁴³

Seine Vorgangsweise am 20. Juli 1944 wird also nur erklärbar, wenn man von seiner und Esebecks Zugehörigkeit zur Verschwörung ausgeht. Ein derart gebildeter und intelligenter Generalstabsoberst und Ritterkreuzträger Kodré hätte durch die Fernschreiben der Verschwörer keinesfalls getäuscht werden können, zumal er sie durch Telefonate etwa in Form von „Führungs-Blitzgesprächen“ mit Bernardis in Berlin oder Marogna in Wien, die er aber wohlweislich unterließ, rasch verifizieren oder auch falsifizieren hätte können. Schon gar nicht hätten Esebeck und Kodré durch das „Witzleben-Fernschreiben“ beide gleichzeitig irreführt werden können, weshalb General Schubert, der reguläre Wehrkreiskommandeur, auch völlig zu Recht betonte, dass es bei seiner Anwesenheit auf keinen Fall zu einer Alarmierung des gesamten Wehrkreises unter der „Walküre“-Parole gekommen wäre.⁴⁴

„Oberst i. G. Kodré hat durch sein Verhalten am 20. 7. 44 gezeigt, dass er seinen Aufgaben als Chef des Stabes eines Wehrkreises nicht gewachsen ist.

Darüber hinaus zeigt sein Brief, den er aus der Haft an seine Frau geschrieben hat, dass er auch als Offizier aufgrund seiner gesamten Einstellung nicht mehr tragbar ist.

Seine Entlassung als Offizier nach § 24 (2)b WG wegen mangelnder Eignung ohne Uniformtrageberechtigung wird daher zum 31. 1. 1945 verfügt werden.“⁴⁵

So reagierte das Führerhauptquartier mit Schreiben vom 3. Oktober 1944 „im Auftrage des Führers“ auf die Auslösung von „Walküre“ am 20. Juli 1944 durch Kodré in Wien. Durch handschriftlichen Vermerk wird darüber hinaus verlangt: „Rf. [Reichsführer] SS unterrichten.“⁴⁶

Kodré wurde von der Gestapo zunächst in Einzelhaft genommen, anschließend in ein Lager nach Fürstenberg in Mecklenburg transferiert und schließlich — nachdem er durch den so genannten Ehrenhof vom Tatbestand der Mitwisserschaft, allerdings nur aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden war — zunächst auf freien Fuß gesetzt und in der „Führerreserve“ des Wehrkreises XVII

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Vgl. dazu: Erinnerungsniederschrift Kodré, S. 116.

⁴⁵ Schreiben des Führerhauptquartiers „Im Auftrage des Führers“, Entwurf, 3. Oktober 1944, maschinschriftlich, abgefertigt 10. 10. 1944, Unterschrift unleserlich; DÖW, Akt Kodré. Der angesprochene Brief ist nicht erhalten.

⁴⁶ Ebenda.

evident gehalten, wobei ihm auch ein Divisionskommando in Aussicht gestellt wurde.

Allerdings wurde er Anfang November 1944 (6. oder 7., Kodré erinnert sich in dem zitierten Dokumentarbericht nicht mehr an das genaue Datum) neuerlich verhaftet und bis Anfang Jänner 1945 im Wiener Polizeigefangenenhaus wieder in Einzelhaft genommen.

IV) Im Konzentrationslager Mauthausen

Am 3. oder 4. Jänner 1945 — Kodré erinnert sich auch hier nicht mehr an das genaue Datum — wurde er von Kriminalbeamten mit der Bahn in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht und arbeitete nach seiner Einweisung in Block 7 als politischer Häftling in der Wäscherei. Etwa um den 10. April verbesserte sich — offensichtlich infolge der sich nun auch für die Wachmannschaften des KZs immer unübersehbarer abzeichnenden Niederlage — Kodrés Situation beträchtlich, da er nun als so genannter „Ehrenhäftling“ eingestuft wurde.

Das Standardwerk von Hans Maršálek über „Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen“ beschreibt die Situation dieser „Ehrenhäftlinge“ wie folgt:

„Alle Ehrenhäftlinge bekamen ihre Zivilkleidung sowie ihre persönlichen Personalpapiere. Sie mussten nicht arbeiten. Sie konnten sich innerhalb des Lagergebietes (auch außerhalb des Häftlingslagers) frei bewegen und erhielten die SS-Mannschaftskost.“⁴⁷

Am 5. Mai übernahm Kodré das Kommando über die aus Häftlingen — überwiegend Spanier und Russen — nach dem Abzug der SS-Wachmannschaften gebildeten Sicherungskräfte, um zu verhindern, „dass die SS oder auch die Wehrmacht [sic!], das konnte man nicht wissen, im Zuge der noch laufenden Operationen in das Lager zurückkehren und vielleicht unter den Häftlingen ein Massaker anrichten könnte“,⁴⁸ erläuterte Kodré später und betonte, dass es ihm dabei besonders auf die Sicherung der Mauthausener Eisenbahnbrücke angekommen sei, weshalb er auch selbst nach Mauthausen fuhr, um diese zu leiten.

Diese Funktion eines Kommandanten der bewaffneten Häftlinge übte Kodré bis zum 6. Mai 1945, 3.30 Uhr aus und übergab anschließend das Kommando dem sowjetischen Major Andrej Pirogov.⁴⁹

⁴⁷ Hans Maršálek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, 3., erw. Aufl., Wien-Linz 1995, S. 323.

⁴⁸ Maršálek, Geschichte des KZ Mauthausen, S. 336.

⁴⁹ Ebenda.

In Mauthausen traf Kodré auch den Bundesminister a. D. Freiherr von Hammerstein-Equord, der schriftlich und eidesstattlich erklärte, dass Kodré „sich an meiner Lebensrettung beteiligt hat“⁵⁰.

Ebenso wurde Kodré in Mauthausen mit Dr. Alfred Migsch bekannt, der eine etwa hundert Mann starke Widerstandsgruppe aus jüngeren Revolutionären Sozialisten und anderen ehemaligen Sozialdemokraten aufgebaut hatte, die unter anderem auch die illegale Zeitschrift „Die Wahrheit“ herausgab, weshalb Dr. Migsch am 7. Jänner 1944 verhaftet und nach zehnmonatiger Haft in Wien in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht wurde.

„Er kam dort unter anderem mit Oberst Kodré, einer der führenden Persönlichkeiten der Wiener Aktion des 20. Juli zusammen, der ihn über verschiedene Zusammenhänge zwischen dem deutschen und dem österreichischen Widerstand aufklärte [...]“⁵¹ berichtete Otto Molden und lieferte damit schon Mitte der fünfziger Jahre einen ebenso klaren, wie bisher von der beamteten österreichischen Militärgeschichtsschreibung nicht beachteten Beweis für die Involvierung Kodrés in den „soldatischen Widerstand“.

Denn wie hätte Kodré Dr. Migsch in Mauthausen über Zusammenhänge im Widerstand aufklären können, wenn er nicht selbst Mitglied desselben gewesen wäre? Zwischen seiner Verhaftung nach dem 20. Juli und seiner Einlieferung in das KZ Mauthausen bestand für ihn keinerlei Möglichkeit, sich Informationen oder gar das von Molden angesprochene Insiderwissen über die Zusammenhänge zwischen dem deutschen und dem österreichischen Widerstand zu beschaffen, da unter dem enormen Verfolgungsdruck selbstverständlich niemand bereit gewesen wäre, einschlägige Informationen preiszugeben.

Ganz im Gegenteil: Genauso wie Kodré selbst nutzten natürlich viele die aus der äußerst intelligenten Konzeption der „Walküre-Operation“ resultierende, für den Fall des Scheiterns bewusst eingeplante Chance, sich bei Verdacht auf die bloße Durchführung von Befehlen zu berufen, deren Hintergründe man nicht durchschaut hatte. Eine durch die Verschwörer äußerst verantwortungsbewusst eingeplante und durchaus wirksame Verteidigungsvariante, die schließlich Kodré das Leben rettete, wenn er sich dabei auch dem Vorwurf der vollkommenen Unfähigkeit aussetzen musste und aus der Wehrmacht ausgestoßen wurde, was aber immer noch besser war als die Hinrichtung in Berlin-Plötzensee.

Gerade diese höchstintelligente Tarnung des Umsturzversuches aber machte es nicht nur für die Gestapo und den Sicherheitsdienst der SS seinerzeit unmög-

⁵⁰ Eidesstattliche Erklärung Hammerstein-Equords, Bundesminister a. D., vom 22. Jänner 1946, Abschrift vom 25. Feber 1946, beglaubigt durch das Gemeindeamt Geinberg, DÖW, Akt Kodré.

⁵¹ Otto Molden, Ruf des Gewissens, S. 138.

lich, das volle Ausmaß der Verschwörung zu erkennen, sondern bewirkte auch massive Verständnisschwierigkeiten für Zeitgenossen und Nachwelt hinsichtlich der Konzeption, Organisation und Intention gerade des „soldatischen Widerstandes“. Schließlich kann nicht erwartet werden, dass Geheimaktionen, bei denen wie am 20. Juli 1944 zunächst lediglich das Scheitern in Form der Spitze eines Eisbergs bekannt wird, kontemporär oder auch ex posteriori von einer breiteren, durch die Ereignisse weitgehend überraschten Öffentlichkeit ohne weiteres verstanden werden.

Im Sinne des Rankeschen Postulats zu zeigen, wie es „eigentlich“, also wirklich gewesen ist, stellt es daher gerade bei noch ungeklärten Fällen wie etwa bei der Rolle Kodrés und der Ereignisse des 20. Juli 1944 im Wehrkreis Wien nach wie vor eine desiderative Aufgabe für die HistorikerInnen dar, durch seriöse Forschung die Hintergründe aufzuhellen und somit die Voraussetzungen für das Verständnis dessen zu schaffen, was vor dem und am 20. Juli 1944 in Wien wirklich geschah. Für die Wirksamkeit der a priori eingeplanten Tarnungsmöglichkeiten im Falle des Scheiterns ist gerade Kodré eines der markantesten Beispiele, wird doch seine Involvierung in die Ereignisse des 20. Juli — wie einleitend ausführlich erörtert — bis heute von vielen Historikern nicht oder auch nicht mehr erkannt.

Von den Motiven, die Kodré bewogen, sich ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr als Mittäter des „soldatischen Widerstandes“, also des Widerstandes von Wehrmattsangehörigen gegen Hitler und das NS-Regime, zu bekennen, wird noch zu handeln sein.

V) Nach dem Weltkrieg

Kodré wurde erst am 15. Mai 1945 aus dem KZ Mauthausen entlassen. Nachdem sein Opferfürsorgeantrag wegen seiner ehemaligen Mitgliedschaft in der NSDAP abgelehnt worden war,⁵² fand Kodré zunächst eine Anstellung in der Lambacher Flachsspinnerei in Linz.

Im Herbst 1955, also kurz vor der Neuaufstellung des Bundesheeres, veröffentlichte er in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ eine Artikelserie unter dem Titel: „Probleme des Bundesheeres“.⁵³ Darin trat Kodré unter anderem für die Übernahme der kriegsgeedienten Offiziere des Ersten Bundesheeres ein und kritisierte, dass diese lediglich fakultativ, aber nicht obligatorisch sein sollte.

Äußerst scharf griff er dabei auch die Personalpolitik im Ersten Bundesheer an, wenn er forderte:

⁵² Freundliche Mitteilung von Herrn Dr. Marekhgott, Landesarchiv Oberösterreich.
⁵³ Vgl. dazu: Oberösterreichische Nachrichten, 9. und 14. 9. 1955.

„Die mit aufschlussreichen roten, schwarzen oder braunen Punkten gezierten Namensverzeichnisse wird es nicht wieder geben dürfen, das empfehlende ‚verlässlich‘ in einer sonst farblosen Dienstbeschreibung ebensowenig und schon gar nicht die doppelten Dienstbeschreibungen, die offizielle, die man sich sogar abschreiben durfte, und die inoffizielle ‚schwarze‘ in der Schreiblade des Ministeradjutanten, nach der ausschließlich befördert wurde.

Ein beschämendes Beispiel einer nicht nur soldatisch unanständigen Handlungsweise: Das darf sich nicht wiederholen, darüber muss gewacht werden, denn es gibt heute schon wieder Schubladen-geheimnisse und ‚Schwarze Büchel‘.“⁵⁴

Mit dieser scharfen Kritik an der Personalpolitik im Heer der Ersten Republik und des Ständestaates schuf sich Kodré viele Feinde. Der dritte Teil der Artikelserie wurde durch Intervention (Maleta) gestoppt, die Chancen Kodrés auf Übernahme in das neue Bundesheer waren damit endgültig zunichte gemacht.

Im Schriftverkehr wurde er lediglich als Oberleutnant der Reserve, also mit jenem Dienstgrad, den er im Heer des Ständestaates erreicht hatte, bezeichnet, wobei betont wurde, dass die Posten für diesen Personenkreis bereits vergeben seien. 1958 erhielt Kodré schließlich eine Stelle als Zivilschutzreferent des Innenministeriums und ging in dieser Funktion auch 1964 in Pension.

Regierungsrat Franz Kodré, langjähriger Zuchthausdirektor von Kremsstein, der am 6. April 1945 von nationalsozialistisch gesinnten Angehörigen der Wehrmacht und Waffen-SS erschossen wurde, war übrigens ein Onkel des Ritterkreuzträgers, was Rückschlüsse auf die ideologische Gegnerschaft der Familie Kodré zum Nationalsozialismus zulässt.⁵⁵

Der ehemalige Generalstabs-Oberst und Ritterkreuzträger der Deutschen Wehrmacht, Heinrich Kodré, der die „Walküre-Operation“ am 20. Juli 1944 in Wien äußerst erfolgreich leitete, starb am 22. 5. 1977 in Linz.

VI) Oberst i. G. Heinrich Kodré und der „soldatische Widerstand“ gegen Hitler und das NS-Regime

Die Frage, weshalb sich Kodré nach der Ablehnung seines Opferfürsorgeantrages, dessen erster Teil sich im DÖW, die Antragsurteilung aber im Oberösterreichischen Landesarchiv befindet, nicht in höherem Maß als Mitglied des

⁵⁴ Heinrich Kodré, Probleme des Bundesheeres II, Oberösterreichische Nachrichten, 14. 9. 1955.

⁵⁵ Vgl. dazu: Wolfgang Neugebauer / Gerhard Jagschitz (Hrsg.), Stein, 6. April 1945. Das Urteil des Volksgerichts Wien (August 1946) gegen die Verantwortlichen des Massakers im Zuchthaus Stein, Wien 1995.

„soldatischen Widerstandes“ bekannt hat, ist äußerst komplex und kann keineswegs monokausal beantwortet werden.

Wie bereits erwähnt, wurde der Antrag auf Anerkennung als NS-Opfer wegen der seinerzeitigen Mitgliedschaft Kodrés in der NSDAP abgelehnt.⁵⁶

Es fällt weiters auf, dass Kodré, worauf einleitend ebenfalls schon hingewiesen wurde, in dem Antrag betont, er könne keine Zeugen für seine Widerstandstätigkeit nennen, weil seine „Kameraden Oberst i. G. Graf Stauffenberg, Oberstleutnant i. G. Bernardis und Oberst Graf Marogna wegen ihrer Täterschaft hingerichtet wurden“.⁵⁷

Dabei wäre aber nichts leichter gewesen, als Hauptmann Szokoll als Zeugen namhaft zu machen. Allerdings hätte dieser dazu von der Mitgliedschaft Kodrés im „soldatischen Widerstand“ Kenntnis haben müssen. Dass Hauptmann Szokoll darüber nicht informiert war, ist allerdings keineswegs ungewöhnlich, denn in der Regel weiß bei derartigen Geheimaktionen jeder Akteur nur das, was zu seiner Auftragsbefüllung notwendig ist, um auch unter dem Druck von Folterungsmaßnahmen andere Mitglieder der Verschwörung nicht zu gefährden.

Bleibt noch die Frage zu erörtern, warum Kodré selbst sich auch später in der Öffentlichkeit nicht zum Widerstand bekannt hat. Dabei könnte die Ablehnung seines Opferfürsorgeantrages infolge seiner Mitgliedschaft in der NSDAP eine wesentliche Rolle gespielt haben, weil er nun immer damit rechnen musste, bei einer Betonung seiner Widerstandstätigkeit sofort mit seiner früheren Mitgliedschaft in der NSDAP konfrontiert und als ehemaliger „Illegaler“ enttarnt zu werden.

Vollständig wird man diese Frage wohl nicht mehr klären können, weil es die offizielle beamtete Militärgeschichtsschreibung leider unterlassen hat, Kodré im Rahmen eines „Oral-history“-Verfahrens zu seinem Opferfürsorgeantrag von 1946 zu befragen.

Im Gegensatz dazu fällt allerdings auf, dass Kodré in zahlreichen Gesprächen mit Mag. Toch über die „Walküre-Operation“ diese immer ganz ausdrücklich als „Befreiungsversuch“ bezeichnet hat, ständig die perfekte Organisation lobt und das Gelingen derselben in Wien betont und niemals auch nur die geringste Kritik an den Verschwörern übt, was ein weiteres deutliches Indiz für seine Involvierung darstellt.⁵⁸

Dazu kommen auch noch ein gewisser soziologischer Gruppendruck und persönliche Ressentiments, die unter anderem daraus resultierten, dass bei der Wiedereinführung der so genannten Traditionspflege im Österreichischen Bundesheer ab 1966 diese durch Historiker betrieben wurde, die seinerzeit als Solda-

⁵⁶ Freundliche Mitteilung von Herrn Dr. Marckhgott, Landesarchiv OÖ.

⁵⁷ Opferfürsorgeantrag Kodré, 6. 4. 1946, S. 2, Akt Kodré, DÖW.

⁵⁸ Vgl. dazu: Nachlass Mag. Toch, DÖW.

ten und Offiziere der ehemaligen „Deutschen Wehrmacht“ nicht im Widerstand tätig waren. Somit blieb die wissenschaftliche Erforschung des „soldatischen Widerstandes“ der Österreicher in der „Deutschen Wehrmacht“ überwiegend auf das DÖW und die Universität Wien beschränkt, wofür als Belege der in jeder Hinsicht ganz ausgezeichnete Artikel von Mag. Josef Toch über Oberstleutnant i. G. Bernardis, der schon 1964 in der Wochenzeitung „Die Furchen“ unter dem Titel „Der gutmütige Rebell“⁵⁹ erschienen ist, ebenso dienen möge wie das in der vorliegenden Studie schon vielfach zitierte Standardwerk von Ludwig Jedlicka über den 20. Juli 1944 in Wien.

In der Militärgeschichte der Ersten Republik spiegeln sich durch die Militarisierung der ideologischen Gegensätze und die hohe Gewaltbereitschaft, die unter anderem eine Folge des Weltkriegserlebnisses sowie massiver demokratiepolitischer Defizite war, die zahlreichen Probleme der Zwischenkriegszeit wider.

Diese verschärften sich nicht nur durch die politischen, sondern vor allem durch die wirtschaftlichen Folgen der Niederlage von 1918 infolge der extrem hohen Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden enormen sozialen Spannungen beträchtlich. In den Offiziersbiographien dieser Zeit bricht sich diese zeitgeschichtliche Problematik noch zusätzlich im individuellen Prisma des Lebensschicksals der einzelnen Offiziere und wird somit voll und in ihrer ganzen Tragik erkennbar. So gelang es — um nur eines der markantesten Beispiele zu nennen — dem Linzer Oberstleutnant i. G. Robert Bernardis, trotz einer ausgezeichneten Ausbildung als Bau-Ingenieur und obwohl er Schwiegersohn eines Linzer Bau-Unternehmers war, nicht, in der Bauwirtschaft beruflich Fuß zu fassen, weshalb er den Beruf eines Pionieroffiziers ergriff, der seinem ursprünglichen Berufsziel noch am nächsten kam. Dadurch geriet er allerdings — ohne dies jemals angestrebt zu haben — sogar in einer Schlüsselstellung und damit durchaus als Protagonist des militärischen Widerstandes in den Sog jener Ereignisse, die in dem Attentat auf Hitler und dem Umsturzversuch des 20. Juli 1944 ihren Höhepunkt und Abschluss fanden und sein Leben am 8. August 1944 in der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee beendeten.

Im Gegensatz dazu wurde Generalstabsoberst Heinrich Kodré — wie Bernardis ebenfalls Linzer — gerade durch seinen „Traumberuf Offizier“, den er — wie ausführlich dargelegt — trotz anderer Möglichkeiten hartnäckig und nachhaltig anstrebte und den er schließlich durchaus auch gegen den Willen des eigenen Vaters und ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Laufbahnnachteile ergriff, wobei er dessen Idealen auch am 20. Juli in Wien treu blieb, in vielfacher Hinsicht Opfer gerade jener Politik, von der er sich durch eben diese Berufswahl ein Leben lang fernhalten wollte.

⁵⁹ Josef Toch, Der gutmütige Rebell, in: Die Furchen, 29/1964, S. 9 f.

ANPASSUNG, MITTUN, RESISTENZ UND WIDERSTAND

Charakteristika, Probleme und Ambivalenzen von Oppositionsverhalten am Beispiel des Karl Gruber 1934–1945

Geboren am 3. Mai 1909 in Innsbruck als Sohn des Eisenbahners Peter Gruber und der Südtirolerin Maria Runggatscher, die vor 1918 als Parteifunktionärin in der Landesleitung der Tiroler Sozialdemokraten tätig war, durchlief Gruber die klassische Laufbahn bei den Sozialdemokraten, von den „Kinderfreunden“, „Roten Falken“, der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ (SAJ) und der sozialistischen Hochschulgruppe bis zur Partei. Nach Absolvierung der Staatsgewerbeschule (HTL) in Innsbruck mit Abschluss in Elektrotechnik 1927 widmete sich der ehrgeizige Werkstudent — die Ablegung der Oberrealschulmatura erfolgte 1930 — neben seiner Arbeit für die Post- und Telegraphendirektion den Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Innsbruck. In dieser Zeit lernte er Helga Ahlgrimm, Tochter eines großdeutsch-liberalen Innsbrucker Bankdirektors und späteren Besitzers des Café München kennen, die er 1939 heiratete. 1934 wechselte der vorher bereits zum Katholizismus übergetretene Gruber nicht nur von Innsbruck nach Wien, sondern auch von den Sozialdemokraten zur ständestaatlichen Vaterländischen Front (VF), in der er jedoch keine herausragende Rolle spielte. Er trat in die Wiener katholische CV Verbindung „Austria“ ein. Weniger aus Opportunismus, sondern infolge eines privaten und beruflichen Persönlichkeitswandels, politischer Überzeugung und gezwungen durch spezifische Zeitumstände vollzog er den Wechsel vom sozialdemokratischen zum christlichsozial-vaterländischen Lager. 1936 promovierte er zum Dr. juris. Als Mitglied der christlichen Gewerkschaften im Post- und Telegraphendienst arbeitete er nebenbei an der Universität Wien als wissenschaftliche Hilfskraft beim großdeutschen Nationalökonom Hans Mayer („Grenznutzen“-Theoretiker). Der „Anschluss“ von 1938 hinderte den ambitionierten Habilitanden am weiteren wissenschaftlichen Fortkommen. In der Post- und Telegraphendirektion sah er keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr und wechselte nach Berlin, wo er zunächst bei AEG und dann bei Telefunken unterkam. Dort gelang es ihm, „unabkömmlich“ (u.k.) gestellt zu werden, weil er in kriegswirtschaftlich wichtigen Betrieben — zuletzt als Hochfrequenztechniker bei der Entwicklung des Radars — tätig war. Neben Kontakten zur amerikanischen diplomatischen Vertretung in Berlin bis 1941 und zu österreichischen Widerstandsgruppen in Wien konnte er ab Herbst 1944 über einen liechtensteinischen Konfidenten mit dem OSS in Bern Verbindung herstel-

len. Im Zuge der Dezentralisierung der Rüstungsbetriebe im NS-Staat schaffte es Gruber, sich im Frühjahr 1945 über Rudolstadt/Thüringen und Straubing/Bayern nach Tirol abzusetzen und Kontakte zu Tiroler Widerstandsgruppen herzustellen, deren Spitzenvertreter Hans Gamper und Eduard Reut-Nicolussi sich in der Frage der Führung nicht einigen konnten. Der energische und durchschlagskräftige Gruber bot sich als Kompromisskandidat an und übernahm die Leitung des Exekutiv- und Ordnungsausschusses der „Österreichischen Widerstandsbewegung“ von April bis Mai 1945. Die einrückenden US-Truppen fanden mit Innsbruck bereits eine befreite Stadt vor. Die NS-Bürokratie hatte das Feld geräumt und der Widerstand das Vakuum gefüllt. Die Anerkennung Grubers als Landeshauptmann machten die Amerikaner von der Niederlegung seiner Funktion als Leiter der Widerstandsbewegung abhängig. Im ersten Nachkriegschaos stand er als Tiroler Landeshauptmann bis Anfang Oktober 1945 vor einer schwierigen Aufgabe. Im Mai wurde die „Demokratische Österreichische Staatspartei“ in Innsbruck begründet, die ein ideologisch heterogenes Programm zu vereinheitlichen suchte. Als Nachrichten aus Wien über die Bildung der Provisorischen Regierung Renner eintrafen, plädierte Gruber für Fusionierung mit der christdemokratischen Tiroler Volkspartei, um eine Spaltung des bürgerlichen Lagers zu verhindern. Eine besondere Rolle spielte er dann bei den zwei VP-Vorkonferenzen im Juli und August 1945 in Salzburg, die u. a. auf seine Initiative zurückgingen. Gruber trug damit nicht nur zur Formierung und Konsolidierung der Volkspartei in den westlichen Bundesländern bei, sondern profilierte sich dabei auch als „Sprecher des Westens“, dessen Forderungen er auf der ersten gesamtösterreichischen Länderkonferenz in Wien im September 1945 Karl Renner gegenüber vorbrachte. Im Zuge der Regierungsumbildung wurde Gruber zunächst als Unterstaatssekretär für Äußeres in der durch die Länderkonferenz erweiterten und die Alliierten anerkannten Regierung Renner berufen. Nach den Nationalratswahlen vom 25. November 1945 wurde er Außenminister (1945–1953) und fungierte im gleichen Zeitraum auch als ÖVP-Nationalratsabgeordneter.¹

Bei der Untersuchung bislang ungeklärter Beweggründe,² Verhaltensmuster und Ziele des Widerstands von Gruber, ist der grundlegende Befund der For-

¹ Vgl. Michael Gehler, Karl Gruber, in: Herbert Dachs / Peter Gerlich / Wolfgang C. Müller (Hrsg.), Die Politiker der Zweiten Republik, Wien 1995, S. 192–199.

² Zu Recht hielt bereits Johann Holzner, Untersuchungen zur Überwindung des Nationalsozialismus in Österreich, phil. Diss. Universität Innsbruck 1971 S. 47, fest, dass die Motivation der Aktivitäten Grubers in der Überlieferung völlig ausgelassen worden sei. Die folgenden abstrahierten Ausführungen zu Gruber basieren auf den Forschungen des Verfassers im Rahmen seiner Habilitation, in der diese detaillierter ausgebreitet werden sollen (Drucklegung in Vorbereitung).

schung zu berücksichtigen, dass es keine einheitlich handelnde deutsche Widerstandsbewegung gab, weshalb die Feststellung und Abgrenzung, „was Widerstand damals war, wo er anfang und in welchen Formen er sich vollzog“, nach Klaus Hildebrand, „erhebliche methodische und sachliche Schwierigkeiten“ bereitet.³

Als historischer Begriff bezeichnet „Widerstand“ trotz seines passiven Wortinhalts den gewaltsamen Umsturz bestehender Ordnungen in der Regel undemokratischer Systeme. Hoch gestellte oder im Zentrum der Macht befindliche Persönlichkeiten verfügten über *Einblick* in Herrschaftsstrukturen, deren bedrohlicher Zustand eine *Identifikation* mit anderen Gleichgesinnten zu gemeinschaftlichem Handeln zwang: Diplomaten, Gelehrte, Wissenschaftler, oppositionelle Politiker, Wirtschaftler, Intellektuelle, Künstler, Presseleute, Adelige und hohe Offiziere. Ihr *Einfluss* gründete sich auf Verbindungen mit Persönlichkeiten des Weiteren im Bereich der Administration, die Zugriff zu den notwendigen *Machtmitteln* wie Truppenverbände, Nachrichtensysteme, Transportwesen und wirtschaftliches Potential ermöglichten.

Diese Voraussetzungen waren für Karl Gruber nicht gegeben. Der Ablauf der Ereignisse um den 20. Juli 1944 zeigt die Diskrepanz zu dessen Widerstand. Sein Versuch, den Vorgang auf eine „Offiziersverschwörung“ zu reduzieren, entsprach der Auffassung Hitlers und ist widerlegbar. Gruber war fern davon, eine derart spektakuläre Tat wie die von Stauffenberg zu wagen, weshalb er diese vermutlich auch abzuwerten versuchte. Bekanntlich scheiterte der für Hitler gefährlichste Aufstandsversuch nicht am Fehlen der erwähnten Komponenten, sondern an einem Zufall: Die Bombe traf nicht die Person, welche das totalitäre System repräsentierte.

Ein weiterer Unterschied zur Version des Widerstands von Gruber lag darin, dass Stauffenberg durch den Tod des Diktators die Bildung einer provisorischen Reichsregierung ermöglichen wollte, die mit den Alliierten in Verhandlungen treten sollte, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Im Gegensatz zu Stauffenberg, der an der großdeutschen Konzeption festhielt, war Gruber ihr schärfster Gegner, weil diese in Österreich auch nach dem „Anschluss“ weiter wirkte, vom nicht geringen österreichischen Zustimmungspotential zum Nationalsozialismus bzw. der passiven Duldung und Hinnahme des NS-Regimes einmal abgesehen. Schwerer wog das Nichtvorhandensein einer österreichischen Exilregierung, das Fortleben des Parteienhaders im Exil und seine Rückwirkungen auf Österreich selbst, die gleichsprachige Gestapo und das Fehlen von rein österreichischen Re-

³ Vgl. zum NS-Terror und deutschen Widerstand bilanzierend: Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 17), München 1991, S. 94–105, (S. 209–221 mit der relevanten Literatur), hier S. 96 und S. 103 f.

gimentern in der Wehrmacht, die sich zu regimefeindlichen Formationen hätten bilden können.⁴

Gruber wusste, was er als späterer Politiker nicht sagen konnte, nämlich dass der Nationalsozialismus in seiner Heimat 1938 auch aus einer hausgemachten Machtergreifung hervorgegangen war, weil bodenständig und historisch gewachsen. Sein Weggang nach Berlin war jedoch nicht nur Flucht vor den Wiener Nazis. *Eine Gelegenheit wahrnehmend* nutzte er professionelle Möglichkeiten, welche die Rüstungshochkonjunktur des „Dritten Reiches“ 1938 und in den Kriegsjahren bot. Der Wechsel nach Berlin lag auf der Hand, befand sich doch dort das Zentrum der Elektro- und Hochfrequenztechnik und dies bot Aussichten zum beruflichen Fortkommen und zum Untertauchen. Hierfür schied die Wehrmacht aufgrund seiner pazifistischen Überzeugung aus, die vielen Regimegegnern einen ebensolchen Schutz bot. Damit standen dem Widerstandsmodell Grubers sowohl Merkmale als auch Wirksamkeit des klassischen Begriffs der Revolte bzw. des Umsturzes von oben entgegen, weil er den Zugang und Gebrauch von Waffen oder Sprengstoffen, welche die Streitkräfte boten, zunächst und lange Zeit verweigerte und erst in den letzten Tagen des „Dritten Reiches“ wagte.

Der Begriff von Grubers „Widerstand“ impliziert Denkschwierigkeiten, weil schlecht vorstellbar ist, Jahre lang in einem Labor der deutschen Rüstungsindustrie mitzuarbeiten und durch angeblich falsche Konstruktionen und Schaltungen Neuentwicklungen zu verzögern, ohne dass diese höheren Orts bemerkt wurden. Grubers rückblickende Beurteilung der in Berlin verbrachten Zeit als „die schönsten Jahre meines Lebens“⁵ erscheint mit Blick auf ernstzunehmenden Widerstand unstimmig.

Geht man die Inskriptionsangaben an der Berliner Wirtschaftshochschule — Zeugnisse sind nicht vorhanden — durch, so nahm er Wirtschaftsstudien wahr und bildete sich fort; berücksichtigt man den nach Grubers Angaben gemächlichen Arbeitsrhythmus bei AEG (1938–1940) und in den ersten beiden Jahren auch bei Telefunken, die regelmäßigen geselligen Zusammenkünfte von politisch Gleichgesinnten, die Reisen und Ausflüge mit seiner Frau Helga wie die Vergnügungen, welche die Reichshauptstadt noch bis Ende 1942 bot, so lässt dies sein Urteil nachvollziehbar erscheinen.

„Mitmachen“ und „Widerstand“ schlossen sich, wie das Beispiel Karl Gruber zeigt, nicht aus. Diese Antinomie führte dazu, dass er in der NS-Zeit ein Dop-

⁴ Vgl. zum deutschen Widerstand grundsätzlich: Richard Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*, in: Richard Löwenthal / Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, Berlin–Bonn 1984, S. 11–24.

⁵ Interview mit Dr. Karl Gruber am 7. 5. 1994. Inwieweit hier auch Verklärung und Verdrängung eine Rolle gespielt haben dürften, bleibt zu diskutieren, interessant ist diese Feststellung aber allemal, weil sie doch eine bemerkenswerte subjektive Einschätzung widerspiegelt.

pelleben führen musste, um seine Stellung im Betrieb zu behaupten, die es ihm erlauben sollte, konspirative Tätigkeiten zu entfalten. Im Werk war er als Pessimist, Nörgler, Meckerer oder politisch Oppositioneller bekannt, je nachdem wie ernst man ihn nahm. Aus seinen persönlichen, nach 1945 verfassten Aufzeichnungen ist kein einziger Fall von Denunziation ersichtlich, die Art und Weise, wie er sich der Einberufung entzog, wurde von seinen Kollegen eher von der humoristischen Seite betrachtet. Es herrschte demnach eine erstaunliche „Bewegungsfreiheit“, die zum herkömmlichen und populären Bild des disziplinierten und disziplinierenden NS-Systems so gar nicht passt.⁶ Von den Parteileuten wurde er höchstens verwarnt oder es hieß: „Das können wir nicht mehr decken!“ Hieraus erklärt sich so manche Freizügigkeit, die sich der Tiroler erlaubte. Im Großbetrieb waren bei der herrschenden Rivalität ehrgeiziger Spitzentechniker Kollegen, die es langsamer angehen ließen, offenbar gar nicht so ungerne gesehen.

In seinen Aktivitäten als „Widerstandskämpfer“ ist der persönliche Zwiespalt erkennbar, der sich zwischen Wollen, Sollen und Können auftrat, denn Sicherheit für seine Person stand bei vielen Schritten an erster Stelle. Offenbar überwog das Maß seiner Protesthaltung als Unruhestifter im Betrieb nicht den Nachteil, der durch den Verlust eines tüchtigen Ingenieurs eingetreten wäre, der an Patenten arbeitete. Dieses Motiv scheint auch die Gestapo vor einem Zugriff abgehalten zu haben. Gruber musste daher durch Passivität, die an Arbeitsverweigerung grenzte, nachhelfen, um den Wechsel zu Telefunken zu ertragen. Diese Zwiespältigkeit förderte Verhaltensmuster zutage, die sowohl in seinem Wesen als auch in seiner Rolle als Außenminister der jungen Zweiten Republik fortwirkten.

Im Untergrund wusste er das Risiko relativ genau einzuschätzen und auf das unumgängliche Minimum zu begrenzen. In eleganter Weise gelang es ihm, durch das 1940 offenbar weitmaschige Netz einer Einberufung durch das Wehrkreiskommando und sogar der Gestapo durch den Wechsel von AEG zu Telefunken mit Hilfe einer erneuten u.k.-Stellung zu entschlüpfen, ab 1943 dann unter der höchsten Dringlichkeitsstufe wegen der „Rotterdam-Entwicklung“, der Radarforschung. Die gut geplante und zielgerichtet durchgeführte Rückzugsbewegung war ein Balanceakt, den Gruber überlegt und bemerkenswert flexibel vollzog. Die komplexen persönlichen Erlebnisse konnten der Öffentlichkeit nach Kriegsende kaum begrifflich gemacht werden. Nicht nur Sprachregelungen aus Grün-

⁶ Vgl. hierzu Olaf Groehler, *Bombenkrieg gegen Deutschland*, Berlin 1990, S. 178, der von einer „labile[n] politischen[n] Verfassung der Berliner Bevölkerung in ihrem Verhältnis zum Faschismus“ spricht und auf die Arbeitsdisziplin in der deutschen Rüstungswirtschaft verweist, die nach den Luftangriffen ein bedrohliches Ausmaß annahm, eine Gefahr für das NS-Regime, die in Berlin besonders groß gewesen sei. In keiner Stadt waren die Verfahren wegen Arbeitskontraktbruchs so zahlreich wie in Berlin.

den der Staatsräson, sondern auch politische Opportunitätserwägungen bestimmten nach 1945 den Diskurs über die Rolle seiner Landsleute in der NS-Zeit, wofür diese Fallstudie als Beispiel dienen mag. Nach Helga Gruber hatte sich ihr Mann in der ersten Nachkriegszeit aus Gründen der politischen Brisanz des Themas „Widerstand“ und aufgrund der öffentlichen Sensibilität möglichst bedeckt gehalten. Details der Art und des Inhalts seiner konspirativen Tätigkeit wurden nicht ausbreitet.⁷

Gruber hätte bei Offenlegung seiner Tätigkeit zwangsläufig zwei Tabuzonen berühren müssen: Die unter sich uneinigen Widerständler konnten ihm die Ineffizienz seines Widerstands „auf leisen Sohlen“ vorwerfen, der erst gegen Kriegsende aktiv wurde. In diesem Zusammenhang kann ein prominenter Repräsentant angeführt werden, der sogar Letzteres bestreitet: Heinz Mayer, 1938 als Angehöriger einer österreichischen Widerstandsgruppe in Tirol von der Gestapo festgenommen, über Jahre Häftling im KZ Buchenwald und späterer Präsident des „Bundes der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol“ zählte Grubers Rolle auch in den letzten Kriegswochen *nicht* zum Widerstand. Von einem solchen könne nicht die Rede sein, wenn die verbündeten Truppen nur mehr drei Kilometer entfernt seien. Es sei keine Kunst, in Innsbruck „Widerstand zu leisten“, wenn die Amerikaner in Zirl stünden. Grubers Verteidigung in der Debatte um die Kriegsvorgänge Waldheims empfand Mayer auch nicht als Worte eines Widerstandskämpfers.⁸

Es fällt auf, dass Gruber auf die Sabotageversuche am Radar in seinen späteren Veröffentlichungen nicht mehr zurückkommt, womit der zweite Tabubereich angesprochen wäre. Es ist nicht auszuschließen, dass er eine unangenehme Polemik mit Luftkriegsgeschädigten bzw. Nachkommen der Opfer und damit eine „Verräter“-Debatte vermieden sehen wollte, die er sich im Regierungsamt und im Interesse seiner Partei nicht leisten konnte. Gegenargumente besaßen überdies in der Öffentlichkeit mehr Sprengkraft als Vorwürfe wegen nicht geleisteten Widerstands. Soweit die *individuelle* Ebene.

Hinzu kommen noch *zeitbedingte* Aspekte im Umgang mit „Widerstand“ im Nachkriegsösterreich. Hatte es eine Tabuisierung der „Täterrolle“ im Zuge der offiziellen Festschreibung des österreichischen Opferstatus gegeben, so wurden, abgesehen von den Pflichtübungen bei diversen offiziellen Gedenkveranstaltungen, in

⁷ Interview mit Helga Gruber, 21. 11. 1994; vgl. zu dieser Problematik (allerdings für Deutschland) Joachim S. Hohmann, Unerwünschte Heimkehrer. Misstrauen und Vorurteile gegenüber Exilanten und Widerstandskämpfern, in: Widerstand und Exil 1933–1945 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 223), Bonn ²1986, S. 281–292.

⁸ Interview mit Heinz Mayer (†), 21. 6. 1988. Mayer verwies auf seine persönliche Erinnerung, wie SS-Mitglieder in Buchenwald ihre Uniformen ablegten, als sie erfuhren, dass US-Truppen in Erfurt standen.

der politischen Populärtradition die Leistungen des Widerstands wegen seiner ambivalenten Rezeption in der Mehrheit der Bevölkerung nicht hervorgehoben. Dieser Aspekt spielte neben dem „Täter“-Verdrängungsmechanismus eine mindestens ebenso große Rolle. „Täter“, „Opfer“ und „Widerständler“ wurden fast gleichermaßen verdrängt, was sich in der verkürzt und einseitig geführten Waldheim-Debatte⁹ paradigmatisch widerspiegelte. Wurde die Widerstandszeit im medialen Bereich angesprochen, so beschränkte sich Gruber daher auch auf die notwendigsten Angaben, ohne hierbei die Unwahrheit zu sagen. Er vermied differenzierte Aussagen als zu akademisch als auch politisch inopportun.

An der Ernsthaftigkeit des Gruberschen Widerstands besteht meines Erachtens kein Zweifel, wohl aber an dessen Effizienz und Bedeutung. Seine Haltung dem NS-Regime gegenüber bewegte sich in den Jahren von 1938 bis 1945 zwischen Opportunismus, vornehmlich taktisch motivierter Anpassung über passive Resistenz bis hin zu aktivem Widerstand in der letzten Kriegphase. Sein Wirkungskreis pendelte zwischen Debattierklub im untersten, kleinsten und wohl auch unwirksamsten Rahmen und zwischen passiver Resistenz und „Sabotageakten“, um den Produktionsablauf eines wichtigen Rüstungsprodukts zu stören.

Grubers Tätigkeit als „Hochfrequenz-Entwicklungsingenieur für Luftfahrt-nachrichtengeräte“¹⁰ bei Telefunken im Zentrum der Rüstungsindustrie Hitlers ist eine gewisse Widersprüchlichkeit nicht abzuspüren. Auf der anderen Seite sind Haltungen und Handlungen belegt, die für regimegegnerische Gesinnung Zeugnis ablegen. Eine chronologische Übersicht ist geeignet, den vielgestaltigen biographischen Prozess aufzuzeigen, in dem nicht nur verschiedene Zeitphasen, sondern auch abweichende Verhaltensmuster, differierende Interessenswahrnehmungen, Absichten und Zielsetzungen zu differenzieren, aber auch Überlappungen gegeben sind.

1938–1939: *bewusst gezeigte, aber vorgetäuschte Anpassung;*

1939–1940: *wachsende Entsagung von Opportunismus, provokative Propaganda sowie Verfassung von regimekritischen Schriften;*

1940–1941: *Resignation und passive Resistenz; Kontaktsuche mit Gesinnungsgenossen, ausländischen Presseleuten und Diplomaten;*

⁹ Vgl. hierzu als Überblick Michael Gehler, „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes ...“. Die Waldheim-Affäre 1986–1992, in: Ders. / Hubert Sickinger (Hrsg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Taur-Wien-München ²1996, S. 614–665; mit Blick auf die historiographischen Konsequenzen erhellend: Berthold Unfried, Versionen der Erinnerung an Nationalsozialismus und Krieg in Österreich und ihre Veränderungen in der Waldheim-Debatte, in: Zeitgeschichte 24 (1997), Heft 9/10, S. 302–316.

¹⁰ So die Bezeichnung im Arbeitsbuch. Karl Gruber Archiv, Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, Karton Vita.

- 1941–1943: *Priorität der u.k.-Stellung, Beeinträchtigung des Produktionsablaufs, Zellenbildung und versuchte Ausbreitung nach Wien;*
- 1944–1945: *Kontaktuche mit der US-Geheimdienstzentrale in Bern, Sabotageversuche in der Hochfrequenztechnik durch Leistungsverweigerung, Planung von Aufstandshandlungen, Fälschung von Papieren, organisierte Gruppentätigkeiten in den letzten Kriegsmonaten sowie bewaffnete Aktionen in den letzten Kriegstagen in Tirol.*

So hilfreich die Aufstellung sein mag, so sehr versperst sie gleichzeitig den Blick für fließende Übergänge und das Andauern von spezifischen und durchgehenden Verhaltensmustern von 1938 bis 1945, z. B. Grubers Realismus bezüglich der Einschätzung der Chancen des Nationalsozialismus, die konsequente Verweigerung der Teilnahme am NS-Alltag und an Mitgliedschaften, die mit Manipulation und Glück erfolgte Verhinderung einer Einberufung zur Wehrmacht und die auf ein Mindestmaß beschränkte Tätigkeit in Betriebsorganisationen. Die Art des Verhaltens von Gruber blieb nämlich über weite Strecken die gleiche: Es war ein *Widerstand auf leisen Sohlen* nach der Methode Soldat Schwejk unter maximaler Schonung der eigenen Person und in Kenntnis herrschender Strukturen, die symbolisiert durch die Figur des „Hauptmann von Köpenick“ im „preußischen“ Berlin durch Grubers Erfahrungen eine eigenartige Bestätigung fanden.

Unklarheiten lösten in der Forschung die Begriffe „Resistenz“ und „Widerstand“ aus. Im Unterschied zum Begriff des „Widerstands“ wird hier unter Resistenz die „stumme Hinnahme“, „Resignation“ und „Apathie“ verstanden, Verhaltensformen, die eine Integration in das System nicht ausschlossen.¹¹ Dieser Befund ist am Beispiel der Fallstudie Gruber für die Zeit von Ende 1939 bis 1940/41 verifizierbar. Von den Anfangserfolgen des Kriegsregimes wie den Triumphen der Wehrmacht, z. B. in Frankreich, ließ Gruber sich nicht blenden, wie ihm hierfür auch jegliche Voraussetzungen mangels deutsch-patriotischer, deutschnationaler, groß- oder gesamtdeutscher sowie nationalsozialistischer Einstellung fehlten.

Seine 1946 unter dem Titel „Politik der Mitte“ publizierten Aufzeichnungen, die aus dem Jahre 1940 stammten und aus der Sicht des Regimes „Hochverrat“ dargestellt hätten, sind als Folge passiven Resistenzverhaltens nicht nur als Be-

¹¹ So Marlies Steinert zit. n. Erika Weinzierl, *Widerstand, Verfolgung und Zwangsarbeit 1934–1945*, in: Rolf Steininger / Michael Gehler (Hrsg.), *Österreich im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: *Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg*, Wien–Köln–Weimar 1997, S. 411–463, hier 411.

legstück für intellektuelle Opposition, sondern auch als Ausdruck innerer Emigration und „politisch-weltanschaulicher Dissidenz“¹² zu betrachten. Der Leser erkennt, dass sich der Verfasser einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Grundordnung verpflichtet weiß.¹³

Der Begriff der „inneren Emigration“ bezeichnet im Unterschied zur äußeren — Personen, die nach der NS-Machtübernahme den Weg ins Exil gingen, um ihre Existenz zu sichern und ihr Leben zu retten —, hier Menschen, die im Deutschen Reich verblieben, ohne dem Regime Gefolgschaft zu leisten. Nur in Ausnahmefällen beschränkten Angehörige der breiten sozialen Gruppe der „inneren Emigration“ den Weg zum aktiven Widerstand.¹⁴ Hierzu gehörten Offensive, Wagnis und der Einsatz aller Mittel bis hin zum terroristischen Instrumentarium unter Existenzgefährdung der eigenen Person. Gruber gehörte hierzu erst, als die Macht des Regimes fast den Nullpunkt erreicht hatte und er der alliierten Unterstützung sicher war.

Zieht man Radomír Lužas Definition von Widerstand¹⁵ — bewusst unterschieden von „Opposition“ — heran, der für ihn „jede politisch bewusste, vornehmlich konspirative, organisierte Aktivität“ ist, die vom NS-Regime „als feindlich empfunden und für illegal erklärt wurde“, so kann Grubers Verhalten, wenn auch ohne Einsatz drastischer Mittel und daher in seiner Wirkung begrenzt, selbstverständlich als Widerstand bezeichnet werden. Das Fallbeispiel bestätigt auch insofern die These Lužas, wonach die Träger des österreichischen Widerstands vornehmlich Eliten waren, kamen doch viele Gesinnungsfreunde und Mitarbeiter Grubers aus akademisch-intellektuellem Milieu, wie Techniker, Juristen, Künstler, Professoren etc.

Mit Geschick, Klugheit und Glück gelang es ihm, sich dem gefürchteten Zugriff der Wehrmacht zu entziehen. Hierbei kam ihm besonders seine Zugehörigkeit zum Cartell-Verband zugute, wenn beispielsweise ein Verbandsbruder beim Betriebswechsel mitspielte oder ein Chirurg in Berlin als Angehöriger des CV in letzter Minute die Einberufung Grubers durch eine Blinddarmoperation verhinderte. Die Zugehörigkeit zu dieser Gesinnungsgemeinschaft ist wohl als passive Resistenz zu betrachten. Die vor 1938 geknüpften Kontakte im katholischen Korporationsmilieu erwiesen sich also von Vorteil, um im NS-System zu überle-

¹² Vgl. hierzu auch Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*, S. 22 f.

¹³ Zweimal spricht Karl Gruber, *Politik der Mitte*, Wien–Zürich 1946, S. 53–60, allgemein vom Staat als „einer wohlorganisierten Räuberbande“ (S. 60) bzw. einer „Räuberbande, deren Hauptziel die Ausplünderung der Staatsbürger ist“ (S. 55).

¹⁴ Vgl. am Beispiel Oskar Loerkes Ralf Schnell, *Innere Emigration und kulturelle Dissidenz*, in: Löwenthal / Von zur Mühlen (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, S. 211–225, hier 211.

¹⁵ Vgl. für hier und das Folgende: Radomír Luža, *Der Widerstand in Österreich 1938–1945*, Wien 1985, S. 25 ff.

ben. Das Beispiel zeigt, wie Beziehungen unter „Cartell“-Brüdern auch im „Dritten Reich“ weiter und auf individueller Ebene vorteilhaft für die Betroffenen wirkten.¹⁶

Aufgrund seiner sozialistischen Jugenderziehung antimilitaristisch geprägt begriff Gruber die Wehrmacht in ihrer „politischen Funktion“ als Instrumentarium der Hitlerschen Raub- und Angriffspläne und ersann alle Möglichkeiten, um sich der Einberufung zu entziehen, ganz im Unterschied zu Hans von Herwarth zu Bittenfeld,¹⁷ Ludwig Steiner¹⁸ oder Kurt Waldheim.¹⁹ Dies hinderte Gruber jedoch nicht daran, Letzteren später gegen publizistische Angriffe aufgrund seiner unvollständig dargestellten Kriegsvorgänge bei der Partisanenbekämpfung in Jugoslawien und seines Wissens um die Deportation von Juden vehement zu verteidigen.²⁰

Die genannten Persönlichkeiten sahen im Unterschied zu Gruber in der Wehrmacht die Möglichkeit, sich dem Zugriff des totalitären Staates als politisch Andersdenkende zu entziehen, um politisch unbehelligt zu bleiben,²¹ was nicht ausschloss, sich an spektakulären Aktionen gegen das Nazi-Regime zu betei-

¹⁶ Vgl. hierzu auch Herbert Fritz / Reinhart Handl / Peter Krause / Gerhard Taus, *Farbe tragen, Farbe bekennen 1938–1945. Katholische Korporierte in Widerstand und Verfolgung*, Wien 1988; Hannes Schönner, *Die Geschichte der K.Ö.St.V. Austria-Wien*, Festschrift anlässlich des 125. Stiftungsfestes. Sommersemester 2001, Wien-Klosterneuburg 2001, S. 103–107, 109–114; Gerhard Hartmann, *Der CV in Österreich. Seine Entstehung. Seine Geschichte. Seine Bedeutung*, Limburg–Kevelaer 2001, S. 156, 199.

¹⁷ Hans von Herwarth, *Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931–1945*, Frankfurt/Main–Berlin 1985, S. 190–240, hier z. B. 213, 239 f.

¹⁸ „Meine Position [Bataillonsadjutant] gab mir die Möglichkeit, innerhalb des Bataillons Versetzungen zu beeinflussen und für uns politisch Verlässliche in wichtige Positionen zu bringen. Anfänglich bot die Wehrmacht für Regimegegner einige Zeit auch die Möglichkeit einer gewissen Deckung“, vgl. das in vielerlei Hinsicht sehr erhellende Interview, welches Helmut Wohnout und ich mit Steiner führen durften: Ludwig Steiner, „...zur richtigen Zeit das Richtige getan“, in: Helmut Wohnout (Hrsg.), *Demokratie und Geschichte*. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich 1 (1997), Wien–Köln–Weimar 1997, S. 13–48, hier 17.

¹⁹ Kurt Waldheim, *Die Antwort*, Wien 1996, S. 60–121, hier 78 f.

²⁰ Siehe hierzu Gehler, „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes ...“, S. 653–658.

²¹ Vgl. auch Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*, S. 20, der hier vom institutionellen Widerstand von Militär und Bürokratie spricht, der nicht nur dazu beigetragen habe, „dass sich die Wehrmacht meist aus den Greueln in den besetzten Ländern und den Judenvernichtungsaktionen herauszuhalten suchte, sondern dass viele gefährdete Kritiker des Regimes in der Wehrmacht Unterschlupf fanden — nicht, weil die zuständigen Stellen sich mit ihren politischen Auffassungen solidarisierten, sondern weil sie sie als Personen respektierten und nicht der Terrormaschine ausliefern wollten“. Dieser Befund korrespondiert nicht mit den Ergebnissen der vielfach und heftig diskutierten ersten „Wehrmachtsausstellung“ vom Hamburger Institut für Sozialforschung.

gen, ganz im Gegenteil. Nur der Erhalt eines Restes der bewaffneten Macht bot die freilich geringe Chance auf einen Verhandlungsfrieden. Karl Gruber war kein Franz Jägerstätter.²² Seine Kriegsdienstverweigerung wäre nie so weit gegangen, dafür das Leben zu geben. Hierfür war Gruber zu sehr Egoist, Realist und Pragmatiker. Er schätzte sich glücklich, die Eidesleistung vermieden zu haben. Sein Widerstand war politisch motiviert, woraus sich auch sein abweichendes Verhalten ergab.

Vielfach unterlag er Fehleinschätzungen der Lage, schwankte in den Entscheidungen. Oftmals fehlte es an Entschlossenheit, aus den vorgegebenen Strukturen auszurechnen, z. B. die diversen Auswanderungsprojekte der Jahre 1938/39 zu realisieren, als diese noch möglich gewesen wären. Gruber war aber von 1938 bis 1945 weder materiell so schlecht gestellt noch physisch-psychisch so bedroht gewesen, dass er sich zu einer Flucht hätte gezwungen sehen müssen. Nach kurzzeitigen Vorbereitungen nahm er hiervon immer wieder Abstand.

Einerseits zeigte er im Umgang mit Vorgesetzten und Behörden Mut, Verwegenheit, Kaltschnäuzigkeit, ja Unverfrorenheit, andererseits konnte er auch Loyalität mimen. Diese Art von Mobilität erlaubte ihm, sich mit nationalsozialistisch eingestellten Vorgesetzten, wie z. B. Tullius Vellat (entgegen der Darstellung Grubers ein glühender Parteimann und ehemaliger Juliputschist) oder dem SA-Sturmführer Hülse, gut auszukommen. Unter kalkulierter Schonung der eigenen Person verstand er es, Kollegen, Studienfreunde, ja sogar seine Frau unbedenklich einzuspannen. Sein Eigenwillen, Egoismus und Einzelgängertum dürften ihm bereits in der Zeit des Widerstands die Einfügung in eine Gemeinschaft oder deren Bildung erschwert haben. Von den Personen der „Österreicherkolonie“ in Berlin ist ab 1942 keine Rede mehr. Eine Kontinuität des Widerstandszirkels „Blumengarten“ von Gruber existierte zwischen 1938 und 1945 nicht.²³

Vor allem trugen kriegs- und berufsbedingt Fluktuationen das Ihre zum Zerfall des Kreises bei. Vergeblich versuchte er „systematisch“ vorzugehen, d. h. System in die Sache zu bringen, um eine Organisation zu schaffen. Immer wieder scheiterte er an teilweise unvorhersehbaren neuen Entwicklungen, veränderten Rahmenbedingungen, wie z. B. der Verlagerung der Rüstungsunternehmen im Zuge der Luftangriffe und dadurch bedingten personellen Fluktuationen, oder

²² Vgl. zu dem oberösterreichischen Bauern, der den Kriegsdienst ablehnte und deshalb hingerichtet wurde auch Erna Putz (Hrsg.), *Gefängnisbriefe und Aufzeichnungen: Franz Jägerstätter verweigert 1943 den Wehrdienst*, Linz–Passau 1987.

²³ Diesen Eindruck erweckt Friedrich Engel-Janosi, *Remarks on the Austrian Resistance, 1938–1945*, in: *Journal of Central European Affairs* Vol. XIII. (July 1953), Nr. II, S. 105–122, hier 110, wenn er auf die Gründung der von Gruber geführten Widerstandsorganisation im Jahre 1938 verweist.

an schwer überwindbaren Hindernissen, wie gesellschaftlichen, sozialstrukturellen oder mentalitätsspezifischen Gegebenheiten und Vorbehalten. Gruber glaubte, dass Widerstand im modernen Staat als spontane Aktion Einzelner unwirksam sein würde. Demgegenüber sollte die allgemeine Moral ausgehöhlt, die Arbeitsmoral herabgesetzt und überall Sabotage in einer Form durchgeführt werden, „die mehr das Resultat von Klugheit als jenes von Kühnheit sein musste“. Er blieb dabei: Nicht auf individueller, sondern auf kollektiver Ebene musste Widerstand geleistet werden. Großspürigkeit und Selbstüberschätzung zeigten sich, wenn Gruber glaubte, dass im modernen Staat die spontane Aktion Einzelner unwirksam sein würde, er selbst jedoch aus mitunter übergroßer Vorsicht Vereinzelter blieb, wie das Verhalten der Mitglieder der „Österreicher-Kolonie“ in Berlin zeigt. Durch das tragische Ende Stauffenbergs sah er sich bestätigt, wollte aber nicht wahrhaben, welche Welten seine Art von Widerstand von der des Obersten trennten, für den die Beseitigung des Diktators nur der erste, aber notwendige Schritt für einen Versuch der Beendigung des Blutvergießens war, als es noch um die Verhinderung von Millionen Toten ging, eine Perspektive, die im Kalkül Grubers fehlte.

Ausgehend von seiner Herkunft und Biographie gehörte Gruber dem zivilen Bereich der Widerstandsarbeit an. Zunächst gegen die Einbeziehung von Soldaten, machten ihm die wachsenden Schwierigkeiten in der Schaffung eines Kommunikationssystems, selbst innerhalb der wenigen Zellen, die er führte, deutlich, welche Vorteile vorhandene militärische Strukturen für die Organisation des Widerstandes boten.²⁴ Erst 1945 erschienen ihm die Anwendung paramilitärischer Strukturen und die Heranziehung von Wehrmachtspersonal unabdingbar. Die Unterrichtung verbündeter Mächte durch Funkverbindung oder herkömmliche Nachrichtenübermittlung auf dem Sektor kriegswirtschaftlich relevanter Informationen waren erst in der letzten Kriegsphase gegeben.

Grubers Widerstand war technisch-operativ konzipiert, wobei er die Rahmenbedingungen des modernen Staates mit seiner industriellen Arbeitswelt reflektierte, wie zahlreiche Hinweise in „Politik der Mitte“ belegen. Dennoch blieb er von Utopien nicht frei: Gruber glaubte lange Zeit — ausgehend von einer systematischen Zellenbildung —, den Widerstand auf eine Massenbasis stellen zu können, was ein fundamentaler Irrtum war, über den er sich ab 1943/44 immer mehr bewusst wurde. Im NS-Deutschland bestand Widerstand lediglich aus einer Vielzahl minoritärer und zersplitterter Gruppen, war aber „niemals eine Massen-

²⁴ Für eine differenzierte Sicht der Kriegswirtschaft und der Militärs, vgl. Gruber, *Politik der Mitte*, S. 9–19, 14, 16, 56 ff. Er spricht sich langfristig jedoch für eine „radikale Beseitigung der nationalen Militärmächte“ aus, die allein eine materielle Entlastung der Völker mit sich bringe (S. 33). Mit der unpolitischen Denkweise der Militärs vermochte er sich jedoch nicht zu identifizieren.

bewegung mit umwälzender Wirkung“.²⁵ „Widerstand im totalen Staat“ konnte auch „immer nur der Widerstand einer Minderheit“ sein, „nach der anfänglichen Konsolidierungsphase einer kleinen, dann wieder zeitweise einer wachsenden Minderheit, aber niemals der Repräsentant ‚des‘ Volkswillens“,²⁶ wie Richard Löwenthal einmal treffend formulierte. Gruber sollte auch erst im Zuge der Flächenbombardements ganzer Städte einsehen, dass Widerstand auf Massenbasis solange eine Illusion sein musste, wie der totale Staat im Gegenzuge von „bedingungsloser Kapitulation“ und „totalem Krieg“ seinen Herrschaftsanspruch noch stärker akzentuiert als bisher vertreten konnte und diesen gegen jede Art von Widerstand auch mit breiter Deckung oder Hinnahme der Bevölkerung rücksichtslos zu exekutieren verstand. Hinzu kam die Illusion über die Unterstützung seitens der westlichen Alliierten, besonders der USA.

Der seit 1942 in Bern stationierte und mit der dortigen amerikanischen Gesandtschaft in Beziehung stehende Allen W. Dulles²⁷ sammelte über die Widerstandsgruppen zwar Informationen, agierte aber hinsichtlich ihrer Unterstützung lange zurückhaltend. Dies sollte sich dann für österreichische Exilkreise in der Schweiz und für Widerstandsgruppen im österreichischen Raum in der letzten Kriegsphase 1944/45 ändern, als diese Unterstützung in Form von Propagandamaterial, Sprengstoff, Funkgeräten und alliierten Verbindungsoffizieren erhielten.²⁸ Dulles signalisierte immerhin eine „inoffizielle“ Anerkennung des „POEN“ mit der Einschränkung, den politischen Entscheidungsträgern aber nicht vorgreifen zu wollen.²⁹ Tatsächlich wurde Österreich vom Weißen Haus als völlig nachrangiges Problem betrachtet.³⁰

Grubers späte und indirekte Kontakte zur OSS-Leitung in Bern dürfen daher nicht überschätzt werden. Im Frühjahr 1945, nach der Rückkehr seines Verbindungsmanns aus der Schweiz, musste er zur Kenntnis nehmen, dass die West-

²⁵ Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*, S. 24.

²⁶ Ebenda, S. 13.

²⁷ Vgl. auch Jürgen Schmädke, *Militärische Umsturzversuche und diplomatische Oppositionsbestrebungen zwischen der Münchener Konferenz und Stalingrad*, in: Peter Steinbach / Johannes Tüchel (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Sonderausgabe der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit*, Bonn 1994, S. 294–318, S. 315.

²⁸ Vgl. Jürgen Heideking, *Die „Schweizer Straßen“ des europäischen Widerstands*, in: Gerhard Schulz (Hrsg.), *Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1982, S. 170.

²⁹ Franz Goldner, *Flucht in die Schweiz. Die neutrale Schweiz und die österreichische Emigration 1938–1945*, Wien–München–Zürich 1983, S. 128; vgl. auch Siegfried Beer, *Von Alfred Redl zum „Dritten Mann“*. Österreich und ÖsterreicherInnen im internationalen Geheimdienstgeschehen 1918–1947, in: *Geschichte und Gegenwart* 16 (März 1997), Heft 1, S. 3–25, hier 21 f.; zum POEN siehe auch Lydia Lettner, *Die französische Österreichpolitik von 1943 bis 1946*, phil. Diss., Universität Salzburg 1980, S. 58–63.

³⁰ Goldner, *Flucht in die Schweiz*, S. 70.

mächte abwartend und reserviert auf diverse Zeichen des Widerstands reagierten. Ihre mangelnde politische Entschlossenheit gegen das NS-Regime empfand er schon während der Jahre 1938/39 unverständlich, mit Blick auf Österreich als enttäuschend. Später sollte es zur Gewissheit werden, dass die USA an der Förderung der österreichischen Widerstandskreise nicht sonderlich interessiert waren,³¹ wie sich die Geneigtheit auf Regierungsebene zur Wiederherstellung eines selbständigen Österreichs ebenfalls in Grenzen hielt.³²

In der 1945 von Gruber nahe stehenden Kreisen publizierte Broschüre „Kampf um Tirol“ wird zu Recht Kritik hieran geübt: „Der allgemeine Aufstand in Österreich wäre allerdings zweifellos viel früher gekommen, wenn die Alliierten der Unterstützung der Österreichischen Widerstandsbewegung größeres Augenmerk zugewandt hätten und wenn sie die Schaffung von Befehlszentralen in den neutralen Staaten mehr begünstigt hätten.“³³ War Grubers Einstellung zu den hoch kapitalisierten USA nahezu uneingeschränkt positiv, so sah er im sowjetischen System zunächst nichts, was absolut verurteilenswert und unbedingt ablehnungswürdig wäre, vielmehr eine gesellschaftlich-ökonomische Alternative und einen zu respektierenden machtpolitischen Faktor.³⁴ Er warnte sogar das Bürgertum, sich nicht wie in der Zwischenkriegszeit „in Abwehr der proletarischen Bestrebungen unter Aufgabe jedes konstruktiven Reformprogramms in einen geistlosen Antimarxismus hineintreiben“ zu lassen.³⁵

Der Vormarsch der Roten Armee wurde dann von ihm hauptsächlich deshalb gefürchtet, weil dadurch seine u.k.-Stellung in Berlin bedroht war. In der bedingungslosen Unterstützung der USA, die der UdSSR ihre Expansion ermöglichte, schien Gruber zunächst keine direkte Gefahr für Mitteleuropa zu erblicken. Es sollte „nur nicht alles kaputtgehen“. Die Erkenntnis, dass eine grundsätzliche Auseinandersetzung der westlichen Welt mit dem Sowjetsystem unausweichlich war, blieb ihm noch verschlossen. Im Sinne der Roosevelt-Administration schloss er eine Zusammenarbeit der Widerstandsgruppen mit den Sowjets bei der Einnahme Wiens zur Beseitigung des Nationalsozialismus nicht aus, ja forderte

³¹ Horst Zimmermann, Die Schweiz und Großdeutschland. Das Verhältnis zwischen der Eidgenossenschaft, Österreich und Deutschland 1933–1945, München 1980, S. 508.

³² Vgl. Robert H. Keyserlingk, 1. November 1943: Die Moskauer Deklaration — Die Alliierten, Österreich und der zweite Weltkrieg, in: Steininger / Gehler (Hrsg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Bd. 2, S. 9–37, hier 21–27, 27–28.

³³ R. Mackowitz (Hrsg.), Kampf um Tirol. Entscheidende Taten zur Befreiung Innsbrucks im Frühjahr 1945, Innsbruck 1945, S. 14.

³⁴ Gruber, Politik der Mitte, S. 42–46.

³⁵ Ebenda, hier S. 67 und 83; vgl. auch seine Kritik an der „geistlose[n] Schlagwortpolitik“ der Zwischenkriegszeit, „die unter dem Motto: ‚Bolschewismus‘ oder unter dem Schlagwort ‚Der Jud‘ ist schuld“, jeden Missstand dem Mitspracherecht der Arbeiter oder den Juden in die Schuhe schob“, ebenda, S. 77.

diese sogar. Andererseits war ihm aus begrifflichen Gründen die Zusammenarbeit mit den Amerikanern sympathischer. Aus Grubers Erlebnissen und Erfahrungen in der Kriegszeit lässt sich seine bewusst antikommunistische Haltung in der Nachkriegszeit nicht erklären. Die antibolschewistische NS-Propaganda betrachtete er als Verzerrung der Tatsachen. Von einer grundsätzlich sowjetfeindlichen und explizit antikommunistischen Einstellung kann aufgrund fehlender Aussagen aber nicht gesprochen werden. Entweder wusste Gruber nichts von den Verbrechen Stalins oder er verdrängte sie. Es liegt nahe, dass er den Diktator als Feind Hitlers schätzte und ihm die Nichtanerkennung des „Anschlusses“ positiv anrechnete. Es spricht auch einiges für seine Auffassung, dass mit der Beseitigung des Nationalsozialismus viele, wenn nicht sogar alle Probleme für Österreich gelöst werden könnten. Von einem persönlichen Engagement, um zu einem optimalen Einverständnis mit der UdSSR zu kommen, scheute Gruber jedoch zurück.

Analysiert man Grubers Verhalten mit den von Richard Löwenthal genannten drei sich überschneidenden Grundformen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus — mit „dem *bewussten politischen Kampf*, der *gesellschaftlichen Verweigerung* und der *weltanschaulichen Dissidenz*“ [Herv. M. G.] —, die sich gegen die drei institutionellen Monopole des Parteistaats richteten, die „*der politischen Macht*, der *gesellschaftlichen Organisation* und der *Information*“ [Herv. M. G.],³⁶ so zeigt sich die Ambivalenz der Gruber-Version von Widerstand, und es lässt sich sagen, dass er im vollen Sinne wohl nur der letzten Kategorie — der „weltanschaulichen Dissidenz“ zur Gänze entsprochen hat.

Die *gesellschaftliche Verweigerung*, die sich in der Auswanderung äußerte und in der Emigration manifestierte, hätte Gruber 1938/39 wählen können. Er gibt jedoch selbst zu, hierbei an seiner Beamtenmentalität gescheitert zu sein. Zudem kann die Mitarbeit in der Rüstungsindustrie für die von ihm so bezeichnete „Kriegsmaschine“ Hitlers kaum als Verweigerung gelten. Gesellschaftliche Verweigerung konnte aber darin ihren Ausdruck finden, dass es unter den Industriearbeitern eine spürbare antinationalsozialistische Solidarität gab, die sich nicht nur auf die wenigen Vertrauensmänner der verbotenen Parteien oder Gewerkschaften reduzierte.³⁷ Wenn auch Streiks nicht gewagt werden konnten, „offene Demonstration“ hätte nach Gruber „ja nur ein Selbstmörder unternehmen kön-

³⁶ Löwenthal, Widerstand im totalen Staat, S. 13 f. Unter „gesellschaftlicher Verweigerung“ würde Martin Broszat, Resistenz und Widerstand, in: Ders. / Elke Fröhlich / Dieter Grossmann, Bayern in der NS-Zeit, Band IV, München 1981, S. 691–709, hingegen „Resistenz“ meinen, ein Begriff, den Löwenthal für unglücklich und wegen seiner mangelnden internationalen Vergleichbarkeit nicht zu Unrecht verwirft; vgl. zu dieser Problematik auch Hildebrand, Das Dritte Reich, S. 220 f.

³⁷ Löwenthal, Widerstand im totalen Staat, S. 21.

nen“,³⁸ so versucht er in seinen Ausführungen zu suggerieren, dass in den Abteilungen und Labors, in denen er tätig war, das Produktionstempo und die Qualität der Arbeit nicht überhand nahmen. Dies hätte mit Blick auf die Wirksamkeit des Regimes unmittelbare Konsequenzen, nämlich eine Schwächung und langfristig gesehen auch Zersetzungserscheinungen bedeutet. Ein weiteres Kriterium war in Grubers Verhalten gegeben: Zur gesellschaftlichen Verweigerung gehörte gemäß Löwenthal auch das Hören ausländischer Sender und die gezielte Weitergabe dieser Informationen an eine illegal bestehende Gruppe oder einen kleinen Freundeskreis.³⁹ In Teilaspekten wirkt diese Art von Darstellung freilich etwas gekünstelt, da sie die Hilflosigkeit des Einzelindividuums im totalitären System zu wenig berücksichtigt, der Gruber ebenso wie jeder Widerständler unterworfen war, obwohl er versuchte, dagegen anzukämpfen.

War Gruber im eigentlichen Sinne Pazifist? Pazifist aus radikalem Idealismus und starkem sittlichen Bewusstsein? War er dadurch in seinen beabsichtigten Zielen gehemmt? Auch hier fällt das Urteil schwer. Seine Grundhaltung deutet auf die Form des passiven Widerstands hin. Die unmissverständliche Kritik an den Kriegsvorbereitungen Hitlers und an seiner aggressiven Politik des Landraubs beweisen dies nicht nur außerhalb Österreichs. Gruber lehnte Militanz gegen den Ständestaat ab, um diesen im Kampf gegen Hitler nicht zu schwächen. Er bejahte also die Selbstverteidigung des Staates, die ihm als legitim erschien. Als junger Mann wollte er allerdings kurzzeitig gegen die aufkommenden Nationalsozialisten sogar zur Waffe greifen und verlangte in dieser Konsequenz den Einsatz des Bundesheeres 1938. Was den *politischen Kampf* angeht, so sind zunächst pazifistische Züge im Wesen Grubers unverkennbar. Geht man davon aus, dass politischer Kampf Militanz einschließt, so würde Gruber nicht in diese Kategorie fallen. Der Betrieb eines Geheimsenders müsste allerdings hierzu gehören, doch ist aufgezeigt worden, dass Gruber hierin fast bis zuletzt nicht aktiv wurde bzw. selbst dabei erfolglos war. Offen bleiben muss, ob seine Kuriertätigkeit von Berlin nach Wien als solcher Kampf gewertet werden darf. Die Beurteilung fällt schwer, weil er in den eigentlichen risikoreichen Tätigkeiten „nur“ als Auftraggeber aufscheint. Gruber handelte vorwiegend verdeckt, passiv, nur Gattin Helga kam direkt mit der Gestapo in Berührung.

Die Angaben Grubers zur Sabotage bei Telefunken, in der AEG kam für ihn eine solche offenbar noch nicht in Frage, sind teils vage, diesbezügliche Tätigkeiten undurchsichtig. Zur Zeit, als die deutsche Hochfrequenzindustrie die Fortentwicklung der „Würzburg“-Geräte versäumt hatte (1940–1942) war Gruber noch in der Niederfrequenz beschäftigt. Telefunken holte dann durch den

³⁸ Karl Gruber, *Meine Partei ist Österreich. Privates und Diplomatisches*, Wien–München 1988, S. 18.

³⁹ Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*, S. 21.

Glücksfund des „Rotterdam“-Geräts gewissermaßen aus dem Stand auf. Ab November 1943 wurde das Aluminiumstreifen-(Düppel-)resistente FuG-220-Lichtenstein-Sn 2 eingeführt. Diese Entwicklung legt nahe, dass die von Gruber angeführte Sabotagetätigkeit die Radarherstellung bei Telefunken und den Zulieferbetrieben nicht wesentlich beeinträchtigte. Eine die technische Entwicklung kriegsentscheidend hemmende Sabotage ist nicht nachweisbar, so dass dieser Beitrag zum „politischen Kampf“ unbewertet bleiben muss. Eine Intensivierung aktiver Widerstandstätigkeiten ist jedoch in den letzten Kriegsmonaten unverkennbar.

Zieht man die Definition der ersten von Löwenthal genannten Kategorie „bewusster politischer Kampf“⁴⁰ heran — er spricht auch von „bewusster politischer Opposition“ und versteht darunter gegen die NS-Parteidiktatur gerichtete Aktivitäten, die „ihre Untergrabung und ihren schließlichen Sturz anstrebten und daher notwendig von vornherein illegal waren und konspirativ betrieben werden mussten“ —, so wird man Grubers Handeln dazu zählen dürfen.

Seine Sozialisation aus dem „antifaschistischen“ linken Spektrum über das autoritär-christlich-ständische Regime bedingte seine Opposition gegen den Nationalsozialismus, wobei Vorbehalte gegen die Ständestaat-Herrschaft durch den gemeinsamen Kampf gegen den Anschluss zurücktraten. Nicht nur das NS-Regime sollte seiner Auffassung nach beseitigt, sondern auch die erfolgte Zwangsvereinigung von 1938 rückgängig gemacht werden. Das gab seinem Widerstand eine spezifische Note.

Neben der *gesellschaftspolitischen* und *menschenrechtlichen* kam noch eine *staatspolitische*, d. h. *austrospezifische Motivation* hinzu. Selbst Karl Renners Haltung, der mit der starken SPD-Regierung im Rahmen der Weimarer Republik gerne eine Verbindung eingegangen wäre, wurde von ihm abgelehnt. Ein Kampfbündnis mit dem deutschen Widerstand schied für ihn in den Jahren des Zweiten Weltkriegs definitiv aus. Um Österreich wiedererstehen lassen zu können, musste er der Deutschen Wehrmacht möglichst viele militärische Rückschläge und schwere Niederlagen wünschen, das was Klaus Hildebrand einmal „das furchtbare Dilemma des deutschen Widerstandes“⁴¹ nannte, was eingeschränkt auch auf den österreichischen zutrifft. Dieser Aspekt berührt ebenso die Kontakte mit alliierten Stellen in der Schweiz, die, so Hildebrand, mit dem Odium umgeben waren, „im Krieg mit dem Feind hinter dem Rücken der eigenen Führung zu konspirieren“.⁴²

Der Widerstand im „Dritten Reich“ war mit großen inneren Vorbehalten verbunden, die Gruber nicht hatte, d. h. in der eigenen Führung den Feind zu se-

⁴⁰ Für dies und das folgende: Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*, S. 14 ff.

⁴¹ Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 100.

⁴² Ebenda, S. 104.

hen, während anglo-amerikanische Bomber deutsche und österreichische Städte in Schutt und Asche legten und sowjetische Verbände sich im Osten Berlin und Wien näherten. Gruber war bei seiner Absetzbewegung im Frühjahr 1945 nach Österreich selbst nur knapp anglo-amerikanischen Bombenangriffen auf Berlin, Weimar und Regensburg entgangen. Umso bemerkenswerter ist, wie unerschütterlich die Konstanz seiner regimefeindlichen Haltung blieb. Seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus entsprang nicht materiellen Gründen, etwa einer konkreten Schädigung oder Verfolgung seiner Person — aus dem Post- und Telegraphendienst war er 1938 gar nicht „entlassen“ worden, denn er konnte, wenn gleich in untergeordneter Stellung, dort zunächst weiter arbeiten und auch seine redaktionelle Tätigkeit für eine Fachzeitschrift fortsetzen. Grubers Regimefeindlichkeit war vielmehr aus der allgemeinen Beobachtung und Analyse der politischen Verhältnisse motiviert. Der wesentliche Grund lag in seiner grundsätzlichen Ablehnung des Nationalsozialismus als menschenverachtend und national-österreichfeindlich, als „nationalistische Bestialität“, wie er das einmal formulierte,⁴³ eine Einschätzung, die bereits in der kritischen Betrachtung der Entwicklung vor 1938 wurzelte.

Gegenüber „Deutschland“ und „den Deutschen“ hatte er keine feindseligen Gefühle, empfand aber auch keine besonderen Sympathien. Für Deutschnationalismus und Großdeutschtum hatte er nur Verachtung übrig. Schon in seiner Jugend war er gegen den Anschluss eingestellt. Dieser sollte mit dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ rückgängig gemacht werden. Nicht aufgrund eines Antiparlamentarismus — Gruber war keineswegs uneingeschränkter Befürworter der Demokratie, er wusste um die Vorzüge anderer Regierungsformen⁴⁴ —, sondern hauptsächlich wegen des eklatanten Mangels an Rechtsstaatlichkeit lehnte er das NS-System ab.

Konkrete politische Konzeptionen bezüglich Österreichs Zukunft spielten in seinem Denken interessanterweise fast keine Rolle, sieht man von einigen Hinweisen in „Politik der Mitte“ ab, die auf die Situation der Zwischenkriegszeit verweisen⁴⁵ und somit indirekt-implizit auch auf eine denkbare politische Nachkriegsordnung anspielen. Gruber ging immer von den politischen Tagesereignissen und den herrschenden Gegebenheiten, nicht aber von futuristischen Projekten aus. Die politische Zukunft war für ihn bis zum Ende des NS-Regimes kein Diskussionsgegenstand, um nicht hierdurch den Zusammenhalt der Gruppen zu gefährden. Seiner Auffassung nach mussten zuerst „die Nazi verschwin-

⁴³ Gruber, Politik der Mitte, S. 84, ohne hier explizit zu sagen, dass der Nationalsozialismus gemeint ist.

⁴⁴ Vgl. hierzu Gruber, Politik der Mitte, S. 40, und seine Ausführungen über „Demokratische Regierungstechnik“, ebenda, S. 66–72; vgl. auch Gruber, Meine Partei ist Österreich, S. 11 f.

⁴⁵ Gruber, Politik der Mitte, S. 72–80, 82–88.

den“.⁴⁶ Er musste flexibel bleiben und verstand, geschickt zu improvisieren. Diese Fähigkeiten kamen ihm auch als Außenminister im österreichischen Nachkriegschaos durchaus zugute. Sein Widerstand lässt sich politisch-ideologisch schwer einordnen. Er war weder konservativ noch links. Seine Widerstandsgruppen, die erst in den letzten Kriegswochen an militärischer Substanz und damit an Schlagkraft gewannen, waren überparteilich, wenn gleich — organisatorisch betrachtet — diverse Versuche zu Zellenbildungen auf modellhafte Übernahme von kommunistischen Widerstandspraktiken schließen lassen. In den letzten Kriegstagen übernahm er so z. B. Karabiner aus einem geheimen Waffenlager der äußersten Linken, womit eine momentane Krise in der Bewaffnung seiner Kombattanten überbrückt werden konnte, und bediente sich eines legitimistischen Staboffiziers als „Generalstabschef“ seiner Truppe.

Die Summe seiner im inneren Widerstreit gesammelten Erfahrungen in der vom Bürgerkrieg gekennzeichneten Ersten Republik, der politisch wenig ambitionierten Haltung und exponierten Stellung im Ständestaat sowie des Anpassungs-, Resistenz- und Widerstandsverhaltens unter dem NS-Regime erzeugten das Verlangen, politische Mittelwege zu beschreiten, die Balance zu halten, sich durchzulavieren und extreme Standpunkte zu vermeiden. Gruber ist nicht als Renegat zu bezeichnen, weil er nicht zum Extremisten der Gegenseite wurde — obwohl er zum anderen parteipolitischen Pol wanderte —, sondern sich seine weltanschauliche Individualität im Sinne einer „Politik der Mitte“ bewahrte. Grundsätzlich schwebte ihm als „politisches“ Ziel die Bildung eines selbständigen und eigenstaatlichen Österreichs vor, wozu die Organisation „Blumengarten“ einen Beitrag leisten sollte.⁴⁷ Wenn dieser auch nicht überbewertet werden darf — Gruber machte von seiner Rolle als „Widerständler“ nie viel Aufhebens —, so war dieser von nicht geringem politisch-psychologischen Wert für die Grundsteinlegung der Zweiten Republik und die dann folgende Konstruktion der „österreichischen Nation“. Einen deutschen „Untergrundstaat“ hat es nach Löwenthal nicht gegeben, in Österreich, so darf man hinzufügen, gab es diesen, allerdings erst in den allerletzten Kriegswochen und -tagen: die Provisorische Regierung unter Karl Renner, Leopold Kunschak, Johann Koplenig im April 1945 in Wien und der Exekutiv- und Ordnungsausschuss der „Österreichischen Widerstandsbewegung“ unter Führung Grubers in Innsbruck Anfang Mai 1945. Diese beiden Plattformen, auf denen sich bereits die Zusammenarbeit der Parteien abzeichnete, sind als *Vorformen von Staatlichkeiten* zu bezeichnen. Aus ihnen konstituierten sich die politischen Gremien und dauerhaften Regierungsformen der Zweiten Republik.

⁴⁶ Luža, Der Widerstand in Österreich 1938–1945, S. 281 basierend auf Mackowitz (Hrsg.), Kampf um Tirol, S. 6.

⁴⁷ Interview mit Dr. Karl Gruber (†), 31. 1. 1991.

DANIEL HEINZ

DER WIDERSTAND DER REFORMADVENTISTEN IM „DRITTEN REICH“

Die Religionsgemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten (auch kurz Adventisten) stellt eine protestantische Freikirche dar, die aus der nordamerikanischen Erweckungsbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts hervorgegangen ist.¹ Die Adventisten sind seit 1864 in Europa vertreten, auf dem Boden des heutigen Österreich konnten sie jedoch erst 1903 Fuß fassen. Die Freikirche umfasst gegenwärtig weltweit 12 Millionen getaufte Mitglieder und gehört mit einer jährlichen Wachstumsrate von etwa 7 Prozent zu den am schnellsten wachsenden protestantischen Gemeinschaften der Welt. Das rasante Wachstum ist auf die intensive Missionstätigkeit in den Ländern der Zweiten und Dritten Welt zurückzuführen. Ähnlich den Baptisten sind Adventisten zahlreich und bekannt in der Welt, aber wenig präsent in Österreich, wo sie heute nur etwa 3.600 getaufte Mitglieder zählen.²

Der Name „Adventisten“ ist vom lateinischen „adventus“ abgeleitet und bezeichnet die „Ankunft“ oder „Wiederkunft“ Jesu Christi, eine Lehre, die durch die adventistische Naherwartung zur missionarischen Triebfeder der Bewegung wurde. Mit dem Bekenntnis zum Sabbat, dem biblischen Ruhetag, wollten Adventisten die Unveränderlichkeit der Gebote Gottes unterstreichen. Bis heute ist der Sabbat für sie ein Zeichen der Solidarität Gottes als Schöpfer und Erlöser zum Menschen, das zur Verantwortung vor Mitmensch und Natur verpflichtet.

¹ Adventisten verstehen sich als *protestantische* Freikirche, da ihre Lehre im Wesentlichen mit den reformatorischen Grundwahrheiten („sola scriptura“, „sola gratia“, „sola fide“) übereinstimmt. Als *Freikirche* deswegen, weil sie — im Gegensatz zur Säuglingstaufe in den Volkskirchen — die biblische Glaubens- oder Erwachsenentaufe (durch Untertauchen) praktizieren. Die Mitgliedschaft in der Kirche ist somit durch eine *freiwillige* Glaubensentscheidung begründet. Außerdem lehnen Adventisten in der Tradition der Freikirchen eine staatliche Bevormundung ab und setzen sich für die Trennung von Kirche und Staat ein. In der Öffentlichkeit werden gesetzlich nicht anerkannte Religionsgemeinschaften in Österreich, zu denen Adventisten, Baptisten u. a. zählen, häufig als „Sekten“ abqualifiziert, entgegen klaren konfessionskundlichen Unterscheidungskriterien, wo die Grenzen zwischen Freikirchen und Sekten (Sondergemeinschaften) verlaufen. 1998 wurde der Freikirche der Adventisten in Österreich die Rechtspersönlichkeit als „Bekenntnisgemeinschaft“ zugesprochen.

² Zur Geschichte der Adventisten in Österreich siehe: Daniel Heinz, Church, State, and Religious Dissent. A History of Seventh-day Adventists in Austria, 1890–1975, Frankfurt/Main 1993; ders., Repression, Toleranz und Legalität: Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich, in: Österreichisches Archiv für Recht und Religion 48 (2001), Heft 3, im Druck.

Die endzeitliche Orientierung nach dem bald hereinbrechenden Reich Gottes sowie die Praxis der Sabbatobservanz und der damit verbundenen Betonung des Dekalogs, einschließlich des 6. Gebotes „Du sollst nicht töten“, sind wichtig für das Verständnis der Freikirche in der Zeit des Nationalsozialismus. Wenn wir den modernen „integralen“ Widerstandsbegriff als wie immer geartete und wirksame Gegnerschaft zum Nationalsozialismus heranziehen,³ ergeben sich daraus grundsätzlich zwei Formen adventistischen Widerstandsverhaltens gegenüber dem NS-Regime: 1. Eine allgemeine, latent vorhandene, apokalyptische Verweigerungsmentalität im adventistischen Alltag, die sich auf die *eschatologischen Aussagen* des Buches Daniel — kein „Tausendjähriges Reich“, sondern das nahende Ende der Weltzeit! — stützte und die Gemeinschaft vor einer größeren ideologischen Vereinnahmung durch das Regime immunisierte. 2. Konkretes widersetzliches Verhalten im Einzelfall, das sich aus der absoluten Gehorsamspflicht zum *biblischen Gebot* herleitete und in erster Linie um die Fragen der Arbeitsverweigerung am Sabbat und der Ablehnung des Tötens im Krieg kreiste. Allgemeine Gesinnungsresistenz und individueller Teilwiderstand als Widerwillen, Dissens, Abwehr, Protest oder Verweigerung waren bei den Adventisten ausschließlich religiös begründet, blieben passiv und führten zu keinerlei politischer Agitation. Nicht die Untergrabung des Regimes, sondern die Glaubenstreue stand im Mittelpunkt ihres Handelns. Während sich aber die Adventisten als kirchliche *Organisation* in einer Art „Überlebensstrategie“ — nicht aus Überzeugung! — dem Regime weitgehend anpassten und sich dabei auf die christliche Gehorsamspflicht gegenüber der Obrigkeit beriefen, gab es immer wieder einzelne Gemeindeglieder, vielleicht mehr als zunächst angenommen, die ihrem Gewissen folgten und den Mut zu widerständigem Verhalten aufbrachten. Der Weg der adventistischen Widerständigen war mühsam und einsam zugleich, zogen sie sich doch wie in den Fällen von Erwin Bauermann, Fritz Bergner, Karl Harress u. a. nicht selten den Vorwurf der Anmaßung oder gar der Rebellion seitens der Kirchenleitung zu. Bei ihrem mutigen Auftreten konnten diese Adventisten nicht mit dem Rückhalt ihrer Kirche rechnen. Jeglicher Versuch, den Widerstand einzelner Adventisten als Zeichen für den Widerstand der „Gemeinschaft“ deuten zu wollen, muss deshalb zumindest für die adventistische Mutterkirche energisch zurückgewiesen werden. Bislang existiert noch keine Untersuchung über den adventistischen Widerstand im „Dritten Reich“. Die Aufarbeitung der Widerstandsgeschichte würde das Versagen einer christlichen Gemeinschaft, die als „Gemeinde der Übrigen“ hohe Ansprüche an sich stellt, verdeutlichen. Vielleicht

³ Eine vereinheitlichende, intentional verengende Widerstandsperspektive wird der Vielfalt des oppositionellen Verhaltens in der NS-Zeit nicht gerecht. Zur Entwicklung des Widerstandsbegriffes mit seiner heute breiteren Definitionsbasis siehe u. a. Hartmut Mehringer, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1998, S. 267–276.

liegt darin die zögerliche Haltung der Kirche, sich ihrer Geschichte im „Dritten Reich“ zu stellen.

Nichtkämpfer und Kämpfer wider Willen: Entstehung der Reformadventisten

Die Frage des Militärdienstes während des 1. Weltkrieges führte die Adventisten in Europa in eine Krise, die bis heute nachwirkt. Die Kirche in den USA hatte sich unter dem Eindruck der „Friedenskirchen“ 1864 offiziell für den Nichtkämpferstatus („Conscientious Objection“ — Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen) entschieden und empfahl den wehrpflichtigen Glaubensbrüdern Sanitätsdienst zu leisten.⁴ Die Ausnahmeregelung der US-Regierung für Kriegsdienstverweigerer aus religiösen oder anderen Gewissensgründen war für Adventisten in Europa nicht durchsetzbar. Deswegen ist auch kein Fall von Wehrdienstverweigerung eines Adventisten in Deutschland oder Österreich vor dem 1. Weltkrieg bekannt. Allerdings bemühte man sich auf individueller Basis um einen Einsatz im Sanitätskorps. Wenn das — wie in vielen Fällen — nicht möglich war, leistete man den Dienst in der regulären Kampftruppe, wohl aber mit dem „geheimen Entschluss“, im Kriegsfall nicht zu töten. Nonkonformes Verhalten wehrpflichtiger Adventisten in Deutschland und Österreich vor dem 1. Weltkrieg beschränkte sich daher in erster Linie auf die Verteidigung und Bewahrung der Sabbatruhe. Die Frage, wie sich die Kirche zum Kriegsdienst verhalten sollte, traf die Adventisten in diesen Ländern unvorbereitet. So ließen sich die Adventisten in Deutschland nach Ausbruch des Weltkrieges unter dem Druck der Militärbehörden offiziell — „unter diesen Umständen“ — zu dem Kompromiss hinreißen, „für die Verteidigung des Vaterlandes einzustehen und auch am Sonnabend (Sabbat) die Waffen zu führen“.⁵ Diese Haltung führte 1914/15 praktisch zu einer Ablehnung des historischen adventistischen Nichtkämpferstandpunktes. Eine Abspaltungsbewegung in den adventistischen Gemeinden Mittel- und Osteuropas verwarf den Kompromiss und gab sich den Namen „Reform-“ oder auch „Reformationsbewegung“. Erst 1924 erschien zum ersten Mal in der

⁴ Die pazifistischen Mennoniten in Preußen (1869) und später in Russland (1874) waren die ersten in der modernen Geschichte, denen die Möglichkeit eines militärischen „Ersatzdienstes“ eingeräumt wurde. Wiewohl die antimilitaristische Haltung der frühen Adventisten, besonders in Amerika, deutlich stärker war als heute, lehnte die Kirche von Anfang an eine Totalverweigerung ab, weil sie im humanitären Einsatz zur Linderung und Verhütung des Leidens eine authentisch christliche Position der Nachfolge Jesu sah. Vgl. Peter Brock, *Freedom from Violence. Sectarian Nonresistance from the Middle Ages to the Great War*, Toronto 1991, S. 230–245.

⁵ Der Weg der Adventisten, Jagsthausen o. J., S. 77 f. (aus Sicht der Reformadventisten).

Geschichte der Adventisten in Europa eine offizielle „Declaration of Principles“ zur Kriegsdienstfrage, die den — in Europa ohnehin nicht anerkannten — amerikanischen Nichtkämpferstandpunkt *expressis verbis* erst gar nicht erwähnt, der Sache nach aber festhält, dass Gemeindeglieder „in Friedenszeiten und im Krieg jegliche Teilnahme an Gewalt und Blutvergießen ablehnen.“⁶ Der Nichtkämpferstandpunkt („Noncombatancy“) wurde von den Adventisten in Europa in realistisch-er Weise als „Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit“, nicht aber als Ersatzdienstforderung verstanden. Trotz des Eingeständnisses der Schuld seitens der Kirchenleitung nach dem Weltkrieg — so äußerten die deutschen Gemeindeführer L. R. Conradi, P. Drinhaus, H. F. Schuberth und G. W. Schubert 1920 in Friedensau ihr Bedauern über die im Krieg abgegebene Kompromisserklärung — waren die „Reformadventisten“ nicht mehr bereit, in die Muttergemeinde zurückzukehren, und bauten eine eigene kirchliche Organisation auf.⁷

Die Gemeinschaft der Reformadventisten blieb jedoch klein, gemessen am Wachstum der Weltkirche. Neben den Zeugen Jehovas waren sie aber im „Dritten“ Reich die einzige religiöse Gruppe, die einen mehr oder weniger — aus der Außensicht des Betrachters — „geschlossenen“ Widerstand bekundeten und als Kriegsdienstverweigerer in Erscheinung traten. Von 21 namentlich bekannten Märtyrern der Reformationsbewegung der Siebenten-Tags-Adventisten in der NS-Zeit — die Dunkelziffer liegt wesentlich höher — wurden mindestens 7, wahrscheinlich sogar 11, darunter die beiden Österreicher Julius Ranacher und Anton Brugger, ausdrücklich wegen Kriegsdienstverweigerung hingerichtet.⁸ Ein dritter Österreicher, Josef Blasi, fand wegen „Wehrkraftzersetzung“ im KZ

⁶ William A. Spicer, *Our European Brethren and Noncombatancy*, in: *Advent Review and Sabbath Herald*, 6. März 1924, Nr. 10, S. 4 f.

⁷ Ebd., S. 5. In den 1920er Jahren zählten die Reformadventisten in den deutschsprachigen Ländern über 1.200 Mitglieder. Die Mitgliederzahl nahm jedoch stetig ab. Richtungskämpfe und interne Zwistigkeiten führten zur Entstehung mehrerer Gruppen. Genaue statistische Angaben über die gegenwärtige Mitgliederzahl lassen sich nicht machen. Schätzungen zufolge beträgt die Mitgliederzahl der verschiedenen Gruppen in Deutschland heute wohl kaum mehr als 700. In Österreich, wo es zu Beginn der Bewegung etwa 100 Mitglieder und Sympathisanten gab, dürfte die Zahl heute auf etwa 30 bis 40 geschrumpft sein. Zur Geschichte der Reformationsbewegung der Siebenten-Tags-Adventisten siehe: Holger Teubert, *Die sogenannte „Reformationsbewegung“*, Edling 1981 (als Manuskript vervielfältigt); Helmut H. Kramer, *The Seventh-day Adventist Reform Movement*, Washington, D. C. 1988; Alfons Balbach, *The History of the Seventh Day Adventist Reform Movement*, Roanoke/USA 1999 (aus Sicht der Reformadventisten).

⁸ Hinweise über den Widerstand von Reformadventisten finden sich bei: Hans Fleschutz, *Und folget ihrem Glauben nach*, Jagsthausen o. J.; Balbach, *The History of the Seventh Day Adventist Reform Movement*, S. 194–218; Albrecht und Heidi Hartmann, *Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich*, Frankfurt/M. 1986, S. 41f f.; Karsten Bredemeier, *Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich*, Baden-Baden 1991, S. 200–202. Die genannten Autoren stützen sich im Wesentlichen auf die Arbeit von Fleschutz. Über den Leidensweg des österrei-

Mauthausen (Nebenlager Melk) den Tod. Während in den letzten Jahren mehrere gründliche Studien zur Widerstandsgeschichte der Zeugen Jehovas erschienen, blieben die Reformadventisten weitgehend unberücksichtigt und zählen bis heute mit Recht zu den „vergessenen Opfern“ des Nationalsozialismus.⁹ Der folgende Beitrag stellt einen ersten Schritt dar, diese Forschungslücke zu schließen, beschränkt sich aber auf das Widerstandsverhalten der kleinen Gruppe der Reformadventisten in Österreich.

Die Kriegsdienstverweigerer Julius Ranacher und Anton Brugger als Vorbilder

Nach der Machtübernahme Hitlers wurde die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland am 26. November 1933 per Erlass der Gestapo kurzzeitig aufgelöst. Keine der Freikirchen wurde derart massiv bedroht. Das Verbot wurde zwar am 6. Dezember 1933 wieder aufgehoben, doch saß der Schock über die völlig unerwartete polizeiliche Verfügung bei der adventistischen Kirchenleitung tief. Bis heute sind die genauen Gründe für das Verbot der Gemeinschaft nicht bekannt, doch liegt die Vermutung nahe, dass Muttergemeinde und dissi-

chischen Reformadventisten und Märtyrers Anton Brugger siehe Daniel Heinz, Kriegsdienstverweigerer und religiöser Pazifist: Der Fall Anton Brugger und die Haltung der Siebenten-Tags-Adventisten im Dritten Reich, in: Jahrbuch — Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien 1996, S. 41–56. Die vom DÖW im Rahmen des regionalgeschichtlich orientierten Projektes über Verfolgung und Widerstand in den einzelnen österreichischen Bundesländern herausgegebenen Quelleneditionen enthalten ebenfalls wertvolle Informationen. Siehe dazu Widerstand und Verfolgung in Wien, 1934–1945, Bd. 3, Wien 1975, S. 186–188; Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich, 1934–1945, Bd. 3, Wien 1987, S. 303–306; Widerstand und Verfolgung in Salzburg, 1934–1945, Bd. 2, Wien–Salzburg 1991, S. 351–353.

⁹ Zur Widerstandsgeschichte der Zeugen Jehovas sei nur auf folgende repräsentative Arbeiten verwiesen: Detlef Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im Dritten Reich, München 1999 (4. Aufl.); Hans Hesse (Hrsg.), Am mutigsten waren immer wieder die Zeugen Jehovas. Verfolgung und Widerstand der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus, Bremen 1998. Speziell über Österreich: Zeugen Jehovas. Vergessene Opfer des Nationalsozialismus? Hrsg. von DÖW, Wien 1999 (2. Aufl.). Nach diesen und v. a. Publikationen, die in den letzten Jahren die Zeugen Jehovas als „vergessene Opfer“ des Nationalsozialismus würdigten und einer breiten Öffentlichkeit bekannt machten, trifft diese Bezeichnung jetzt um so mehr auf die Reformadventisten zu, die in der Widerstandsforschung eigenartigerweise bislang kaum Beachtung gefunden haben. Das liegt sicherlich auch daran, dass die Gemeinschaft im Vergleich zu den Zeugen Jehovas sehr klein ist und keine adäquate Missionspropaganda betreibt. Im Gegensatz zur umfangreichen positiven Selbstdarstellung der Zeugen Jehovas liegt auch seitens der Adventisten/Reformadventisten — mit Ausnahme der Arbeiten von Fleschutz (über Glaubensmartyrer, siehe Anm. 8) und Heinz (speziell über

dente, antimilitaristische Reformadventisten verwechselt bzw. nicht voneinander unterschieden wurden.¹⁰ Vielleicht hatten NS-Behörden im Umgang mit Reformadventisten, die sich ja nach ihrem Selbstverständnis als die „wahren“ Adventisten ausgaben, den Eindruck gewonnen, dass alle Adventisten grundsätzlich den Militärdienst ablehnten und sich gegen den Staat stellten. Aus diesem Grund gab die adventistische Kirchenleitung in den folgenden Jahren immer wieder Erklärungen ab, die die Unterschiede der beiden Richtungen herausstellten, um „irrtümlichen Verwechslungen“, wie es hieß, vorzubeugen. Mit dem am 21. Mai 1935 erlassenen Wehrgesetz gerieten die Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland erneut unter Druck. In einer Stellungnahme („Unsere Stellung zum Staat und der allgemeinen Wehrpflicht“, 7. August 1935) wiesen sie darauf hin, dass adventistische Wehrpflichtige „eine Verwendung im Sanitätsdienst bevorzugen.“ Vor „unüberlegten Handlungen“ wie „Fahnenflucht“ oder „Gehorsamsverweigerung“ wurde im Falle der Einberufung gewarnt, doch müsse „jeder Bibelgläubige nach der Stimme seines Gewissens persönlich für sich entscheiden.“¹¹ Von der Haltung der Reformadventisten distanzierte man sich klar. Sie hätten sich „eindeutig als Antimilitaristen“ entlarvt, würden als „Deserteure“ auffallen und sogar den Sanitätsdienst ablehnen. Unter „marxistischem“ Einfluss hätten sie „diesen Geist“ nicht nur unter Adventisten, sondern auch „im deutschen Volk“ verbreitet.¹² („Heimlich wühlen sie gegen Staat und Obrigkeit und gegen die Gemeinschaft.“¹³) Die Reformadventisten wiederum bezeichneten die Muttergemeinde als „untreu“, „abgefallen“ und als „Hure Babylon“. Die wenigen Sätze zeigen die Härte der Auseinandersetzungen, die damals zwischen Adventisten und Reformadventisten bestand. Die Muttergemeinde stimmte auf „realistischem Weg“ durch eine gesetzesloyale Einstellung der Teilnahme am Militärdienst grundsätzlich zu, während Reformadventisten in „idealistischer Weise“ Waffendienstablehnung („Wehrfeindlichkeit“) signalisierten und auch teilweise praktizierten, gleichzeitig aber auch dazu neigten — und hier muss sowohl zwischen Leitung und Basis als auch radikaleren „Einzelkämpfern“ und gemäßigte- ren Gruppierungen unterschieden werden —, die Latte der christlichen Gehor-

A. Brugger, Anm. 8) — noch keine Darstellung vor. Vgl. dazu Franz Graf-Stuhlhofer, Täuferkirchen in der Ostmark (Forschungsbericht), in: Österreich in Geschichte und Literatur 44 (2000), Heft 2, S. 82–90.

¹⁰ Zum Verbot siehe Johannes Hartlapp, Die Lage der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in der Zeit des Nationalsozialismus (unveröffentlichte Diplomarbeit, Friedensburg 1979), S. 17–22.

¹¹ Ebd., S. 34 f., 139 f.

¹² Vgl. Michael Budnick, Aufklärung über die Entstehung der sog. „Reformbewegung“ und die irigen Behauptungen gegen die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten (unveröffentlichtes Manuskript, Dresden 1935), S. 4.

¹³ Ebd., S. 6.

sampflicht für sich zu hoch anzusetzen, d. h. gegebenenfalls doch dem Druck der Wehrpflicht und der „Vaterlandsrechte“ nachzugeben. Bei größeren Konfliktsituationen mit der Staatsgewalt war die Mehrheit der Reformadventisten durchaus zu formellen und inhaltlichen Zugeständnissen bereit.

Bereits ein Jahr nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, am 29. April 1936, wurde die Gemeinschaft der Reformadventisten von den NS-Behörden als „staatsfeindlich“ verboten.¹⁴ Um den Repressionen zu entgehen, floh eine Anzahl von „Reformern“ unmittelbar nach dem Verbot nach Österreich oder setzte sich in andere Länder ab. Bedenklich allerdings war der Umstand, dass sich unter den Flüchtenden nahezu alle leitenden „Vorsteher“ und Sekretäre der Gemeinschaft befanden.¹⁵ Der für die Gemeinden in Deutschland und Österreich zuständige Prediger Albert Müller floh in die Schweiz. „Einfache“ Gemeindeglieder an der Basis reagierten tief enttäuscht über das Verhalten ihrer leitenden Brüder, die als „Hirten ihre Herde verließen.“¹⁶ So war auch die kleine, nur lose organisierte Gruppe der österreichischen Reformadventisten nach der Annexion, die zum Verbot ihrer Existenz in Österreich geführt hatte, völlig auf sich allein gestellt. Die „vorbildliche“ Haltung ihrer Glaubensbrüder Julius Ranacher und Anton Brugger, die den Waffendienst verweigerten, verlieh ihnen Mut, Widerstand zu leisten.

Der Schneidermeister Julius Ranacher, am 15. Februar 1900 in Ketschendorf/Kärnten geboren, hatte 1935 in Feldkirchen das Schneidergeschäft (Bahnhofstr. 37) der Witwe Maria Maritschnig übernommen. Maritschnig, eine überzeugte Reformadventistin, führte Ranacher zum adventistischen Glauben, den dieser eifrig bezeugte. Am 16. November 1941 wurde Ranacher zur Wehrmacht einberufen und auf seine Bitte hin einer Sanitätsausbildungskompanie zugeteilt. Wiewohl er der Einberufung Folge leistete, weigerte er sich dann, die Uniform anzuziehen und Waffendienst zu leisten. Ranacher verwies auf seine Gewissens- und Glaubensüberzeugung, die es ihm unter keinen Umständen erlaube, Soldat zu werden. Am 18. Februar 1942 wurde er vom Reichskriegsgericht in Berlin wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tod verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es:

¹⁴ Die Begründung für das von Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei, verfügte Verbot lautete: „Die Siebenten-Tags-Adventisten, Reformbewegung, verfolgt unter dem Deckmantel der religiösen Betätigung Ziele, die der Weltanschauung des Nationalsozialismus zuwiderlaufen. Die Anhänger dieser Sekte verweigern den Wehrdienst und lehnen es ab, den Deutschen Gruß anzuwenden. Sie erklären offen, dass sie kein Vaterland kennen, sondern international eingestellt seien und alle Menschen als Brüder betrachten.“ (Sammlung Reformadventisten, Historisches Archiv der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa, Friedensau.)

¹⁵ Dazu zählten u. a. Willi Maas und Otto Welp, die nach Holland flohen, und Alfred Rieck, der sich nach Portugal absetzte.

¹⁶ Vgl. Teubert, Die sogenannte „Reformationsbewegung“, S. 31.

„Bei dieser Weigerung ist der Angeklagte bei wiederholten Vernehmungen im Laufe des Ermittlungsverfahrens und auch in der Hauptverhandlung trotz aller Vorhaltungen und Belehrungen über die Tragweite seines Tuns geblieben. Er ist unbelehrbar [...] Der Angeklagte hat nicht aus Feigheit gehandelt. Wegen der von ihm gezeigten Hartnäckigkeit und Unbelehrbarkeit ist aber eine milde Beurteilung ausgeschlossen. Derart hartnäckige Wehrdienstverweigerungen sind wegen der ihnen innewohnenden Werbekraft besonders geeignet, den Wehrwillen anderer zu zersetzen. Deshalb muss hier auf Todesstrafe erkannt werden.“¹⁷

Julius Ranacher wurde am 14. März 1942 im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet. Bei den Nachforschungen der Gestapo beschuldigten die Verwandten Ranachers Maria Maritschnig, Julius Ranacher in seiner wehrfeindlichen Einstellung unterstützt zu haben. Bei der Gerichtsverhandlung gab Maritschnig an, dass sie Ranacher für seine „pazifistische Überzeugung“, „Standhaftigkeit“ und „absolute Gottestreue“ bewundere, denn ein „wahrer Christ könne niemals eine Waffe in die Hand nehmen.“¹⁸ Maritschnig wurde in das KZ Auschwitz überführt, wo sie am 25. September 1942 ums Leben kam. Nach Aussage österreichischer Reformadventisten starb sie eines gewaltsamen Todes (Gaskammer).¹⁹ Inzwischen war auch der Zuckerbäcker und „Buchevegelist“ Anton Brugger in Haft. Ein Abschiedsbrief Ranachers sowie Briefe Bruggers an seine Mutter und an seine Verlobte, Esther Karis, wurden unter den Reformadventisten, besonders in Kärnten, Salzburg und Wien, eifrig durch Abschriften verbreitet und gelesen und stellten für sie „eine Quelle der Kraft und Ermütigung“ dar, die die kleinen, verstreuten Gruppen im Untergrund zusammenhielten. Häusliche Gebetskreise dienten der Glaubensstärkung, wobei immer wieder die konsequente Haltung Ranachers, später auch die Bruggers, angesprochen, bewundert, aber auch „manchmal in ihrer Radikalität“ hinterfragt wurde.²⁰ Aus einer Sondergerichtsakte des Landgerichts Klagenfurt geht hervor, dass die Ad-

¹⁷ Feldurteil in der Strafsache gegen den Sanitäts-Soldaten J. Ranacher (Reichskriegsgericht, 3. Senat, 3. März 1942), M 1006 A.21, Bundesarchiv, Berlin.

¹⁸ Nach Aussage von Esther Karis, 30. 11. 1981. „Bei der Verhandlung wurde Schwester Maritschnig so angeschrien und beschuldigt, dass sie ohnmächtig zusammenbrach“ (Fleschutz, Und folget ihrem Glauben nach, S. 40).

¹⁹ Die Sterbeurkunde gibt als Todesursache „akuten Magen- und Darmkatarrh“ an (Archiv-Museum Auschwitz-Birkenau, Sterbcbuch Bd. 22/3/1942, S. 1111, Oświęcim-Brzezinka). Es ist bekannt, dass die in den KZ-Quellen angegebenen Todesursachen zumist nicht mit den tatsächlichen übereinstimmen. Vgl. Anm. 30.

²⁰ Interview mit Esther Karis, 30. 11. 1981.

ventisten untereinander „rege Verbindung“ hielten und sich „gegenseitig in ihrer Irrlehre bestärkten.“²¹

Für die NS-Behörden war es nicht schwierig, die illegalen Zusammenkünfte der „politisch harmlosen“ und „unerfahrenen“ Reformadventisten aufzudecken. So wurden Georgine Herzog, Barbara Petschornig und Luzie Tschoyer wegen „Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung“ in Klagenfurt festgenommen und am 10. August 1942 zu Gefängnishaft verurteilt. Herzog erklärte mutig bei ihrer ersten Einvernahme durch die Gestapo, dass Ranacher richtig gehandelt habe, indem er sich lieber erschießen ließ, als den Dienst mit der Waffe zu leisten.²² In Wien und Umgebung wurden im selben Jahr die Reformadventisten Josef Holzbauer, Stefanie Obhlidal, Paula Partuschke und Josefa Lamberger vor Gericht gestellt.²³ Alle vier erklärten zunächst übereinstimmend, dass sie den Waffendienst als Verletzung des göttlichen Gebotes ablehnen und auch nicht bereit sind, in einer Munitionsfabrik zu arbeiten. Lamberger änderte jedoch „nach eingehender Belehrung über das staatliche Notwehrrecht“ ihre Ansicht und war am Ende der Gerichtsverhandlung bereit, den Führergruß zu leisten und auf Aufforderung hin auch in einer Munitionsfabrik zu arbeiten. Partuschke wurde ebenso „umgestimmt“. Sie sehe nun ein, dass „das deutsche Volk sich keineswegs seinen Widersachern preisgeben kann.“ Auch habe Christus — so Partuschke — den Kriegsknechten nicht den Austritt aus dem Wehrdienst nahegelegt. Holzbauer und Obhlidal hingegen blieben ihrer Überzeugung treu und wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Der bereits erwähnte Reformadventist Anton Brugger stand unter dem Eindruck des Pazifisten und Glaubensgenossen Ranacher, als er im November 1942 den Wehrdienst verweigerte.²⁴ Brugger, 1911 in Kaprun geboren, wurde auf der Flucht in Italien von der Polizei aufgegriffen und nach Österreich zurückgebracht. Der in die Schweiz geflohene „Vorsteher“ der Reformadventisten Albert Müller hatte Brugger für den Fall, dass eine Flucht nicht möglich sein sollte, geraten, Waffendienst zu leisten und sein Leben nicht aufs Spiel zu setzen. Doch Brugger wollte auf keinen Fall eine Waffe in die Hand nehmen. Wie Ranacher wäre er bereit gewesen, Sanitätsdienst ohne Waffe zu leisten. In den Gerichtsverhandlungen plädierte er mit Berufung auf sein Gewissen für eine Form von zivilem Ersatzdienst. Doch eine solche Regelung lag völlig außerhalb des Blickfeldes nationalsozialistischen Denkens. Bruggers Leidensweg ist durch die erhal-

²¹ DÖW 19.563.

²² Ebd.

²³ Siehe Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich, S. 304 f.; Widerstand und Verfolgung in Wien, S. 186–188.

²⁴ Ausführlich zu Bruggers Leidensweg siehe Literaturangabe in Anm. 8. Vgl. auch Widerstand und Verfolgung in Salzburg, S. 352 f. Seine Verurteilung in Salzburg „wegen Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung“ im März 1941 markierte den Beginn seines Leidensweges.

ten gebliebenen Briefe an seine Mutter und an seine Verlobte Esther Karis relativ gut dokumentiert.²⁵ Aus den Briefen geht hervor, dass sein Widerstand stark eschatologisch motiviert war. So verstand er seine Verweigerung als „Zeichen des Advents“, des nahenden „Friedensreiches“, das Jesus bei seiner Wiederkunft aufrichten werde.²⁶ Der Abschiedsbrief Bruggers an seine Verlobte schließt mit dem Wunsch, „dass wir uns für ewig bei IHM in seinem herrlichen Friedensreich wiedersehen.“²⁷ Brugger wurde am 5. Jänner 1943 vom Reichskriegsgericht in Berlin als Kriegsdienstverweigerer zum Tod verurteilt und am 3. Februar 1943 im Zuchthaus Brandenburg-Görden enthauptet, dort wo knapp ein Jahr zuvor Ranacher hingerichtet worden war.

Unter dem Eindruck des Martyriums Bruggers machten — nach einer Notiz der NS-Zeitung „Völkischer Beobachter“ mit der Überschrift „Adventisten im Dienste des Gegners“ — vier Reformadventisten in Kärnten „Stimmung für Wehrdienstverweigerung“.²⁸ Es waren dies Josef Blasi, Maria Krall und das Ehepaar Matthias und Maria Weratschik. Sie wurden am 20. August 1943 in Klagenfurt zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die höchste Strafe erhielt der 1893 in Weissenburg geborene Witwer Blasi, Vater von fünf Kindern, der zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.²⁹ Er lehnte den Militärdienst ab — ob allerdings eine Einberufung bei ihm vorlag, ist ungewiss —, wurde in das KZ Mauthausen und von dort in das Nebenlager Melk eingeliefert, wo er am 12. Mai 1944 an den Folgen der Haft verstarb.³⁰

Zuletzt soll noch auf das Schicksal der Reformadventisten und Kriegsdienstgegner Edmund und Anna Rath hingewiesen werden. Das Ehepaar lebte in Dunkelstein bei Neunkirchen, hatte vier Kinder und wurde wegen Wehrkraftzersetzung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Ihrem Ehemann im Gefängnis schrieb Anna Rath in der für Adventisten charakteristischen Endzeithoffnung: „Bleib nur fest und treu, achte Deine Trübsal für zeitlich und leicht, auf dass Du Dich auch der erfüllten Gottesverheißung einst erfreuen magst.“³¹ Edmund Rath war von 1942 bis 1944 in Haft, wurde jedoch wegen „hochgradigen Kräfteverfalls“ frühzeitig entlassen und starb am 13. Oktober 1945 im Krankenhaus Neunkirchen. Ein amtsärztliches Gutachten stellte fest: „Der Zusammenhang des Leidens und

²⁵ Einige Briefe wurden bei Fleschutz, Und folget ihrem Glauben nach, S. 43–52, abgedruckt.

²⁶ Heinz, Kriegsdienstverweigerer und religiöser Pazifist, S. 52.

²⁷ Fleschutz, Und folget ihrem Glauben nach, S. 52.

²⁸ Ebd., S. 52 f.

²⁹ Als Geburtsort wird auch „Weissenberg“ angegeben.

³⁰ Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Häftlingszugangsbuch der politischen Abteilung Y/36, Zl. 3.501/3593-III/12MH/00, Wien. Blasi wurde als „Sicherheitsverwahrungs-Häftling“ geführt. Als offizielle Todesursache wurde „Dickdarmkatarrh“ angegeben, was jedoch eher unwahrscheinlich ist. Vgl. Anm. 19.

³¹ Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich, S. 306.

des Todes mit der Haft ist gegeben und als ursächlich zu bezeichnen.³² Ähnlich erging es Anna Rath, die am 17. Jänner 1946 an den Folgen einer in der Haft zugezogenen Lungentuberkulose in Alland verstarb.³³

Zusammenfassung

Der glaubensmotivierte, apolitische Widerstand der Reformadventisten im „Dritten Reich“ entzieht sich ähnlich wie bei den Zeugen Jehovas der herkömmlichen Kategorisierung durch die Widerstandsforschung. Ihr Handlungsmotiv waren die absolute Loyalität zu Gottes Gebot und das apokalyptische Vertrauen zu Jesus, dem in der Endzeit Kommenden. Gerade die Einsicht, dass alle weltlichen Strukturen unter eschatologischem Vorbehalt stünden, verlieh ihnen Standhaftigkeit und Ausdauer. In diesem Sinn waren sie wohl keine „Widerstandskämpfer“, denn sie warteten auf eine kosmische Lösung der Weltprobleme und beteiligten sich nicht am Umsturz des totalitären Regimes. Und doch steht zweifellos fest, dass sie im Unterschied zur österreichischen Bevölkerung en gros zu keinem Zeitpunkt die nationalsozialistische Gewaltherrschaft mitgetragen haben. Sie bewiesen unter Einsatz ihres Lebens, dass pazifistischer Widerstand — wie immer man ihn letztlich bewerten will — in Form von Widersetzlichkeit und Verweigerung möglich war, und setzten damit ein Zeichen der Nachfolge Jesu. Freilich muss auch genau differenziert werden: Es gab unter den Adventisten eine „gehorsame“ Gemeinde, die um den Erhalt der Organisation bemüht war und sich daher anpasste, und eine Anzahl „ungehorsamer“, couragierter Einzelmitglieder, gleichsam Bekenner in eigener Sache, die „an der Basis“ lebten, sich auf ihr Gewissen beriefen und im Gegensatz zur Kirchenleitung Widerstand leisteten. Dieses Verhaltensmuster ist bei Adventisten sowie Reformadventisten gleichermaßen zu beobachten. Auch bei den Reformadventisten waren die Gemeindeleitung und die Mehrheit der Anhängerschaft nicht zum Widerstand bereit. Trotzdem gab es unter ihnen mehr „Widerständler“ als in der um ein Vielfaches größeren Mutterkirche. Auch im Vergleich zu den großen Kirchen verfügte die verschwindend kleine Gemeinschaft der Reformadventisten in Österreich, wenn wir nur an die beiden Kriegsdienstverweigerer Ranacher und Brugger denken, über ein beachtliches Widerstandspotential. Es bleibt zu hoffen, dass noch weitere Studien das Widerstandsverhalten der Adventisten/Reformadventisten im „Dritten Reich“ dokumentieren und würdigen werden.

³² DÖW E 19.285.

³³ Ebd. Dank gebührt Herrn Prof. Herbert Exenberger (DÖW), der mir bei der Quellensuche zum Schicksal der Familie Rath behilflich war.

ANTOON HULLEN

ERINNERUNGEN AN KARL HILFERDING, OPFER VON NAZI-JUDENHASS

Aus Achtung und Ehrerbietung für die Opfer des 20. Jahrhunderts scheint es angebracht, auch aufmerksam unseres Mitbruders Karl Hilferding zu gedenken. Er flüchtete 1942 aus dem Dorf Helvoirt (nahe der Stadt 's-Hertogenbosch) vor den Nazis und wurde bei der französisch-schweizerischen Grenze von der französischen Polizei verhaftet und den deutschen Instanzen übergeben. Karl wurde in ein Lager nach Drancy bei Paris gebracht. Am 18. September 1942 kam er mit einem Transport in das Vernichtungslager Auschwitz, wurde dort „selektiert“ und in ein Lager bei Niederkirch, Kreis Groß-Strelitz eingeliefert. Dort starb er am 2. Dezember 1942.

Allgemeine Einleitung

Im Archiv der NEB-Provinz der S.V.D. (d. h. niederländisch-belgischen Provinz der „Societas Verbi Divini“ = Gesellschaft des Göttlichen Wortes) ist viel Material vorhanden, besonders wertvolle Korrespondenz des Generalatsarchivs Rom über die Periode August 1937 bis November 1942 mit Bezug auf Karl Hilferding.

In seinem „Personalbogen“ notiert Karl: „Ich, Karl Franz Adolf Maria Hilferding bin geboren am 12. IX. 1905 zu Wien, getauft am 6. Juni 1924, empfang die erste hl. Kommunion am 6. Juni 1924, wurde gefirmt am 7. Juni 1924 zu Wien vom Msgr. Seydl, Weihbischof zu Wien.“ Er schrieb dieses am 24. April 1938.

Während eines Gesprächs vom 4. September 1937 von Karl Hilferding mit P. Generalsuperior Josef Grendel, bat dieser ihn, ihm nähere Angaben seines Lebens schriftlich mitzuteilen. Aus diesen Angaben vom 14. September 1937 zitiere ich das Folgende:

„Ich bin ein Sohn des sozialdemokratischen Politikers Dr. Rudolf Hilferding. Mein Vater ist von Geburt Österreicher, aber schon in den Jahren vor dem Weltkrieg hielt er sich meist in Berlin auf. In der Nachkriegszeit war er zweimal Finanzminister des Deutschen Reiches im Jahre 1923, im Kabinett Stresemann, das zweitemal im Kabinett

Hermann Müller vom Juni 1928 bis Dezember 1929. Er hatte die deutsche Staatsbürgerschaft erworben, jedoch nur für sich, nicht auch für seine Familie, sodass ich stets österreichischer Staatsbürger geblieben bin.

Meine Mutter lebt als praktische Ärztin in Wien. Seit 1923 sind meine Eltern geschieden. Ich folgte meinem Vater nach Berlin nicht, sondern blieb wie bisher bei meiner Mutter und meinem um etwa zwei Jahre jüngeren Bruder in Wien.

Meine Eltern sind jüdischer Abstammung, konfessionslos und Atheisten, ebenso wie auch meine ganze nähere Verwandtschaft. Dementsprechend wurde ich auch religionslos erzogen, besuchte jedoch bis 1918 den altkatholischen Religionsunterricht, da bis dahin der Unterricht in einer der staatlich anerkannten Religionen vorgeschrieben war. Obwohl dieser Religionsunterricht so leicht als möglich genommen wurde, ist er dennoch nicht spurlos an mir vorübergegangen. Seit meinem dreizehnten oder vierzehnten Lebensjahr begann ich mich für religiöse Fragen zu interessieren. Zunächst lernte ich den Protestantismus und verschiedene moderne Sekten kennen, doch wurde ich davon nicht befriedigt. Den Katholizismus lernte ich etwas später kennen, aber schließlich fühlte ich mich, je mehr ich ihn kennen lernte, desto mehr zu ihm hingezogen. So kam es, dass ich nach einem längeren Konvertitenunterricht zu Pfingsten 1924 von P. Bichlmair S. J. in Wien getauft wurde. Ich war damals 18 Jahre alt [...]“

Die Familie Hilferding

Es scheint angebracht, zunächst kurz das Leben seiner Eltern und seines Bruders Peter zu betrachten.

1. Rudolf Hilferding

Der Vater von Karl Hilferding wurde am 10. August 1877 in Wien geboren. 1904 heiratete er Margarethe Hönigsberg, zwei Söhne wurden geboren (Karl 1905, Peter 1908). Rudolf Hilferding studierte Medizin und wurde Arzt in Wien. Schon als Gymnasiast interessierte er sich für Politik und wurde Sozialist und Marxist. Er wurde ein eifriges Mitglied der „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten und Akademiker“ und trat der Sozialdemokratischen Partei bei. Im Jahr 1902 veröffentlichte die „Neue Zeit“, die theoretische Zeitschrift der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, einen Beitrag von ihm, der Aufsehen in marxistischen Kreisen erregte. Aufgrund dieses und anderer Beiträge wurde er 1906 als Lehrer an die Parteischule der deutschen Sozialdemokratie in Berlin be-

rufen. Er wurde schon bald Redakteur des „Vorwärts“, der Berliner Tageszeitung der SPD. Durch die Publikation seines Hauptwerkes „Das Finanzkapital“ (1910) — das Buch zählt 477 Seiten und erlebte sechs Neuauflagen — wurde Rudolf Hilferding einer der führenden Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie. Dieses Buch zählt 477 Seiten und erlebte sechs Neuauflagen.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde er — Hilferding war im Übrigen Kriegsgegner — als Arzt zum Dienst in der österreichisch-ungarischen Armee eingezogen und leitete bis 1918 ein Heeresspital an der italienischen Front. Nach dem Krieg kehrte er nach Deutschland zurück und erhielt die deutsche Staatsangehörigkeit. Im August 1923, am Höhepunkt der Inflation, war er — lediglich drei Monate lang — Reichsfinanzminister im Kabinett Stresemann. Ein zweites Mal war er Reichsfinanzminister im Kabinett Hermann Müller von Juni 1928 bis Dezember 1929. Von 1924 bis 1933 war Rudolf Hilferding Mitglied des Reichstages und gab in dieser Periode die theoretische Zeitschrift der Partei „Die Gesellschaft“ heraus, die an die Stelle der „Neuen Zeit“ getreten war.

Als Hitler 1933 an die Macht kam, flüchtete Rudolf Hilferding auf Drängen des Parteivorstandes ins Ausland. Ende März 1933 emigrierte er nach Dänemark, von dort aus in die Schweiz. Unter dem Decknamen „Richard Kern“ redigierte er die „Zeitschrift für Sozialismus“ und schrieb auch das so genannte Prager Manifest am 28. Januar 1934 unter dem Titel „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“.

Rudolf Hilferding nahm 1938 — versehen mit einem tschechischen Pass — seinen Wohnsitz in Paris. Als am 10. Mai 1940 die Invasion in Belgien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden begann, flüchtete er nach Südfrankreich. Dort erhielt er ein Not-Visum für die USA, die Vichy-Regierung zwang ihn jedoch, in Arles im Hausarrest zu bleiben. Dort schrieb Rudolf Hilferding an seiner letzten Arbeit „Das historische Problem“ über die Einflüsse der Gewalt in der Geschichte, die jedoch infolge seiner Verhaftung durch die französische Polizei ein Fragment geblieben ist.

Am 10. Februar 1941 wurde Rudolf Hilferding zusammen mit seinem Freund Breitscheid an die Gestapo ausgeliefert und auf dem Weg zum Gefängnis „Santé“ in Paris schwer misshandelt.

Die „Dictionnaire Biographique du Mouvement Ouvrier International“, Paris 1971, schreibt:

„Mit Sicherheit ist nichts bekannt bezüglich seines Todes: einige vermuten, dass er sich vergiftet hat, andere, dass er sich erhängt hat oder dass er im Treppenhaus hinunter gesprungen ist oder dass er nach einem Verhör hinunter geworfen wurde.“

Schriftlich ist registriert, dass er am 10. Februar 1941 ins Gefängnis „Santé“ kam und am 11. Februar in eine Sonderabteilung des Gefängnisses von Fresnes eingeliefert wurde.

2. Die Mutter von Karl Hilferding, Margarethe Hilferding, geborene Hönigsberg, wurde am 20. Juni 1871 in Wien geboren. Sie ließ sich 1898 an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien einschreiben, wechselte aber von der Philosophie zum Studium der Medizin, sobald dieses für Frauen zugänglich war. Sie promovierte 1903 als eine der ersten weiblichen Ärztinnen in Wien. Am 9. Mai 1904 heiratete sie Rudolf Hilferding, den sie in der „Freien Vereinigung Sozialistischer Studenten und Akademiker“ kennen gelernt hatte. Als er 1906 nach Berlin berufen wurde, folgte sie ihm dorthin, kehrte jedoch nach der Geburt ihres jüngeren Sohnes schon 1908 nach Wien zurück und war ab 1910 als Ärztin, vor allem für Frauen, im 10. Wiener Gemeindebezirk (Favoriten) tätig. Während des Ersten Weltkrieges arbeitete sie unermüdlich in einem Wiener Militärspital. Nach dem Krieg war sie lange Jahre hindurch auch Schulärztin. Ihre Ehe mit Rudolf Hilferding wurde 1923 einvernehmlich geschieden.

Schon als Studentin zeigte sie großes Interesse an psychologischen Fragen. 1910 wurde sie als erste Frau in die „Wiener Psychoanalytische Gesellschaft“, deren Vorsitz Sigmund Freud innehatte, aufgenommen. Als es kurze Zeit darauf zum Bruch zwischen Freud und Alfred Adler kam, folgte sie Adler, mit dem sie persönlich befreundet war, und war bis ins hohe Alter im „Verein für Individualpsychologie“ aktiv. Politisch arbeitete sie für die Sozialdemokratische Partei in mancherlei Funktion und wurde von der Partei als Bezirksrätin in die Favoritner Bezirksvertretung entsandt.

Als 1938 die Nazis an die Macht kamen, wurde sie als Jüdin ein Opfer des Holocaust; sie verlor ihre Wohnung und mit der Blockierung ihres Bankkontos ihre Ersparnisse. Am 18. April 1939 beantragte sie — vergebens — ein Visum für die USA. Aus der Korrespondenz von Karl Hilferding mit P. Generalsuperior Jos. Grendel ab 1941 geht hervor, dass Karl sich bemühte, seiner Mutter zur Flucht zu verhelfen, zunächst nach Shanghai (China), dann nach Schweden und USA — aber jeder Versuch scheiterte.

Am 28. Juni 1942 wurde sie von Wien nach Theresienstadt deportiert und am 23. September 1942 weiter nach Treblinka. Das genaue Sterbedatum ist nicht bekannt.

3. Peter Hilferding ist der jüngere Bruder von Karl und wurde 1908 in Berlin geboren. Er schreibt in einem „Lebenslauf von Margarethe Hilferding“:

„Nach verschiedenen Schikanen und kleinen Eigentumsentziehungen wurde eine kleine Buchhandlung, die ich in Wien II., Taborstraße 46,

betrieb, von der Gestapo gesperrt und versiegelt und mir die Schlüssel abgenommen. Im Zusammenhang mit den bekannten Ereignissen am und nach dem 11. 11. 1938 (Kristallnacht!) wurden meine Mutter und ich von einigen SA-Männern auf das Polizeikommissariat Favoriten gebracht. Ich wurde in das Gefängnis Hahngasse-Elisabethpromenade überstellt und nach zwei Monaten freigelassen, wobei ich mich verpflichten musste, das Land binnen drei Wochen zu verlassen. Ich hatte ein Visum nach Neuseeland. Dort änderte ich während des Krieges meinen Namen in Peter Milford um. [...] Ich kehrte am 30. März 1947 nach Wien zurück, um hier zu leben. Während des Krieges — am 1. September 1944 — erhielt ich die neuseeländische Staatsbürgerschaft, bin aber nach meiner Rückkehr wieder österreichischer Staatsbürger.“

Peter Milford lebt bis heute in Wien.

Entwicklung von Karl Hilferding zum Wissenschaftler

Aus den oben gegebenen Daten über seine Familie wird es keinen wundern, dass auch Karl Hilferding sich wie seine Eltern für die Wissenschaft interessierte. Nach der Volksschule in Wien-Favoriten absolvierte er das Gymnasium, welches er am 21. Juni 1923 mit einem guten Diplom abschloss. Sein Bruder Peter schrieb am 20. April 2001 u. a.:

„[...] Karl war sehr jähzornig und überdies sehr introvertiert, dabei außerordentlich lerngerig, wissensdurstig und überaus fleißig. Er war der weitaus beste Schüler am Gymnasium, während ich einer der schlechtesten war und es schließlich verlassen musste.“

Am 25. September 1923 inskribierte Karl Hilferding an der Universität Wien. Er studierte Chemie und als Nebenfach Physik und beendete dieses Studium am 6. Februar 1930 mit der Dissertation: „Kritik der Reaktionen zwischen Jodsäure, Jodid, Jod und Oxalsäure“, eine Doktorarbeit von 297 Schreibmaschinenseiten. Er promovierte bei Prof. Dr. Ing. Emil Abel und dessen Assistenten Dr. Ing. Hermann Schmid und Dr. Otto Redlich.

Diese ganze Periode lebte Karl im Elternhaus in Wien in der Favoritenstraße 67. Von Februar 1930 bis Mai 1933 wohnte er unter verschiedenen Adressen in Berlin und war wissenschaftlicher Mitarbeiter von Univ.-Prof. Dr. Fritz Haber, Nobelpreisträger 1918 für physikalische und Elektrochemie, und von Prof. Max Bodenstein im Physikalischen und Chemischen Universitätsinstitut. In dieser

Periode erhielt Karl Hilferding zwei Jahre lang ein Stipendium von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften. Er spezialisierte sich in dieser Zeit auf dem Gebiet der theoretischen Physik, besonders der Quantentheorie. Zusammen mit Dr. G. Kornfeld veröffentlichte er 1931 einen Artikel über „Energieaustausch in Gasgemischen“ in der Zeitschrift für physikalische Chemie.

Als die Nationalsozialisten 1933 in Deutschland an die Macht kamen, kehrte Karl im Mai 1933 nach Wien zurück und wohnte bis Juni 1935 wieder bei seiner Mutter. Er berichtete selbst, dass er im Auftrag verschiedener Firmen mit chemisch-technologischen Untersuchungen beschäftigt war. In dieser Periode veröffentlichte Karl Hilferding einige wissenschaftliche Beiträge, welche schon in Berlin gereift waren: „Die Vereinigungsgeschwindigkeit der Brom-Atome“ in der Zeitschrift für physikalische Chemie (1935) und „Die Quantentheorie und ihre Grundlagen“ im Jahrbuch der österreichischen Leo-Gesellschaft (1935). Er selbst betrachtete letztere Studie als Versuch, die Quantentheorie auch philosophisch zu deuten und sie wissenschaftlich zu untermauern.

Es ist von Bedeutung für die weitere Entwicklung Hilferdings, dass er sich gerade in diesen Jahren in Wien mit den Diskussionen beschäftigte, die in seiner Umgebung im Namen der modernen Wissenschaften gegen den christlichen Glauben geführt wurden. Durch sein eigenes naturwissenschaftliches Studium wurde sein Interesse wach gehalten und schließlich durch die umwälzenden Ergebnisse der modernen Physik noch in starkem Maße gesteigert. „Schließlich“, schreibt er, „fragte ich mich, ob nicht in der Naturphilosophie mein eigenstes Arbeitsgebiet liege, für welches ich in erster Linie begabt sei, und durch Diskussionen und persönliche Aussprachen, die ich vor allem seit 1933 hatte, wurde ich in dieser Auffassung noch bestärkt. So entschloss ich mich, nach Löwen (B) zu gehen, um dort Philosophie zu studieren, ein Entschluss, bei dem allerdings auch äußere Umstände verschiedenster Art stark mitwirkten.“

Hilferding begann seine Studien in Löwen im Oktober 1935 am „Institut supérieur de philosophie“. Auf Grund seiner bisherigen wissenschaftlichen Ausbildung wurde er unmittelbar zum dritten Studienjahr zugelassen. „Er beabsichtigte“, schreibt Karl Hilferding im Curriculum Vitae vom 14. September 1937, „den Doktorgrad an diesem Institut zu erwerben und zwar auf Grund einer Arbeit, welche die Beziehung der empirischen Wissenschaft zu ihrer Erfahrungsgrundlage zum Gegenstand hat und die — außer einer Analyse des logischen Aufbaues der Wissenschaft — Untersuchungen über die Erfahrung, insbesondere über die experimentell erworbene Erfahrung enthält.“

Karl Hilferding beabsichtigte, sich auch weiterhin der Naturphilosophie zu widmen, aber auch allgemeinen Fragen der menschlichen Erkenntnis und der philosophischen Anthropologie. Er besuchte in Löwen verschiedene Vorlesungen zur Ergänzung seiner Kenntnis der mathematisch-physikalischen Wissenschaft. Ebenso hörte er die Relativitätstheorie von Prof. Lemaitre. Msgr. L. Noël, Präsi-

dent des „Institut supérieur de philosophie“ teilt am 12. September 1937 Pater Wilhelm Schmidt im Missionshaus Sankt Gabriel, Mödling, mit:

„Herr Karl H. hat während zwei Jahre unseren gediegenen Philosophiekursen gefolgt, indem er außerdem unter der Führung von Prof. Renoirte persönliche Untersuchungen zur Philosophie der Wissenschaften nach der thomistischen Lehre machte. Mit ‚grande distinction‘ (hoher Auszeichnung) hat er das erste Lizentiatexamen in der Philosophie bestanden (1936) und mit höchster Auszeichnung das zweite Examen (1937). Ebenfalls hat er (Juli 1937) mit höchster Auszeichnung sein erstes Probeexamen für das Doktorat in der Philosophie gemacht. Es bleibt ihm nur noch, seine Doktorthese vorzulegen [...] Die Professoren sind sich darin einig, dass sein wissenschaftlicher Wert ausgezeichnet ist. Dieses geht schon hervor aus dem ihm zuerkannten Grad, welcher der höchste ist, welchen wir verleihen. Außerdem hat er gute Veranlagung, um sein Wissen kennbar zu machen. Er spricht mit deutlicher und starker Stimme, und ich denke, dass er ein guter Lehrer werden kann.“

Am 23. Juli 1938 verteidigte Hilferding seine Doktorthese und wurde vom Professorenkorps mit „la plus grande distinction“ gewürdigt. Der neue Doktor veröffentlichte in Übereinkunft mit seinen Professoren die ersten 30 Seiten seiner These in der Zeitschrift „Divus Thomas“, Jrg. 1939, Nr. 2, unter dem Titel: „Zur Phänomenologie der Erfahrung“.

Übergang zum Katholizismus

Der spätere Novizenmeister von Karl Hilferding, Pater Martin Lucas¹, schrieb am 30. Juni 1939 dem Generalsuperior Jos. Grendel u. a.: „Ich habe ihn [Karl Hilferding] mal gefragt, welche seine Motivation war für seine Konversion. Er antwortete mir, er möchte nicht darauf reagieren, weil dieses für ihn beschämend wäre. Ich habe ihn somit nicht mehr darauf angesprochen.“

Im selben Brief teilt P. Lucas mit: „Ich habe den Eindruck, dass der Unterricht als Vorbereitung auf die hl. Taufe ziemlich oberflächlich war: Wiederholt konnte ich dieses feststellen. Sein religiöses Leben sei schwach gewesen bis

¹ Die in der Folge zitierten Briefe von Pater Lucas wurden in niederländischer Sprache verfasst und vom Autor dieses Beitrags übersetzt. Pater Martin Lucas (16. 10 1894 – 3. 3. 1969) wurde kurz nach dem Krieg nach Rom gerufen, wo ihm seine Ernennung zum Erzbischof und Apostolischen Delegaten von Südafrika mitgeteilt wurde. Einige Jahre später wurde er Nuntius in Bombay (Indien).

1933 und auch noch während der ersten Jahre in Löwen. Eine gediegene Änderung kam erst in den letzten Jahren zustande.“

Pater Grendel antwortete schon am 7. Juli 1939 an P. Lucas: „Frappiert hat mich allerdings in Ihrem Bericht die Äußerung von Frater Hilferding über die Gründe seiner seinerzeitigen Konversion. Wenn es Ihnen eben möglich ist, wäre es doch gut, sich auch darüber noch Klarheit zu verschaffen. Ebenso war ich etwas verwundert darüber, dass sein Unterricht vor seiner Konversion ein nur oberflächlicher gewesen ist. Er war dabei ja in den ersten und besten Händen; die in Betracht kommenden Herren kenne ich selber noch persönlich. Freilich ist es allerdings in solchen Verhältnissen dann so, dass Lücken und auch Untiefen bleiben. Das muss die Zeit dann ergänzen, wie das ja auch bei uns der Fall ist, die wir von vornherein in den Glauben hineingewachsen sind. Gerade diesen Dingen gegenüber wäre es dann aber um so wichtiger, über die Gründe seiner Konversion noch Klarheit zu erhalten. [...]“

Wer waren „die in Betracht kommenden Herren“, von denen Pater Grendel an Pater Lucas schreibt?

Das war vor allem Pater Georg Bichlmair, durch den Karl Hilferding zu Pfingsten 1924 getauft worden war.

Durch freundliche Vermittlung von Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, wissenschaftlicher Leiter des DÖW, erhielt ich ziemlich viele Informationen über P. Bichlmair SJ. Er wurde am 11. Februar 1890 in Nörting (Oberbayern) geboren und starb am 9. August 1953 in Innsbruck; 43 Jahre war er Mitglied des Jesuitenordens, 33 Jahre lang war er Priester gewesen. Schon als Junge wollte er Priester werden und dachte zunächst an die „Steyler Missionare“: Aber eine plötzliche Eingebung führte ihn zu den Jesuiten. Am 17. Juli 1921 wurde er zum Priester geweiht. 1922 begann P. Bichlmair seine Tätigkeit als Priester in der Kirche „Am Hof“ in Wien: Seine Arbeit wollte vor allem die weniger Betreuten und Suchenden erfassen. Im folgenden Jahr 1923 richtete er eine Auskunftsstelle in Glaubenssachen und allmählich eine ausgedehnte Konvertitenseelsorge ein. In dieser Anfangsphase kam auch Karl Hilferding mit ihm in Kontakt.

P. Bichlmair gab zuerst selbst den Unterricht, später schulte er einige Leute dafür ein, die die Konvertiten für die Schlussprüfung vorzubereiten hatten.

P. Bichlmair wurde durch Konferenzen und Predigten in ganz Österreich bekannt. Zu gleicher Zeit veröffentlichte er verschiedene Bücher und schrieb Artikel in diversen Zeitschriften. 1936 wurde er Superior an der Universitätskirche.

Am 10. November 1939 verhaftete ihn die Gestapo und wies ihn am 20. Dezember 1939 nach Oberschlesien aus. Erst 1945 konnte er nach Österreich und Wien zurückkehren. Von 1946–1949 war er der Provinzobere der Jesuiten in Österreich und stand vor der schweren Aufgabe des Wiederaufbaues in der Provinz. Ab 1950 fing er an zu kränkeln; bis kurz vor seinem Tod am 9. August 1953 empfing er viermal die Krankensalbung.

Hieraus geht klar hervor, dass P. Grendel mit Recht an P. Lucas schrieb, dass sich Karl Hilferding „in den ersten und besten Händen“ befunden hatte, als er auf den Katholizismus vorbereitet wurde.

In einem Schreiben des Archivars der österreichischen Provinz der Patres Jesuiten vom 3. April 2001 wird mitgeteilt, dass im Nachlass von Pater Georg Bichlmair keine Dokumente über Karl Hilferding vorhanden sind. Von Hilferding selbst sind keine schriftlichen Dokumente bezüglich seines Übertritts zum Katholizismus überliefert.

Berufung zum Priestertum

Am 14. September 1937 schreibt Karl Hilferding in seinen „Persönlichen Angaben“ an P. Generalsuperior Jos. Grendel: „Seit mehr als einem Jahr beschäftigt mich nun die Frage, ob ich zum Priester berufen bin. Doch sah ich längere Zeit hindurch nicht den Zusammenhang mit meinen wissenschaftlichen Zielen, und dadurch nicht die konkrete Form und die konkrete Aufgabe meines Priestertums. Dies ist mir zu Ostern 1937 plötzlich und überraschend klar geworden. Ich versuchte dann bei wiederholten mehrtägigen Aufenthalten in der Benediktinerabtei Saint André in Belgien mir über meinen Beruf ganz klar zu werden, und ich glaube sagen zu können, dass mir dieses soweit gelungen ist, dass ich heute darüber das Folgende sagen kann: Ich sehe die konkrete Aufgabe meines Priestertums in der geistigen Auseinandersetzung und der inneren Annäherung zwischen dem christlichen Denken und den ostasiatischen Kulturen. Ferner glaube ich, dass ich nicht zum Weltpriester, sondern zum Ordensmann berufen bin, doch konnte ich in der Wahl des Ordens noch nicht zur Klarheit kommen.“

Mit seinem Brief vom 24. August 1937 schickt P. Wilhelm Schmidt, Gründer des Anthroposinstitutes, einige Dokumente an das Generalat SVD in Rom, u. a. auch die Antwort von P. Edouard Neut O.S.B. auf die Anfrage von Pater Schmidt, weshalb der Abt von der Abtei Saint André unseren Karl Hilferding nicht aufgenommen hat:

„Seitdem hat sich Dr. Hilferding hier vorgestellt und habe ich mehrere Unterredungen mit ihm gehabt. Ich habe von ihm in wissenschaftlicher wie in religiöser Hinsicht nur die besten Eindrücke von ihm bekommen. Ein Pater von Maria Einsiedeln hatte ihm den Rat gegeben, lieber bei uns [der S.V.D.] als bei den Benediktinern einzutreten. Er ist dazu auch geneigt, ist sich aber noch nicht ganz klar, ob er nicht auch als Weltpriester unter der Propaganda nach China gehen könne. Denn dorthin will er auf jeden Fall und zwar an eine katholische Universität. [...] Ich glaubte, dass es gut sei, dass Sie als Generalsuperior selbst ihn

persönlich kennen lernen sollten, und deshalb habe ich ihn, der ohnehin nach Wien reist, nach St. Gabriel [Mödling] zu Ihnen zu schicken mir erlaubt.“

Am 4. September 1937 kam die Unterredung von Karl Hilferding mit Pater Jos. Grendel im Missionshaus St. Gabriel zustande, und diese Begegnung resultierte in eine ausführliche Korrespondenz, aus der oben schon zitiert wurde.

Karl Hilferding besuchte mehrmals das Missionshaus St. Gabriel und besprach sich bei derartigen Gelegenheiten mit P. Rektor Alois Große-Kappenberg wie auch mit dem Novizenmeister P. Albert Rohner. In dieser Zeit betrieb Hilferding gerade seine Studien in Löwen zur Vorbereitung auf sein Doktorat in der Philosophie.

Am 9. Oktober 1937 gab P. Grendel Hilferding den Rat, Anfang des Studienjahres in Löwen im Oktober 1937 um Aufnahme im Seminar Leo XIII zu ersuchen, sodass er sein Doktorat in Ruhe vorbereiten konnte. Sobald P. Grendel dann nähere Nachricht über die Aufnahme erhalten würde, könnte er das Anliegen von Hilferding, ob er für die Theologiestudien am Propagandakolleg in Betracht käme, mit Msgr. Costantini besprechen.

Dann jedoch folgte am 20. Oktober 1937 ein Brief von Hilferding aus dem Seminar Leo XIII, wo er am selben Morgen zugelassen wurde, an P. Grendel mit folgendem Inhalt: „Während der letzten Woche bin ich zu einer wichtigen Entscheidung gelangt, n. l. zu dem festen Entschluss um Aufnahme in die ‚Societas Verbi Divini‘ anzusuchen. Während meines Aufenthaltes in St. Gabriel am 13. und 14. Oktober bin ich hierüber zu völliger Klarheit gelangt und habe darüber auch mit dem Novizenmeister P. Rohner und später mit Prof. P. Schmidt gesprochen. Eine Begründung dieses Entschlusses lege ich diesem Brief bei.“

Ausführlich erläuterte Hilferding seine Entscheidung, Priester zu werden und dieses als Missionar, wenn möglich in der Mission bzw. in einer Missionsgesellschaft. In Anbetracht seiner Fähigkeiten und Entwicklung in wissenschaftlicher Hinsicht meinte er, eine Aufgabe bei der „geistigen Annäherung zwischen Christentum und den ostasiatischen Kulturen“ zu sehen. Er dachte dabei an eine Arbeit als Wissenschaftler und Lehrer, wollte aber zuvorderst Priester und Ordensmann sein. Für ein kontemplatives Leben fühlte er sich nicht berufen, weswegen er die S.V.D. (Societas Verbi Divini = Gesellschaft des Göttlichen Wortes) wählte. Von den wenigen Kongregationen, die er kannte, sprach die S.V.D. ihn am meisten an: Sie war deutschen Ursprungs, sie arbeitete in China, wo Hilferding glaubte eine besondere Aufgabe zu haben, sie pflegte die Wissenschaft, z. B. im Anthroposinstitut. Außerdem verehrte die S.V.D. in besonderer Weise die Hl. Dreifaltigkeit und den Hl. Geist: „[...] die Frömmigkeit der Societas Verbi Divini liegt mir sehr nahe: als Konvertit und Spätberufener weiß ich, was ich dem Wirken des heiligen Geistes verdanke.“

P. Grendel reagierte am 4. November 1937 positiv auf dieses Schreiben: „[...] Die Begründung für Ihre vorläufige Berufsentscheidung war gewiss gut. Jetzt müssen Sie betend und überlegend vor Gott diesen Gedanken noch weiter nachgehen. [...] Wenn Sie im Ernst daran denken, in unsere Gesellschaft einzutreten, so ist eine Aufnahme an der Propaganda in Rom damit von selber ausgeschlossen. So ist es auch von da aus das Gegebene, dass Sie zunächst Ihre jetzige Arbeit abschließen und dann eventuell schon mit einem vorläufigen Studium der chinesischen Sprache und Kultur beginnen.“

Bezüglich seiner Berufung zum Priestertum gibt Pater Rohner vielleicht Aufschluss mit seinem Brief vom 5. November 1937: „Er hatte anscheinend die Möglichkeit gehabt, einem Freunde in einer seelischen Angelegenheit zu helfen. Und dies machte ihm klar, dass er als Priester zunächst die Seelsorge ins Auge zu fassen habe und nicht die Wissenschaft. Er meinte, dass er in der Seelsorge allein seine volle Zufriedenheit finden könnte.“ „Im Allgemeinen“, so P. Rohner, „macht Dr. H. keinen unangenehmen Eindruck. Er gefiel mir besonders durch seine Natürlichkeit, Einfachheit und Offenheit; da ich mir ganz andere Vorstellungen vorher gemacht hatte, war ich angenehm enttäuscht.“

Während der Weihnachtsferien 1937 ging Hilferding auf Anraten von Pater Grendel nach Steyl, um Klarheit bezüglich seiner Berufung zu erlangen. Am 9. Januar 1938 teilte Hilferding P. Generalsuperior u. a. mit:

„Ich bat Gott, mir in der Stille des Gebetes seinen Willen erkennen zu lassen. Im Sterbezimmer des Stifters, vor dem ausgesetzten Allerheiligsten, wurde mir die Gnade zuteil, zu erkennen, dass mein Eintritt in die Gesellschaft vom Göttlichen Wort dem Willen Gottes entspricht. Danach erst habe ich mich über meine Berufsangelegenheit besprochen, und zwar mit P. (Hermann) Fischer. Nun bitte ich im demütigen Bewusstsein meiner Unwürdigkeit, doch auch in der frohen Zuversicht, dass Gott mir helfen wird, den mir von Ihm gewiesenen Weg zu gehen, um Zulassung zum Noviziat in der Gesellschaft vom Göttlichen Wort.“

Hilferding durfte bis Ende des Schuljahres im Séminaire Leo XIII in Löwen bleiben und wollte in dieser Zeit sein Doktorat der Philosophie machen. Blicke Zeit übrig, wollte er mit dem Studium der chinesischen Sprache beginnen.

Am 15. Januar 1938 bestätigte P. Grendel das Schreiben von Hilferding: „Von Herzen gewähre ich Ihnen die Aufnahme in das Klerikernoviziat. Als Ort des Noviziates werden wir am besten St. Gabriel nehmen, das Ihnen ja schon irgendetwie bekannt ist. Der Eintrittstermin wäre gegen Anfang September; das Genauere dazu werde ich Ihnen dann noch mitteilen.“

Es folgten noch einige Briefe über die erforderlichen Dokumente: Geburt, Taufe und Firmung. Hinter den Kulissen wird P. Rektor Große-Kappenberg aufgefordert, nähere Informationen — vor allem durch Vermittlung von P. Georg Bichlmair — über die Abstammung Hilferdings einzuholen. Es würde genügen — so P. Grendel —, wenn man P. Bichlmair etwa fragen würde, ob er Kenntnis habe von irgendwelchen kirchenrechtlichen Hindernissen, die gegen eine Aufnahme und namentlich gegen die spätere Weihe sprechen würden.

Von Januar bis Juli 1938 ruhte der Briefverkehr. Am 26. Juli 1938 teilte Hilferding P. Generalsuperior mit, dass er am 23. Juli mit „la plus grande distinction“ seine Doktorarbeit verteidigt hatte. Die ersten 30 Seiten seiner These würden im Einvernehmen mit den Professoren mit leichten Änderungen im „Divus Thomas“ abgedruckt werden unter dem Titel „Zur Phänomenologie der Erfahrung“. Des Weiteren warte er ab, welcher Rat ihm vom General oder Provinzial (Eduard Görge in Steyl) bezüglich seines Aufenthaltes bis zum Zeitpunkt seines Eintritts ins Noviziats erteilt würde.

Eintritt in die „Societas Verbi Divini“

Am 28. Juli 1938 fragte P. General den Novizenmeister in Mödling, Pater Albert Rohner, ob es nicht am besten sei, wenn Hilferding möglichst bald in das Noviziat käme. „Sonst brauchte er immer noch Geldmittel für seinen Unterhalt.“

Aber P. Rohner reagierte hierauf mit seinem Brief vom 4. August 1938: „[...] Hierzulande scheint für die Nicht-Arier eine schärfere Luft zu wehen als im Altreich. [...] Könnte man nicht auch für Dr. Hilferding ein anderes Noviziat, vielleicht in Holland, in Betracht ziehen?“

Aus Steinhausen (Schweiz) schrieb P. Grendel am 8. August 1938: „Das Noviziat in Helvoirt (NL) kann für Dr. H. wohl nicht gut in Betracht kommen, und zwar schon wegen der Sprache, die ihm ja ganz fremd ist. Überdies sind die Verhältnisse dort auch etwas klein und eng. Am besten geeignet bliebe sicher St. Gabriel für ihn und zwar nach der persönlichen wie nach der sachlichen Seite. Da es sich nur um einen Aufenthalt im Hause handelt, so sollte man meinen, dass die bekannten Schwierigkeiten für ihn kaum zu befürchten seien [...]“

Danach wurde es still. Hilferding wartete im Seminar Leo XIII gespannt auf eine Nachricht und bat am 26. August 1938 Pater Provinzial Ed. Görge um Klarheit: „Da ich während dieser Sommermonate weder von Ihnen noch vom P. General ein Schreiben erhielt, so bin ich in Abwartung eines solchen Schreibens in Löwen geblieben. Inzwischen hat der Herr Seminarpräsident Kan. Dr. Raeymaeker als Antwort auf seinen Bericht, vom hochwürdigsten P. General einen Brief vom 9. August erhalten; aus diesem Brief schien hervorzugehen, dass meine Angelegenheit nunmehr völlig klar sei. Infolgedessen erwartete ich auch

selber einen Brief mit weiteren Anweisungen, erhielt aber keinen. Da die Zeit für mich nunmehr drängt, so bitte ich um weitere Anweisung. Auch der Herr Seminarpräsident wüsste gerne, wie lange ich noch in Löwen bleiben soll.“

P. Görge schickte diesen Brief am 28. August an P. Grendel an dessen Ferienadresse in Steinhausen und teilte Hilferding mit, er würde bald Weisung erhalten.

Am 30. August 1938 kam aus einer ganz anderen Ecke Bewegung. Vom Missionshaus „Maria Middelaere“ in Heide-Kalmthout (B) schrieb P. Rektor Marinus van Es an P. General, dass „Sonntag [28. August] am Abend Mr. Dr. KH hier eingetroffen sei“. Der Seminarpräsident hätte angerufen, ob Hilferding nach Heide kommen könne, weil er — der Präsident — für einige Zeit abwesend sei. Hilferding bitte um baldige Nachricht.

Am 1. September folgte die Nachricht an Hilferding von P. Grendel, dass es vielleicht leichter wäre und Schwierigkeiten vermieden würden, wenn er das Noviziat nicht in einem deutschen Haus machte. Sollte er irgendwelche Probleme wegen der früheren Stellung seines Vaters befürchten, so wäre es am besten, wenn er etwa im Noviziatshaus in Helvoirt (Missiehuis Sint Lambertus) sein Noviziat machen würde. Mit gleicher Post würde P. Grendel den Provinzial der niederländischen Provinz, Pater Jos. Boots in Teteringen, verständigen.

Hilferding erhielt dieses Schreiben am Samstag, den 3. September, und reiste sofort am nächsten Tag Richtung Teteringen. An der Grenze bei Roosendaal wurde er angehalten und zurückgeschickt: Es fehlten diverse Dokumente, ein Visum könne daher nicht erteilt werden. Pater van Es begleitete Hilferding am Sonntag, den 11. September 1938, mit dem Auto nach Teteringen. Pater Provinzial Boots schrieb zwei Tage später: „[...] Die Absicht ist, dass Karl H. am kommenden Samstag, 17. September, am Fest des Hauspatrons St. Lambertus eingekleidet wird, um sein Noviziat zu beginnen. Möge es mit Gottes Hilfe ihm gelingen, ein brauchbares Mitglied der S.V.D. zu werden! [...]“

Erst am 27. November 1938 schrieb Hilferding seinen ersten Brief aus Helvoirt an P. General. Er ist voll des Dankes an Gott für seine Gnade, besonders „als mir diese Gnade noch in einem späteren Alter geschenkt wurde. [...] Ich bin mir darum auch meiner großen Verantwortung bewusst und ich will mich deshalb aus all meinen Kräften bemühen, ein gutes Noviziat zu machen. [...] Die holländische Umgebung, in die ich nun hineingestellt bin, ist mir anfangs wohl etwas fremd gewesen: Ich glaube aber heute doch sagen zu können, dass ich mich schon ziemlich eingelebt habe. [...] Das große Erlebnis ist für mich bisher die 30-tägige Re traite gewesen: Es war dies eine sehr schöne, wenn auch anstrengende Zeit. Aber die Mühe hat sich gelohnt, denn nunmehr sieht für mich so manches anders aus als früher. [...] Leider bin ich nicht frei von Sorgen um meine Familie: Leider sind meine Befürchtungen seit März nun doch in Erfüllung gegangen. Nach der letzten Nachricht, die ich vor einigen Tagen erhielt, ist mei-

ne Mutter verhaftet gewesen, jedoch frei gelassen worden; mein Bruder ist allerdings noch immer in Haft. Ich musste schon mein ganzes Gottvertrauen zusammennehmen, um deshalb nicht unruhig zu werden.“

Am 17. März 1939, während des ersten Noviziatsjahres, fragte Novizenmeister P. Lucas den Generalobern: „Haben Sie bzgl. Frater Hilferding bereits entschieden, was im folgenden Jahr mit ihm geschehen muss? Soll er mit dem Theologiestudium anfangen (in Teteringen oder sonst wo) oder aber bleibt er noch ein ganzes Jahr im Noviziat in Helvoirt?“ Der General spielte den Ball zurück und bat am 22. März 1939 um das Urteil von P. Lucas: „[...] Darf ich Sie dann noch bitten, mir ganz klar mitteilen zu wollen, was Sie selber in Bezug auf Fr. Hilferding empfehlen? Am besten wird es sein, wenn Sie mir schreiben, was Sie für sich wünschen würden in Bezug auf diese Regelung, wenn Sie an seiner Stelle wären. Je klarer wir die Gründe für das eine und das andere kennen, um so leichter und sicherer können wir die Entscheidung treffen. Nun sind allerdings die Verhältnisse in der letzten Zeit so geworden, dass er weder in St. Augustin noch auch in St. Gabriel seine theologischen Studien machen kann. Es blieben also fast nur entweder Teteringen oder Techny (USA) übrig. Im ersteren Fall könnten Sie selber ihn ja auch noch eher im Auge behalten. Freilich müssen Sie von der Gesamtheit der Verhältnisse aus sich Ihr Urteil in der Frage bilden.“

Am 30. Juni 1939 schrieb P. Lucas ausführlich an P. Grendel. Aus diesem Brief wurde bereits oben zitiert. P. Lucas legte sein Urteil über die Entwicklung seines Novizen dar: Er sei sehr egozentrisch und leidenschaftlich von Art. Er habe sich immer eine große Rolle zuerkannt und sich für eine führende Position berufen erachtet. Auch seine Berufungsgeschichte scheint — jedenfalls anfangs — von diesem Gedanken beeinflusst gewesen zu sein. Die Kirche ist in Not — er würde helfen. Heilige würden die Welt retten — nun dann: Er würde ein Heiliger werden (aber nicht aus übernatürlicher Sicht). Die Kirche war wissenschaftlich in Not — er würde der Kirche die Augen öffnen und Rom endlich von diesen altmodischen Ideen genesen. (Seine Umgebung in Löwen hatte ihn anscheinend in diese Richtung stimuliert.) Diese Gedanken habe er jetzt korrigiert, dieses Streben verurteilt; er sage jetzt mit Herz und Seele: „Ich will nur ‚sentire cum ecclesia‘. Dieses ist das einzig Richtige, und ich verstehe nicht, dass ich solche Gedanken haben und besprechen konnte.“ P. Lucas ist von der Aufrichtigkeit seiner Äußerung überzeugt:

„Auch im religiösen Leben suchte er das Außergewöhnliche [...] Seine Seelenführer in Löwen hatten ihm geraten, die mystischen Werke vom Johann vom Kreuz zu lesen. Das Lesen dieser Bücher hatte für Frater H. alle fatalen Folgen, welche man erwarten kann bei einem, der solche Bücher liest. Auch im Noviziat erzählte er mir von seiner erhabenen Gebetsform. Ich habe ihm dann sehr deutlich angedeutet, von welchen

Motiven er sich leiten ließ, dass er einige Tage sehr beeindruckt war, so genau die Wahrheit mitgeteilt zu bekommen. Aber es hat ihm geholfen! Frater H. Ist ungestüm, ungeduldig und unbeherrscht. Er wird von momentanen Impulsen getrieben und stimuliert. Eine Idee packt ihn plötzlich derartig, dass er dadurch ganz beschlagnahmt wird. Dieser Gedanke und diese Idee haben sein ganzes Interesse [...] Er hört und sieht nur dieses Eine; denkt nicht an die Folgen: Diese Eine beseelt ihn ganz und gar, [...] ist davon überzeugt, dass Gott dieses von ihm will usw. Solche Naturen können große Heilige werden, wenn ihr Ideal auf Gott gerichtet ist, aber es können auch gefährliche Naturen sein! Gedanken wie: Gott wählt das Kleine, um das Große zu beschämen, waren ihm eine unangenehme Erkenntnis. Selbst hat er mir des Öfteren gesagt, dass er deshalb Priester und Ordensmann werden wollte, um mehr unter dem Gehorsam zu stehen: Wenn er allein wäre, müsste er für seine Zukunft bangen.

Fast jeden Tag kommt er, um manches zu besprechen. Er ist kindlich offenherzig, einfach und bescheiden. [...] Ist voll idealer Gesinnung, verurteilt, was er früher gesagt hat. In nichts macht er Ausnahmen, tut alles mit den (jungen) Fratres mit, [...] das Geringste wählt er für sich. Es ist sein einziges Bestreben, ein heiliger Religiöser und apostolischer Priester-Missionar zu werden. Alles andere, auch seine wissenschaftliche Arbeit, kommt an zweiter und dritter Stelle. Als ich ihm die Möglichkeit äußerte, dass er nicht sofort mit dem Theologiestudium beginnen könnte, antwortete er mir, dass alles gut sei, er hätte nur einen Wunsch, ein guter Ordensmann zu werden. An seiner Aufrichtigkeit zweifle ich wirklich nicht. Seine Energie ist groß und stark. Auch kann ich nicht die geringste Beanstandung auf ihn machen: Er ist vorbildlich und grundehrlich.“

Nach einem Schriftwechsel zwischen P. Grendel und P. Magister Lucas wurde von P. Grendel entschieden, es sei „für Frater H. am besten, dass er zusammen mit dem ‚Fußvolk‘ jetzt nach Teteringen übersiedelt und dort das Studium der Theologie beginnt.“ (Brief P. Grendel dd. 3/08/1939)

Diese Pläne wurden von den Oberen ohne Mitwissen der Novizen und Hilferdings geregelt. Für ihn gingen die Tage, die Wochen und Monate weiter ohne große Emotionen. Am 17. September 1939 war das erste Noviziatsjahr für Hilferding vorbei. Die Hauschronik von Helvoirt notierte am darauf folgenden Tag: „Heute ging auch Frater Hilferdinck [sic!] von uns weg, um in Teteringen weiter zu studieren.“

Dort traf Hilferding außer den 80 niederländischen Mitbrüdern der Kommunität eine große Kolonne Konfratres, welche kurz vor Kriegsausbruch am 1. Sep-

tember 1939 vom Missionshaus St. Gabriel in die noch freien Niederlande versetzt worden waren: 26 Polen, 3 Amerikaner und 2 Engländer.

Er fing also das zweite Noviziatsjahr an und zugleich das Studium der Theologie. Am 10. Mai 1940 marschierte die Deutsche Wehrmacht in Holland ein. Nach der Kapitulation Hollands versuchte man, allmählich die Arbeit und das Studium wieder aufzunehmen.

Am 18. Juli 1940 meldete das Buch des Hausrates in Helvoirt, dass Karl Hilferding zur Ablegung der drei Gelübde „für ein Jahr“ (ad annum) zugelassen wurde. Mit seinen Kursgenossen legte er diese Gelübde am 8. September 1940 ab. Gerade in diesen Tagen hat „die deutsche Besatzungsbehörde“ ein Dekret erlassen, wonach das Dorf Teteringen zum „Küstengebiet“ erklärt wurde, wo der Aufenthalt für Juden und Ausländer verboten war. Daher wohnten die polnischen Mitbrüder und Hilferding mit einigen niederländischen Konfratres von 9. September bis 13. Oktober 1940 in einer im Wald gelegenen Villa, welche von einem Wohltäter aus Breda zur Verfügung gestellt wurde und aus Respekt vor den polnischen Mitbrüdern zum „Huize Bobola“ umgetauft wurde. Als Pater Rektor Matthias Kammels am 13. Oktober 1940 beim Gemeindeamt in Teteringen vorsichtig sich erkundigte, ob diese Männer ins Missionshaus St. Franc. Xaverius, Teteringen, heimkehren durften, wurde ihm grob mitgeteilt, diese hätten das „Küstengebiet“ sofort zu verlassen. Frater Hilferding reiste daher mit seinen 26 polnischen Mitbrüdern am 14. Oktober 1940 wieder nach Helvoirt. Dort wurde das Studium wieder aufgenommen, und es blieb relativ ruhig.

Am 8. September 1941 erneuerte Hilferding „bis zu den ewigen Gelübden“ die drei Gelübde der gottgeweihten Keuschheit, evangelischen Armut und des apostolischen Gehorsams, wozu der Rektor und seine Räte in Helvoirt am 11. Juli 1941 ihr positives Votum gegeben hatten.

1941 war Hilferding sehr besorgt um das Schicksal seiner Mutter. Sie schrieb im März 1941, dass die Emigration für sie dringend notwendig sei, und sie sah die Ausreise nach Shanghai (China) als einzige Möglichkeit. Da ihr Bankguthaben blockiert war, bat sie ihren Sohn um USD 250,- für ein Reiseticket und USD 200,- für Landerecht. Karl Hilferding bat P. Grendel um eine Anleihe: Sein Bruder Peter dürfte instande sein, den Betrag von Neuseeland aus zu erstatten. Leider scheiterten alle Versuche seiner Mutter, das sichere Ausland, China, Schweden oder USA, zu erreichen.

Karl Hilferding informierte P. Grendel am Schluss seines Briefes, dass er am 8. März 1941 die Tonsur und am 23. März die vier niederen Weihen erhalten hat. Die höheren Weihen zum Subdiakon, Diakon und zum Priester wären für das Jahr 1942 vorgesehen.

Das Jahr 1942 war für Karl Hilferding ein Jahr voller Tragik. Sein neuer geistlicher Begleiter in Helvoirt wurde P. Gerard Teeuwen. Dieser schrieb am 15. Januar 1942 u. a. an den Generalsuperior:

„[...] Die Eigenschaft, die bei Frater H. bekanntlich die meisten Sorgen macht, ist die Starrheit seines Innern. Unter den jetzigen Verhältnissen geht alles gut, aber wenn diese ungünstiger werden, so meine man, wird niemand ihn halten können in der Verfolgung seiner Ziele. Dazu kommt seine Idee, dass er zu außerordentlichen Dingen in der Kirche berufen ist.“

P. Teeuwen persönlich sah es nicht so dunkel, weil Hilferding sich seiner inneren Schwäche bewusst wäre und deshalb nicht nur ein inneres Bedürfnis hätte, Rat und Führung einzuholen, sondern diesen Rat auch ständig einzuhalten.

Pater Grendel schrieb am 26. Januar 1942 an P. Teeuwen seinen letzten Brief in Bezug auf die Entwicklung von Frater Hilferding mit guten und nützlichen Ratschlägen.

Flucht und Tod

1942 erhielt Hilferding ein Aufgebot der Besatzungsmacht, sich in Vught (einer Ortschaft nahe bei 's-Hertogenbosch) für den „Arbeitsdienst“ zu melden. Hilferding wusste, dass in Vught ein Konzentrationslager war, und reagiert daher nicht auf diesen Befehl. Als ein zweites Aufgebot folgte, versteckte er sich zunächst auf einem Bauernhof der Familie van Balkom, den Eltern seines Mitbruders Koen van Balkom. Um diese Familie jedoch nicht in Schwierigkeiten zu bringen, beschloss Hilferding zu fliehen.

Die weiteren Daten sind nicht gesichert: Vermutlich ist Hilferding Mitte Juni 1942 geflohen. Möglicherweise hat er noch zuvor die Ewigen Gelübde — „sub condicione, quasi in articulo mortis“ — abgelegt, was jedoch nicht schriftlich dokumentiert ist. Hilferding kam in das Missionshaus „Maria Middelaes“ in Heide (B), wie ist nicht bekannt. P. Rektor Jan van Keulen erzählte später, Hilferding wollte nur eine Nacht bleiben.

„Wir gaben ihm den Rat, zu den Benediktinern in Afflighem zu gehen. Der dortige Abt hätte empfohlen, dort deren Kutte anzuziehen und dort zu bleiben. Keiner würde ihn entdecken, aber Karl war zu bang.“

Danach fehlt jede Nachricht. Offensichtlich hatte er den Plan, in die Schweiz zu flüchten, um bei P. Wilhelm Schmidt, Direktor des „Anthroposinstituts“ Rettung zu finden, durch den auch der erste Kontakt mit der S.V.D. zustande gekommen war.

Hilferding wurde jedoch an der französisch-schweizerischen Grenze von der französischen Polizei festgenommen und den deutschen Machthabern ausgeliefert. Hier beginnt die Endphase des Lebens und Leidens von Karl Hilferding.

Den Dokumenten über die Familie Hilferding, die von Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer zur Verfügung gestellt wurden, kann das Folgende entnommen werden:

Hilferding wurde zunächst von den Nationalsozialisten ins Lager Drancy bei Paris eingeliefert. Von dort wurden von März 1942 bis August 1944 insgesamt 79 Transporte mit insgesamt 73.853 Gefangenen nach Auschwitz deportiert.

Hilferding wurde mit Transport Nr. 34 am 18. September 1942 mit insgesamt 1.000 Häftlingen von Drancy nach Auschwitz gebracht. Nach dem „Tableau chronologique des convois de déportation“ wurden bei der Ankunft in Auschwitz sofort 859 Personen „vergast“, von den restlichen 141 Personen (31 Männer, darunter Hilferding, und 110 Frauen) wurden bei der Befreiung nur noch 21 Männer lebend angetroffen. Hilferding kam nach der Selektion ins Lager Groß-Strelitz, Niederkirch. Dort starb er am 2. Dezember 1942. Nähere Einzelheiten sind uns nicht bekannt.

Hilferding wird jetzt in Frieden bei Gott leben. Die geschilderten Jahre waren voller Spannungen für ihn, es waren auch Jahre der Begeisterung und Arbeitskraft. Zweimal erwarb er ein Doktorat, später entschied er sich für den Katholizismus, trat in die Societas Verbi Divini ein und erlebte dadurch eine radikale Umkehr in seinem Leben. Statt der Priesterweihe wartete jedoch das Vernichtungslager auf ihn. Als Karl Hilferding starb, war er 37 Jahre alt.

	Zeittafel
Geburt in Wien	12. 9. 1905
Taufe in Wien	6. 6. 1924
Firmung in Wien	7. 6. 1924
Doktor der Naturwissenschaft	6. 2. 1930
Doktor der Philosophie	23. 7. 1938
1. Gelübde (Teteringen)	8. 9. 1940
2. Gelübde (Helvoirt)	8. 9. 1941
Flucht von Helvoirt	1942
Deportation nach Auschwitz	18. 9. 1942
Tod in Strelitz	2. 12. 1942

Am 17. Januar 1945 bat sein Bruder Peter Milford via Rotes Kreuz um nähere Informationen: Die letzte ihm bekannte Adresse sei „Overste Teteringen“ Missiehuis St. Franciscus Xaverius. Diese Erkundigung erreichte am 3. März

1945 das Gemeindeamt Teteringen. Am 11. März 1945 schrieb der „Overste Teteringen“ eine Postkarte an Mr. Peter Milford folgenden Inhalts:

„We received your Red-Crossletter. It is only allowed for us to write a postcard. Frater Hilferding stayed in Teteringen untill 1942. He had to be ‚hiding‘, while the Jews were deported. When the danger became too great, he fled to our Missionhouse in Switzerland. Near the Swiss frontier in France he was captured and put into a concentrationcamp. Soon we received a semi-official notice, that he died 2 december 1942. It is for you as for us a great loss and you have our heartfelt sympathy. We'll do our utmost to get all informationen and we'll write you, if we hear something.“

Teteringen 11-3-'45

With deepest sympathy
Overste Teteringen

Hiermit möchte ich diese Studie über unseren teuren Mitbruder Frater Karl Hilferding abschließen, mit aufrichtiger Ehrfurcht und viel Respekt für solch ein Leben.

PETER HILFERDING-MILFORD

KARL HILFERDING UND
SIR KARL R. POPPER

Eine Anmerkung zum Gedenkartikel
von Frater Antoon Hullen

Mein Bruder und ich sind sehr verschiedene Lebenswege gegangen. Ich wusste daher wenig über ihn und gar nichts über seine letzten Lebensjahre während des Krieges. Durch den liebevollen Gedenkartikel von Frater Antoon Hullen habe ich manch Neues und Interessantes über ihn erfahren. Neu war für mich unter anderem, wie große Hoffnungen mein Bruder zumindest zeitweise auf seine philosophischen Bemühungen für seine spezielle Funktion und Stellung in der katholischen Kirche setzte.

Mein Bruder traf sich in Wien in den Dreißigerjahren des Öfteren zu Gesprächen mit meinem lebenslangen Freund Karl Popper, später weltbekannt unter dem Namen Sir Karl R. Popper. Was die beiden zusammenführte, war — wie ich vermute — die Ablehnung der unter Naturwissenschaftlern seinerzeit sehr verbreiteten deterministischen Weltanschauung, wonach der Weltablauf infolge des Kausalitätsprinzips bis ins kleinste Detail vorherbestimmt ist, ähnlich wie in einem gedrehten Film, an dem nichts mehr geändert werden kann. Es dürfte daher kein Zufall sein, dass die Themen der philosophischen Bemühungen und Veröffentlichungen meines Bruders die gleichen sind, die auch im Mittelpunkt der Philosophie Karl Poppers stehen: Die Beziehung der empirischen Wissenschaft zu ihrer Erfahrungsgrundlage und die philosophische Interpretation der Quantentheorie und des Kausalitätsprinzips.

Sir Karl R. Popper erwähnt meinen Bruder namentlich in seiner nach dem Krieg erschienenen Schrift „Das Elend des Historizismus“, die als theoretischer Begleitband zur „Offenen Gesellschaft“ geschrieben wurde, sowie in seinem Buch „Ausgangspunkte — meine intellektuelle Entwicklung“.

HARTMUT MEHRINGER / ALBERT A. FEIBER

„EINE GELUNGENE AUSSTELLUNG
ÜBER EINE SCHRECKLICHE ZEIT“

Die Dokumentation Obersalzberg bei Berchtesgaden

Die *Dokumentation Obersalzberg* ist eine ständige Ausstellung des Instituts für Zeitgeschichte, München–Berlin, am Obersalzberg bei Berchtesgaden, dem zweiten Wohn- und Regierungssitz Adolf Hitlers. Sie entstand im Auftrag des Freistaats Bayern und wurde am 20. Oktober 1999 durch den Bayerischen Staatsminister der Finanzen, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, eröffnet.

Die Ausstellung zeigt die Geschichte des Obersalzbergs und verbindet die Ortsgeschichte mit einer Darstellung der zentralen Erscheinungsformen der nationalsozialistischen Diktatur. Sie präsentiert über 900 Fotos, Dokumente, Plakate, Film- und Tonaufnahmen, die der Öffentlichkeit zum Teil erstmals zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus ist die *Dokumentation Obersalzberg* die erste und — auch nach der kürzlich eröffneten Dauerausstellung „Faszination & Gewalt“ auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg — bisher einzige Ausstellung, die nicht nur Einzelaspekte, sondern die Gesamtwirklichkeit des „Dritten Reichs“ in den Blick nimmt.

Von Beginn an erwies sich die *Dokumentation Obersalzberg* als neuer Besuchermagnet im Berchtesgadener Land: Ende 2001, also wenig mehr als zwei Jahre nach Eröffnung, lag die Gesamtbesucherzahl bereits bei 245.000, die Zugriffe auf die Internet-Seite (www.obersalzberg.de) betragen knapp 4,5 Millionen Hits. Vom Begleitband *Die tödliche Utopie*¹ wurden bis Ende 2001 ca. 25.000 Exemplare verkauft.

I

Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war Obersalzberg ein kleines und unbedeutendes Bergbauerndorf, in dem seit dem 14. Jahrhundert Lehnbauern des Augustiner Chorherrenstiftes von Berchtesgaden nachweisbar sind. Die Bevölkerung bestand aus Bauern und im nahe gelegenen Salzbergwerk tätigen Salinenarbeitern und Bergknappen.

¹ Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, hrsg. v. Horst Möller / Volker Dahm / Hartmut Mehringer unter Mitarbeit v. Albert A. Feiber, 3., erw. u. überarb. Aufl., München 2001.

1877 eröffnete Mauritia Mayer, genannt Moritz Mayer, eine Pension für die damals noch „Sommerfrischler“ genannten Touristen und Touristinnen im Berchtesgadener Land. Nicht zu Unrecht gilt sie daher als Pionierin des modernen Tourismus: Die von ihr begründete „Pension Moritz“, bei Jahrhundertbeginn in „Gebirgskurhaus Obersalzberg“ und später in „Platterhof“ umbenannt, steht am Beginn des Tourismus in Deutschland und Mitteleuropa.

Mauritia Mayer fand zahlreiche Nachahmer. Die grandiose Bergwelt mit Watzmann und Untersberg sowie das nahe gelegene Salzburg zogen wohlhabende Feriengäste aus ganz Europa an. Sie logierten in den zahlreichen neu entstandenen Gasthöfen, Pensionen und Sanatorien; manche erwarben bzw. bauten sich eigene Häuser, so der Pionier der Kühltechnik Carl von Linde und der Berliner Chemiker und Unternehmer Arthur Eichengrün (Entwickler des Arzneimittels Aspirin). In ihren Häusern verkehrten prominente Künstler wie die Pianistin Clara Schumann, die Schriftsteller Ludwig Ganghofer, Peter Rosegger und Richard Voß, der Maler Franz von Lenbach.

Weltgeschichtliche Bedeutung sollte der Obersalzberg allerdings durch einen anderen Gast erlangen: durch Adolf Hitler. Hitler kam im Mai 1923 zum erstenmal ins Berchtesgadener Land, um Dietrich Eckart zu besuchen, Herausgeber des völkisch-antisemitischen Hetzblattes „Auf gut deutsch!“ sowie Herausgeber und Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“. Eckart wurde wegen „Beleidigung des Reichspräsidenten“ (Verstoß gegen das Republikenschutzgesetz) von der Polizei gesucht und war deswegen im „Gebirgskurhaus Obersalzberg“, der früheren „Pension Moritz“, inkognito untergetaucht. Laut Parteilegende der NSDAP seien bei diesem Besuch die Pläne für den „Hitler-Putsch“ im November des gleichen Jahres geschmiedet worden.

Hitler fand offenbar schnell Gefallen an diesem nahe zu seiner Heimat Österreich gelegenen Landstrich. Nach seiner Entlassung aus der Festungshaft in Landsberg am Lech kehrte er 1925 auf den Obersalzberg zurück. Hier diktierte er den zweiten Teil seines Buches „Mein Kampf“ in einer Blockhütte im Wald oberhalb der früheren „Pension Moritz“, die aus diesem Grund später „Kampfhäusl“ genannt wurde. Im Sommer 1928 brachte er hier seine Gedanken zur deutschen Außenpolitik zu Papier.²

Bei seinen Aufenthalten im Berchtesgadener Land wohnte Hitler zunächst im „Gebirgskurhaus Obersalzberg“, der ehemaligen „Pension Moritz“, bis er

² Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, eingeleitet u. kommentiert v. Gerhard L. Weinberg, mit einem Geleitwort v. Hans Rothfels, Stuttgart 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Band 7). Neuedition in der Reihe: Hitler. Reden — Schriften — Anordnungen, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, Bd. II A: Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl Juni–Juli 1928, eingeleitet v. Gerhard L. Weinberg, hrsg. u. kommentiert v. Gerhard L. Weinberg / Christian Hartmann / Klaus A. Lankheit, München et al. 1995.

1928 „Haus Wachenfeld“ mietete; im Sommer 1933 konnte er das Haus aus den Tantiemen von „Mein Kampf“ erwerben und ließ es nach eigenen Plänen zum pompösen „Berghof“ um- und ausbauen.

Die „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 löste in ganz Deutschland überschwärmende Hitler-Begeisterung aus. Innerhalb weniger Wochen entwickelte sich der Obersalzberg zum Zentrum eines pseudosakralen Hitlerkults. Anhänger strömten in Scharen auf den Berg, um den „Führer“ — anders als in Berlin — zum Greifen nahe zu sehen, warteten oft Stunden und Tage am Maschendrahtzaun von Haus Wachenfeld. Partei und Sicherheitsdienst machten diesen unkontrollierten, den Tagesablauf störenden und die Sicherheit gefährdenden „Wallfahrten“ — wie sie schon damals genannt wurden — allerdings bald ein Ende. Einzel- und Gruppenbesuche konnten nur noch nach vorhergehender Anmeldung erfolgen und liefen nach einem festen, auf propagandistische Wirkung bedachten Drehbuch ab.

Nachdem 1936 der „Berghof“ fertig gestellt war, wurde der Obersalzberg das Ziel zahlreicher prominenter ausländischer Gäste — beispielsweise Knut Hamsun, norwegischer Literaturnobelpreisträger, Lloyd George, der als britischer Premier den Versailler Vertrag unterschrieben hatte, Benito Mussolini, der ehemalige britische König Edward VIII. mit Ehefrau u. a. 1938/39 schließlich diente der Obersalzberg als Kulisse außenpolitischer Ereignisse mit weit reichenden Konsequenzen für Deutschland und Europa: Am 12. Februar 1938 musste hier der österreichische Bundeskanzler Kurt Schuschnigg dem Diktat des „Berchtesgadener Abkommens“ zustimmen, das das Ende der Selbständigkeit Österreichs einen Monat später einläutete. Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise kam am 12. September 1938 der britische Premier Neville Chamberlain zu Verhandlungen auf den „Berghof“, und am 5. Januar 1939 erläuterte Hitler hier dem polnischen Außenminister Józef Beck seine Vorstellungen über die künftige Rolle Polens in Ostmitteleuropa.

Die nationalsozialistische Propaganda nutzte den Obersalzberg, „Hitlers Wahlheimat“³, als wirksame Kulisse zur Inszenierung des Führerkults und zur Ausbildung des Hitler-Mythos, der dem „Führer“ alle möglichen, zum Teil unvereinbaren Eigenschaften zuschrieb und so das Trugbild eines menschlich, geistig und politisch vollkommenen Supermannes zeichnete. Entsprechend wichtig die Rolle des Obersalzbergs im alltäglichen Kult um den „Führer“, durch den der Mythos zelebriert und verfestigt wurde. Hier konnte Hitler als einsamer Seher vor majestätischer Bergkulisse präsentiert werden, als großer Staatsmann und als „Volkskanzler“. Hier konnte die Propaganda Hitler aber auch scheinbar authentisch

³ Adolf Hitlers Wahlheimat. 22 Zeichnungen von Karl Schuster-Winkelhof, München 1933.

tisch als Mensch und Privatmann zeigen: „Hitler in seinen Bergen“⁴ und „Hitler abseits vom Alltag“⁵ hießen beliebte und weit verbreitete Bildbände des Leibfotografen Heinrich Hoffmann. Zigarettenalben wie „Adolf Hitler. Bilder aus dem Leben des Führers“⁶ verfolgten den gleichen Zweck, den „Führer“ als einfachen Mann aus dem Volk, als gütigen Menschen, Kinder-, Tier- und Naturfreund zu zeigen.

Nicht nur deshalb jedoch bedeutete das Jahr 1933 auch für den Obersalzberg eine entscheidende Zäsur. Der Berg veränderte sein Gesicht bald bis zur Unkenntlichkeit — aus dem Dorf Obersalzberg wurde das Führersperrgebiet. Hitler ließ, wie schon angeführt, das bescheidene „Haus Wachenfeld“ bis 1936 sukzessive zu seiner „Berghof“-Residenz um- und ausbauen. In seinem Gefolge siedelten sich weitere NS-Größen an: Martin Bormann bezog die alte „Villa Seitz“, die bis dahin ein Lungensanatorium beherbergt hatte, Albert Speer erwarb ein Wohnhaus und errichtete in der Nähe ein Atelier, Hermann Göring ließ für sich auf dem Eckerbichl ein Landhaus erbauen; bis heute heißt diese Erhebung im Volksmund daher „Göring-Hügel“.

Mit Infrastruktureinrichtungen wurde schließlich die ganze Region zum zweiten Machtzentrum des Reiches, zur „Filiale von Berlin“⁷ ausgebaut. Am Obersalzberg entstand eine Kaserne für die Wachkompanie der SS-Leibstandarte Adolf Hitler, im früheren „Gasthof zum Türken“ wurde eine Außenstelle des für die Sicherheit der NS-Größen verantwortlichen Reichssicherheitsdienstes untergebracht. Es entstanden ein Postamt, ein von der NSV betriebener Kindergarten für die Bediensteten, der „Gutshof“ als landwirtschaftlicher Musterbetrieb, der gesunde Lebensmittel für Hitler und sein Gefolge produzieren sollte; die ehemalige „Pension Moritz“ oberhalb des „Berghofs“ wurde zum „Volkshotel Platterhof“ mit 150 Betten ausgebaut. Das Dorf Obersalzberg und seine Bewohner mussten weichen. Wurden die bisherigen Bewohner anfänglich noch großzügig abgefunden, so wurde später jeder, der sich sträubte, unter Druck gesetzt — je länger, desto stärker, bis er zu immer schlechteren Konditionen zum Verkauf seines Anwesens bereit war. Im Markt Berchtesgaden entstand ein groß dimensionierter Bahnhof, in Ainring bei Freilassing ein „Gebirgsflughafen“, auf dem sogar große Verkehrsflugzeuge landen konnten, in der Stangaß, einem Ortsteil des Nachbarortes Bischofswiesen, eine Außenstelle der Reichskanzlei. Höhepunkt

⁴ Heinrich Hoffmann, Hitler in seinen Bergen. 100 Bilddokumente aus der Umgebung des Führers, Berlin 1935.

⁵ Heinrich Hoffmann, Hitler abseits vom Alltag. 100 Bilddokumente aus der Umgebung des Führers, Berlin 1937.

⁶ Adolf Hitler. Bilder aus dem Leben des Führers, hrsg. v. Cigaretten-Bilderdienst (Reemtsma), Altona-Bahrenfeld 1936.

⁷ Heinrich Hoffmann, Hitler, wie ich ihn sah. Aufzeichnungen seines Leibfotografen, München 1974, S. 164.

der ganzen Bautätigkeit war die Errichtung der Kehlsteinstraße, die vom Hintereck zum Kehlsteinhaus — dem „Geschenk“ der Partei zu Hitlers 50. Geburtstag 1939 — hinaufführt.

Bis zum Ende des „Dritten Reiches“ wurde der Obersalzberg ständig um- und ausgebaut. Bormanns geradezu krankhafte Bauwut ließ sich nicht einmal durch die Mangelwirtschaft der späten Kriegsjahre zügeln. Zuletzt entstand ab Sommer 1943 unter Einsatz von Tausenden von vor allem italienischen und tschechischen Baufacharbeitern (keine Zwangsarbeiter) ein 30 Meter unter der Oberfläche gelegenes Bunkersystem von 2.775 m Länge. Diese Bauarbeiten waren noch im Gang, als am 25. April 1945, wenige Tage vor Hitlers Selbstmord und der Kapitulation der Wehrmacht in Reims bzw. Berlin-Karlshorst, britische Bomberverbände den Obersalzberg angriffen und dabei die meisten Gebäude zerstörten.

Aus militärischer Sicht waren weder der Bombenangriff noch die Einnahme von Hitlers Alpendomizil sinnvoll, da es eine „Alpenfestung“, von der aus der „Endkampf“ hätte geführt werden sollen, nicht gab. Die Zerstörung des Obersalzbergs war jedoch ein bedeutender symbolischer Akt: Das „Dritte Reich“ war nicht mehr in der Lage, die engste Umgebung des „Führers“, seine private Residenz am Berg, zu verteidigen und zu schützen. So wie das „Führersperrgebiet“, errichtet aus einem Alpendorf, in Trümmern lag, so lag ganz Deutschland und Europa nach dieser „selbstverursachten weltgeschichtlichen Katastrophe“⁸ in Schutt und Asche. Den Schlusspunkt der Geschichte des Obersalzbergs als zweiter NS-Regierungssitz bildete die Besetzung durch amerikanische Soldaten der 101. US-Airborne-Division am 4. Mai 1945.

Knapp vier Jahre später, im März 1949, ging der Obersalzberg in das Eigentum des Freistaats Bayern über: Eine alliierte Kontrollratsdirektive vom August 1947 bestimmte die Länder zu Rechtsnachfolgern und Erben der NSDAP und der führenden Nationalsozialisten, und im Grundbuch des Obersalzbergs war neben Hitler vor allem Martin Bormann als Eigentümer eingetragen. Nach langen Diskussionen, die besonders auch unter der Berchtesgadener Bevölkerung mit großen Emotionen und zahlreichen Ängsten und Vorurteilen geführt wurden, kam es zu einem Abkommen zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der amerikanischen Besatzungsmacht über die weitere Nutzung des Geländes. Die Amerikaner stimmten zu, zur Saison 1952 das Kehlsteinhaus mit Kehlsteinstraße zur „touristischen Nutzung“ freizugeben. Im Gegenzug verpflichtete sich der Freistaat Bayern, die Ruinen der wichtigsten NS-Gebäude am Obersalzberg, d. h. den „Berghof“, die Häuser Bormanns und Görings und die SS-Kaserne, aber

⁸ Horst Möller, Obersalzberg — Orts- und Zeitgeschichte. Eine ständige Dokumentation des Instituts für Zeitgeschichte in Berchtesgaden, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 199–206, hier 199.

auch noch intakte Gebäude wie das „Teehaus“ am Mooslahner Kopf, zu sprengen und die Freiflächen weitgehend aufzuforsten. Auf diese Weise hoffte man, die Spuren des „Tausendjährigen Reiches“ verwischen und die Attraktivität des Geländes für rechtsradikale Wallfahrer beseitigen zu können. Das Gesicht des Obersalzbergs veränderte sich erneut, schon zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert, fast bis zur Unkenntlichkeit.

Die Amerikaner beanspruchten allerdings weiterhin die Nutzung des größten Teils des Geländes und bauten den Obersalzberg zu einem ihrer drei in Bayern gelegenen „Recreation Centers“ der Streitkräfte aus. Der wieder aufgebaute „Platterhof“ erhielt jetzt den Namen „Hotel General Walker“. Außer einem Golfplatz entstanden ein Tennisplatz und Skilifte. Bis 1995 fanden mehr als fünf Millionen US-Soldaten mit ihren Familien hier Erholung, zuletzt die Teilnehmer des ersten Golfkriegs von 1991. Im Zuge von Sparmaßnahmen nach der Truppenreduzierung infolge des Endes des Kalten Kriegs gaben die amerikanischen Streitkräfte die von ihnen genutzten Teile des Obersalzbergs im Juni 1996, gut 51 Jahre nach der Besetzung, an den Freistaat Bayern zurück.

II

Schon unmittelbar nachdem Anfang 1995 die Rückzugsabsichten der Amerikaner bekannt geworden waren, beschloss die Bayerische Staatsregierung nach Abstimmung mit dem Landkreis Berchtesgadener Land und der Marktgemeinde Berchtesgaden am 1. August 1995 ein Konzept zur künftigen Nutzung des Geländes. Es sah den Bau eines „Hotels der gehobenen Klasse“ und zum anderen die Errichtung einer der „besonderen Geschichte des Ortes“ entsprechenden Dokumentationsstätte vor. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, das die Liegenschaften des Freistaats Bayern verwaltet und daher auf dem Obersalzberg als „Hausherr“ fungiert, beauftragte das Institut für Zeitgeschichte am 26. August 1996 mit der „Entwicklung eines fachlich-historischen Konzepts“ für diese Gedenkstätte. Zur fachlichen und museumsdidaktischen Begleitung und Beratung wurde ein Fachbeirat berufen, dem führende Historiker und Museumsexperten, Vertreter der beteiligten Ministerien und Repräsentanten der Region angehörten.⁹

⁹ Vgl. Volker Dahm, Dokumentationsstätte am Obersalzberg bei Berchtesgaden, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 327–329; ders., Der Obersalzberg bei Berchtesgaden, in: Burkhard Asmuss / Hans-Martin Hinz (Hrsg.), Historische Stätten aus der Zeit des Nationalsozialismus. Orte des Erinnerns, des Gedenkens und der kulturellen Weiterbildung, Berlin 1999, S. 68–76; ders., Obersalzberg. Orts- und Zeitgeschichte. Eine ständige Dokumentation des Instituts für Zeitgeschichte in Berchtesgaden, in: Horst Möller / Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 159–167; Albert A. Feiber, „Ein schon lange fälliges Museum am richtigen Ort“. Ein Jahr *Dokumentation Obersalzberg* in Berchtesgaden, in: Museum heute 20. Fakten, Tendenzen, Hilfen, S. 3–11.

Am 20. Oktober 1999 konnte die *Dokumentation Obersalzberg — Orts- und Zeitgeschichte* eröffnet werden. Seit dem 21. Oktober 1999 ist sie für die Öffentlichkeit zugänglich.

Durch Begrenzung der Ziele, aber auch durch gutes Kostenmanagement konnte die Ausstellung einschließlich der Errichtung des Gebäudes für ca. 6,5 Millionen DM (3,3 Millionen Euro) realisiert werden, d. h. für einen Bruchteil dessen, was für vergleichbare Einrichtungen veranschlagt wird (KZ-Gedenkstätte Dachau 12 Millionen DM; Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg 21 Millionen DM; Topographie des Terrors in Berlin z. Zt. 72 Millionen DM).

Administrativer Träger der *Dokumentation Obersalzberg* ist die „Berchtesgadener Landesstiftung“, 1960 gegründet, um „Vermögenswerte der ehemaligen NSDAP im Berchtesgadener Land“ — also vor allem das Kehlsteinhaus — „einer gemeinnützigen kommunalen Stiftung zuzuführen“¹⁰. Wissenschaftlich wird die *Dokumentation Obersalzberg* weiterhin vom Institut für Zeitgeschichte betreut.

III

Die Geschichte des Obersalzbergs nach 1945 ist durch „Vermarktung und Verdrängung“¹¹ der nationalsozialistischen Hinterlassenschaften geprägt. Schon in den fünfziger Jahren, als die Ruinen der zerbombten Gebäude des „Dritten Reiches“ noch standen, verdienten sich Einheimische ein leichtes Zubrot mit so genannten „Ruinenführungen“ für zahlungskräftige ausländische Touristen und Touristinnen. Seit dies von den Behörden unterbunden wurde, kann man nur noch gegen Eintrittsgeld einen Blick in den „Hitler-Bunker“ werfen, von dem sich heute Teile in Privatbesitz befinden. Der historische Ort wird bis heute jedoch noch in anderer Hinsicht vermarktet: Überall im Berchtesgadener Land, vor allem aber am Hintereck auf dem Obersalzberg, wo die Busse zum Kehlstein starten, werden bis heute neben Souvenirkitsch, wie er in allen Touristenläden erhältlich ist, Andenken mit NS-Motiven angeboten, Postkarten und Stocknägel mit dem Bild des „Berghofs“ zum Beispiel, Videos über das Leben auf dem Berghof, die auf den von Eva Braun gedrehten Filmen basieren, vor allem aber jene berühmt-berüchtigten Hochglanzbroschüren, die die authentische Geschichte des Führersperrgebiets Obersalzberg zu erzählen vorgeben und dabei hauptsächlich das vermeintliche Privatleben der NS-Größen präsentieren.

¹⁰ 20 Jahre Berchtesgadener Landesstiftung 1960–1980, Berchtesgaden 1980, S. 22.

¹¹ Wolfgang W. Weiß, Spurensuche am Obersalzberg. NS-Geschichte(n) zwischen Vermarktung und Verdrängung, in: Faszination und Gewalt. Zur politischen Ästhetik des Nationalsozialismus, hrsg. v. Bernd Ogan / Wolfgang W. Weiß, Nürnberg 1992, S. 267–282.

Mit rechtlichen Mitteln ist diesen reißerisch gestalteten Machwerken nicht beizukommen, weil sie — das ergibt auch eine kritische Prüfung — keine rechts-extremistischen Absichten verfolgen, sondern nur jenen bei vielen Menschen angelegten Voyeurismus bedienen, dem die „yellow press“ ihre Massenaufgaben verdankt. Indem sie unkritisch historische Fotografien verwenden, die seinerzeit in propagandistischer Absicht entstanden sind, um den NS-Größen „populäre“ Eigenschaften zu verleihen, halten die Broschüren die Propagandafunktion des Obersalzbergs bis auf den heutigen Tag aufrecht. Indem sie die Gesamtwirklichkeit des „Dritten Reichs“ weitgehend ausblenden, verfestigen sie fragmentarisierte Geschichtsbilder mit ihren apologetischen und eskapistischen Stereotypen. Insofern ist dieser Geschichtsmüll auch politisch-didaktisch bedenklich, oder besser, gefährlich. Ein wichtiges Ziel der *Dokumentation Obersalzberg* ist nicht zuletzt, dem kommerziellen Sumpf seriöse historische Informationen im Rahmen eines geschichtswissenschaftlich fundierten und politisch-pädagogisch sinnvollen Konzepts entgegenzusetzen und ihn dadurch möglichst auszutrocknen.

Hand in Hand mit dieser rein kommerziellen Zwecken dienenden, scheinbar authentischen und deshalb politisch-pädagogisch schädlichen Präsentation der Ortsgeschichte ging die Auslöschung alles dessen, was am Obersalzberg tatsächlich authentisch war: Der Obersalzberg wurde, wie schon angeführt, durch Schleifung der Ruinen, Beseitigung noch intakter Gebäude und großflächige Aufforstung ein zweites Mal bis zur Unkenntlichkeit verändert. Den Schlusspunkt setzte der Abriss des Platterhofs im Jahr 2000. Von dem Irrglauben bestimmt, eine belastete und belastende Geschichte durch Beseitigung ihrer steinernen Zeugnisse entsorgen zu können, hat der Doppelbeschluss von 1952 (touristische Nutzung des Kehlsteinhauses/Sprengung der NS-Gebäude am Obersalzberg) die Situation in Berchtesgaden und am Obersalzberg lange Zeit geprägt. „Verdrängung und Vermarktung“ waren die vorherrschenden Verhaltensweisen. Auf der einen Seite wurde die nationalsozialistische Periode aus der Geschichte des Orts getilgt, auf der anderen machten sich tüchtige Geschäftsleute den Strom der BesucherInnen und ihre Neugier auf den Ort zunutze.

Das Ziel dieser Verdrängungspolitik wurde jedoch nicht erreicht. Immer wieder findet sich auf dem in den fünfziger Jahren aufgeforsteten Waldstück, wo einst Hitlers Berghof stand, eine kleine „Gedenkstätte“: ein „Miniaturneg“ mit Kreuz, Grableuchte und Blumen. Am Rohbau des Ausstellungsgebäudes der Dokumentation gab es neonazistische Schmierereien. Aber nur ein verschwindend geringer Teil der jährlich rund 300.000 Obersalzberg-BesucherInnen zählt zu den Unbelehrbaren. Die meisten werden von der historischen Aura des Ortes angezogen, wandeln sozusagen auf Hitlers Spuren; manche graben auch in Laub und Waldboden in der Hoffnung, etwas Echtes von damals zu finden.

Vor diesem Hintergrund bewegte sich die Diskussion der Frage, wie nach dem Abgang der Amerikaner mit dem Obersalzberg umzugehen sei. Befürchteten die einen, dass jede Art der Erinnerung — ob durch ein Mahnmal oder eine historische Dokumentation — Ewiggestrige, Alt- und Neo-Nazis verstärkt anziehen würde, so sahen andere, vor allem Einheimische, dadurch den Namen und das Ansehen Berchtesgadens beschmutzt.

Geschichte lässt sich aber nicht durch Tabuisierung und Beseitigung ihrer materiellen Zeugnisse entsorgen. Mythenbildung und Geschichtsklitterung kann nur durch seriöse, wissenschaftlich fundierte Information, durch Aufklärung und ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit entgegengewirkt werden. Dazu muss die Geschichte in all ihren Facetten angenommen werden. Bei der Erarbeitung des Konzepts für die *Dokumentation Obersalzberg* musste daher neben den bisherigen Formen des Umgangs mit dem nationalsozialistischen Erbe auf dem Berg vor allem die historische Eigenart des Ortes sowie das dort anzutreffende Publikum berücksichtigt werden.

In der Diskussion über den richtigen Umgang mit den „nachgelassenen Erinnerungsorten“¹² des Nationalsozialismus wird unterdessen zwischen „Täter“- und „Opferorten“ unterschieden. Diese Einteilung ist insofern nicht ganz schlüssig, weil es zwar „Täterorte“ ohne Opfer, aber keine „Opferorte“ ohne Täter gibt. Dennoch hilft sie zur Klärung der Problematik. „Opferorte“ sind in erster Linie durch konkretes Leiden und Sterben, durch Freiheitsentzug, Folter und Ermordung von Menschen gekennzeichnet. Derartige Orte — überwiegend Standorte ehemaliger Konzentrationslager — lösen als „wirkliche und symbolische Friedhöfe“¹³ beim heutigen Besucher Betroffenheit, Scham und Trauer aus und erfordern fast gebieterisch Pietät. Die an diesen Orten errichteten *Gedenk-Stätten*, ihrer „Eigenart und Funktion nach in der Nachbarschaft von Kirche, Synagoge [und] Moschee“¹⁴ angesiedelt, dokumentieren notwendigerweise in erster Linie die dort ausgeführten Verbrechen und Leiden der Opfer und sprechen damit primär Mitgefühl und Gewissen an.

Im Gegensatz dazu geht vom reinen „Täterort“ kaum Betroffenheit aus, sondern, wie das Beispiel Obersalzberg deutlich macht, möglicherweise sogar eine gewisse Faszination. Diese Faszination kann allerdings pädagogisch fruchtbar gemacht werden. Insofern ist der „Täterort“ — um im Bild zu bleiben — „als pädagogischer Ort in der Nähe von Schule und Hochschule angesiedelt“¹⁵, da er

¹² Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München 1995, S. 31.

¹³ Tomasz Kranz, *Das Erbe des Nationalsozialismus und die historisch-politische Bildung in Gedenkstätten*, in: Tomasz Kranz (Hrsg.), *Bildungsarbeit und historisches Lernen in der Gedenkstätte Majdanek*, Lublin 2000, S. 13–38, hier 25.

¹⁴ Volker Dahm, *Einführung — Der Obersalzberg als historischer Ort und als Stätte historisch-politischer Bildung*, in: *Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich*, a. a. O. S. 21–27, hier 24.

¹⁵ Ebenda

der kognitiven Annäherung weit größere Freiheit gibt als der „Opferort“. An „Täterorten“ wie dem Obersalzberg wurde niemand gefangengehalten, gefoltert oder gar ermordet, sondern sie waren authentische Plätze des Regimes, Orte verbrecherischer Planungen, des Kults, der Propaganda.

Ein großer Teil der UrlauberInnen, die ihre Ferien auf dem Obersalzberg verbringen und sich — beispielsweise in einer Ausstellung — über dessen Geschichte informieren möchten, wird von der scheinbar privaten Atmosphäre der Gebirgslandschaft angezogen. Viele BesucherInnen möchten einen voyeuristischen Blick ins Privatleben Hitlers und seiner Paladine werfen und interessieren sich daher zunächst mehr für den Speiseplan des Diktators und seine Beziehung zu Eva Braun als für die Wege der Einsatzgruppen im Krieg gegen die Sowjetunion. Sie wollen wissen, wie das Schlafzimmer Hitlers ausgesehen hat, bewundern die technische Meisterleistung des Baus der Kehlsteinstraße und sind schauerlich-fasziniert von den „historischen Bunkeranlagen“ am Obersalzberg.

Dieses gleichsam voyeuristische Interesse des Massenpublikums an der Geschichte galt es daher aufzugreifen und ihm eine seriöse, wissenschaftlich fundierte, aber möglichst gemeinverständliche Dokumentation über die Geschichte des Ortes und seine Verflechtung mit dem Nationalsozialismus anzubieten. Eine Beschränkung allein auf die Lokalgeschichte des Obersalzbergs hätte durch das Weglassen wesentlicher Aspekte des Nationalsozialismus unweigerlich zu einer Verfälschung der tatsächlichen historischen Verhältnisse geführt. Auch eine Beschränkung auf Themen, bei denen es einen mehr oder weniger zufälligen konkreten Ortsbezug gibt, hätte die Realität des nationalsozialistischen Regimes nicht hinreichend erfasst werden können.

Um der Gefahr entgegenzuwirken, dass die Dokumentation durch die Verbindung der konkreten Orts- mit der allgemeinen Zeitgeschichte in zwei voneinander losgelöste Teile zerfällt, wurde im allgemein geschichtlichen Teil der Ausstellung — wo immer möglich — auch der greifbare Ortsbezug mit Beispielen und Materialien hergestellt und so zahlreiche Bezüge und Verschränkungen vorgenommen; Geschichte wird auf diese Weise konkret erlebbar. So wird, um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen, die politische Justiz des Volksgerichtshofs am Fall von Rudolf Kriß illustriert: Rudolf Kriß, Erbe des Berchtesgadener Hofbräuhauses und zugleich bekannter Volkskundler¹⁶ und Universitätslehrer in Wien, der als bekennender Katholik dem Nationalsozialismus äußerst reserviert gegenüber stand, musste nach dem Anschluss Österreichs seine Professur in Wien aufgeben und in seinen Heimatort zurückkehren. Wegen regimiekritischer Äußerungen wurde er 1943 verhaftet und vom Volksgerichtshof unter Vorsitz von Roland Freisler zum Tode verurteilt, wenig später jedoch durch glückliche

¹⁶ Die von Rudolf Kriß zusammengetragene Sammlung religiöser Volkskunst bildet heute im Schloss Straubing ein eigenes Zweigmuseum des Bayerischen Nationalmuseums.

Umstände zu lebenslanger Zuchthausstrafe begnadigt. Kurz vor Kriegsende befreit, war er schließlich der erste von den Amerikanern eingesetzte Nachkriegsbürgermeister Berchtesgadens.

Charakteristisch für den Nationalsozialismus ist das Ineinandergreifen von „Faszination und Gewalt“, von „Verführung und Zwang“ als totalitäre Herrschaftstechnik. Darin liegt auch die Erklärung für seine Erfolge und seine Akzeptanz in weiten Teilen der Bevölkerung, für die das Leben nach 1933 zum überwiegenden Teil — gehörte man nicht zu den Verfemten, Ausgegrenzten und Verfolgten — im Alltag weitgehend „normal“ weiterging oder sich sogar spürbar verbesserte. Die Massen jubelten Hitler nicht aus Zwang oder aufgrund von Terror zu, sondern weil sie seinen Versprechungen erlagen und vom „schönen Schein“ des „Dritten Reichs“ geblendet waren — von der scheinbaren Ordnung, von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, von den großen „nationalen Erfolgen“ bei der „Revision von Versailles“, von zeitweiligen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten, von der Popularisierung bisher „bürgerlicher“ Privilegien wie Urlaubsreisen, Theater- und Opernbesuche u. a. m.

In der Korrelation von „Verführung und Zwang“ hatte der Obersalzberg als Topos scheinbarer Normalität und Harmonie einen hohen propagandistischen Stellenwert. Die Verschränkung von Normalität, Terror und Grauen sowie der Gegensatz von politischer Utopie und realer weltgeschichtlicher Katastrophe musste daher zur Leitlinie der Ausstellung gemacht werden.

Die *Dokumentation Obersalzberg* wendet sich nicht an ein Fachpublikum, sondern an den historisch interessierten Laien. Ergänzend zu dem Freizeitpublikum, dessen Weg mehr oder weniger zufällig während eines Aufenthaltes im Berchtesgadener Land in die Ausstellung führt, will sie besonders auch Schulklassen, Bundeswehr- bzw. Bundesheer-Soldaten und andere mit der politischen Bildung befasste Laien ansprechen. Die besonderen Gegebenheiten des Ortes sollen genutzt werden, um mit einer allgemein verständlichen Darstellung komplizierter historischer Verhältnisse nicht zuletzt der Ausbreitung des alten und neuen Rechtsradikalismus entgegenzuwirken. Der Begleitband wurde entsprechend nicht nur als Katalog zur Ausstellung konzipiert, sondern will als Text- und Bildband jedem interessierten Laien in leicht zugänglicher Form und Sprache eine sichere Kenntnis über den Nationalsozialismus ermöglichen.¹⁷

IV

Der Weg durch die Ausstellung führt von oben nach unten, sozusagen vom „Himmel“ in die „Hölle“ — oder, wenn man so will, von der Normalität in den

¹⁷ Vgl. dazu die Besprechung von Peter Schwarz in DÖW-Mitteilungen Nr. 153 (September 2001).

Wahnsinn, von der ideologischen Utopie zur realen europäischen Katastrophe, vom „schönen Schein“ des „Dritten Reichs“ in seine finstere Gesamtwirklichkeit. Der Weg beginnt auf einer Galerie, die einen herrlichem Blick auf das umliegende Bergpanorama bietet; hier wird die Geschichte des Obersalzbergs und seine Bedeutung im „Dritten Reich“ erzählt. Ab dem Erdgeschoß wird das NS-Regime in seiner Gesamtwirklichkeit in den Blick genommen. Die Sektionen „Führerkult“ und „Volksgemeinschaft“ veranschaulichen die Verführungskraft des Regimes und machen verständlich, warum so viele Menschen in Deutschland dem Diktator und der nationalsozialistischen Ideologie erlagen. Von dieser scheinbar heilen Welt führt der Weg den Besucher über die verschiedenen Organisationen des Terror- und Unterdrückungsapparates in die Sektion „Rassenpolitik, Judenverfolgung und Völkermord“. Von dort geht es immer weiter in den Abgrund; die exemplarische Darstellung des „anderen Deutschland“, von Widerstand und Emigration, liegt bereits im „Untergrund“, d. h. im Tiefgeschoß. Es folgt die Sektion „Hitlers Außenpolitik“, deren bevorzugtes Aktionszentrum im Übrigen zunehmend der Obersalzberg wurde und die nach außen hin die „Weltgeltung Deutschlands“ wiederherstellte und deshalb von der Bevölkerung bejubelt wurde: Tatsächlich aber führte diese Politik in die Zerstörung des deutschen Nationalstaats, in die Verwüstung Europas mit über 55 Millionen Toten und zur Teilung der Welt. Der Weg durch die Sektion „Weltkrieg“ endet im Inneren des Bergs, in der Bunkeranlage, die der Obersalzberg-Gesellschaft ein längeres Überleben ermöglichen sollte. Dieses Bunkerlabyrinth — heute dunkel, nasskalt, und unwirtlich — bildet den schärfsten Kontrast zur heilen Propaganda- und Scheinwelt des Nationalsozialismus.

Hier, 30 Meter unter der Erde, stoßen die BesucherInnen auf zwei klimatisierte Medienräume. In einem Hörraum berichten jüdische Frauen, die Auschwitz und Bergen-Belsen überlebten, unmittelbar nach ihrer Befreiung im April 1945 über ihre Erfahrungen in den Konzentrationslagern, im zweiten Raum zeigt ein Film Szenen aus dem Zweiten Weltkrieg — wiederum im Kontext von Propaganda und Realität. Nach dem Verlassen des Bunkers informiert die Ausstellung über die Vorgänge auf dem Obersalzberg nach Kriegsende.

Bei der visuellen Umsetzung setzt die Dokumentation auf eine Mischung aus kognitiv und sinnlich wirksamen Darstellungsmitteln. Geist, Mentalität und Stimmung einer Zeit können nicht allein mit Bildern oder schriftlichen Dokumenten vermittelt werden, wenngleich diese naturgemäß das Gros der Exponate stellen. Hinzu kommen Kult- und Alltagsobjekte aus der NS-Zeit, die in Beziehung zu anderen Quellen gesetzt, den „Geist der Zeit“ veranschaulichen, sowie historische Aufnahmen von Reden von Hitler, Himmler, Goebbels u. a. Der Rundfunk war damals noch ein junges Massenmedium, das vom Regime („Volksempfänger“) massiv eingesetzt und mit großem Erfolg zur Durchsetzung seiner Ziele instrumentalisiert wurde. Tondokumente sind daher in einer Ausstel-

lung über diese Periode ein unverzichtbares Element. Ein Dokumentarfilm über die Geschichte des Obersalzbergs, in dem neben historischem Filmmaterial auch Zeitzeugen-Aussagen gezeigt werden, sowie der bereits angeführte Film über den Zweiten Weltkrieg ergänzen Bilder und Gegenstände. Drei Computer zur Vertiefung bestimmter Aspekte der Ausstellung runden die multimediale Komponente der Dokumentation ab.

Die *Dokumentation Obersalzberg* ist mit eigenen Seiten im Internet präsent. Unter der Adresse www.obersalzberg.de erhält man nicht nur alle zur Vorbereitung eines Besuches nötigen Informationen, sondern auch Einblicke in die Ausstellung selbst.

V

Seit Ausstellungseröffnung Ende Oktober 1999 haben, wie schon angeführt, bereits knapp 250.000 Menschen die *Dokumentation Obersalzberg* besucht. Überwiegend handelt es sich um deutschsprachige BesucherInnen — darunter viele aus dem nahe gelegenen Salzburger Land —, doch verzeichnet das Gästebuch BesucherInnen aus aller Welt: mehrheitlich wiederum AmerikanerInnen, ItalienerInnen und HolländerInnen, aber auch BesucherInnen aus Tschechien, Russland, Ungarn, Schweden, Finnland, Israel, Südafrika, Japan usw. Ein knappes Viertel der BesucherInnen stellen SchülerInnen (im Jahr 2000 rund 10 Prozent, 2001 16 Prozent), StudentInnen (2001 3 Prozent), Bundeswehr-Soldaten und andere TeilnehmerInnen von politisch-historischen Bildungseinrichtungen, überdurchschnittlich hoch ist der Anteil von SchülerInnen- und anderen Gruppen aus Österreich. Vielfach werden in Berchtesgaden stattfindende Tagungen und Lehrgänge mit einem Besuch in der Ausstellung verbunden.

Nachdem im ersten Jahr nach Ausstellungseröffnung die *Dokumentation Obersalzberg* mit 120.000 BesucherInnen bereits einen unerwartet hohen Andrang registrierte, konnte im zweiten Jahr eine Steigerung um 13,66 Prozent verzeichnet werden. Berchtesgaden ist ein klassisches Sommerurlandsgebiet und verfügt nicht über ein großes zusammenhängendes Skigebiet, so dass die BesucherInnenzahlen im Winter generell niedrig liegen. Dies weist auf das verschiedenartige Publikum während der Winter- und Sommersaison hin: Kommen im Winter die Besucher in erster Linie gezielt wegen der *Dokumentation Obersalzberg* nach Berchtesgaden und auf den Obersalzberg, so überwiegt im Sommerhalbjahr das ursprünglich erwartete Freizeitpublikum, das die Ausstellung während ihres Erholungsurlaubes aufsucht.

Den „typischen“ Besucher / die „typische“ Besucherin in der Ausstellung gibt es nicht. Vielmehr ist das Spektrum in Bezug auf Vorkenntnisse, Interessen, Intentionen und Erwartungen ein Spiegelbild der Bevölkerung. Die durchschnitt-

liche Verweildauer in der Dokumentation beträgt im Sommer 1 bis 1,5, im Winter ca. 2 Stunden. Dabei lassen sich zwischen den einzelnen Besuchern und Besucherinnen jedoch große Unterschiede feststellen. Während sich viele nicht mehr als eine Stunde Zeit nehmen, verweilen andere allein eine Stunde in den Hör- und Filmräumen des Bunkers oder beschäftigen sich intensiv mit bestimmten Teilen der Ausstellung. Viele BesucherInnen kommen mehrfach, um sich gezielt in einzelne Sektionen und Aspekte vertiefen zu können. Die Computer ziehen zwar vor allem das jüngere Publikum an, werden aber durchaus auch von älteren Ausstellungsbesuchern und -besucherinnen angenommen. Relativ viele BesucherInnen klagen darüber, zu wenig Zeit eingeplant zu haben, nicht dagegen über die Fülle an Informationen.

Die Reaktionen von BesucherInnen und Presse sind mit wenigen Ausnahmen positiv bis geradezu überschwänglich, häufig verlassen die BesucherInnen die Ausstellung auch sehr nachdenklich. Typische Eintragungen im Gästebuch lauten: „beeindruckend“ (passim); „Ich finde das von damals nicht gut“ (ein Siebenjähriger, 4. 12. 1999); „Der weite Weg aus Augsburg hat sich gelohnt! Mit Tränen in den Augen und großer Nachdenklichkeit trete ich den Heimweg an.“ (21. 11. 1999); „Man kann zu dieser Ausstellung gratulieren. Diese gelungene und detaillierte Dokumentation versteht es ausgezeichnet, Erwachsenen und jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, die Vergangenheit zu begreifen und die Sensibilität dafür zu entwickeln, Gefahren zu erkennen, die von Personen ausgehen, welche sich in Schrift, Wort und Tat menschenverachtend verhalten“ (13. 8. 2001). Auch das Anliegen politisch-historischer Bildungsarbeit wird von den Besuchern und Besucherinnen gesehen, wenn in den Gästebüchern in Dokumentation und Homepage zum Beispiel gefordert wird, dass „die Ewiggestrigen, die Neonazis, [diese Ausstellung] unbedingt anschauen sollten“ (21. 11. 2000).

Probleme mit Rechtsradikalen, wie vor Eröffnung befürchtet, gibt es bisher nicht. Im Gegenteil: Seit Eröffnung der *Dokumentation Obersalzberg* hat nach behördlichen Erkenntnissen die Attraktivität des Obersalzbergs für die rechte Szene, vor allem an den einschlägigen „Gedenktagen“ wie dem 30. Januar und dem 20. April usw., eindeutig nachgelassen. Inzwischen wird der Obersalzberg von diesen Gruppierungen sogar gemieden — gerade dies bildet eine eindrucksvolle Bestätigung des Konzepts. Demgemäß stellen eindeutig rechtsradikale Bemerkungen im Gästebuch seltene Ausnahmen dar. Kritische Äußerungen beziehen sich vor allem auf gestalterische oder technische Lösungen sowie organisatorische Regelungen, kaum jedoch auf die Konzeption. Am häufigsten wird von — vor allem deutschsprachigen — Besuchern und Besucherinnen bemängelt, dass die Erläuterungstexte nur in deutscher Sprache angeboten werden. Wegen dieses auf die relativ geringe Ausstellungsfläche zurückzuführenden Mankos wird englisch- und französischsprachigen Besuchern und Besucherinnen eine Broschüre mit den wichtigsten Texten kostenlos zur Verfügung gestellt.

Einerseits wegen der beengten räumlichen Verhältnisse, die Gruppenführungen in Spitzenzeiten ungemein erschweren, andererseits als Service für die nicht deutschsprachigen BesucherInnen wurde vom Institut für Zeitgeschichte ein Audio-Guide entwickelt, der zunächst in deutscher und englischer Sprache angeboten wird. Darüber hinaus werden auch weiterhin persönliche Führungen angeboten werden, bei denen auf die besonderen Interessen der jeweiligen Gruppe individuell eingegangen werden kann. Aus Kapazitätsgründen können Führungen durch Mitarbeiter des Institut für Zeitgeschichte allerdings nur in begründeten Ausnahmefällen übernommen werden. In Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Zeitgeschichte und dem Katholischen Bildungswerk Berchtesgadener Land e.V., das sich bereit erklärt hat, den Führungsdienst zu übernehmen, werden vor Ort Kräfte für Führungen ausgebildet.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die *Dokumentation Obersalzberg* von Schulklassen, d. h. Schülern und Schülerinnen ab Jahrgangstufe 9, sehr gut angenommen wird. Wiederholt berichteten LehrerInnen, wie begeistert und intensiv sich ihre SchülerInnen im Gegensatz zum normalen Schulunterricht mit der Materie auseinandergesetzt hätten. Als Grundlage für den Unterricht werden gegenwärtig in Zusammenarbeit von Institut für Zeitgeschichte und Museumspädagogischem Zentrum München (MPZ) professionelle Arbeitsunterlagen entwickelt. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat für solche Aufgaben zwei Lehrkräfte für je einen Tag in der Woche abgeordnet. Geplant ist ein Ringbuch, das neben allgemeinen Hinweisen und Anregungen für einen Besuch in der *Dokumentation Obersalzberg* u. a. auch Hintergrundinformationen, Folien mit den historischen Karten sowie ausgewählte Dokumente und Fotos der Ausstellung enthalten soll. Zusammen mit dem Begleitband „Die tödliche Utopie“, einer VHS-Kassette mit den Filmen der Ausstellung und einer CD mit den Tondokumenten (Letzteres in Kooperation mit dem Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt am Main) soll so ein Medienpaket entstehen, das nicht nur für Schulen, sondern für alle Mittler politischer Bildung wie z. B. Bundeswehr oder Volkshochschulen geeignet ist. Dank des Engagements des Museumspädagogischen Zentrums München ist die Grundfinanzierung dieses Projektes gesichert. Eine Erweiterung der Räumlichkeiten im Tiefgeschoß durch einen Anbau wird die bisherige beengte Raumsituation verbessern und die Möglichkeit schaffen, Schulungs- und Besprechungsräume für Schulklassen u. Ä. zu integrieren.

Zwei außerordentlich erfolgreiche Jahre liegen hinter der *Dokumentation Obersalzberg*. Allerdings gibt es weiterhin vielfältige Aufgaben für die Zukunft, soll sie — als erste umfassende Dauerausstellung über die wesentlichen Aspekte des Nationalsozialismus — auch weiterhin ihrem Auftrag gerecht werden, den Besucher im Gästebuch so formuliert haben: Als „eine gelungene Ausstellung über eine schreckliche Zeit“ (3. 7. 2001), als „ein Muss für jeden ... — jung und

alt —, um die Vergangenheit besser zu verstehen und die Zukunft besser gestalten zu können“ (13. 7. 2001).

DOKUMENTATION OBERSALZBERG

Salzbergstraße 41, D-83471 Berchtesgaden
 Tel.: ++49 (0) 8652/ 94 79 60, Fax: ++49 (0) 8652/ 94 79 69
 e-mail: info@obersalzberg.de, Internet: www.obersalzberg.de

Öffnungszeiten:

April bis Oktober: 9.00 bis 17.00
 Uhr (letzter Einlass 16.00 Uhr)
 November bis März: 10.00 bis
 15.00 Uhr (letzter Einlass
 14.00 Uhr)
 Montags geschlossen
 Außerdem geschlossen 1. Januar
 und 1. November sowie am 24., 25.
 und 31. Dezember

Eintrittspreise:

Erwachsene € 2.50
 Behinderte (mit Ausweis) € 1.50
 LehrerInnen, SchülerInnen,
 StudentInnen, Soldaten (mit
 Ausweis), Zivildienstleistende (mit
 Ausweis), Kinder: frei
 Größere Gruppen (z. B.
 Schulklassen, Reisegruppen u. Ä.)
 werden aus organisatorischen
 Gründen um Anmeldung gebeten.

Führungen:

Es wird ein Audio-Guide in
 deutscher und englischer Sprache
 angeboten.

Leihgebühr: € 2.–

Persönliche Führungen auf
 Nachfrage

Kosten pro Führung (bis zu
 25 Personen): € 50.–

Begleitband:

Die tödliche Utopie. Bilder, Texte,
 Dokumente, Daten zum Dritten
 Reich, hrsg. v. Horst Möller /
 Volker Dahm / Hartmut Mehringer
 unter Mitarbeit v. Albert A. Feiber,
 3., erw. u. überarb. Aufl.,
 München 2001.

Format: 165 x 240 mm, 600 Seiten,
 über 450, großenteils farbige
 Abbildungen, 18 historische Karten,
 mit einer detaillierten Chronik
 1919–1945, Personen-, Orts- und
 Organisationsregister sowie
 Exponatnachweis.

ISBN 3-9807890-0-4

Preis in der Ausstellung: € 11.–,
 sonst empfohlener Preis € 16.80

Bestelladresse:

Institut für Zeitgeschichte
 Leonrodstraße 46 b
 D-80636 München
 Tel.: ++49 (0) 89/ 12 688 – 0
 Fax: ++49 (0) 89/ 123 17 27
 e-mail: katalog@obersalzberg.de

BARRY McLOUGHLIN

ÖSTERREICHER ALS SONDERFALL?

Neue Fakten und Erkenntnisse über die
 Opfer des „Großen Terrors“ in der Sowjetunion

1. Einleitung

Die in den letzten zwölf Jahren publizierten Studien über Österreicherinnen und Österreicher in der UdSSR zwischen 1925 und 1945 spiegelten den jeweiligen Stand der Stalinismusforschung wider.¹ Diese Arbeiten fußten vorwiegend auf personenbezogenen Recherchen, die erst durch das Rehabilitierungsgesetz der Russischen Föderation vom 18. Oktober 1991 ermöglicht wurden. Das Gesetz wurde kurz nach dem gescheiterten KP-Putsch verabschiedet und trat in Kraft, als die KPdSU einem mehrmonatigen Betätigungsverbot unterlag. Das Rehabilitierungsgesetz gewährte allen seit 1917 Repressierten, deren Verwandten oder Personen ihres Vertrauens, Einsicht in die Untersuchungs-, Gefängnis-, Gulag- und sonstigen Personenakten. Historiker konnten durch in Österreich ausgestellte Vollmachten Unterlagen sicherstellen und kopieren, vor allem die von der Geheimpolizei NKWD angelegten Untersuchungsakte, sowie Kaderakte der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) im Moskauer Archiv RGASPI (ehemaliges Zentrales Parteiarchiv des ZK der KPdSU). Es stellte sich bald heraus, dass Gulag-Dossiers nur selten eingesehen werden konnten, weil sie meistens in weit abgelegenen Regionen, am Ort der Inhaftierung, archiviert sind.

Die Resultate dieser ersten Phase der Forschungstätigkeit, die bis etwa 1995 andauerte, glichen der Arbeit eines Waldvermessers, der zwar die einzelnen Baumarten eines Forstreviers identifizieren und markieren kann, jedoch über keine allgemeine Karte des ihm zugewiesenen Arbeitsbereichs verfügt. Mono-

¹ Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt/1990; ders., Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion, Wien 1991; ders. (unter Mitarbeit von Natalja Mussijenko), Kinderheim Nr. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil, Wien 1998; Barry McLoughlin / Hans Schafranek / Walter Szevera, Hoffnung—Aufbruch—Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945, Wien 1997; DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) (Hrsg.), Österreicher im Exil — Sowjetunion 1934–1945. Eine Dokumentation. Einleitung, Auswahl und Bearbeitung: Barry McLoughlin und Hans Schafranek, Wien 1999.

graphien zum Schicksal der Ausländerenklaven in der UdSSR² wiesen damals einen Mangel auf, der sich am besten mit „Ungleichzeitigkeit der Erkenntnisse“ charakterisieren lässt: Man wusste zwar relativ viel über individuelle Opfer, es fehlten jedoch grundlegende Kenntnisse über die Repressionspolitik der Kommunistischen Internationale (Komintern), die als Komplizin und Zuträgerin des NKWD fungierte. Es fehlte gleichermaßen an Wissen über die Entscheidungsprozesse innerhalb des Politbüros der VKP(b), die ab 1935, insbesondere aber in den Jahren 1937–1938, landesweite Verhaftungswellen gegen bestimmte Bevölkerungsschichten, Ausländer inbegriffen, auslösten.

Weshalb Schlüsseldokumente zur Geschichte des stalinistischen Terrors der späten 1930er Jahre nicht gleich nach dem Rehabilitierungsgesetz einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurden, hing mit den sich rasch verändernden politischen Konstellationen, aber auch mit rein technischen Problemen zusammen. Mit dem Erstarken des kommunistischen Wählersektors als wichtigste Opposition gegen die Jelzin-Administration traten restaurative und übervorsichtige Verhaltensmuster im Beamtenapparat wieder in Erscheinung, nicht zuletzt in den staatlichen Archiven. Zugangsmodalitäten wurden verschärft und wichtige Aktenkomplexe für geschlossen erklärt. Das war eine Folge des Archivgesetzes vom 17. März 1994. Bis dahin hatte ein rechtsfreier Raum existiert, den Forscher aus dem Ausland nicht nur ausgenutzt, sondern auch missbraucht hatten, indem sie mit gekauften Dokumenten „Skandale“ in der westeuropäischen Presse inszenierten. Seitdem entspricht die Situation in russischen Archiven hinsichtlich der

² Besonders im Hinblick auf die deutschsprachige Emigration in die UdSSR sowie auf die Involvierung von Kominternstrukturen in die Massenrepression ist eine Reihe von Werken erschienen, die sich hauptsächlich auf russische Archivalien stützt: Reinhard Müller (Hrsg.), *Die Säuberung*. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, Reinbek bei Hamburg 1991; ders., *Die Akte Wehner*. Moskau 1937 bis 1941, Berlin 1993; Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. 2., erw. Neuaufll., Frankfurt/Main 1990; Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *Von der Utopie zum Terror*, Wien 1994; Peter Huber, *Stalins Schatten in die Schweiz*. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern, Zürich 1994; Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), *In den Fängen des NKWD*. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991; Carola Tischler, *Flucht in die Verfolgung*. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil — 1933 bis 1945, Münster 1996; Oleg Dehl (unter Mitarbeit von Simone Barck, Natalia Mussienko u. Ulla Plener), *Verratene Ideale*. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren, Berlin 2000; Hermann Weber / Ulrich Mähler (Hrsg.), *Terror*. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn 1998; Hermann Weber / Dietrich Staritz (Hrsg.), *Kommunisten verfolgen Kommunisten*. Stalinistischer Terror und ‚Säuberungen‘ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993; Tauno Saarela / Kimmo Rentola (Hrsg.), *Communism National and International*, Helsinki 1998; Mikhail Narinsky / Jürgen Rojahn (Hrsg.), *Centre and Periphery*. The History of the Comintern in the Light of New Documents, Amsterdam 1996.

Freigabe von Archivalien (75 Jahre Sperre für personenbezogene Unterlagen) den internationalen Normen. Andererseits besteht noch eine Grauzone, in der der Zugang zu allen als „Staatsgeheimnis“ apostrophierten Dokumenten, die Anfang der 1990er Jahre zur freien Einsicht auflagen, willkürlich erteilt wird.

Die technischen Gründe für die „Ungleichzeitigkeit der Erkenntnisse“ bestanden darin, dass miteinander kooperierende Archivare des FSB (Nachfolgeorganisation des KGB) und Aktivisten demokratischer Organisationen (z. B. Memorial) Jahre benötigten, um die Millionen von Strafakten zu sichten und sie rechnergestützt zu erfassen. Schon im Januar 1989 wies der Oberste Sowjet der UdSSR lokale Gebietsverwaltungen und KGB-Leitungsorgane an, die Standorte von geheimen Hinrichtungen ausfindig zu machen und dort Denkmäler zu errichten.³ Gemäß den Richtlinien des Rehabilitierungsgesetzes veröffentlichte die Tagespresse regelmäßig Listen von Erschossenen. Die FSB-Offiziere, die die Opferunterlagen den Familienangehörigen aushändigten und für Beziehungen zu Presse und Fernsehen verantwortlich waren, mussten zudem selber Geschichtsforschung betreiben, da sie von Gesetzes wegen verpflichtet waren, den Verwandten der Opfer die Hinrichtungsstelle zu nennen. Außerdem mussten diese Offiziere der Presse Archivmaterial über Täter im NKWD-Dienst oder innerhalb der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stellen.

Schließlich beschloss der Oberste Sowjet der Russischen Föderation Ende März 1992, dass die in allen Teilen des Landes gebildeten Rehabilitierungskommissionen Gedenkbücher (*knigi pamjati*) mit Kurzbiographien der Hingerichteten herausgeben sollten. Diese Art der Geschichtsaufarbeitung wurde auch von den anderen Republiken der ehemaligen UdSSR übernommen. Die Bände enthalten, neben den Lebens- und Haftdaten der Opfer, manchmal auch in vollem Wortlaut „geheime“ Dokumente zentraler Stellen der VKP(b) und des NKWD. Meistens wird auch eine Kurzdarstellung der Massenverfolgung in der fraglichen Region mitveröffentlicht, vor allem in Bezug auf die Schwerpunkte „Dekulakisierung“ der Bauernschaft (1929–1931) und *massoperazii* (Massenoperationen) der Polizei in den Jahren 1937–1938.

Diese einzigartige Quellengattung ist bisher nur selten in das Blickfeld westlicher Forscher gelangt. Zum einen, weil die Bücher nicht zu kaufen sind, sondern den Opferfamilien und Bibliotheken geschenkt werden, zum anderen, weil sie fernab der großen Städte in Druck gehen. Inzwischen sind aber viele regionale Datenbasen von Opferbiographien im Internet abrufbar, beispielsweise auf der Homepage von Memorial (www.memo.ru) und des Moskauer Sacharow-Zent-

³ Wenn nicht anders angeführt, finden sich alle im Text erwähnten Regierungs-, Partei- und Polizeiklassen in: E. A. Sajzew (Hrsg.), *Sbornik zakonodatelnych i normativnych aktov o repressijach i rehabilitazii shertw polititscheskich repressii*. Isdanie Werchovnogo Soveta Rossijskoi Federazii, Moskau 1993.

rums (www.sakharov-center.ru), die zusätzlich Hunderte, oft mehrbändige Gedankbücher in ihren Bibliotheken gesammelt haben.

Die Veröffentlichung von Dokumenten, die Schlüsse auf den zentral gelenkten Charakter des Massenterrors unter Stalin und NKWD-Chef Jeshow — im Volksmund heißt die Periode September 1936 bis November 1938 *Jeshowschtschina* — ziehen lassen, ist oft von politischem Kalkül bestimmt. Während der Amtsperiode Jelzins erschienen vor wichtigen Wahlen im abendlichen Fernsehprogramm Dokumentarfilme über die Verbrechen der Bolshewiki, oder es wurden Broschüren über den „Roten Terror“ vor den Wahllokalen verteilt. Eine andere Taktik bestand darin, „befreundete“ Journalisten ins Zentrale Archiv des FSB einzuladen. Ihnen wurden Dossiers über die Verbrechen von Stalins Henkern, oft Exzerpte aus den Strafakten bekannter Intellektueller, zum Lesen gegeben. Die daraus resultierenden Publikationen sollten die Rehabilitierung prominenter NKWD-Kader verhindern, da Täter wie Jagoda, Jeshow, Berija und andere nicht aufgrund der von ihnen begangenen oder befohlenen Verbrechen hingerichtet wurden. Man klagte sie als Spione für einen ausländischen Staat an.⁴ Ihre Kinder hatten daher das Recht, die gesetzliche Rehabilitierung zu fordern. Es liegt im Interesse der demokratischen Öffentlichkeit, dass die moralische Rehabilitierung auf schuldlose Opfer beschränkt bleibt, und nicht, wie unter Chruschtschow, auch auf schwer kompromittierte Kader aus Partei und Geheimpolizei ausgedehnt wird.⁵

Trotzdem fällt die historiographische Ausbeute der liberalen Jahre 1992–1995 imponierend aus. Die wichtigsten Publikationen, hauptsächlich Dokumenteneditionen, berühren folgende Themen:

- Die Struktur der sowjetischen Geheimpolizei und Lebensläufe ihrer führenden Kader⁶

⁴ Siehe z. B. dazu: Witali Schentalinski, Das Auferstandene Wort. Verfolgte russische Schriftsteller in ihren letzten Briefen, Gedichten und Aufzeichnungen. Aus den Archiven sowjetischer Geheimdienste, Bergisch Gladbach 1996; Arkadi Waksberg, Die Verfolgten Stalins, Reinbek bei Hamburg 1993.

⁵ So wurde S. F. Redens, der Schwager Stalins, der als NKWD-Gebietsleiter der Moskauer *trojka* vorstand und für die Hinrichtung von 10.000 Menschen verantwortlich war, rehabilitiert. Andere führende Täter wurden Anfang der 1990er Jahre rehabilitiert, beispielsweise S. M. Weisager, 1937 gleichzeitig Innenminister der Mordwinischen SSR (RSFSR) und Vorsitzender der dortigen *trojka*. Siehe dazu: Nikita Petrov, „Paradoksy rehabilitazii“, 30. Oktjabrja, Nr. 10, 2000 (Memorial-Moskau), S. 11.

⁶ Für Hinweise auf diese russischsprachigen Werke siehe die ausführliche Liste in: Barry McLoughlin, „Vernichtung des Fremden“: Der „Große Terror“ in der UdSSR 1937/38. Neue russische Publikationen, in: Hermann Weber et al. (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001, Berlin 2001, S. 52–53 (Anm. 6 bis 21).

- Die Korrespondenz der Partei- und Staatsführung aus den Jahren 1928–1941 sowie Stimmungsbilder aus dem Volk
- Protokolle des Februar-März Plenums des Zentralkomitees der VKP(b) 1937; Tagesordnungen der Politbüro-Sitzungen, 1919–1929 und 1930–1939
- Die historische Entwicklung des Gulagsystems
- Die Massenverfolgung von Einwohnern deutscher, polnischer, griechischer und finnischer Nationalität sowie Angehörige der Roten Armee
- Studien zur Politik des Politbüros in deutscher und englischer Sprache⁷

2. Neue Erkenntnisse

1995 waren die Umriss für eine archivalisch fundierte Neuanalyse der *Jeshowschtschina* kaum auszumachen. Bis dahin waren neue Fakten nur in Zeitungsartikeln erschienen, die sich entweder mit dem Aufstieg und Fall von Jeshow befassten⁸ oder einige seiner Befehle zur Massenrepression diverser Volkskontingente enthielten, allerdings nur bruchstückhaft und kommentarlos.⁹ Das führte meinerseits zu einer Überbewertung der Ausgrenzungs- und Denunziationsmechanismen innerhalb der Schutzbundkollektive (Moskau, Leningrad, Charkow, Gorky und Rostow am Don) als Hauptursachen für die Verfolgung der Kollektivmitglieder.¹⁰

Nach Aneignung der in Russland publizierten Literatur wurde klar, dass bisherige Deutungen zu kurz gegriffen hatten: Die Mehrzahl der Strafanklagen, die „Deutschstämmige“ betrafen, wurden 1937–1938 und im Sommer 1941 zusammengestellt. Sie basierten auf einer Mischung von großrussischem Chauvinismus und stalinistischer Staatsräson und wurden prophylaktisch gegen eine vermeintliche „Fünfte Kolonne“ eingesetzt. In einer Atmosphäre geschürter Kriegsangst (1937–1938) und schließlich nach Ausbruch des Krieges 1941 kam es zu einer Radikalisierung und Ausweitung der Massenverfolgung. Auch die „Verschiebung“ bzw. Vertreibung von ethnischen Minderheiten vor 1939 (Polen, Ko-

⁷ Oleg W. Chlewnjuk, Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998. Der Band ist umfangreicher als die russische Erstausgabe (Politbjuro. Mechanizmy polititscheskoi vlasti w 1930-e gody, Moskwa 1996); J. Arch Getty / Oleg V. Naumov (Hrsg.), The Road to Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks, 1932–1939, New Haven – London 1999.

⁸ Wolja (Moskau), Nr. 2–3, 1994, S. 87–100, 101–132; Moskowskie Nowosti, Nr. 5, 30. Jänner 1994.

⁹ Trud, 4. Juni 1994, S. 1; Memorial-Aspekt, Nr. 1, Juli 1993, S. 2.

¹⁰ Barry McLoughlin, Die Schutzbundmigration in der UdSSR: Neue Funde und Erkenntnisse aus Moskauer Archiven, in: DÖW (Hrsg.), Jahrbuch 1994, Wien 1994, S. 97–105.

reaner) oder während des Zweiten Weltkrieges (Tschetschenen, Wolgadeutsche, Krimtataren usw.) sind in diesem Kontext zu sehen.

Bildete die Verfolgung ehemaliger Parteioppositioneller einen wesentlichen Bestandteil der „Opferselektionsstrategie“ des NKWD bis etwa 1936, so richtete sich der staatliche Terror in den darauf folgenden zwei Jahren in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß gegen die Gesamtbevölkerung:

Tabelle 1
Statistik „Konterrevolutionäre Verbrechen“ — Verurteilungen

Jahr	Anzahl	Hinrichtungen
1936	114.383	1.118
1937	790.665	353.074
1938	554.258	328.618

Quelle: V. Kudrjazow und A. Trusow, Polititscheskaja justizija v SSSR (Moskau 2000), S. 314.

Welche Entwicklungen resultierten in den Massenoperationen der Geheimpolizei, die im Sommer 1937 begannen? Zunächst muss auf die seit Lenins Ableben stark veränderten Herrschaftsmechanismen hingewiesen werden — vom Prinzip des *primus inter pares* zur Diktatur Stalins. Das Politbüro, das höchste Gremium im Lande, verkam zum Konsultationsorgan des Kremlherrn und tagte 1936 lediglich neunmal, während es 1931 noch 94 Sitzungen abgehalten hatte.¹¹ Anstelle formeller Sitzungen des Politbüros wurde zunehmend zu Umfrageverfahren (*opros*) gegriffen, d. h. die Absegnung durch Unterschrift oder im Telefongespräch der von Stalin getroffenen Entscheidungen.¹²

Zwei Entschlüsse von großer Tragweite — die Abschaffung der Rekursverfahren in „terroristischen“ Verfahren und die sofortige Erschießung des Angeklagten (1. Dezember 1934) sowie die Ernennung Jeshows zum neuen NKWD-Kommissar (September 1936) — fällt Stalin im Alleingang. Die Zustimmung des Politbüros holte er erst nachträglich ein. Die Berufung Jeshows zum obersten Polizisten des Landes war ein Novum. Denn er war der erste Chef des Sicher-

¹¹ Chlewnjuk, Das Politbüro, S. 377.

¹² Chlewnjuk, Politbjuro. Mekhanizmy, S. 164.

heitsapparates, der nicht aus den Reihen der Tscheka (das populäre Akronym für die Geheimpolizei) kam, sondern sich als Parteifunktionär mit Stalins Wohlwollen hochgedient hatte. Ihre Zusammenarbeit prägte die Terrorjahre 1937–1938, in denen Jeshow zum zweithäufigsten Besucher in Stalins Kabinett (1.111 Stunden) avancierte und in dieser Hinsicht nur von Premierminister Molotov (1.454 Stunden) übertroffen wurde.¹³ Der Diktator und sein Polizeichef stellten ein „theoretisches“ Sammelsurium zusammen, das als ideologische Begründung für die Sammelanklagen in den drei großen Schauprozessen (1936, 1937, 1938) diente.¹⁴

Vor diesem neuen Machtarrangement traten drei Entwicklungen auf, die sich gegenseitig beeinflussten, die Wagenburgmentalität der bolschewistischen Führungselite festigten und sie schließlich zu einem Rundumschlag gegen „Feinde“ aller Art veranlassten:

Erstens, die Gefahr eines Zweifrontkrieges. 1936 hatten die westlichen Demokratien auf drei von deutscher Seite begangene Verstöße gegen die Versailler Nachkriegsordnung nicht eingegriffen — den Einmarsch in das Rheinland, die Bildung des „Anti-Kominternpaktes“ (Deutschland, Japan und Italien) und die Intervention auf Seiten der Faschisten im Spanischen Bürgerkrieg. Aus Stalins Sicht kam erschwerend hinzu, dass Hitler das seit 1935 sorgfältig vorgetragene Verständigungsangebot der Sowjets im März 1937 brüsk abwies.¹⁵ Gleichzeitig tobte der Eroberungskrieg der Japaner in China, ein Konflikt, der immer wieder zu Grenzscharmützeln mit der Roten Armee in der Mandschurei führte. Emigranten in der Sowjetunion aus diesen „Aggressorenationen“ mutierten allmählich zu Angehörigen einer „Fünften Kolonne“ und zwar ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit (Pass) und politischer Ansichten.

Zweitens, Probleme in der Planwirtschaft. Die Planvorgaben in der Industrie wurden nicht erfüllt und man war mit den Folgen der desaströsen Ernte des Jahres 1936 konfrontiert. So begann eine neue Kampagne gegen „Schädlinge“ und „Saboteure“, die als Sündenböcke für die Lebensmittelknappheit oder für Havarien in Betrieben oder im Eisenbahnsystem herhalten mussten. Bereits 1930 hatte Stalin die Erschießung von höheren Beamten in den Trusts für Fleisch, Fisch und Gemüse in seiner Korrespondenz mit Molotov verlangt. Achtundvierzig Manager dieser Branchen wurden im September und Oktober 1930 exekutiert.¹⁶ Die Anzahl solcher Anklagen nahm Mitte der 30er Jahre sprunghaft zu.

¹³ Chlewnjuk, Das Politbüro, S. 380.

¹⁴ Siehe ausführlich dazu: Wladislaw Hedeler, „Jeshows Szenario. Der Moskauer Schauprozess 1938“, in: Mittelweg 36, Jg. 7, April–Mai 1998, S. 61–78.

¹⁵ Geoffrey Roberts, The Soviet Union and The Origins of the Second World War. Russo-German Relations and the Road to War, London 1993, S. 21–48.

¹⁶ Lars T. Lih / Oleg V. Naumov / Oleg V. Khlevniuk, Stalin's Letters to Molotov, 1927–1936, New Haven – London 1995, S. 213–215. Für Kurzbiographien der Opfer siehe: Memorial

Drittens, die „Wiederbetätigung“ traditioneller Feinde. Die Forderung nach einer drastischen Abrechnung mit den für unbelehrbar gehaltenen Feinden kam aus der Partei, hauptsächlich im Zusammenhang mit Demokratisierungstendenzen, welche die neue Verfassung von 1936 in Aussicht stellte. Denn viele Unterorganisationen der VKP(b) und fanatische Stalinisten nahmen Anstoß daran, dass das Wahlrecht vermeintlichen Anhängern des zaristischen Regimes nach 10 Jahren wieder eingeräumt werden sollte. Beunruhigend für manche Parteikader in der Provinz war außerdem die Absicht der Regierung, für die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR im Dezember 1937 mehrere Kandidatenlisten zuzulassen. Das wurde schließlich am Vortag des Urmenganges abgeändert und nur mehr ein einziger Kandidat per Wahlkreis erlaubt.¹⁷

Aus der Sicht der Parteifunktionäre gab es noch ein beachtliches Reservoir an „Unzuverlässigen“: nämlich die 1,5 Millionen ehemaligen Kommunisten, die seit 1922 aus der Partei ausgestoßen worden waren. Georgii Malenkow, zuständig für Kaderfragen im Zentralkomitee, wies Stalin auf diese „Gefahr“ hin, zuletzt in einem Bericht vom Februar 1937. Besonders hob er hervor, dass in einigen Großbetrieben die Anzahl der Parteimitglieder von jener der Ausgeschlossenen oder von Mitgliedern der Bruderparteien (Ausländer) übertroffen worden sei.¹⁸ Im selben Monat tagte das Plenum des ZK und ein Redner nach dem anderen prangerte jene Volksschichten an, die das Regime angeblich bedrohten:

Erstens, die aus ihrem sibirischen Exil nach Hause gekehrten „Kulaken“, die nun ihr Land zurückverlangten oder aus dem Heimatort geflüchtet und in der Industrie „untergetaucht“ waren.¹⁹

Zweitens, wie Shdanow meinte, betreibe der dörfliche Klerus konterrevolutionäre Agitation und beabsichtige, Oppositionskandidaten bei den Dezemberwahlen aufzustellen.²⁰

Drittens sah Jaroslawskij, der Vorsitzende des „Bundes der Gottlosen“, eine Gefahr in den gläubigen Menschen, die in 39.000 religiösen Gemeinden mit über einer Million Aktivisten ihren Glauben praktizierten.²¹ Das Politbüro war diesbe-

(Hrsg.), *Rasstrel'nye Spiski*. Wypusk 2. Wagan'kowskoe kladbischtsche, 1926–1936, Moskau 1995, S. 87–97.

¹⁷ J. Arch Getty, *State and Society under Stalin: Constitution and Elections in the 1930s*, in: *Slavic Review*, 1 (50) 1991, S. 18–35.

¹⁸ Oleg Khlevniuk, *The Objectives of the Great Terror, 1937–1938*, in: Julian Cooper et al. (Hrsg.), *Essays in Honour of R. W. Davies*, London 1995, S. 158–176, hier S. 159–160.

¹⁹ *Woprosy Istorii*, 6, 1993, S. 6, 25–27.

²⁰ *Woprosy Istorii*, 5, 1993, S. 4–5.

²¹ Ebenda, S. 14–15.

züglich alarmiert, denn die im Jänner 1937 durchgeführte und bald zur „Geheimsache“ erklärte Volkszählung hatte ergeben, dass 55 Millionen Menschen, d. h. 57 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, sich als „gläubig“ deklarierten.²²

So wurden die wichtigsten Opferkontingente der im Planungsstadium begriffenen Massenrazzien vorgezeichnet — Ausländer, „Wirtschaftsschädlinge“, „Kulaken“ und Gläubige. Die am meisten gefährdeten Ausländer waren Emigranten aus Polen, Deutschland und dem Baltikum, ferner Angehörige „unzuverlässiger“ (besonders im Kriegsfall) nichtrussischer Ethnien, vor allem Koreaner und Chinesen. Eine besondere Position nahmen Tausende Russen ein, die nach dem Verkauf der Nordchinesischen Eisenbahn von der mandchurischen Stadt Charbin in die UdSSR repatriert wurden. Gleich Japanern oder Chinesen galten „Charbinzy“ als „Spione“. Was die westlichen Emigranten betrifft, war der Blutzoll unter den Polen am höchsten. Sie galten seit langem als besonders russenfeindlich. Die Bolschewiki übernahmen diese Auffassung, die durch den verlorenen Krieg 1920 mit Pilsudski-Polen noch verstärkt wurde. Zudem hatte das autoritär regierte Polen nicht nur einen Beistandspakt mit der Sowjetunion in Bezug auf die baltischen Länder abgelehnt, sondern ein Nichtangriffsabkommen mit Nazi-Deutschland 1934 abgeschlossen.²³

Die Ende Juli, Anfang August 1937 in Gang gesetzten Massenoperationen des NKWD gegen diese Opfergruppen traf die Bevölkerung völlig unerwartet, da die Razzien „ideologisch“ nicht angekündigt waren und im Geheimen abliefen. Zeitungsleser hatten bis zu diesem Zeitpunkt lediglich den Verlauf der Schauprozesse (August 1936, Jänner 1937) verfolgen können. Andere nahmen als Parteimitglieder und als dem System besonders ergebene Arbeiter an Massenversammlungen im Frühling und Frühsommer 1937 teil und trugen dazu bei, viele lokale Parteigrößen aus dem Amt zu jagen. Die in der blutigen „Kaderrevolution“ Umgekommenen machten jedoch nur fünf bis zehn Prozent der Opferstatistik der Jahre 1937–1938 aus.

Massoperazii trafen die Öffentlichkeit auch deswegen unvorbereitet, weil die Parteiführung es meisterlich verstand, „gemischte Signale“ auszusenden. So sagte Stalin anlässlich der Beendigung der Lebensmittelrationierung im November 1935 folgenden Satz: „Es lebt sich besser, Genossen, es lebt sich fröhlicher, und wenn es sich froh lebt, dann geht die Arbeit gut vonstatten“ — ein Trugbild für eine Ära.²⁴ Die Schaffung einer (Allunions-)Staatsanwaltschaft 1933 und die Vereinigung aller Sicherheitsagenden in einem (Allunions-)Innenministerium (NKWD) im Jahr darauf schienen Garantien zu bieten, dass der Willkür der politischen Polizei ein Riegel vorgeschoben würde. Das Politbüro

²² V. B. Shiromaskaja et al. (Hrsg.), *Polweka pod grifom 'sekretno'. Wsesojuznaja perepis' naselenija 1937 goda*, Moskau 1996, S. 98, 100.

²³ Roberts, *The Soviet Union and The Origins of the Second World War*, S. 16–18.

²⁴ J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947, S. 604 (Rede vor Stachanowisten).

befasste sich zudem mit dem gesetzlosen Tun der NKWD-Beamten (Folter, Manipulation von Beweismaterial usw.). Aber alle Reformpläne gingen in der nach dem Mord an Kirow (1. 12. 1934) geschürten Hysterie unter.²⁵ Es wurde verstärkt auf außergerichtliche Verurteilungsinstanzen zurückgegriffen, die allesamt in der Kompetenz des NKWD lagen. Weiters fiel eine Reihe von Schutzmechanismen zugunsten des Untersuchungshäftlings weg. Ein Charakteristikum der Stalinschen Epoche ist daher die Suspendierung bzw. das Ignorieren von Rechtsnormen. Beispielsweise wurde das von Stalin und Molotov am 17. Juni 1935 unterzeichnete Dekret, das die Untersuchungshaft zeitlich begrenzte und die Inhaftierung von Beamten, Armeeinghörigen und Parteifunktionären vom Sanktus des jeweiligen Ministeriums oder Parteigremiums abhängig machte²⁶, unter Jeshows Herrschaft ignoriert. Gleichfalls „suspendiert“ wurde ein Politbüro-Beschluss vom 5. Jänner 1936, der den NKWD angewiesen hatte, „Ausländerfälle“ mit Sorgfalt zu behandeln, und ihre Verhaftung nur mit Zustimmung Molotovs und des ZK-Sekretariats vorzunehmen.²⁷ In Hinblick auf die kommenden Massenoperationen teilte Hauptstaatsanwalt Wyshinskij dem Parteiaktiv seiner Behörde mit:

„Wir müssen die Weisung des Genossen Stalin in Erinnerung behalten, dass es in unserem Leben und im Leben unserer Gesellschaft Perioden und Momente gibt, wo sich Gesetze als obsolet erweisen und es notwendig ist, sie außer Kraft zu setzen.“²⁸

Als die „Anti-Kulak“-Operation unter der Befehlsnummer 00447 in den ersten Augusttagen 1937 an lief, wies Wyshinskij seine Staatsanwälte an, dass sie nun nicht mehr verpflichtet wären, Haftbefehle gegenzuzeichnen oder für die Einhaltung korrekter Untersuchungsmethoden zu sorgen, sondern „durch aktive Hilfe zur erfolgreichen Durchführung der Operation“ beitragen müssten.²⁹

Das Opferspektrum von 1937–1938 war nicht voraussehbar, auch weil die Terrorstrategie des Politbüros den hoch gepriesenen Prinzipien der „internationalen Solidarität“ oder dem Inhalt der 1936er Verfassung zuwiderliefen. Bezüglich gängiger Feindbilder betrieb Stalin ein Verwirrspiel. 1933 stellte er die pseudomarxistische These auf, dass die wachsende Stärke des sozialistischen Gemeinwesens eine Vereinigung diverser feindlicher Gruppen (Mitglieder verbotener Parteigruppen, Vertreter „absterbender Klassen“ usw.) hervorrufen könnte.

²⁵ Chlewnjuk, Das Politbüro, S. 172–180.

²⁶ Getty und Naumov, The Road to Terror, S. 187–188.

²⁷ RGASPI (Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte), 17/192/19: 24.

²⁸ Jurij Stezowskij, Istorija sowetskich repressii, tom 1, Moskau 1997, S. 131.

²⁹ B. B. Brjuchanow / E. N. Schoschkow, Oprawdenija ne podleshit. Jeshow i Jeshowschtschina, St. Petersburg 1998, S. 76–77.

Solche Menschen, meinte er, müsse man „im Auge behalten, wenn wir mit diesen Elementen schnell und ohne besondere Opfer Schluss machen wollen.“³⁰ Auf dem „Parteitag der Sieger“ 1934 verkündete er, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wäre verschwunden.³¹ 1935 unterstellte er den Kritikern des überhitzten Industrialisierungstempos, dass sie einen „Aufstand gegen das ZK“ planten und „manchen von uns mit Kugeln“ gedroht hätten.³² Auf dem Sowjetkongress ein Jahr später wiederholte er seine These von der Homogenität der sowjetischen Gesellschaft und besänftigte die Kritiker des Wahlrechts für „Weißgardisten“ und „Kulaken“ mit den Worten: „Wer sich vor Wölfen fürchtet, der gehe nicht in den Wald“.³³

Das Plenum des ZK im Februar–März 1937 bot Stalin die Plattform, um seinen bisher umfangreichsten Katalog an Feindbildern zu präsentieren:

- „Trotzkistische Schädlinge“, die im Auftrag feindlicher Staaten einige Sowjetministerien und Parteieinrichtungen infiltriert haben;
- Überreste der besiegten Ausbeuterklasse, die nun in Verzweiflung wild um sich schlagen;
- „Schädlinge“, die ihre wahren Absichten geheim halten und den gewissenhaften Arbeiter vorspielen.

Diese elastischen Kategorien fasste Stalin mit der Metapher „Wölfe im Schafspelz“, die man „demaskieren“ müsse, zusammen.³⁴

Da das Plenum das Vorhandensein eines „gigantischen Komplotts“ bestätigte, oblag es nun den Geheimpolizisten, die landesweiten „Verschwörungen“ zu zerschlagen. Während der vom August 1937 bis November 1938 andauernden Massenoperationen orientierten sich die Arresttrupps des NKWD an Beschlüssen des Politbüros, in deren Folgen 1,5 Millionen Menschen in Haft genommen wurden. Annähernd die Hälfte verurteilte man zum „Höchststrafausmaß“ (Tod durch Erschießen). Mindestens 82 Prozent aller in den Jahren 1937–1938 durchgeführten Hinrichtungen (556.360/681.692) wurden im Verlauf von Massenoperationen ausgeführt. Der Prozentsatz der verhängten Todesstrafen war bedeutend höher bei den gegen Ausländer gerichteten Operationen:

³⁰ Stalin, Fragen des Leninismus, S. 478.

³¹ Ebenda, S. 553.

³² Ebenda, S. 592.

³³ Ebenda, S. 624, 643.

³⁴ Woprosy Istorii, 3, 1995, S. 3, 11, 12.

Tabelle 2
Urteile und Massenoperationen des NKWD

Operation	Beginn	Urteile	Todesurteile	% Todesurteile
Anti-Kulak	05.8.37	767.397	386.798	50.4
Polnische	20.8.37	139.835	111.091	79.4
Deutsche	29.7.37	55.005	41.898	76.2
Lettische	03.12.37	22.360	16.573	74.1

Quelle: Publikationen von Memorial-Moskau

Über 90 Prozent der 681.000 Erschießungsurteile wurden von außergerichtlichen Instanzen, den so genannten *trojki* und *dvojki*, verhängt, der Rest vom Militärkollegium des Obersten Gerichtes (MKOG) und Militärtribunalen. Während die *trojki* für die schnelle Aburteilung „kleiner Leute“ in der einheimischen Bevölkerung und *dvojki* für Ausländer oder ethnische Minderheiten geschaffen wurden, übertrug man dem MKOG die Verantwortung für die Vernichtung von prominenten Vertretern des öffentlichen Lebens, des Parteiapparates, der Industrie und der Streitmächte. Fünfundachtzig Prozent aller MKOG-Urteile in den Jahren 1936 bis 1938 waren Todesurteile.³⁵

Die „Anti-Kulak“-Operation (Nr. 00447) sah ursprünglich die Verhaftung von 268.950 Personen vor, von denen 75.950 erschossen werden sollten. Das um vieles höhere Ergebnis dieser Kampagne gegen sowjetische Bauern und Arbeiter (767.367/386.798) ist auf den Mechanismus zurückzuführen, zusätzliche Planziffern (*limity*) für die Provinzleitungen des NKWD anzuordnen bzw. zu genehmigen — entweder durch einen Beschluss des Politbüros oder aufgrund der telegrafisch zugestellten Zustimmung Jeshows auf ein „Erhöhungsansuchen“ des Staatssicherheitsdienstes vor Ort.

Operationen gegen ausländische Opfer unterlagen hingegen keinen *limity* und, wie die Statistik zeigt, lautete das Urteil meistens auf Tod durch Erschießen. Die mörderische Dynamik von *massoperazii* beschleunigte sich durch zwei weitere Faktoren. Erstens, da jeder Gefangene unter Folter gezwungen wurde, die

³⁵ Zwischen 1. Oktober 1936 und 30. September 1938 verurteilte das MKOG 36.157 Menschen, 30.514 von ihnen zum Tode. Siehe dazu: A. N. Dugin, *Neiswestnyj Gulag. Dokumenty i Fakty*, Moskau 1999, S. 16.

Namen seiner „Mitverschwörer“ preiszugeben, schwoll die Zahl der zu Verhaftenden und folglich auch jene der „Quotenerhöhungen“ an. Zweitens nahm der NKWD intern eine Präzisierung der „Feinde“ vor und sorgte dadurch für eine erhebliche Ausweitung des Opferpotentials. Tatsächliche oder potentielle Rückfall- und Wiederholungstäter aus dem kriminellen Milieu³⁶ sowie „Überläufer“, oft jüdischer Herkunft, die Jahre zuvor die Grenze zwischen Polen und der UdSSR illegal passiert hatten, wurden erfasst.³⁷

Zusammenfassend ist über die *Jeshowschtschina* festzustellen, dass zwischen 60 und 80 Prozent der Opfer aus der werktätigen Bevölkerung stammten, wie folgende statistische Auswahl aus den Angaben in den Strafsakten veranschaulicht:

Tabelle 3
Soziologische Zusammensetzung der Opfer in Prozent

Region	Zeit	Arbeiter	Bauern	Intelligenz
Altai	1917–1953	19,6	57,6	22,2
Kemerowo	1928–1953	54,8	11,4	21,4
Kursk	1930–1940	21,3	39,3	35,2
Leningrad	8,9/37	41,1	29,2	–
Leningrad	10/37	44,1	22,9	–
Leningrad	11/37	34,5	16,4	7,2
Moskau	1937–1938	52,6	3,4	–
Nowgorod	1930–1936	16,2	63,6	15,6
Nowgorod	1937	25,6	52,2	15,2
Nowgorod	1938	46,3	34,1	15,2
Tomsk	1930–1940	32,0	32,0	16,0

Quelle: Knigi pamjati.

³⁶ A. Ju. Rasumow (Hrsg.), *Leningradskij Martirolog, 1937–1938*, tom 1, avgust–sentjabr' 1937 goda, St. Petersburg 1995, S. 47–48.

³⁷ V. N. Uimanow / Ju. A. Petruchin (Hrsg.), *Boj' ljudskaja*, tom 4, Tomsk 1994, S. 182.

In den Großstädten Leningrad und Moskau war der Anteil von Ausländern an den Opfern besonders hoch. Die für Moskau ausgewiesenen Erschießungszahlen (außergerichtliche Instanzen) zeigen auf, dass der Prozentsatz der exekutierten Ausländer ein Fünftel (4.118/20.765) betrug:

**Ausländer, nach Geburtsort, erschossen in Butowo,
August 1937–November 1938 (Absolute Zahlen)**

Tabelle 4

Polen 1621	Tschechoslowakei 35	Japan 9
Lettland 1380	Finnland 30	Schweiz 5
Deutschland 194	Jugoslawien 29	Afghanistan 4
Ungarn 146	Italien 26	Indien 2
Litauen 118	Bulgarien 21	Frankreich 2
Estland 100	Korea 20	Großbritannien 1
China 98	Iran 18	Kanada 1
Charbin 95	Türkei 17	Südafrika 1
Rumänien 64	Griechenland 10	
Österreich 62	USA 9	Gesamt: 4118

Quelle: Martirolog rasstreljannyh i sachoronennyh na poligone NKWD „Objekt Butowo“, 08-08. 1937–19. 10. 1938 (Moskau 1997)

Alle Terroroperationen wurden Mitte November 1938 jäh abgebrochen — die Gründe dafür sind mannigfaltig —, nicht zuletzt weil sich die Menschenverachtung als extrem dysfunktionell für die gesellschaftliche Entwicklung erwiesen hatte. So argumentierten Politbüromitglieder, als sie in der Endphase des Terrors die „Qualität der Ersatzkader“ kritisierten. Vermutlich hielt es Stalin wieder für opportun, auf seine alten Mitstreiter genauer hinzuhören, die über Jeshows Eigenmächtigkeiten empört und beängstigt waren. Er hatte angeblich kompromittierendes Material (*kompromat*) über mehrere einflussreiche Führungsglieder gesammelt und sogar Premierminister Molotov mit Inhaftierung gedroht.³⁸

³⁸ Boris A. Starkov, Narkom Yeshov, in: J. A. Getty / Roberta T. Manning (Hrsg.), *Stalinist Terror. New Perspectives*, Cambridge 1993, S. 36–38.

Die mit Jeshows Entmachtung assoziierte Atempause war von kurzer Dauer. Zwar ging die Anzahl der Hinrichtungen von 328.618 (1938) auf 2.601 (1939) und 1.863 (1940) stark zurück, aber sie stieg nach Kriegsausbruch (1941: 23.726) wieder rasant an. Außerdem wurde ab dem Tag des deutschen Überfalls (22. Juni 1941) die Entlassung von „Banditen“ und „Konterrevolutionären“ aus dem Straflagersystem gestoppt und eine zweite „prophylaktische“ Verhaftungswelle gegen potentielle Feinde ausgelöst. Diese erfasste alle der „anti-sowjetischen Tätigkeit“ Verdächtigten sowie Polen und Deutsche, die zur Sklavenarbeit gezwungen wurden.³⁹

3. Österreicher im Opferspektrum

Die Emigration aus Österreich in die UdSSR der Zwischenkriegszeit teilt gemeinsame Merkmale mit Auswanderungsbewegungen aus anderen europäischen Ländern, verfügt aber auch über gruppenmäßige Spezifika. Die im neuen Russland verbliebenen ehemaligen k.u.k. Armeeingehörigen aus Österreich — wahrscheinlich der größte Teil des österreichischen Immigrantenkontingents — hatten dieselbe Wahl getroffen wie viele ihrer Waffenkameraden aus tschechischen, slowakischen, ungarischen, rumänischen und südslawischen Gebieten der Habsburger Monarchie, die in zaristische Gefangenschaft geraten waren. Bis Mitte Oktober 1918 waren 670.000 österreichisch-ungarische Kriegsgefangene aus Russland zurückgekehrt. Da die Russen aber über 2 Millionen Soldaten gefangen genommen hatten, bleibt die Dunkelziffer der im Sowjetstaat gebliebenen deutschsprachigen k.u.k. Soldaten hoch. Neunzigtausend ehemalige Gefangene nahmen auf Seiten der „Roten“ am Russischen Bürgerkrieg teil, der Großteil davon Ungarn.⁴⁰ Laut einer Einschätzung der Komintern (1934) lebten 40.000 Tschechen und Slowaken in der UdSSR, als Kollektivbauern in der Ukraine und im Nordkaukasus oder als Facharbeiter in der Großindustrie.⁴¹ Obwohl umfassende Zahlen für Österreich fehlen, bezifferten Wiener Stellen die Anzahl der zwischen 1926 und 1935 in die UdSSR ausgewanderten Wirtschaftsemigranten mit 3.111.⁴²

Die tatsächliche Höhe dieser Auswanderung belief sich wahrscheinlich auf rund 5.000, da viele österreichische Erwerbslose, die während der „Großen De-

³⁹ Siehe dazu Dokument Nr. 219 im DÖW-Band Exil Sowjetunion (Anm. 1).

⁴⁰ Hannes Leidinger / Verena Moritz, Österreich-Ungarn und die Heimkehrer aus russischer Gefangenschaft im Jahr 1918, in: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 41. Jg., Heft 6, 1997, S. 385–403.

⁴¹ RGASPI, 495/4/317: 72.

⁴² McLoughlin u. a., *Aufbruch—Hoffnung—Endstation*, S. 73.

pression“ (1929–1935) ausreisen, nicht registriert wurden, weil sie „auf gut Glück“, mit einem Intourist-Visum versehen, gegen Osten aufbrachen. Zuverlässige sowjetische Statistiken über ausländische Facharbeiter und Ingenieure sind nicht vorhanden.⁴³ „Spezialisten“ aus Österreich rangierten jedoch an dritter Stelle (18–20 Prozent) hinter Deutschen und Nordamerikanern in einer Auflistung von Ausländern, die in allen dem Volkskommissariat für Schwerindustrie direkt unterstellten Betrieben am 1. 1. 1933 respektive 1. 1. 1935 arbeiteten.⁴⁴

1935 hatte aber die Gesamtzahl dieser Ausländer wegen der Heranbildung sowjetischer Industriefachkräfte bereits stark abgenommen. Die bestehenden Verträge (1–2 Jahre) mit den Deutschen, Österreichern und Tschechen wurden nicht mehr verlängert. Bezüglich ihrer Anwerbung wichen die Österreicher von ihren nordamerikanischen oder deutschen Kollegen insofern ab, als diese häufig als Montage- oder Wartungspersonal im Auftrag einer Firma nach Sowjetrußland fuhren. Im Gegensatz dazu hatten die Österreicher persönliche Verträge mit einer sowjetischen Fabrik schon vor der Abreise abgeschlossen. Damals waren österreichische Exporte in die UdSSR unbedeutend, einerseits weil die kleinstrukturierte Wirtschaft der Alpenrepublik auf Mittel- und Osteuropa orientiert war, andererseits weil sie eine langfristige Kapitalverbindung vermied und keine Exportgarantien erhielt. Aus Deutschland hingegen kamen 1932 46,5 Prozent aller sowjetischen Importe, einschließlich 60 Prozent des sowjetischen Bedarfs an Maschinen.⁴⁵

Auch unter den politischen Emigranten, die von der Legitimationskommission der sowjetischen Roten Hilfe (MOPR) anerkannt wurden, bildeten die Österreicher eine bedeutende Gruppe: 832 Personen in den Jahren 1925–1940.⁴⁶ Diese angesichts der Bevölkerung Österreichs relativ hohe Zahl betrug ungefähr ein Zehntel aller von der MOPR in diesem Zeitraum bewilligten Fälle. Auffallend ist, dass die überwiegende Mehrheit der Österreicher relativ spät (1933–1935) einreiste und aus zwei ungleich großen Gruppierungen bestand: den nach dem KPÖ-Verbot (Mai 1933) aus „Kaderschutzgründen“ abgezogenen kommunistischen Funktionären sowie den besiegten Schutzbündlern. Zusammen stellen sie ca. ein Viertel aller positiv beschiedenen Asylansuchen in den Jahren 1933 bis 1935 (2.733).⁴⁷ Die Anträge der Österreicher wurden meist *en bloc* abgehandelt und üblicherweise positiv erledigt. Diese Erfahrung markierte einen Gegensatz zur zunehmend restriktiven Einreisepolitik der Sowjets in Bezug auf

⁴³ Siehe die Diskussion darüber in: Oleg Dehl u. a., *Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren*, Berlin 2000, S. 20–22.

⁴⁴ GARF (Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau), 5451/39/59: 39–41; 5451/19/585: 284.

⁴⁵ *Die Deutsche Volkswirtschaft*, Nr. 30, 1940, S. 958–959.

⁴⁶ RGASPI, 495/80/558.

⁴⁷ Dehl, *Verratene Ideale*, S. 25.

politisch Verfolgte. Im zwischenbehördlichen Briefverkehr wurde die Ablehnungstendenz finanziell begründet und ließ schon im Zeitraum 1931 bis 1933 die Ablehnungsrate (Politemigrantenstatus) auf 51,6 Prozent ansteigen.⁴⁸

Österreichische Flüchtlinge genossen Mitte der 30er Jahre in der UdSSR vermutlich deshalb eine privilegierte Position, weil sie, als mehrheitlich sozialdemokratische Kämpfer gegen den Faschismus, in die neue Linie der Kommunistischen Internationale hineinpassten: Im Unterschied zu ihren deutschen Genossen hatten sie mit der Waffe in der Hand gekämpft. Sie verkörperten den kämpferischen, antifaschistischen Geist der sich anbahnenden „Verbrüderung“ von Kommunisten und Sozialisten, die „Einheitsfront“, die 1936 in Westeuropa unter dem Stichwort „Volksfront“ propagiert wurde und auch bürgerliche Antifaschisten miteinschloss.

Die österreichischen Politemigranten unterschieden sich von anderen Opfern des Faschismus, die Zuflucht bei den Sowjets fanden, auch dadurch, dass sie in der Regel in Gruppen zusammenblieben. Sie wohnten in Hauskollektiven verschiedener Größen und wurden auf eine relativ kleine Zahl von Betrieben aufgeteilt. Der propagandistische Wert der österreichischen Barrikadenkämpfer währte bis etwa Mitte 1936. Nach dem ersten großen Schauprozess im August 1936, der politische „Abweichler“ mit Gestapo-Agenten gleichsetzte, schlug Ausländern, besonders deutschsprachigen, eine Welle von Argwohn und Misstrauen entgegen. Gegenseitige Ressentiments zwischen Ausländern und Einheimischen existierten bereits, insbesondere in den Betrieben, auch wenn dieses Phänomen nicht quantifizierbar ist.⁴⁹ Die meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Facharbeiter brachten ein starkes Gerechtigkeits- und Gewerkschaftsbewusstsein mit, das zu Konflikten mit dem an Akkord- und Stücklohnsätzen orientierten Management führte. Andererseits musste der ideologisch fundierte Arbeitseifer der Ausländer (Teilnahme am „sozialistischen Aufbau“) negative Reaktionen bei den meist schlechter entlohnten russischen Arbeitskollegen hervorrufen, weil dadurch die Arbeitsnorm für alle „verdorben“ wurde. Schließlich sorgten kulturelle Differenzen, bessere Kleidung, Privilegien und Lebensgewohnheiten für zusätzlichen Konfliktstoff.

Zwei Berichte über Missstände in dem Stalingrader Traktorenwerk Anfang der 30er Jahre belegen, dass die Reaktion der Ausländer unterschiedlich war. Die 380 dort beschäftigten Nordamerikaner regten sich über die vorherrschende „Arbeitskultur“, den „Bürokratismus“ und den sorglosen Umgang mit importierten Maschinen auf. Ein amerikanischer Techniker meinte, „it needs an Act of

⁴⁸ GARF, 8265/3/33: 55, 57.

⁴⁹ Für Beispiele aus der Sicht österreichischer und deutscher Facharbeiter siehe: DÖW, *Exil Sowjetunion*, Abschnitt 1.2.; Sergej Shurawlew, „Malen'kic ljudi“ i „bol'schaja istorija“. Inostranzy moskowskogo Elektrosavoda w sowetskom obschtschwe 1920-ch-1930-ch gg., Moskau 2000.

Congress and a four-hour wait to get a wrench from the tool-room“.⁵⁰ Protestierende deutsche Werksangehörige, in der Mehrheit KPD-Mitglieder, stützten ihre Beschwerde an die Gewerkschaft mit politischen Unterstellungen: Russische Ingenieure, Meister und Brigadenleiter zeigten „offenen Hass“ gegenüber ausländischen Kollegen und lehnten effektive Mitarbeit ab; ein führender russischer Ingenieur sei „ein „Schädling“ und „Parasit“; die Unterkünfte seien unzureichend und zu teuer, ebenso die Lebensmittelrationen.⁵¹ Berichte über solche Vorfälle gelangten dem NKWD regelmäßig zur Kenntnis und mussten ihre Empfänger in der Überzeugung gestärkt haben, dass viele Ausländer, ungeachtet ihrer politischen Weltanschauung, zweierlei darstellten: eine stete Quelle der Unzufriedenheit und eine „Ansteckungsgefahr“ für das soziale Klima im Betrieb und Wohnhaus. Das war ein zusätzlicher Grund, Ausländer generell zu verdächtigen und sie hart zu anzufassen, wenn sich eine Gelegenheit bot.

Wie kürzlich aufgefundene Dokumente beweisen, schrieben Komintern wie NKWD ausländischen Kommunisten *a priori* feindliche Motive zu. Ein interner Erlass der Geheimpolizei vom August 1935 begründete die Notwendigkeit der stärkeren Observanz deutschsprachiger Politemigranten:

„Überall ist die Arbeit der Agenturbeobachtung [*Spitzelwesen-BMcL*] von deutschen und österreichischen Polit-Emigranten zu aktivieren [sic], eingedenk der Tatsache, dass die Polit-Emigration von der „Gestapo“ aktiv als Kanal für das Eindringen in unser Gebiet benutzt wird und eingedenk des Umstandes, dass im Zusammenhang mit der sich verringenden Zahl deutscher Spezialisten auf unserem Gebiet die Organe des deutschen Nachrichtendienstes der Werbung und Ausnutzung von Polit-Emigranten zum Zwecke der Späharbeit noch größere Aufmerksamkeit beimessen werden [...] Die Aufklärungsarbeit, Beobachtung und Liquidierung der Spionage-Agenturen des Gegners, insbesondere der Agenturen der „Gestapo“, die als Schutzbündler oder unter denselben arbeiten, ist zu verstärken.“⁵²

In der Regel verlangte die MOPR ab Dezember 1934, dass neue Flüchtlinge um die sowjetische Staatsbürgerschaft ansuchen mussten und verbot ihnen gleichzeitig, sich in Moskau, grenznahen Gebieten und Hafenzentren dauerhaft aufzuhalten. Funktionäre der MOPR in Moskau schlugen 1936 vor, im „Haus der Politemigranten“ und in Hotels einen Spitzeldienst einzurichten, der über die Stimmung unter den Emigranten und deren Benehmen berichten sollte. Es wurde

⁵⁰ RGASPI, 495/72/97: 101–105.

⁵¹ GARF, 5451/13a/489: 26–27.

⁵² RGVA (Russisches Staats- und Militärarchiv, Moskau), 500/1/1050a: 196–202, hier 201–202.

auch vorgeschlagen, die Einreise der nachkommenden Verwandten in die UdSSR zu verhindern.⁵³ Zur selben Zeit führte die Kaderabteilung der Komintern eine Überprüfung (*proverka*) der Emigranten durch. Bei einer Tagung im Kominternhaus im Jänner 1936 warf Dmitry Manuilsky der MOPR „eine verbrecherische Nachlässigkeit“ vor, da durch ihre Strukturen „verdächtige Elemente“ und „Agenten des Klassenfeindes“ in die sowjetische Partei eingedrungen seien.⁵⁴ In einer aus 13 Punkten bestehenden Resolution, die Ende Februar 1936 vom Politbüro verabschiedet wurde, kündigte man die Auflösung der Legitimationskommission der MOPR an, da diese bei der Gewährung von Aufenthaltsgenehmigungen an Ausländer sich das Recht „eines Sowjetorgans“ angemäßt hätte. Diese Funktion durfte künftig nur vom NKWD ausgeübt werden.⁵⁵

Die vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) gebildete Kommission setzte Ausschüsse ein, die in Zusammenarbeit mit den Länderreferenten aus der Kaderabteilung des EKKI (Österreich: Richard Uccusio, Hans Täubl) und den Parteigruppen vor Ort Berichte sammelten und auswerteten. Ein Drittel der 900 überprüften Polen standen „unter Verdacht“, ebenfalls 139 der noch nicht verhafteten KPD-Kader.⁵⁶ Was die Österreicher anbelangte, steht das Endresultat der *proverka* nicht zur Verfügung, sehr viele Einzelempfehlungen belegen immerhin, dass die meisten Schutzbündler für nicht vertrauenswürdig befunden und zur Ausweisung vorgeschlagen wurden. Wie viele Österreicher aufgrund dieser parteiinternen Untersuchungen in die Räder der Terrormaschinerie hineingerieten, ist ungewiss. Haftdaten über repressierte Schutzbündler lassen den Schluss zu, dass die meisten Verhaftungen etwas später, nämlich 1937–1938 und 1941, vorgenommen wurden. (Siehe Tabelle 5)

Die Verhaftungsrate unter den Schutzbündlern ist jedoch mit ca. 50 Prozent zu veranschlagen. Von der Gesamtziffer 754 ist die Anzahl der freiwilligen Spanienfreiwilligen (159) und die nach Österreich Zurückgekehrten (220) abzuziehen. Feststellungen über spezifische Haftgründe können oft nur spekulativ sein, weil nicht alle Strafakten vorhanden sind oder wenn in diesen offenkundig erfundene Haftgründe („Spionage für Deutschland“) genannt wurden. Dennoch scheint der starke Anstieg der Verhaftungen in der Periode 1937–1938 und nach Kriegsausbruch 1941 — insgesamt 76 Prozent aller Verhaftungen — darauf hinzudeuten, dass die meisten Festnahmen aufgrund der allgemeinen Terrorkampagne gegen Deutsche oder jene, die dafür gehalten wurden, erfolgten.

⁵³ S. V. Shurawlew / W. S. Tjashel'nikowa, Inostrannaja kolonija w sowetskoi Rossii w 1920–1930-e gody, in: Otetschestwennaja Istorija, I, 1994, S. 179–189, hier S. 181.

⁵⁴ Leonid Babichenko, Die Moskvin-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase, in: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism, Vol 2, 1994/1995, No. 5–6, S. 35.

⁵⁵ RGASPI, 17/162/19: 79, 99–100.

⁵⁶ Babichenko, Moskvin Kommission, S. 37.

**Verhaftungen in den Schutzbundkollektiven,
absolut und als Prozentsatz der Kollektivmitglieder, 1934–1941**

Tabelle 5

Stadt	34	35	36	37	38	39	40	41	o. J.	Insg.	KollZahl	% Haft
Moskau	–	1	11	14	38	2	–	5	5	76	270	28,1
Leningrad	–	4	2	2	2	1	1	18	4	34	170	20,0
Charkow	–	2	–	7	5	1	–	9	2	26	180	14,4
Gorki	–	–	–	9	10	–	–	1	–	20	37	54,0
Rostow	–	–	–	17	1	–	–	–	–	18	27	66,6
Provinz	–	1	1	9	3	–	1	–	8	23	70	32,8
Insgesamt	0	8	14	58	59	4	2	33	19	197	754	26,1

Die individuellen Schicksale der 197 Schutzbündler lassen sich nicht in allen Einzelheiten klären. Das gilt auch für alle bisher erfassten österreichischen Opfer des Stalinismus bis 1945 (ca. 600). Mindestens 24 Schutzbündler (20 in Moskau) wurden erschossen, 45 an die Gestapo ausgeliefert, 29 kamen frei, entweder weil sie aus der Untersuchungshaft entlassen wurden oder ihre Lagerstrafe abgebußt hatten. Der Rest, an die 100 Opfer, ging in Lagern zugrunde. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass die über Schutzbündler verhängten Todesurteile entweder in Moskau oder in abgelegenen Provinzorten exekutiert wurden, während fast alle verhafteten Mitglieder der Rostower, Gorkier und Leningrader (bis 1938) Schutzbundkollektive des Landes verwiesen oder an die Gestapo ausgeliefert wurden. Die Gründe dafür sind noch nicht erforscht, aber der Zeitpunkt der Inhaftnahme bestimmte häufig den Ausgang der „Untersuchung“, wie auch den weiter unten diskutierten Fällen aus Moskau für das Jahr 1938 zu entnehmen ist.

Sowjetische Behörden unterschieden bei der Registrierung von Ausländern zwischen Nationalität und Staatsangehörigkeit. Österreicher führte man in der ersten Kategorie als „Deutsche“ und die zweite blieb aus zwei Gründen oft nicht feststellbar: erstens, weil viele Österreicher, in erster Linie Schutzbündler, vom austrofaschistischen Staat ausgebürgert wurden, und zweitens, weil der Staat Österreich in jenem Monat zu existieren aufhörte, als die Razzien gegen Ausländer ihren Höhepunkt erreichten — März 1938. Gemäß einer NKWD-Regelung galten alle Ausländer, die nicht mit einem Auslandspass, sondern lediglich aufgrund einer Empfehlung der MOPR oder der Komintern ins Land gekommen waren, als Staatenlose und wurden in Strafsachen sowjetischen Bürgern gleichgesetzt.⁵⁷ Andere Österreicher wurden nach März 1938 als deutsche Staatsbürger angesehen. Aus diesen Gründen markierte die Herausgabe des NKWD-Befehls Nr. 00439 am 25. Juli 1937,⁵⁸ der die Massenoperation gegen Deutsche auslöste, auch eine neue Terrorwelle gegen Österreicher. Obwohl der Text des Befehls den Verhaftungsbereich auf jene Deutsche beschränkte, die in Militärbetrieben oder bei der Eisenbahn arbeiteten und deutsche Politemigranten ohne deutschen Pass ausdrücklich ausnahm, durchbrach die Operation alle Einschränkungen. Sie sollte in fünf Tagen abgeschlossen sein, wütete aber siebzehn Monate. Gleichfalls hatte der betreffende Politbüro-Beschluss (20. Juli 1937) lediglich Deutsche erwähnt, die an der Herstellung bestimmter Kriegsausrüstungen beteiligt waren, aber die handschriftliche Notiz Stalins auf einer Beilage ließ Jeshow wissen, dass die Operation einen allumfassenden Charakter anzunehmen hatte:

⁵⁷ GARF, fond 10035, Strafsakt Nr. P-31336 Karl Zchetner, undatierte Auskunft.

⁵⁸ Der Befehl wurde erstmals abgedruckt in: Rasumow, Leningradskij Martirolog, tom 2, S. 452–453.

„Alle Deutsche, die in unseren militärischen, halb-militärischen und chemischen Betrieben arbeiten, ferner jene in elektrischen Kraftwerken und auf Baustellen, sind alle in Haft zu nehmen in allen Regionen.“⁵⁹

Die Operation traf in erster Linie Mitglieder der deutschsprachigen Minderheit in der Sowjetunion, ferner Russen, die im 1. Weltkrieg von deutschen und k.u.k. Truppen gefangen genommen waren, deutsche Einwanderer, die sowjetische Staatsbürger wurden, und zwischen 750 und 820 „Reichsdeutsche“, welche die deutsche Staatsbürgerschaft noch besaßen.⁶⁰ Eine Analyse der 55.000 im Verlauf der Operation Verurteilten zeigt, dass Vertreter von 35 Nationalitäten repressiert wurden. Davon waren zwei Drittel deutscher Nationalität und ein Siebtel einheimische Russen. Österreicher rangierten an zehnter Stelle, mit 116 Personen (0,47 Prozent aller Verurteilten).⁶¹ Weitere 2.000 Deutsche wurden während anderer „nationaler“ Operationen des NKWD verhaftet.⁶² Die Ergebnisse der „polnischen“ Operation (144.000 Opfer) sind vergleichbar: etwas mehr als die Hälfte war polnischer Nationalität, gefolgt von Russen, Ukrainern, Weißrussen und Juden. An die 100 „Zigeuner“ wurden verhaftet und 59 Österreicher.⁶³

Solche Zahlen legen den Schluss nahe, dass es für die operativen Gruppen des NKWD bedeutungslos war, welcher Massenoperation ihre Opfer zugeordnet wurden. Die näheren Umstände des Massenterrors in Moskau nach der Bestellung des neuen Gebietsleiters Sakowskij Ende Jänner 1938 erklären die enorme Zunahme der Haftfälle unter Ausländern. Er musste einen Befehl von Frinowskij, dem Stellvertreter Jeshows, ausführen, demzufolge 4.000 „Erschießungsfälle“ bis 15. März von der *trojka* erledigt und alle „Ausländeruntersuchungen“ bis 15. April abgeschlossen werden mussten. Viertausend war der jeweilige Anteil für Moskau aus Gesamtzahlen, die das Politbüro am 31. Jänner beschlossen hatte: 48.000 Todesurteile und 9.200 Lagerstrafen landesweit für „antisowjetische Elemente“ (Befehl Nr. 00447) und unbeschränkte Verhaftungskontingente bei den fortgesetzten Operationen gegen Polen, Letten, Deutsche, Esten, Finnen, Griechen, Iraner, „Charbinzy“, Chinesen und Rumänen bis vorläufig Mitte April.⁶⁴

⁵⁹ N. Ochotin / A. Roginskii, *Repressii 1937 goda. Is istorii „nemezkoj operazii“ NKWD 1937–1938gg.*, in: Irina Scherbakova (Hrsg.), *Nakasani narod. Repressii protiv rossijskich nemezow*, Moskau 1999, S. 35–75, hier S. 35 (Unterstreichungen im Original).

⁶⁰ Ebenda, S. 49.

⁶¹ Ebenda, S. 70.

⁶² Ebenda, S. 71.

⁶³ N. V. Petrow / A. B. Roginskii, „Polskaja Operazija“ NKWD 1937–1938gg., in: L. S. Jermina (Hrsg.), *Repressii protiv poljakow i pol'skich grashdan*, Moskau 1997, S. 22–43, hier S. 37.

⁶⁴ Sacharow-Zentrum Moskau, Protokoll Nr. 57 der Politbüro Sitzung vom 31. Jänner 1938 (Fotokopien).

Die nun einsetzenden Massenverhaftungen stellten die Geheimpolizisten vor erhebliche technische Probleme. Denn die Gefängnisse waren schon überfüllt, aber Sakowskij schuf Abhilfe, indem er u. a. die Erschießung von bereits verurteilten Invaliden befahl, die das Lagersystem als „nutzlose Mitesser“ abgelehnt hatte.⁶⁵ Tausende, zum Großteil Ausländer, wurden im ersten Quartal 1938 in der Hauptstadt verhaftet, entweder weil ihre Namen ausländisch klangen oder weil sie auf Listen aufschienen, die von Fabriken, Hochschulen, Hausverwaltungen und der Komintern eingefordert wurden.⁶⁶

Die NKWD-Schergen machten es sich in einer anderen Hinsicht leicht, als sie alle Ausländer der Spionage (§ 6 des Artikels 58, „Konterrevolutionäre Verbrechen“) anklagten: denn Vorwürfe wie „anti-sowjetische Agitation“ (§ 10) oder „Sabotage am Arbeitsplatz“ (§ 7 und § 9) hätten Erkundigungen am Wohn- bzw. Arbeitsplatz des Gefangenen notwendig gemacht. Von den 47 Österreicherinnen und Österreichern⁶⁷, die im Zeitraum September 1937 bis April 1938 verhaftet und in Butowo bei Moskau erschossen wurden, wurden mindestens 40 mit einer Spionage-Anklage konfrontiert, in manchen Fällen für zwei und mehr Staaten. Siebzehn Opfer waren Schutzbündler, zwölf Facharbeiter, acht ehemalige Kriegsgefangene, vier Frauen, fünf Politfunktionäre (KPÖ und KPD) und ein Student der Internationalen Lenin-Schule. Bei den im Februar und März 1938 Verhafteten erfolgten die Festnahmen offensichtlich aufgrund der Wohnadresse: Haus der Politemigranten sechs Verhaftungen, davon zwei am 16. März, in der Wohnanlage Worotnikowskij pereulok 7–9 („Schutzbundhaus“) fünf und im „Hotel Sowjetskaja“ vier. Alle Frauen waren politisch nicht organisierte Wiener Jüdinnen. Sie dürften aufgrund ihrer Herkunft oder Lebensgemeinschaft in die Liste des Arresttrupps eingetragen worden sein. So Meta Malachowa, eine 56-jährige Hausfrau, deren Mann einen Parfümerie-Kiosk bei der Metrostation „Krasnye Worota“ unterhielt. Beide wurden der „systematischen konterrevolu-

⁶⁵ Irina Osipowa, *Pjat' del*, in: Semon Wilenskii (Hrsg.), *Soprotivlenie w GULAGe*, Moskau 1992, S. 100–130, hier S. 114–122.

⁶⁶ Lidija Golowkova (Hrsg.), *Butowskij Poligon. Kniga pamjati shertw političeskich repressii*. Wypusk tretij, Moskau 1999, S. 345–346, Auszug aus dem Geständnis des NKWD-Abteilungsleiters A. Postel (9. Jänner 1939); S. 348–355, Auszug aus dem Geständnis des ehemaligen NKWD-Mitarbeiters Petr Tichatschew (27. Dezember 1955 und 21. September 1956).

⁶⁷ Die von Memorial-Aktivistinnen nach Nationalität zusammengestellten Listen der Butowo-Opfer enthalten die Namen von 62 Österreichern. Bei etwa 20 Namen handelte sich um Personen, die in entlegenen Regionen der Monarchie geboren wurden. Da sich die Lebensläufe solcher Menschen von Wien aus schwer rekonstruieren lassen, bedeutet die Bezeichnung „österreichisch“ im gegenwärtigen Zusammenhang Personen, die auf dem Gebiet der jetzigen österreichischen Republik auf die Welt kamen oder vor der Abreise nach Russland dort lebten.

tionären Agitation“ bezichtigt und starben am selben Abend, dem 16. März 1938, in Butowo nahe Moskau.⁶⁸

Die Sakowskij aufgetragenen „Erfüllungsquoten“ für Butowo wurden erreicht — 2.326 Hinrichtungen im Februar, 2.335 im März, also erheblich mehr im Vergleich zum Todeszoll im Jänner (547). Gegen Ende des Sommers ging die Anzahl der Exekutionen stark zurück und lag weit unter dem Monatsmittelwert von 1.384.⁶⁹ Auch die Entlassung von Untersuchungshäftlingen bereits im September beweist, dass Massenoperationen in Moskau viel früher als anderswo beendet wurden. Das war vermutlich auf das Chaos in der NKWD-Verwaltung zurückzuführen, wo sich niemand bei der karussellartigen Auswechslung der führenden Kader exponieren wollte. Sakowskij wurde bereits Ende April verhaftet, sein Nachfolger brachte sich nach nur drei Wochen mit der Dienstpistole um und dessen zwei Nachfolger waren schon bei Jahresende in Haft.

Wie lässt sich die Opferbilanz der verschiedenen Emigrantengruppen miteinander vergleichen? Die Antwort wird durch den Umstand erschwert, dass es zwar für etliche Nationalitäten unvollständige Listen von Repressierten gibt, jedoch keine zuverlässigen Zahlen für die Gesamtgröße der verschiedenen Ausländerklaven. Lässt man den schwer einzuschätzenden Umfang historisch gewachsener Siedlerkolonien oder die Dunkelziffer für ehemalige Kriegsgefangene außer Acht, verengt sich die Vergleichsgröße auf eingereiste Facharbeiter und politische Emigranten (ohne Familienmitglieder). Bezüglich der Wirtschafts-emigranten nach Russland in den Depressionsjahren, in der Mehrheit Vertragsbeschäftigte, findet man manchmal Gesamtzahlen. Unklar ist jedoch, wie viele von ihnen in einem bestimmten Jahr in der Sowjetunion noch arbeiteten, bzw. die Zahl derjenigen, die nach Ablauf des Arbeitsvertrags für immer in der UdSSR blieben.

Für Vergleichszwecke eignen sich daher lediglich die jeweiligen Kontingente der politischen Flüchtlinge. Die bulgarische politische Emigration (1917–1944) zählte ungefähr 2.000 Personen (ohne Familienangehörige), wovon 415 (20,7 Prozent) Repressionen unterworfen wurden.⁷⁰ Die Verhaftungsquote unter den Bulgaren ist vermutlich vergleichsweise niedrig, weil der Status ihres Landsmanns Georgii Dimitrow als Generalsekretär der Komintern einen gewissen Schutz bot. Schätzungsweise 200 Italiener wurden verhaftet, aber die Anzahl

⁶⁸ Zur Hinrichtungsstätte siehe: Barry McLoughlin, Todespolygon. Die Österreicher im Butowooer Massengrab, in: DÖW (Hrsg.), Jahrbuch 1995, Wien 1995, S. 138–152.

⁶⁹ Die monatlichen Erschießungszahlen für Butowo (August 1937 bis Oktober 1938) sind nachzulesen in: Martirolog rasstreljannyh i sachoronennyh, a. a. O., S. 6.

⁷⁰ BKP (Hrsg.), Sa poimennoto polititscheko reabilitiranc na b“lgarskite polititscheski emigranti, represirani v SSSR, Sofia 1989. Ich danke Wladislaw Hedeler (Berlin) für eine Kopie dieser Broschüre.

emigrierter Italiener, die oft über Drittländer einreisten und schon Anfang der 1920er Jahre in die UdSSR kamen, ist unbekannt.⁷¹ Der Blutzoll unter Jugoslawen wird mit 700–800 beziffert, wovon 189 Biographien veröffentlicht sind, aber auch hier fehlen genaue Daten über die Größe der Emigrantengruppe.⁷² Während die Polen wegen ihrer ungeheueren Dezimierung 1937–1938 für nähere Vergleichsmöglichkeiten ausscheiden, bleibt eine Gegenüberstellung von deutschen und österreichischen Opferdaten.

Ein punktueller Vergleich suggeriert, dass Deutsche ungleich härter als Österreicher von der Terrorpolitik Stalins getroffen wurden. Gemäß einem internen Schreiben der Exilführung der KPD in Moskau im März 1938 waren 70 Prozent der dort registrierten deutschen Kommunisten bereits verhaftet,⁷³ schätzungsweise 3.000 von den in der Sowjetunion befindlichen 4.000 Politemigranten aus Deutschland.⁷⁴ Der entsprechende Prozentteil bei KPÖ-Mitgliedern und Schutzbündlern liegt zwischen 15 und 20 Prozent. Angaben aus Leningrad belegen, dass die KPD-Organisation wegen Verhaftungen zwischen Jänner 1937 und Februar 1938 von 103 auf 12 Mitglieder zusammenschrankte,⁷⁵ während fünf Mann (ca. fünf Prozent) des dortigen Schutzbundkollektivs im selben Zeitraum inhaftiert wurden. Die genauen Gründe für die höhere Repressionsquote unter deutschen Einwanderern und politischen Asylanten sind vielfältig und nicht in allen Facetten untersucht worden. Dennoch scheinen drei Erklärungen plausibel:

Weil sie

a) aus einem Land kamen, das während der 1930er Jahre als der mächtigste und gefährlichste Feind der Sowjetunion angesehen wurde;

b) Mitglieder einer KPD-Fraktion waren, die aus welchen Gründen auch immer in Konflikt mit den Repräsentanten der Exilführung der KPD in Moskau geraten oder mit der „Linie“ der Komintern in der Vergangenheit nicht konform gegangen waren;

c) als Widerstandskämpfer, die zwischen 1933 und 1936 aus deutscher Polizei- oder KZ-Haft entlassen und über Parteikanäle in die UdSSR überführt worden waren, zu „verdächtigen Elementen“ gerieten — das NKWD-Personal glaubte nicht, dass ein deutscher Kommunist lebend aus den Fängen der Gestapo entkommen konnte, ohne „umgedreht“ worden zu sein.

⁷¹ Vgl. dazu: Rolf Wörsdörfer, Italienische Opfer des Stalin-Terrors, in: Weber / Staritz, Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 174–192, hier S. 178.

⁷² Vgl. dazu: Ubavka Vujosevič / Vera Mujbegovič, Die jugoslawischen Kommunisten in den stalinistischen „Säuberungen“ 1929 bis 1949, in: Ebenda, S. 157–173.

⁷³ Siehe Dokument Nr. 219 im DÖW-Band Exil Sowjetunion (Anm. 1).

⁷⁴ Tischler, Flucht in die Verfolgung, S. 108.

⁷⁵ Dehl, Verratene Ideale, S. 101.

Diese drei Kriterien trafen nur bedingt auf österreichische Kommunisten und Schutzbündler zu. Sie waren in den meisten Fällen der Inhaftnahme in der Heimat gerade durch Flucht in die Sowjetunion entkommen, ferner spielte Österreich in der sowjetischen Außenpolitik eine relativ unbedeutende Rolle, und schließlich war die Verfolgung durch die Behörden des Ständestaates jener der Gestapo in Intensität und Brutalität nicht gleichzusetzen.

Die Verhaftungsrate unter österreichischen politischen Asylanten dürfte trotzdem als vergleichsweise hoch bezeichnet werden — hinter Polen und Deutschen und vor den Bulgaren, Jugoslawen und Italienern. Weitere Forschungen über einzelne ausländische Einwohnerkontingente in der Sowjetunion vor 1939 sowie die Endresultate der „nationalen“ Operationen des NKWD gegen Letten, Charbinzy, Japaner, Rumänen, Finnen, Esten, und Iraner⁷⁶ können noch fehlende Komponenten der Opferstatistik liefern und den Blutzoll unter Deutschsprachigen näher relativieren. Eine statistische Verzerrung liegt deshalb vor, weil eine gezielte Verfolgung von Deutschen schon nach dem März 1933 begann, das heißt, zu einem Zeitpunkt, als verhältnismäßig wenige Politflüchtlinge aus Österreich in der Sowjetunion waren. Auch wenn verschiedene Zeiträume bestehen, dürfte 1938 und 1941 ein „Ausgleich“ stattgefunden haben, als die Sowjetbehörden, inklusive NKWD, zwischen Deutschsprachigen keinen Unterschied mehr machten.

4. Schlussbemerkungen

Zwei Stellen in Hannah Arendts Werk über „totale Herrschaft“ charakterisieren die immanenten Gründe für die scheinbar wahllose „Opferselektion“ der Massenmorde unter Stalin. Da sein Machtssystem eine „Strukturlosigkeit“ mit „einer doppelten Autorität von Staat und Partei“ aufwies, wobei die Beziehungen beider Institutionen zueinander formlos waren, konnte „sich niemand in ihnen auskennen“.⁷⁷ Das betraf auch Stalin, der nicht genau wissen konnte, was Untergebene eigentlich trieben. Eine misstrauische Haltung gegenüber *apparatschiki* war auch in früheren Jahrhunderten ein staatsmännisches Gebot. Beispielsweise unter der Herrschaft Ivan des Schrecklichen, den Stalin bezeichnenderweise in

⁷⁶ Sicht man von der „deutschen“ und „polnischen“ Operation ab, beziehen sich die Zahlen für die restlichen „ausländischen“ Operationen bis jetzt auf einzelne Regionen. Siehe dazu: A. F. Stepanow, *Rasstrel po limitu. Is istorii polititscheskich repressii w TASSR w gody ‚Jeshowschtschiny‘*, Kasan 1999, S. 129–134; E. I. Krawzowa (Hrsg.), *Kniga Pamjati shertw polititscheskich repressii kalinskoi oblasti, martirolog 1937–1938*, tom I, Twer 1999, S. 29. Viele „operative Befehle“ des NKWD gegen Ausländer unterliegen heute noch der Geheimhaltung.

⁷⁷ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 41986, S. 618–619.

Schul- und Geschichtsbüchern rehabilitieren ließ und dessen Kampf gegen „übermächtige Boyare“ er in historische Beziehung zu seinem eigenen Kampf gegen Parteigranden setzte.⁷⁸ Stalin unterschied sich jedoch von späteren Sowjetführern in der Art und Weise, wie er sich ihm verdächtiger Repräsentanten der *nomenklatura* entledigte, insbesondere 1937–1938, als er fast 40.000 ihrer Zahl vor das Militärkollegium zerren ließ.

Die zweite Erkenntnis von Hannah Arendt trifft auf das Gros der Opfer der *Jeshowschtschina*, die in der Historiographie namenlos angeführte Masse der „kleinen Leute“, zu: „In jedem Fall ist das ‚Verbrechen‘ früher als die Aufspürung des Verbrechers.“⁷⁹ Anders ausgedrückt: Weil das ZK 1937 die Existenz einer allumfassenden Verschwörung („Verbrechen“) bestätigte, musste die Geheimpolizei die „Verbrecher“ ausfindig- und unschädlich machen. Die Majorität der Verhafteten wurde anhand von alten und neuen Registraturangaben repräsentiert und nicht weil sie eines konkreten Tatbestandes verdächtigt waren oder diesen gar begangen hatten. Ihre bloße Existenz wurde für eine Gefährdung der bolschewistischen Ordnung gehalten: weil sie als Offiziere im 1. Weltkrieg gedient, auf Seiten der „Weißen“ im Bürgerkrieg gekämpft hatten, Verwandte im Ausland hatten, eine Religion ausübten, „dekulakiserte“ Bauern waren oder aus dem Ausland stammten. In dieser Welle wurden auch viele sozial marginalisierte Menschen, einschließlich Invaliden und verwahter Jugendlicher sowie „untergetauchter“ Wanderprediger diverser Sekten, der Vernichtung preisgegeben.⁸⁰

Welche Schlüsse drängen sich aufgrund der neuen Empirie auf? Terminologisch sollte zwischen Parteisäuberung (*tschistka*) und Massenrepression differenziert werden. Obgleich die 1935–1938 währende *tschistka* die schärfste bisher war, führt dieses „Selbstreinigungsritual“ nicht unweigerlich zur Verhaftung der Gemaßregelten. Diesen Vorgang muss man auch im Gesamtkontext sehen: Parteimitglieder bildeten 1937 bloß knapp über zwei Prozent der erwachsenen Bevölkerung und ihr Anteil an den Opfern betrug 1937 sieben, 1938 zehn Prozent.⁸¹

Die Massenoperationen des NKWD zielten hingegen auf politisch nicht organisierte Bauern und Arbeiter, die unzufriedenen Massen, ab. Sie hinterließen in der Historiographie keine Spuren, im Gegensatz zu den Memoiren gebildeter Überlebender, die in der Tauwetterperiode nach 1956 erschienen. Es wundert daher nicht, dass sich die Stalinismus-Forschung bis zur Implosion des sowjeti-

⁷⁸ Robert C. Tucker, *Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928–1941*, New York – London 1990, S. 276–282.

⁷⁹ Arendt, *Elemente und Ursprünge*, S. 654.

⁸⁰ Siehe dazu: Paul M. Hagenloh, „Socially Harmful Elements“ and the Great Terror, in: Sheila Fitzpatrick (Hrsg.), *Stalinism. New Directions*, London – New York 2000, S. 286–308.

⁸¹ *Westnik*, 1, 1995, S. 120 (Bericht der 1961 von Chruschtschow eingesetzten Untersuchungskommission über die Verbrechen Stalins).

schen Imperiums 1991 vorwiegend mit der Elitenvernichtung auseinandersetzte. Die in der Folge publizierte, aber zu wenig im Westen rezensierte, neue russische Literatur zur Geschichte der Sowjetunion entkräftet einige Hauptthesen der „revisionistischen“ Schule nordamerikanischer und englischer Historiker. Hätte man sich der Mühe unterzogen, russische Neuerscheinungen zu Rate zu ziehen, hätte man zugeben müssen, dass der Terror zentral gelenkt war und nicht nur die *nomenklatura* betraf.⁸² Robert Thurston behauptete in seinem 1996 veröffentlichten Werk über den stalinistischen Terror, der NKWD hätte sich während der Massenoperationen nicht an Befehlen aus Moskau, sondern an der Parteipresse, orientiert.⁸³ Aber für seinen Kollegen John Arch Getty, der mit Oleg Naumov einen Sammelband mit zentralen Dokumenten der Partei und des NKWD 1999 herausgab, gibt es keinen Zweifel mehr: „We can now see his [Stalins] fingerprints all over the archives“.⁸⁴ Die führende Rolle der Parteiführung bei der Planung, Durchführung und Dosierung der Massenrepressionen 1937–1938 wird auch von Oleg Chlewnjuk geschildert, insbesondere in seinem 1998 in Hamburg erschienenen Standardwerk zur Politik des sowjetischen Politbüros in der Vorkriegszeit.⁸⁵

Die Dichotomie in der Opfertypisierung von „Elite“ und „Volk“ kommt dem wahren Sachverhalt nicht näher, ein „Sowohl-als-auch“ eher. In diesem Zusammenhang sind zwei letzte Bemerkungen notwendig. Erstens, weil die meisten Opfer aufgrund der Fragebogenangaben (*po ankete*), die sie bei vielen Ansuchen an die Behörden gemacht hatten, in Haftlisten eingetragen wurden, kann wohl bezweifelt werden, dass dem Großen Terror ein teilnehmender Aspekt, ein „Terror von unten“, innewohnte. Mit anderen Worten, da spielte der Mob, wie etwa bei der Verfolgung Wiener Juden 1938, keine Rolle, zumal die Massen-Operationen im Geheimen abliefen und darüber kein Wort in der Zeitung zu lesen war. Zweitens, und zwar aus denselben Gründen, dürfte die Frage der Denunziation aus Motiven des sozialen Neides eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Konjunkturgewinner gab es nicht wenige, die unverhofft den Job eines „Feindes“ übernehmen konnten. Verwaiste Wohnungen hingegen waren anscheinend für NKWD-Leute bestimmt.⁸⁶ Solche Vorkommnisse sind jedoch als Nebeneffekte von Verhaftungen zu bewerten, denn die Repression richtete sich flächendeckend

⁸² Vgl. McLoughlin, Vernichtung des Fremden, S. 85–86.

⁸³ Robert Thurston, *Life and Terror in Stalin's Russia, 1934–1941*, New Haven – London 1996, S. 77, 83.

⁸⁴ J. Arch Getty / Oleg V. Naumov (Hrsg.), *The Road to Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks, 1932–1939*, New Haven – London 1999, S. xiii.

⁸⁵ Siehe Anmerkung 7.

⁸⁶ Für einige Beispiele von österreichischen Opfern siehe: Barry McLoughlin, *Der Chevrolet erweckt den Neid des Denunzianten. Verhaftungen, Verhöre, Tod. Wie Ausländer Opfer der stalinistischen Säuberungen wurden*, *Die Welt*, Samstagsbeilage, 23. Mai 1998, S. G4.

gegen soziale und nationale Schichten. Die Auswirkungen von Denunzierungen werden auf lange Sicht nicht analysiert werden können, denn diese Berichte, die neben den Strafakten in Begleitdossiers aufbewahrt werden, gelten heute noch als Staatsgeheimnisse.

Stalins Krieg gegen das eigene Volk unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg diente der Vernichtung von Menschen und nicht deren Bestrafung, wie bei der Deportation der Bauernschaft Anfang der 30er Jahre oder jener der „feindlichen“ Völker zehn Jahre später. Die eine Hälfte der Verhafteten 1937–1938 wurde zum Tode verurteilt, bei der anderen, den Lagerhäftlingen, nahm man deren frühes Sterben in Kauf. Außerdem war das Gulagsystem, in dem sie landeten, nicht auf sie vorbereitet — die Sterblichkeitsrate stieg unter den Lagerinsassen zwischen 1937 und 1938 um das Vierfache an.⁸⁷ Es spricht auch gegen irgendeine ökonomische Zweckmäßigkeit hinter der Terrorpolitik unter Stalin-Jeshow, dass Tausende bereits einsitzende Gulagsklaven am Ort ihrer Gefangenschaft kurzerhand erschossen wurden. Im Befehl Nr. 00447 war das Hinrichtungssoll in den Lagern mit 10.000 angegeben, in dieser Kategorie wurden jedoch 30.000 erschossen, die meisten im März–April 1938.⁸⁸

⁸⁷ Zur Rolle des Gulag-Systems unter Jeshow siehe: Chlewnjuk, *Das Politbüro*, S. 265–269.

⁸⁸ Stanislaw Kus'min, *Lagerinki (GULAG bes retusch)*, in: *Molodaja Gwardija*, Nr. 4, 1993, S. 170–215, hier S. 211.

TÄTIGKEITSBERICHT 2001

Die Förderung eines gesellschaftlichen Klimas, das die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts — insbesondere mit der NS-Herrschaft und deren Kontinuitäten bis in die Gegenwart — begünstigt, war von Anbeginn an Ziel des DÖW. Aus dieser Vorgabe entwickelten sich unsere inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte: **Widerstand und Verfolgung, NS-Verbrechen (insbesondere Holocaust), Exil, Rechtsextremismus/„Revisionismus“** und seit einigen Jahren **NS- und Nachkriegsjustiz** ebenso wie die organisatorische Struktur des Dokumentationsarchivs — die **Vernetzung der Arbeitsbereiche Archiv/Bibliothek-Forschung**.

Das DÖW, Archiv und Forschungsstätte zugleich, versteht sich nicht zuletzt als **Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Opferorganisationen**: In den letzten Jahren hat sich das Internet nicht nur als Hauptinformationsquelle der Wissenschaft etabliert, auch die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich nimmt immer mehr an Bedeutung zu. Eine Entwicklung, der auch das DÖW Rechnung trug: Die **DÖW-Homepage** wurde 2001 technisch verbessert, eine Volltextsuche erleichtert das Navigieren auf weit mehr als 1.000 Seiten, ein breit gefächertes Serviceangebot (u. a. Bibliotheksdatenbank online, Projekt *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer* online, virtuelle Ausstellung *1938. NS-Herrschaft in Österreich*, zeitgeschichtliche Referate/Aufsätze sowie Veranstaltungshinweise) wendet sich an HistorikerInnen ebenso wie an SchülerInnen, StudentInnen und zeitgeschichtlich Interessierte.

Das Echo ist erfreulich: 2001 stieg die Zahl der Zugriffe von knapp 6.000 (Jänner 2001) auf durchschnittlich 10.000 monatlich an (Hits im Jahre 2001 insgesamt: 2.425.066; das entspricht 119.178 UserInnen). Ein Trend, der auch 2002 anhält: im Jänner verzeichnete die DÖW-Homepage mehr als 17.000 BesucherInnen.

Wesentlich zum Erfolg der DÖW-Webseiten trug das **Projekt Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer** bei, das bis zu seinem vorläufigen Abschluss Ende 2001 eine zentrale Stellung in den Arbeiten des DÖW einnahm und dessen Ergebnisse in Form einer CD-ROM publiziert wurden.

Näheres zu den abgeschlossenen/laufenden DÖW-Projekten sowie zu unseren Beständen siehe im Folgenden.

Vorstand/Kuratorium

Im Rahmen der DÖW-Kuratoriumssitzung 2001 wurde eine Nachwahl notwendig: Nach dem Tod von Geschäftsführer i. R. Franz Forster wurde KR Dr. Gerhard Kastelic als Vertreter der ÖVP-Kameradschaft zum neuen Vorstandsmitglied bzw. Kassier-Stellvertreter gewählt. Wegen Arbeitsüberlastung wechselte der bisherige Kassier Mag. Peter Soswinski in die Kontrolle, sein Nachfolger wurde Abg. Rudolf Edlinger. Prof. Dr. Jonny Moser, bisher in der Kontrolle, wurde Vorstandsmitglied.

Aufgrund inhaltlicher Differenzen schied Univ.-Prof. Dr. Rudolf Burger aus Vorstand und Kuratorium des DÖW aus.

Neu in das Kuratorium aufgenommen wurde Miguel Herz-Kestranek.

Vorstand 2001

Präsident: Landtagspräs. a. D. Hubert Pfoch. *Vizepräsidenten:* Vizepräs. i. R. Dr. Hubert Jurasek, Prof. Hugo Pepper, Univ.-Doz. Dr. Herbert Steiner (†), Staatssekretär a. D. Dr. Ludwig Steiner, Abg. a. D. Prof. Alfred Ströer, Oskar Wiesflecker. *Kassier:* Abg. Rudolf Edlinger. *Kassier-Stv.:* KR Dr. Gerhard Kastelic. *Weitere Mitglieder:* Dr. Heinz Arnberger, Mag. Dr. Brigitte Bailer, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Burger (ausgeschieden), Diözesanrichter Dr. Stefan Denk, OSR Univ.-Doz. Dr. Hubert Christian Ehalt, Prof. Rudolf Gelbard, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, RA Dr. Heinrich Keller, MR Mag. Elisabeth Morawek, Prof. Dr. Jonny Moser, Präs. der IKG Dr. Ariel Muzicant, Abg. a. D. Ing. Ernst Nedwed, HR Univ.-Doz. Dr. Georg Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Abg. a. D. Dr. Edgar Schranz, Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, Dr. Helmut Wohnout. *Wissenschaftlicher Leiter:* Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer. *Kontrolle:* OSR Dr. Josefa Breuer, Gen. Sekr. Friederike Krenn, Mag. Peter Soswinski.

Im Jahr 2001 betrauerte das DÖW das Ableben seines Gründers, langjährigen wissenschaftlichen Leiters und Vizepräsidenten Univ.-Doz. Dr. Herbert Steiner. Aus dem Kreis unserer Kuratoriumsmitglieder verstarben Nationalratspräsident a. D. Anton Benya, HR Mag. Kurt Hacker, HR Dr. Maximilian Kratochwill, Univ.-Prof. DDr. Richard Georg Plaschka und HR Dr. Franz Stundner. Wir trauern auch um Alexander Mischitz und Emily Rosdolsky, die zum Kreis unserer ehrenamtlichen MitarbeiterInnen gehörten.

Wie in den letzten Jahren erfolgte die Tätigkeit des Vereins Dokumentationsarchiv in engster Zusammenarbeit und in bestem Einvernehmen mit der Stiftung Dokumentationsarchiv. Deren Leitungsgremium, dem Stiftungsrat, gehören Vertreter der drei Stifter — Republik Österreich, Stadt Wien und Verein Dokumentationsarchiv — an.

Der Vorstand dankt allen Kuratoriumsmitgliedern und MitarbeiterInnen des DÖW für die geleistete Arbeit sowie den FreundInnen und FörderInnen/Förderern des DÖW für ihre ideelle Unterstützung sowie ihre finanziellen Spenden und Legate.

Publikationen/abgeschlossene Projekte 2001

□ *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer*

Mit der CD-ROM *Die österreichischen Opfer des Holocaust / The Austrian Victims of the Holocaust* hat das DÖW sein seit 1992 laufendes Projekt *Namentliche Erfassung* vorläufig abgeschlossen.

Das Projektteam der *Namentlichen Erfassung* sammelte mehr als 500.000 Datensätze zu den rund 65.000 jüdischen Österreicherinnen und Österreichern, die zwischen 1938 und 1945 in Österreich durch Mord oder Selbstmord ums Leben kamen, aus Österreich deportiert wurden oder als Flüchtlinge in anderen europäischen Staaten von den nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen eingeholt wurden. Bei den Deportationen aus Wien sind Auskünfte zum Schicksal der Opfer in fast 100 Prozent aller Fälle möglich. Ähnlich hohe Quoten sind zumindest für einige westeuropäische Länder möglich.

Aus dem Bestand des Wiener Stadt- und Landesarchivs wurde dem Projekt die *erkennungsdienstliche Kartei der Gestapo Wien* (NSDAP-Gauakten „Gestapo-Kartei“, siehe dazu Kasten, S. 176 f.) zur Auswertung zur Verfügung gestellt, die mit den Fotografien der Festgenommenen eine wertvolle Ergänzung des Datenbestands darstellt.

Die Ende 2001 fertig gestellte CD-ROM präsentiert alle Projektergebnisse. Eine Datenbank informiert über das Schicksal von ca. 62.000 ÖsterreicherInnen, die Opfer der Shoah wurden. Die Datenbank selbst ist Teil einer umfassenden Multimedia-Dokumentation, die detaillierte historische Informationen zu den Voraussetzungen, dem Ablauf und den Methoden des Genozids liefert. Das Abrufen von Informationstexten ermöglicht eine chronologische und thematische Gesamtschau der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Österreichs von der Vertreibung über die Deportation bis zum Genozid. Bereichert durch zahlreiche

Bild- und Tondokumente geben die einzelnen Kapitel Aufschluss über die ersten Ausschreitungen gegen jüdische Bürger nach dem „Anschluss“ 1938, die wohl organisierten Transporte in die Konzentrations- und Vernichtungslager, die Fluchtwege und die Situation in den Exilländern, die Ghettos im Osten, die Lager und Exekutionsstätten oder die jüdischen Opfer der Euthanasie. Ein eigener Abschnitt beschäftigt sich mit jenen Jüdinnen und Juden, die im Widerstand aktiv waren. Hintergrundinformationen zu antisemitischer Propaganda, österreichischen NS-Tätern sowie demographische Daten ergänzen die Dokumentation, für die auch zahlreiche aus Privatbesitz stammende Dokumente verwertet wurden. Darüber hinaus wird anhand von Landkarten und Plänen die Topographie der Verfolgung und Vernichtung dargestellt. Die multimediale Darstellungsform mit ihren untereinander verknüpften Informationseinheiten ermöglicht den BenutzerInnen aktive und selbständige Wissensaneignung.

□ *Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen über die NS-Euthanasie in Hartheim 1940–1945*

Hartheim fungierte von 1940 bis Ende 1944 als die größte und wichtigste Euthanasieanstalt, in der vom NS-Regime aus rassistischen, aber auch materiellen Gründen insgesamt 28.000 Menschen ermordet wurden. Das vom wissenschaftlichen Leiter des DÖW Wolfgang Neugebauer geleitete Projekt des *Vereins Schloss Hartheim* sollte die Voraussetzungen für eine ständige Ausstellung und Gedenkstätte in Schloss Hartheim schaffen und wurde 2001 abgeschlossen. An der für 2003 geplanten oberösterreichischen Landesausstellung sowie an der Errichtung der Gedenkstätte in Hartheim wird das DÖW mitarbeiten.

□ *Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Ergänzungen I*, Wien 2001, 99 Seiten

Der Ergänzungsband zur 1998 erschienenen Dokumentation *Gedenken und Mahnen in Wien* enthält in erster Linie neue Erinnerungszeichen aus den Jahren 1998 bis Ende 2000/Anfang 2001, darunter etwa den Gedenkkomplex Judenplatz, an dessen Gestaltung auch das DÖW beteiligt war. Erfasst wurden ebenso zahlreiche Schulprojekte, in deren Rahmen SchülerInnen die NS-Periode ihrer Schule erforschten.

□ Zwei Projekte — zur *Restitution nach 1945* bzw. über *Vermögensentzug bei politisch Verfolgten* —, die das DÖW bei der *Historikerkommission* laufen hatte, wurden ebenfalls im Berichtsjahr beendet. (Näheres dazu siehe auf der Homepage der Historikerkommission: <http://www.historikerkommission.gv.at>)

Periodika

□ *Jahrbuch 2001*. Schwerpunkt: Justiz. Redaktion: Christine Schindler. Mit Beiträgen von Wolfgang Form, Florian Freund, Winfried R. Garscha, Claudia Kuretsidis-Haider u. a., 224 Seiten

□ *Mitteilungen*. Erscheinungsweise: fünfmal jährlich. Auflage: 6.200 Stück. Inhalt: Informationen über Projekte, Publikationen sowie Aktivitäten des DÖW; Serviceeinrichtungen wie Veranstaltungshinweise, Zeitschriftenschau, Rezensionen; Hilfsmittel für den Verkauf der vom DÖW erarbeiteten Publikationen. Seit 2001 auch im PDF-Format auf der Homepage des DÖW.

Homepage: www.doew.at

Neu:

□ *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer online*
Seit Ende Jänner 2001 sind die vorläufigen Ergebnisse des DÖW-Projekts *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer* in Deutsch und Englisch teilweise abrufbar.

Die **Datenbank** enthält Informationen zum Schicksal von ca. 61.000 österreichischen Opfern des Holocaust; aufgelistet werden Name, Vorname und Geburtsdatum des Opfers, der Zielort der Deportation und — soweit bekannt — das Todesdatum. Eine Erweiterung (ca. 1.000 neue Datensätze sowie die Felder Deportationsdatum und Todesort) ist für Februar 2002 geplant.

Eine **Dokumentation** schildert die Shoah der österreichischen Jüdinnen und Juden.

Möglich sind sowohl gezielte Einzelabfragen als auch eine chronologisch sinnvolle Führung durch die gesamte Dokumentation

□ *1938. NS-Terror in Österreich*

Die 1998 vom DÖW im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres und in Kooperation mit namhaften österreichischen ZeitgeschichtlerInnen gestaltete Ausstellung über die Ereignisse des Jahres 1938, die seit Mai 1998 in der Gedenkstätte Konzentrationslager Mauthausen gezeigt wird, ist seit Herbst 2001 in einer gekürzten Version auf der DÖW-Homepage zu sehen.

□ *Aktuelle rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften in Österreich*

Eine Auswahl rechtsextremer Vereine, Parteien und Zeitschriften in Österreich auf der Grundlage des *Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus* — regelmäßig aktualisierte Analyse von zehn aktiven rechtsextremen Organisationen bzw. Medien — über Links Kurzcharakteristiken von rund 20 weiteren rechtsextremen (Splitter-)Gruppierungen.

□ *Mitteilungen im PDF-Format*

BezieherInnen der DÖW-*Mitteilungen*, die über einen Internet-Anschluss verfügen, können jetzt die *Mitteilungen* wesentlich schneller — ohne Druck- und Versandzeiten — beziehen und als PDF-Format von der DÖW-Homepage herunterladen.

□ Per *Volltextsuche* kann der gesamte Bestand von weit **über 1.000 Seiten** am Server des DÖW durchsucht werden. Die Suchwörter können dabei mit „UND“ oder „ODER“ verknüpft werden. Weiters gibt es die Möglichkeit, mittels logischer Suchabfragen die Ergebnisse besser einschränken zu können. Die Sortierung der Ergebnisse kann nach Wertigkeit, Titel oder Änderungsdatum erfolgen.

Laufende Projekte

Schwerpunkt Holocaust

□ *Gedenkbuch österreichischer Juden in Theresienstadt*

Die vom Österreichischen Nationalfonds geförderte Neugestaltung des vor Jahren vom DÖW herausgegebenen *Totenbuchs Theresienstadt* erfolgt in Zusammenarbeit mit der Theresienstädter Initiative in Prag. Das Kernstück des Gedenkbuchs — die Listen der österreichischen und ungarischen Juden, die von Österreich aus nach Theresienstadt deportiert wurden — soll durch einen wissenschaftlichen Einleitungsteil zu verschiedenen einschlägigen Themen (Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und Theresienstadt, Deportation der österreichischen Juden aus dem Protektorat u. a.) ergänzt werden. Das rund 500 Seiten starke Buch mit den Namen von mehr als 17.000 deportierten ÖsterreicherInnen wird im Laufe des Jahres 2002 erscheinen.

□ Seit 2001: Kooperation mit dem United States Holocaust Memorial Museum bei der Durcharbeitung von *Holocaust-Quellen in österreichischen Archiven*.

Schwerpunkt Widerstand und Verfolgung

□ *Gedenken und Mahnen in Niederösterreich und der Steiermark*

Ziel der Projektreihe *Gedenken und Mahnen* ist die Erstellung von Nachschlagwerken über Gedenkstätten und Mahnmale in den österreichischen Bundesländern, die Widerstand und Verfolgung in den Jahren 1934–1945 sowie Exil und Befreiung thematisieren. Als erster Band wurde 1998 eine Publikation über die Gedenklandschaft Wiens herausgegeben, ein Ergänzungsband folgte 2001. Basierend auf den Erfahrungen dieser Arbeit werden derzeit — in Zusammenarbeit mit dem Verein zur Erforschung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und ihrer Aufarbeitung und der Karl-Franzens-Universität Graz — Erinnerungszeichen in Niederösterreich und der Steiermark erfasst.

2001 wurden hauptsächlich Recherchearbeiten vor Ort durchgeführt:

Bis jetzt konnten in Niederösterreich für das Mostviertel 110, für das Waldviertel 86 und für das Industrieviertel 159 Erinnerungszeichen eruiert werden. Die Recherchearbeiten im Weinviertel sind noch im Gange. Schwerpunkte der Zeichensetzung waren das Gedenken an die Opfer des Widerstandskampfes zwischen 1938–1945, an Jüdinnen und Juden bzw. Kriegsgräberanlagen der Roten Armee.

Für die Steiermark wurden bis jetzt 287 Erinnerungszeichen erfasst, wobei hier die Schwerpunktsetzung neben dem Gedenken an die Opfer des Widerstandes zwischen 1938–1945 und den Kriegsgräberanlagen der Roten Armee bei den Opfern des Bürgerkrieges im Februar 1934 lag. Regionale Konzentrationen waren daher in den politischen Bezirken Bruck/Mur, Leoben und Graz feststellbar.

□ *Widerstand und Verfolgung in der Steiermark 1934–1945*

Projektziel ist die Erstellung einer kommentierten Quellenedition, mit der die Aktenlage zu Widerstand und Verfolgung in der Steiermark überblicksmäßig erfasst und damit eine Basis für weitere Lokalstudien geschaffen wird.

In Form einer analytischen Darstellung, komplettiert durch exemplarisch wiedergegebene Dokumente, soll der Einleitungsband Entwicklung und Formen des Widerstands gegen den „Ständestaat“ dokumentieren. Erstmals im Rahmen der Publikationsreihe *Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern* werden nicht nur Widerstand und Opposition der proletarischen Gruppen (Sozialisten, Kommunisten, Freie Gewerkschaften, linke Splittergruppen) bzw. deren Verhältnis zueinander thematisiert, sondern auch die Konflikthaltung der illegalen Nationalsozialisten zum „Ständestaat“ und deren Beziehungsgeflechte zu linken Gruppen ebenso wie zu Teilen der Heimwehren. Band 2 und 3 widmen sich Widerstand und Verfolgung nach Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich.

Im Rahmen dieser Reihe sind bisher insgesamt 13 Bände erschienen (Wien, Burgenland, Oberösterreich, Tirol, Niederösterreich, Salzburg).

□ *Im Visier von Gestapo und NKWD. Fallschirmagenten der UdSSR im Zweiten Weltkrieg*

Mit dem Forschungsvorhaben sollen die Einsätze der hinter der Front eingesetzten Funk- und Fallschirmagenten (vor allem deutsche und österreichische Emigranten oder Kriegsgefangene) rekonstruiert und zugleich biographische, sozialpsychologische und institutionengeschichtliche Aspekte der Agententätigkeit beleuchtet werden. Archivrecherchen in Berlin, Düsseldorf und Moskau erbrachten in sowohl qualitativer als auch quantitativer Hinsicht ergiebige Funde.

Das von der Volkswagen-Stiftung geförderte Projekt entsteht in Kooperation mit der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte von FU Berlin und Gedenkstätte

Deutscher Widerstand, Berlin. Im Rahmen des Projekts wurde im November 2001 in Berlin ein Symposium über die Kooperation alliierter Nachrichtendienste mit Widerstands- und Exilgruppen im Zweiten Weltkrieg veranstaltet, ein Tagungsband wird 2002 im Picus Verlag veröffentlicht werden.

□ *Opfer des Terrors der NS-Bewegung in Österreich 1933–1938*

Das Forschungsprojekt wird seit Februar 2000 vom DÖW gemeinsam mit dem Karl von Vogelsang-Institut im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur durchgeführt.

Die Recherche-Arbeiten konnten im Jahre 2001 weitgehend abgeschlossen werden. Die im Zuge des Projekts erarbeitete Datenbank der Opfer terroristischer Anschläge der illegalen NSDAP wird im März 2002 fertig gestellt, für das zweite Quartal dieses Jahres ist die Publikation der Forschungsergebnisse vorgesehen. Die Datenbank umfasst ca. 800 Opfer, davon rund 165 Tote. Hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs der Anschläge wurden durch die Recherchen dieses Forschungsprojekts die von Gerhard Botz in seinem Buch „Gewalt in der Politik“ vorgestellten Verlaufskurven weitgehend bestätigt, die Anzahl der Opfer liegt jedoch um rund ein Drittel höher als bisher angenommen.

Das erste Gemeinschaftsprojekt des DÖW mit dem Karl von Vogelsang-Institut zeigte Möglichkeiten zur erfolgreichen Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen auf, die für weitere gemeinsame Projekte (Opfer der politischen Verfolgung 1938–1945, Forschungen zum NS-Putsch 1934) genutzt werden sollen.

□ *Hochverrat, Landesverrat, Wehrkraftzersetzung — politische NS-Strafjustiz in Österreich und Deutschland*

Im Mittelpunkt des von der VW-Stiftung geförderten Projekts der Philipps-Universität Marburg, das im April 2000 anlief und bei dem das DÖW als Kooperationspartner fungiert, steht die Spruchpraxis des Volksgerichtshofs und des Oberlandesgerichtes Wien. Im Berichtsjahr wurden schwerpunktmäßig die für das Forschungsprojekt relevanten Quellen in Österreich und Deutschland erfasst und systematisch bearbeitet. Die Auswertung der Daten erfolgt sowohl nach formalen (Daten, Sanktionen, Richter, Staatsanwälte, Orte, Zeugen) als auch qualitativen Kriterien (Normen, Handlungen, Gruppenzugehörigkeiten, Verfahrenstypisierung). Bisher wurden in den Datenbanken rund 20.000 Personen erfasst.

□ *Biographisches Handbuch der österreichischen Diplomaten 1918–1955*

Kooperationsprojekt mit der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien (HR Dr. Gertrude Enderle-Burcel) über österreichische Diplomaten 1918–1955 — darunter zahlreiche Widerstandskämpfer und Verfolgte — analog zu früheren Gemeinschaftspublikationen (*Diener vieler Herren. Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945*, Wien

1997; *Christlich — Ständisch — Autoritär. Mandatare im Ständestaat*, Wien 1991).

Schwerpunkt NS-Medizinverbrechen

□ Die Auseinandersetzung mit der NS-Medizin nahm 2001 in den Arbeiten des DÖW breiten Raum ein. Durch intensive Recherchen wurden die Vorarbeiten für eine Ausstellung und eine Online-Dokumentation geleistet, die unter dem Titel *Der Krieg gegen die „Minderwertigen“: Zur Geschichte der NS-Medizinverbrechen in Wien* im Mai 2002 im Otto Wagner-Spital, Wien, präsentiert werden.

Das DÖW war auch in die Vorarbeiten zur Bestattung der Präparate von Opfern der NS-„Kindereuthanasie“ eingebunden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Vorbereitungen zur Gründung einer *Gedenk- und Forschungsstätte Steinhof* auf dem Gelände des Otto Wagner-Spitals, die von der Stadt Wien für die Opfer der NS-Euthanasie errichtet werden soll.

Schwerpunkt Exil

□ *ÖsterreicherInnen im Exil. Die La Plata-Staaten Argentinien, Uruguay, Paraguay 1934–1945*

Die vom Jubiläumsfonds der ÖNB bzw. vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die ÖAW unterstützte Studie, die im Oktober 2001 angelaufen ist, basiert auf lebensgeschichtlichen Interviews mit ZeitzeugInnen aus den La Plata-Staaten und Österreich sowie auf umfassenden Archivrecherchen in Österreich, Deutschland und den drei erwähnten Ländern. Innerhalb des Themenkomplexes Exil sollen sowohl die individuelle als auch die kollektive Dimension des Exils erforscht werden, d. h., dass anhand von sozial-, alltags- und geschlechtergeschichtlichen Fragestellungen die Biographien der Vertriebenen vor, während wie auch nach ihrer Flucht aus Österreich untersucht werden sollen. Weiteres Untersuchungsziel sind die verschiedenen österreichischen Exilorganisationen sowie die österreichische Beteiligung an den deutschsprachigen Exilvereinigungen. Die Forschungsergebnisse werden sowohl am DÖW als auch an der Fundación de Memoria del Holocausto in Argentinien der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

□ *Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947*

Nach Abschluss der Rechercharbeiten in Mexiko, Österreich und Deutschland und Aufarbeitung der Unterlagen des im DÖW befindlichen umfangreichen Nachlasses Bruno Frei wird derzeit der Band über das österreichische Exil in Mexiko für den Druck vorbereitet.

Im Rahmen der Publikationsreihe *Österreicher im Exil* sind bisher Publikationen über Frankreich, Belgien, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion erschienen.

□ Mit der Erstellung eines *Österreich-Bands* des *Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933* (hrsg. 1980 bzw. 1983 vom Institut für Zeitgeschichte, München, und der Research Foundation for Jewish Immigration, New York) ist das DÖW an einem der größten biobibliographischen Exilarbeiten beteiligt. Angesichts hoher Publikationskosten sind Vorarbeiten für eine Veröffentlichung im Internet im Gange.

Schwerpunkt Volksgerichtsbarkeit nach 1945

□ Die Erfassung und Mikroverfilmung von Akten des Volksgerichts Wien sowie weiterer Gerichtsverfahren wegen NS-Verbrechen bildet den zentralen Arbeitsbereich der Zusammenarbeit des DÖW mit der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz. Im Jahr 2001 wurden weitere 45 Akten (ca. 22.000 Blatt) mikroverfilmt, vor allem Prozesse mit Holocaust-Bezug. An dem Projekt beteiligt sich auch Yad Vashem, Jerusalem.

Der zweite Arbeitsbereich, in dem DÖW und Forschungsstelle Nachkriegsjustiz kooperieren, ist die Erstellung von Registern der österreichischen Gerichtsverfahren wegen NS-Verbrechen. Seitens des DÖW wurde hierfür die Infrastruktur bereit gestellt, die Forschungsstelle Nachkriegsjustiz und der Verein zur Förderung justizgeschichtlicher Forschungen brachten die personellen Ressourcen auf. Bis Mitte 2002 werden die Urteile der Volksgerichte Wien und Linz (Letztere auch ausgewertet nach Tatort und Tatkomplex) elektronisch abfragbar sein.

Laufende Arbeitsergebnisse werden ab dem 2. Quartal 2002 auf der Website der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz (<http://www.nachkriegsjustiz.at>) abfragbar sein, die in Zusammenarbeit mit dem DÖW erstellt wird.

Schwerpunkt Rechtsextremismus/„Revisionismus“

□ Neubearbeitung des *Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus* Die erstmals 1993 veröffentlichte Publikation, die den Schwerpunkt auf die Darstellung und Analyse des organisierten Rechtsextremismus legte und die dominierende Rolle der Haider-FPÖ im Rechtsextremismus aufzeigte, ist mittlerweile in vier Auflagen mit über 20.000 Exemplaren erschienen.

Eine laufend aktualisierte Auswahl von rechtsextremen Organisationen, Vereinen und Medien auf Basis des Rechtsextremismus-Handbuchs ist auf der DÖW-Homepage abrufbar.

Archiv- und Bibliotheksbestände

Beratungs- und Betreuungstätigkeit

Die Sammlung aller Materialien sowie deren Aufarbeitung und Archivierung zählen — als Grundlage ihrer Zugänglichkeit für unsere BesucherInnen — zu den wichtigsten und aufwändigsten Arbeiten unserer MitarbeiterInnen.

2001 besuchten das DÖW rund 800 Interessierte, die pro Person im Schnitt viermal beraten und betreut wurden. Wir waren hierbei Ansprechpartner für StudentInnen (Seminar- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen), SchülerInnen (zeitgeschichtliche Referate, Fachbereichs- und Projektarbeiten), WissenschaftlerInnen (Recherchen für Forschungsprojekte, Publikationen und Ausstellungen), ExpertInnen aus den Bereichen Medien, Kultur, Erwachsenenbildung, Schule, gewerkschaftliche Bildungsarbeit sowie interessierte Einzelpersonen. Zusätzlich wurden zahlreiche schriftliche und telefonische Anfragen beantwortet.

Arbeitsbereich Archiv

Seit Beginn des Jahres 2001 wird das Eingangsbuch elektronisch geführt, alle seither übernommenen Bestände tragen Signaturen ab der Nummer 50.000. Die inhaltliche Beschreibung und Auswertung (Personen, inhaltliche und formale Beschlagwortung) erfolgt nach dem Kriterium der Relevanz des Akts für die zeitgeschichtliche Forschung. Die rund 45 Laufmeter des Bestands, die vorläufig noch nicht inhaltlich erfasst sind (Eingangsnummern 21.250 bis 22.823) bleiben weiterhin nur über das handschriftliche Eingangsbuch zugänglich. Es wird noch einige Jahre dauern, bis diese Lücke in der elektronischen Erfassung der DÖW-Akten geschlossen werden kann.

2001 konnte — nach einer erfolgreichen Erprobungsphase — den BesucherInnen des DÖW die neue Version der Datenabfrage („Archidoc“) über das Intranet des Archivs zur Verfügung gestellt werden, die für die neu ausgewerteten Bestände insbesondere die Zuordnung von historischen Personen erleichtert. Eine Erfassung bereits ausgewerteter Bestände (39.000 Datensätze) nach diesen neuen, präziseren Kriterien übersteigt allerdings die finanziellen Möglichkeiten des DÖW.

Die Auswertung der Bestände mittels „Archidoc“ wurde auch 2001 mit der Unterstützung von FeriapraktikantInnen fortgesetzt, u. a. ist nunmehr auch die umfangreiche *Ravensbrück-Sammlung* des DÖW elektronisch abfragbar. Der größte im Jahre 2001 übernommene Bestand ist der Nachlass des DÖW-Gründers Herbert Steiner, dessen Ordnung und Auswertung auf Grund seiner Bedeutung vorgezogen wurde.

Archiv/Spezialsammlungen

- Erzählte Geschichte* (Lebensgeschichtliche Interviews mit mehr als 800 Personen, die während des NS-Regimes Widerstand leisteten bzw. Verfolgungen ausgesetzt waren; rund 70 Interviews mit Teilnehmern an den Februarkämpfen 1934. Archivierung als Abschrift bzw. als Tonbandkassette)
- Filme, Videos, Tonbänder*
- Fotosammlung* (mehr als 10.500 Katalognummern mit über 40.000 Bildern, zum Großteil EDV-gestützt erfasst; der Bestand der *erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien* wurde digital erfasst; siehe dazu Kasten, S. 176 f.)
- Frauen-KZ Ravensbrück* (Unterlagen über die Lager Ravensbrück und Uckermark; Akten über den Prozess gegen die Wachmannschaft und die SS-Ärzte des KZ Ravensbrück, Hamburg 1946–1948)
- Mikrofilme* (Akten von NS-Behörden aus amerikanischen und britischen Archiven; Quellenmaterial des *Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933*: zumeist Fragebögen, Zeitungs- und Zeitschriftenausschnitte über rund 25.000 EmigrantInnen; Akten der österreichischen Volksgerichte nach 1945: vorläufig nur Akten des Volksgerichts beim Landesgericht Wien, Benützung an besondere Auflagen gebunden)
- Plakate* (rund 3.000 Plakate, beginnend mit der Zeit des Ersten Weltkriegs bis in die Gegenwart)
- Rechtsextremismus-Sammlung* (Material zu mehr als 150 — existierenden und nicht mehr existierenden — österreichischen sowie rund 100 deutschen Organisationen, Parteien, Medien u. ä., insbesondere Zeitungsausschnitte, rechtsextreme Periodika, Flugblätter, Bücher)
- Spanien-Dokumentation* (Unterlagen über die Beteiligung von mehr als 1.000 ÖsterreicherInnen am Spanischen Bürgerkrieg; rund 400 Personen sind nur über Hinweise erfasst)
- Museumsgegenstände* (KZ-Kleider, Uniformen, Kappen, Handarbeiten aus KZ, Gefängnis und Internierungslagern, diverse Fahnen, Embleme, Abzeichen, Orden, Armbinden, Erinnerungsalben, Lagergeld, Ausweise, Pässe, Formulare, Stempel u. a.)

Arbeitsbereich Bibliothek

Im Bereich der **Bibliothek**, deren Bestände ebenfalls teilweise EDV-mäßig erfasst sind, konnten im Berichtsjahr wieder beträchtliche Zuwächse verzeichnet werden. Die Bibliothek wuchs auf rund 36.700 Titel an, wobei die einzigartige Sammlung der FIR über internationalen Widerstand, in einem gesonderten Katalog erfasst, nicht mitgezählt ist.

Der elektronische Katalog der DÖW-Bibliothek (rund 20.000 Einträge) ist sowohl im Intranet als auch im Internet abrufbar und wird laufend erweitert.

Weiter Seite 178

Die erkennungsdienstliche Kartei der Gestapo Wien

Im April 2000 stieß der Historiker Thomas Mang im Zuge der Recherchen zu seiner Dissertation im Wiener Stadt- und Landesarchiv auf 51 bislang unbeachtete Kartons, die fälschlich als „Gauakten“ beschriftet waren, aber die erkennungsdienstliche Kartei der Wiener Gestapo-Leitstelle enthielten.

Bereits vor 30 Jahren hatte Wolfgang Neugebauer, wissenschaftlicher Leiter des DÖW, bei der Wiener Polizei und über das Innenministerium diese Gestapo-Kartei gesucht. Damals hatten die Behörden das Vorhandensein dieser Dokumente bestritten.

Die Wiener Gestapo mit Sitz im ehemaligen Hotel Metropol am Morzinplatz war mit rund 900 Mitarbeitern die größte Gestapo-Dienststelle in Nazi-Deutschland. Tag für Tag wurden hier bis zu 500 Menschen zur Einvernahme vorgeladen oder nach erfolgter Verhaftung eingeliefert. Karl Ebner, der stellvertretende Leiter der Wiener Gestapo-Leitstelle, nannte das euphemistisch „Parteienverkehr“. Insgesamt dürften mindestens 50.000 Personen in die Mühlen von Wiens Gestapo geraten sein.

Circa 12.000 Menschen sind in der vorliegenden erkennungsdienstlichen Kartei der Wiener Gestapo erfasst; Fotos wurden angefertigt und auf „Photographierscheinen“ wurde die „Verbrecherklasse“ verzeichnet.

Hier spiegelten sich die gegen jedes oppositionelle und non-konforme Verhalten gerichteten Gesetze des NS-Terrorregimes: Arbeitsunwilliges Verhalten, Abhören von feindlichen Sendern, Geschlechtsverkehr mit Kriegsgefangenen, homosexuelle Beziehungen, Verstöße gegen antijüdische Vorschriften, kommunistische oder staatsfeindliche Betätigung bis zu Vorbereitung zum Hochverrat. Registrierkarten von später prominent gewordenen Gestapo-Häftlingen, wie jene des Justizministers Christian Broda oder der Architektin Margarethe Schütte-Lihotzky, finden sich darunter. Auch langjährige DÖW-MitarbeiterInnen wie Antonia Bruha, Hans Landauer und Ferdinand Hackl gehörten zu den von der Gestapo erkennungsdienstlich erfassten Häftlingen.

Der effizienten Erfassung der Identität schenkte man höchste Aufmerksamkeit. Auf A5-Kuverts mit dem Fingerabdruck der Betroffenen war die Personalbeschreibung von den Beamten in gebotener Schnelligkeit zu erledigen. Zwölf Kategorien zur Beschreibung der Verfolgten sollten die Charakterisierung erleichtern. Zutreffendes musste nur unterstrichen werden: „Schwächlich“ konnte die Gestalt sein, die Stirn „zurückweichend“, die Ohrfläppchen „zwickelförmig“, die Nase „eingebogen, gradlinig, ausgebogen, winkelligebogen, wellig“.

In fast jedem Kuvert befanden sich noch die drei klassischen Polizeiporraits: der/die Verdächtige im Profil, en face und in Halbseitenansicht. Von Homosexuellen fertigte man zusätzlich Ganzkörperaufnahmen an.

Dank des Entgegenkommens des Wiener Stadt- und Landesarchivs konnte diese Kartei der Gestapo Wien im Sommer 2001 vom DÖW eingescannt und in einer Datenbank erfasst werden. Fotos von rund 1.500 Juden und Jüdinnen, die von der Gestapo in der erkennungsdienstlichen Kartei verzeichnet worden waren, wurden mit den Daten von ca. 62.000 jüdischen Opfern aus der bereits im Dokumentationsarchiv bestehenden Datenbank verknüpft.

Da das Projekt *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer* mit Ende 2001 abgeschlossen wurde, erweitert das DÖW nun mit einem neuen Projekt die namentliche Erfassung auch auf Opfer der politischen Verfolgung 1938–1945, wobei die erkennungsdienstliche Kartei der Gestapo eine wichtige Quelle darstellen wird.



Elfriede Hartmann (geb. 1921) war Funktionärin des Kommunistischen Jugendverbandes und wurde 1943 hingerichtet.



Gisela Lichtblau (geb. 1921) wurde am 6. Februar 1943 nach Auschwitz deportiert, wo sie am 25. Februar 1943 starb.

Bibliothek/Spezialsammlungen

- *Flugblätter, Broschüren, Zeitungen österreichischer Widerstandsgruppen 1934–1945* (ca. 10.000 Exemplare; *Periodika: Österreich 1934–1938, 1938–1945, Deutschland 1933–1945*; Untergliederung nach politischen Gruppierungen und deren Unterorganisationen. *Flugblätter, Streuzettel, Broschüren: 1934–1938, 1938–1945, alliierte Kriegspropaganda*; Untergliederung nach Staaten und Serien)
- *Exil* (rund 5.000 Bände; Publikationen und Periodika österreichischer Exilorganisationen; Exilliteratur; deutsche Exilliteratur; Sekundärliteratur zur Exilforschung)
- *Bibliothek der FIR* (5.000 Bände; thematischer Schwerpunkt: europäischer Widerstand)
- *Spanischer Bürgerkrieg* (über 1.000 Bände)
- *Judaica* (2.500 Bände)
- *Zeitungsausschnittarchiv* (nach Personen bzw. nach Sachgebieten geordnet; Österreich-Sammlung aus englischen, amerikanischen und kanadischen Publikationen; fortlaufende Ergänzung)

Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen

Angesichts der Renaissance rechtsextremer Strömungen und deren Verlagerung von Klein- und Kleinstgruppen hin zu einem Bestandteil der etablierten Parteienlandschaft in Österreich, aber auch aufgrund eines europaweiten Anstiegs von Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kommt der Auseinandersetzung mit dem organisierten Rechtsextremismus und Neonazismus große Bedeutung zu. Das DÖW unterstützte daher zahlreiche Initiativen, vor allem von Publizisten und Einzelpersonen, bei Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Tendenzen. Darüber hinaus referierten DÖW-MitarbeiterInnen vor Schulklassen, im Bereich der Erwachsenenbildung, bei Podiumsdiskussionen und sonstigen Veranstaltungen in ganz Österreich zur Thematik Rechtsextremismus/„Revisionismus“ (Verharmlosung bzw. Leugnung der NS-Verbrechen).

Mit Hilfe der Rechtsextremismus-Sammlung des DÖW werden Öffentlichkeit und Behörden immer wieder auf rechtsextreme, antisemitische Aktivitäten/Veröffentlichungen aufmerksam gemacht.

Geschichtsvermittlung/Veranstaltungen 2001

Die Vermittlung unserer Forschungsergebnisse und -vorhaben nach „außen“ beinhaltete die Durchführung eigener Veranstaltungen (siehe unten) ebenso wie

Vorträge, die Teilnahme an Diskussionen und Gedenkveranstaltungen, an wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen im In- und Ausland sowie Beiträge für in- und ausländische Publikationen seitens unserer MitarbeiterInnen. Ein nicht unwesentliches Element dieser Vermittlungstätigkeit sind Lehrveranstaltungen im universitären und außeruniversitären Bereich: MitarbeiterInnen wirkten bei Seminaren für Geschichtslehrer und an Lehrerfortbildungsveranstaltungen mit. Lehrveranstaltungen hielten im Sommersemester 2001 und/oder Wintersemester 2001/2002 der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Dr. Wolfgang Neugebauer, sowie die DÖW-MitarbeiterInnen Dr. Brigitte Bailer und Dr. Florian Freund (alle Universität Wien).

Einige der älteren, ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des DÖW waren 2001 als ZeitzugInnen in Schulen in ganz Österreich, wo sie über ihre Erlebnisse während der Zeit des Nationalsozialismus berichteten und im Anschluss daran oft lange diskutierten. Gespräche mit ZeitzugInnen werden auch im DÖW angeboten.

Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk berichteten des Öfteren ausführlich über Projekte und Publikationen des DÖW. MitarbeiterInnen wurden mehrfach als Fachleute für Interviews in den Medien herangezogen.

März

Im Rahmen der *traditionellen Jahresversammlung des DÖW* am 13. März im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses forderte ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch angesichts antisemitischer Angriffe Solidarität mit den österreichischen Jüdinnen und Juden. Das DÖW würdigte Verzetnitsch als Institution, die sich mit den „Wunden im Gewissen der Menschheit“ beschäftige. (Siehe Abdruck des Vortrags, S. 5–8) Im Rahmen der Veranstaltung las Otto Tausig aus Werken von Walter Lindenbaum, Gustav Kleinmann, Georg Kreisler, Erich Fried, Richard Zach und Jura Soyfer.

April

Der *Helga und Willy Verkauf-Verlon-Preis für österreichische antifaschistische Publizistik* wurde am 23. April 2001 an die Journalistin Dr. Marianne Enigl verliehen.

Mai

In Zusammenarbeit mit der Aktion gegen den Antisemitismus veranstaltete das DÖW am 16. Mai einen *Vortrag* mit Prof. Dr. Otto Seifert (Leipzig), der über die *Säuberung der österreichischen Literatur nach 1938* referierte.

Juni

Am 11. Juni hielt Peter Leighton-Langer (Bensheim, Hessen) im DÖW einen Vortrag über *Österreicher in den britischen Streitkräften im Zweiten Weltkrieg*.

Anlässlich des Todes des Gründers und langjährigen wissenschaftlichen Leiters des DÖW Herbert Steiner fand am 18. Juni 2001 im Alten Wiener Rathaus eine *Gedenkveranstaltung* statt. An Herbert Steiner erinnerten Nationalratspräsident Heinz Fischer, Helmut Konrad, Erika Weinzierl und Wolfgang Neugebauer. Fritz Mular las Texte von Herbert Steiner, Erich Fried, Jura Soyfer und Helmut Qualtinger.

November

Die gemeinsam von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand/Forschungsstelle Widerstandsgeschichte und dem DÖW organisierte *Tagung „Zwischen NKWD und RSHA“*, die vom 15.–17. November in Berlin stattfand, thematisierte Nachrichtendienste und Widerstand im Zweiten Weltkrieg.

Am 20. November präsentierte das DÖW gemeinsam mit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien die *CD-Rom „Die österreichischen Opfer des Holocaust / The Austrian Victims of the Holocaust“*, die die Ergebnisse des DÖW-Projekts *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer* beinhaltet.

Beim internationalen *Symposium „Exil et retours d'exil“*, 21.–23. November 2001 in Rouen, fungierte das DÖW als Mitveranstalter.

Dezember

Im Rahmen einer Veranstaltung des Pädagogischen Instituts/Fachdidaktik Geschichte am 10. Dezember erhielten LehrerInnen Einblick in die Sammlungen des DÖW und wurden durch die Ausstellung geführt.

Am 12. Dezember fand im DÖW ganztägig das *Seminar „Holocausterziehung für österreichische LehrerInnen“* statt. In Arbeitsgruppen wurde der Themenbereich *Kinder, Jugendliche unter dem NS-Regime* (Jüdische Kinder und Jugendliche, Roma-Kinder und -Jugendliche, Jugendliche im Widerstand, Jugendliche als Täter) anhand von Materialrecherchen im DÖW erarbeitet.

Die internationale *Tagung „Erinnern und Vergessen als Denkprinzipien. Zum Gedenken an Jura Soyfer und Herbert Steiner“* (Wien, 13.–16. Dezember 2001), veranstaltet von der Jura Soyfer Gesellschaft, wurde vom DÖW unterstützt.

Ausstellungen

Viele Gruppen, Schulklassen und Einzelpersonen besuchten 2001 die **ständige Ausstellung des Dokumentationsarchivs „Der österreichische Freiheitskampf“** in der Bürgerstube des Alten Rathauses. LehrerInnen nutzen in zunehmendem Maße die kostenlosen Führungen als wertvolle Ergänzung des zeitgeschichtlichen Unterrichtes. Doch auch Gendarmerie- und Polizeischüler, Bundesheerangehörige, Zivildienstler im Grundlehrgang, Jugendgruppen aus dem In- und Ausland sowie Botschafter und ausländische Delegationen zählen zu den Besuchern der Ausstellung. Alle diese Gruppen werden von ZeitzeugInnen oder jüngeren Historikerinnen/Historikern betreut. Im Anschluss an die Führungen werden häufig Diskussionen, besonders über die Frage rechtsextremer und rassistischer Tendenzen in Österreich, gewünscht.

Die **Wanderausstellungen „Der österreichische Freiheitskampf“** und **„Österreicher im Exil“** können kostenlos durch Schulen, Institutionen und Organisationen im DÖW entlehnt werden; für den Transport muss der Veranstalter selbst sorgen.

Am Morzinplatz in Wien befand sich 1938–1945 im ehemaligen „Hotel Metropol“ das Hauptquartier der Gestapo. In dem an dieser Stelle neu errichteten Haus, benannt nach dem Widerstandskämpfer und späteren Bundeskanzler Ing. Leopold Figl, erinnert eine vom DÖW betreute **Gedenkstätte** an die Opfer des Nationalsozialismus. 2001 wurde die Gedenkstätte von rund 1.000 Personen besucht. Der Gedenkraum in der Salztorgasse 6 ist Montag 14–17 Uhr, Donnerstag und Freitag 9–12 Uhr und 14–17 Uhr sowie anlässlich besonderer Gedenk- und Feiertage geöffnet.

In der Gedenkstätte Konzentrationslager Mauthausen wird die im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres vom DÖW in Kooperation mit österreichischen ZeitgeschichtlerInnen gestaltete Ausstellung **„1938. NS-Herrschaft in Österreich“** gezeigt. (Eine gekürzte Version der Ausstellung ist auf den Webseiten des DÖW — www.doew.at — zu sehen.)

Förderverein

Dem 1994 gegründeten Verein zur Förderung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes sind inzwischen mehr als 600 FreundInnen und SympathisantInnen des Archivs beigetreten, die damit das DÖW und seine diversen Projekte ideell und finanziell unterstützen.

Es gibt drei mit dem begünstigten Bezug von DÖW-Publikationen verbundene Kategorien von Mitgliedsbeiträgen, und zwar zu 100,- öS, 300,- öS und ab 1.000,- öS.

Kooperationspartner

Im Zuge der diversen Projekte ergaben sich u. a. Kooperationen mit folgenden Institutionen:

Anti-Defamation League, New York bzw. Wien • Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Abteilung Politische Bildung • Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris • Centre for German-Jewish Studies, University of Sussex • Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Wien • European Center for Research and Action on Racism and Antisemitism/C. E. R. A., Paris • FFDJF (Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France), Paris • Fachhochschule für Informationsberufe, Eisenstadt • Forschungsstelle Nachkriegsjustiz • Forschungsstelle Widerstandsgeschichte von FU Berlin und Gedenkstätte Deutscher Widerstand • Fundación de Memoria del Holocausto, Buenos Aires • Gedenkstätte Konzentrationslager Mauthausen • Helping Hands, Wien • Historisches Museum der Stadt Wien • Institute for Jewish Policy Research, London • Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien • Israelitische Kultusgemeinde Wien • Jüdisches Museum der Stadt Wien • Karl-Franzens-Universität Graz, Abteilung Zeitgeschichte • Karl von Vogelsang-Institut/Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich • KZ-Gedenkstätte Buchenwald • KZ-Gedenkstätte Dachau • Philipps-Universität Marburg • Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien • Stadtschulrat für Wien • Terezinska Iniciativa (Theresienstädter Initiative) • United States Holocaust Memorial Museum, Washington • Universität Edinburgh • Universität Nitra, Lehrstuhl für Geschichte • Universitätsbibliothek Wien • Verein Gedenkdienst • Yad Vashem, Jerusalem

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der *Gedenkstätte Mauthausen*, an der das DÖW aktiv mitgewirkt hat und die zu einer Bundesanstalt öffentlichen Rechts führen soll, wird das DÖW in engere Kooperation mit der Gedenkstätte treten. Geplant ist in Kooperation mit dem Institut für Konfliktforschung und unter der Projektleitung von o. Univ.-Prof. Dr. Gerhard Botz ein großes Oral-history-Projekt, in dessen Rahmen weltweit rund 800 Interviews mit ehemaligen Häftlingen des KZ Mauthausen durchgeführt werden sollen.

Gespräche über ein *Haus der Zeitgeschichte/Toleranz* werden mit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, dem Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien und mit dem Restitutionsbeauftragten der Stadt Wien Dr. Kurt Scholz weitergeführt.

Das DÖW arbeitet eng mit der *Jura-Soyfer-Gesellschaft* zusammen. Die einzigartige Sammlung handschriftlicher Manuskripte und Briefe des Dichters im

DÖW wurde mit Beständen der Jura-Soyfer-Gesellschaft zu einem Jura-Soyfer-Archiv zusammengefasst, das teilweise mittels Computer zugänglich ist. DÖW-MitarbeiterInnen sind in der von DÖW-Kuratoriumsmitglied Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka und DÖW-Vorstandsmitglied Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl geleiteten *Gesellschaft für politische Aufklärung* vertreten und unterstützen deren Aktivitäten. Ebenso wirkt das DÖW in der *Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung* (ITH) mit, die alljährlich eine internationale Konferenz in Linz durchführt. Wissenschaftlicher Leiter Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer fungiert als Vizepräsident der *Aktion gegen den Antisemitismus* und ist im Vorstand des Vereins *Niemals Vergessen*, eines anerkannten Trägervereins für den Auslandszivildienst, der sich die Förderung von Holocaust-Gedenkstätten zum Ziel setzt, vertreten.

DIE AUTOREN

ALBERT A. FEIBER, M. A. und Dipl.-Verwaltungswirt, Mitarbeiter des
Instituts für Zeitgeschichte, München, wissenschaftlicher Betreuer der
Dokumentation Obersalzberg

SIEGWALD GANGLMAIR, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

MICHAEL GEHLER, ao. Univ.-Prof., Mitarbeiter des Instituts für
Zeitgeschichte, Universität Innsbruck

KARL GLAUBAUF, Dr. phil., Historiker, Wien

DANIEL HEINZ, M. A., Ph. D., Leiter des Historischen Archivs der
Adventisten in Europa, Dozent für Kirchengeschichte an der
Theologischen Hochschule Friedensau

ANTOON HULLEN, Societas Verbi Divini (Gesellschaft des Göttlichen
Wortes)

BARRY MCLOUGHLIN, Univ.-Doz. Dr. phil., Historiker, Institut für
Zeitgeschichte, Universität Wien, freier Mitarbeiter des DÖW

HARTMUT MEHRINGER, Dr. habil., Leiter des Archivs des Instituts für
Zeitgeschichte, München

PETER STEINBACH, Univ.-Prof. Dr., Freie Universität Berlin, wissenschaft-
licher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

JOHANNES TUCHEL, Priv.-Doz. Dr., Leiter der Gedenkstätte Deutscher
Widerstand, Berlin

WIEN AKADEMIE der Universität Wien
und der Wiener Vorlesungen der Stadt Wien

Die Stadt Wien und die Universität Wien vernetzen im Rahmen der Wien Akademie ihr Erkenntnispotential, ihre Analysekapazität und ihr Know-how in der Bewältigung der Aufgabe, historische Grundlagen und aktuelle Problemsituationen präzise darzustellen. Die Wien Akademie wird im Universitätscampus mit Vorlesungsreihen und Symposien die intellektuellen, künstlerischen, politischen und sozialen Konstellationen, die die Stadt, ihre Mentalitäten und ihre Ausdrucksformen geprägt haben, analysieren.

Ringvorlesung Sommersemester 2002: „Bild und Text II“

Dienstag, 9. April 2002

Dr. Juliane Vogel

„Bilder in Bewegung. Dramaturgie nach 1789“

Dienstag, 11. Juni 2002

Prof. Dr. Konstanze Fliedl

„Nietzsches Vogel. Ein Motiv in Bild und Text“

Dienstag, 7. Mai 2002

Prof. Dr. Elisabeth Nemeth

„Otto Neuraths
Visualisierungsstrategien
gesellschaftlicher Verhältnisse“

Dienstag, 25. Juni 2002

Dr. Hubert Lengauer

„Erhaben oder schön. Noch einmal
Laokoon“

Dienstag, 28. Mai 2002

Prof. Dr. Gernot Heiss

„Film als Quelle für Historiker“

Zeit: jeweils 17–19 Uhr

Ort: Aula des

Universitätscampus, Hof 1

Zugang: Alser Straße 4 bzw.

Spitalgasse 2, 1090 Wien

Programmplanung:

Prof. Dr. Daniela Hammer-Tugendhat/Prof. Dr. Karl Wagner für die Universität Wien

Doz. Dr. Hubert Ch. Ehalt für die Stadt Wien

Auskünfte:

Universität Wien: Prof. Dr. Karl Wagner, Institut für Germanistik der Universität Wien, 1, Dr. Karl Lueger-Ring 1, Telefon: 4277–42115, FAX: 4277–9421, E-Mail: Karl.Wagner@univie.ac.at

Stadt Wien: Wiener Vorlesungen, 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Telefon: 4000–88744, FAX: 4000–99–88741, E-Mail: str@m07.magwien.gv.at

Sozialwissenschaftliche Bibliothek der AK Wien

Die Bibliothek bietet derzeit einen Bestand von über 420.000 Büchern und ca. 1.150 in- und ausländischen Fachzeitschriften sowie die wichtigsten in- u. ausländischen Tages- und Wochenzeitungen.

Sachgebiete:

- Politik, Zeitgeschichte
- Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialversicherung
- Rechtswissenschaften (insbesondere Arbeits- und Sozialrecht)
- Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftspolitik
- Bildung und Erziehung
- Österreichische und internationale Arbeiterbewegung
- Frauenbewegungen
- Umweltschutz
- Kommunalpolitik
- Sexualwissenschaft
- Soziologie, Psychologie, Philosophie



Öffnungszeiten

Lesesaal: Mo-Fr
13 bis 19.30 Uhr
Sa 9 bis 12 Uhr

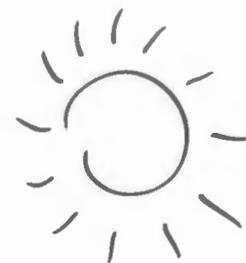
Adresse

Wien 4.,
Prinz-Eugen-Straße 20-22

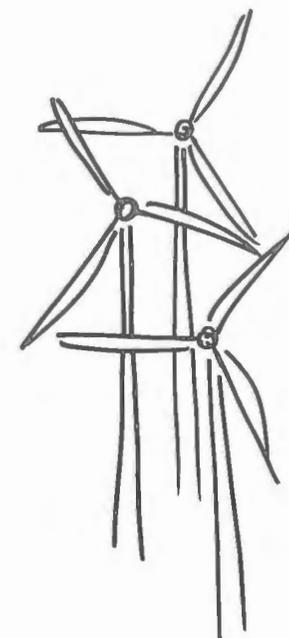
Telefonnummern

Lesesaal: 2352
Fernleihe: 2453
Sekretariat: 2452
Telefax: 50165 2229
E-Mail:
bibliothek@akwien.at
www.akwien.at/bibliothek

**Freier Zugang
zum Internet!**



*Wir
drucken
für Sie
mit Strom
aus
Windkraft!*



PLÖCHL-DRUCK

GESELLSCHAFT m.b.H. & Co.KG

A-4240 FREISTADT, Werndlstraße 2
Tel. 0 79 42/722 27-0, Fax -20
E-mail: ploechl.druck@uta1002.at

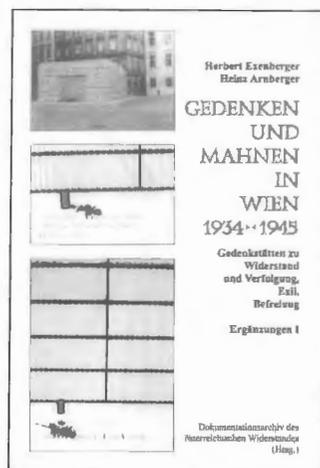


Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes
(Hrsg.)

**Gedenken und Mahnen
in Wien 1934–1945**
Gedenkstätten zu Widerstand und
Verfolgung, Exil,
Befreiung

Wien 1998, 488 Seiten,
rund 230 Abb.,

EUR 15,20



Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes
(Hrsg.)

Herbert Exenberger / Heinz
Arnberger

**Gedenken und Mahnen in Wien
1934–1945**
Gedenkstätten zu
Widerstand
und Verfolgung,
Exil,
Befreiung
Ergänzungen I

Wien 2001, 99 Seiten

EUR 5,80

Sonderpreis beim Kauf beider Publikationen:
EUR 17,80 (statt EUR 21,-)

Zu beziehen im DÖW:
Tel.: +43-1-53436/90319 • e-mail:office@doew.at



Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes (Hrsg.)

**Die österreichischen Opfer
des Holocaust**
The Austrian Victims of the Holocaust

Deutsch / Englisch
Wien 2001

EUR 24,-

Zu beziehen im DÖW:
Tel.: +43-1-53436/90319
e-mail: office@doew.at

- Eine **Datenbank** enthält Informationen zum Schicksal von **ca. 62.000 österreichischen Opfern des Holocaust**; aufgelistet werden *Name, Vorname* und *Geburtsdatum des Opfers*, der *Zielort der Deportation* und — soweit bekannt — der *Todesort* sowie das *Todesdatum*;
- eine **Dokumentation** schildert die **Shoah der österreichischen Jüdinnen und Juden** mit Schwerpunkt auf den *Zielorten der Deportationen*; weitere Beiträge betreffen *das Jahr 1938, jüdische Opfer der NS-Euthanasie, kleinere Transporte in Konzentrationslager 1943-1945, aus Österreich geflüchtete und später ermordete Jüdinnen und Juden*;
- knapp 900 Fotos, darunter rund **350 erstmals veröffentlichte Fotos** aus der *Erkennungsdienstlichen Kartei der Wiener Gestapo*;
- weilers*: Vorwort von Simon Wiesenthal; Briefe, Schilderungen, Dokumente, gelesen von Fritz Muliari, Elisabeth Orth und Otto Tausig; Kartenmaterial (Europa, Wien).

ZEITZEUGINNEN-PROJEKT MAUTHAUSEN
MAUTHAUSEN SURVIVORS
DOCUMENTATION PROJECT — MSDP

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Wien) und das Institut für Konfliktforschung (Wien) suchen Männer und Frauen, die im Konzentrationslager Mauthausen und/oder seinen Nebenlagern inhaftiert waren und die bereit sind, ihre Lebensgeschichte zu erzählen.

Im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Inneres werden im Rahmen des **ZeitzeugInnenprojektes Mauthausen** weltweit die Lebensgeschichten von rund 800 Überlebenden des KZ Mauthausen aufgezeichnet, um sie den nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Es ist v. a. das Anliegen des ZeitzeugInnenprojektes Mauthausen, Berichte von Überlebenden zu erhalten, deren Verfolgungserlebnissen von der Gesellschaft bisher kein oder zu geringes Interesse geschenkt wurde.

Wenn Sie uns weiterhelfen können, wenden Sie sich bitte telefonisch oder schriftlich an:

Institut für Konfliktforschung
Brigitte Halbmayr oder Helga Amesberger
Lisztstr. 3
A-1030 Wien
Tel.: ++43/1/713 16 40 – 12 oder 16
Fax: ++43/1/713 99 30
e-mail: msdp@ikf.ac.at

Schwerpunkt: **Widerstand und Verfolgung**

Beiträge u. a. von

Peter Steinbach / Johannes Tuchel

Der Einzeltäter Georg Elser

Interpretationen und Missdeutungen des Attentats
auf Hitler vom 8. November 1939

Michael Gehler

Anpassung, Mittun, Resistenz und Widerstand

Charakteristika, Probleme und Ambivalenzen von
Oppositionsverhalten am Beispiel des

Karl Gruber 1934–1945

Hartmut Mehringer / Albert A. Feiber

„Eine gelungene Ausstellung über eine
schreckliche Zeit“

Die *Dokumentation Obersalzberg* bei Berchtesgaden

Barry McLoughlin

Österreicher als Sonderfall?

Neue Fakten und Erkenntnisse über die Opfer des

„Großen Terrors“ in der Sowjetunion

ISBN 3-901142-48-7